

Erste Beratung der Ostverträge
im Deutschen Bundestag
am 23., 24. und 25. Februar 1972

Mit dem Bericht der Bundesregierung
zur Lage der Nation

Inhalt

171. Sitzung am 23. Februar 1972

Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel	7	Abgeordneter Wolfgang Mischnick	47
Bundeskanzler Willy Brandt	8	Abgeordneter Richard Stücklen	51
Bundesaußenminister Walter Scheel	11	Bundeskanzler Willy Brandt	59
Abgeordneter Dr. Rainer Barzel	19	Abgeordneter Dr. Rainer Barzel	59
Abgeordneter Herbert Wehner	29	Bundesminister Dr. Horst Ehmke	59
Abgeordneter Kurt Georg Kiesinger	35	Abgeordneter Dr. Rainer Barzel	60
Bundeskanzler Willy Brandt	41	Abgeordneter William Borm	60
Abgeordneter Dr. Rainer Barzel	45	Abgeordneter Dr. Gerhard Schröder	65

172. Sitzung am 24. Februar 1972

Bundesminister Egon Franke	71	Abgeordneter Heinrich Windelen	110
Abgeordneter Dr. Richard von Weizsäcker	74	Bundesminister Hans-Dietrich Genscher	117
Abgeordneter Kurt Mattick	79	Abgeordneter Franz Josef Strauß	120
Abgeordneter Franz Amrehn	84	Bundesminister Helmut Schmidt	128
Abgeordneter Dr. Ernst Achenbach	87	Parlamentarischer Staatssekretär Karl Moersch	137
Abgeordneter Dr. Werner Marx	91	Abgeordneter Dr. Rainer Barzel	140
Abgeordneter Rolf Heyen	99	Bundesminister Helmut Schmidt	141
Bundesminister Dr. Horst Ehmke	101	Abgeordneter Dr. Manfred Wörner	141

173. Sitzung am 25. Februar 1972

Abgeordneter Dr. Friedrich Zimmermann	143	Abgeordneter Dr. Erich Mende	183
Bundeskanzler Willy Brandt	147	Bundesminister Walter Scheel	185
Abgeordneter Dr. Rainer Barzel	149	Abgeordneter Dr. Gerhard Schröder	190
Bundesminister Dr. Erhard Eppler	154	Bundesminister Walter Scheel	193
Abgeordneter Dr. Herbert Czaja	159	Abgeordneter Dr. Richard von Weizsäcker	194
Parlamentarischer Staatssekretär Wolfram Dorn	164	Bundesminister Walter Scheel	195
Abgeordneter Hans Katzer	167	Abgeordneter Herbert Wehner	196
Abgeordneter Dr. Carlo Schmid	169	Abgeordneter Dr. Werner Marx	197
Abgeordneter Dr. Klaus-Peter Schulz	179	Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel	197
Abgeordneter Walter Behrendt	181		

Anhang

Entschließung des Bundesrates vom 9. Februar 1972	199	Sachregister	203
Gegenäußerung der Bundesregierung vom 16. Februar 1972	201	Personenregister	206

171. Sitzung am 23. Februar 1972

Der Deutsche Bundestag debattierte in seiner 171. Sitzung am 23. Februar 1972 in erster Lesung die Ratifizierungsgesetze zu den Verträgen von Moskau und Warschau.

Zu Beginn der Plenarsitzung erstattete Bundeskanzler Willy Brandt den Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation 1972.

Beraten wurde ferner die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Deutschland- und Außenpolitik sowie der Antrag der Fraktion der CDU/CSU betr. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen.

Bundestagspräsident von Hassel

Der Präsident des Deutschen Bundestages gab bei Eintritt in die Tagesordnung folgende Erklärung ab:

Meine Damen und Herren!

Wir alle wissen, daß wir in den kommenden Tagen Probleme und Fragen eines Ranges diskutieren, vor die ein Volk nur selten in seiner Geschichte gestellt wird. Wer hier Leidenschaften ausklammern wollte, verkennt das Wesen unserer parlamentarischen Demokratie, verkennt aber auch, daß der Deutsche Bundestag der Ort ist, an dem alles das ausgetragen werden muß, was die Bürger in unserem Lande bewegt.

Dabei sollten wir einander einräumen, daß jeder von uns sein Handeln und sein politisches Wollen an der Verantwortung für unser ganzes Land und für alle unsere Bürger orientiert. Lassen Sie uns in diesem Sinne an die Arbeit gehen.

Wir haben im Ältestenrat vereinbart, daß wir die Tagesordnungspunkte 2 bis 6:

2. Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation 1972
– Drucksache VI/3080 –
3. Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
– Drucksache VI/3156 –
4. Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen
– Drucksache VI/3157 –
5. Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU
betr. Deutschland- und Außenpolitik
– Drucksachen VI/2700, VI/2828 –
6. Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU
betr. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen
– Drucksache VI/1523

nach der Abgabe der Regierungserklärung durch den Herrn Bundeskanzler und der Einbringung der Ratifizierungsgesetze – Punkte 3 und 4 der Tagesordnung – durch den Herrn Bundesaußenminister gemeinsam zur Aussprache stellen.

Wir beginnen mit Punkt 2 der Tagesordnung, dem Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation 1972.

Das Wort hat der Herr Bundeskanzler.

Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation

Willy Brandt, Bundeskanzler

I.

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der dritte Bericht dieser Bundesregierung über die Lage im geteilten Deutschland fällt zusammen mit der ersten Lesung der Verträge mit der Sowjetunion und Polen. Unser friedliches Streben nach deutscher Einheit und europäischer Einigung wird durch diese Verträge dem Vorwurf der Friedensstörung entzogen.

Im September vergangenen Jahres ist es zur Berlin-Vereinbarung der Vier Mächte gekommen, und diese ist im Dezember durch Abmachungen der zuständigen deutschen Stellen ausgefüllt worden. Von den sechs Punkten, mit denen ich den vorjährigen Bericht zur Lage der Nation abschloß, haben sich die drei letzten erledigt. Die drei ersten will ich hier ausdrücklich bekräftigen:

1. Das in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegte Recht auf Selbstbestimmung muß im geschichtlichen Prozeß auch den Deutschen zustehen.
2. Die deutsche Nation bleibt auch dann eine Realität, wenn sie in unterschiedliche staatliche und gesellschaftliche Ordnungen aufgeteilt ist.
3. Die auf Bewahrung des Friedens verpflichtete Politik der Bundesregierung erfordert eine vertragliche Regelung der Beziehungen auch zur DDR. Die in den 20 Punkten von Kassel niedergelegten Grundsätze und Vertragselemente bleiben die für uns gültige Grundlage für Verhandlungen.

Die Erfahrung des zurückliegenden Jahres hat gezeigt, wie stark unsere Politik in den westlichen Gemeinschaften verankert ist und daß sie einen eigenen Beitrag zum Abbau von Spannungen zwischen Ost und West zu leisten vermag. Der amerikanische Präsident hat kürzlich davon gesprochen, daß 1971 eine Reihe von — ich darf ihn zitieren — „Durchbrüchen zum Frieden erzielt worden sind“. Ähnlich wie die Vereinigten Staaten hat — so sieht es die Bundesregierung — auch die Bundesrepublik Deutschland aufgehört — ich darf wieder zitieren — „auf Grundlage der Gewohnheiten von gestern zu reagieren und damit begonnen, die Realitäten von heute und die Chancen von morgen zum Gegenstand ihres Handelns zu machen“. Die Bundesregierung kann, wie die Verbündeten, darauf verweisen, daß ihre Erwartungen im zurückliegenden Jahr durch einige wichtige, praktische Ergebnisse bestätigt worden sind.

Das Berlin-Abkommen — und dies ist nicht nur unsere Wertung — hat den Frieden sicherer gemacht. Weil es die Gefahr einer wirklich bedrohlichen Konfrontation der Weltmächte reduziert. Weil die zeitlich nicht begrenzte Anwesenheit der Drei Mächte in Berlin von der Sowjetunion nicht mehr in Frage gestellt wird. Weil die Bindungen zwischen West-Berlin und

dem Bund bestätigt sind und weil die Stadt zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder eine Perspektive der friedlichen Entfaltung bekommen wird.

Manche Sorgen, die vor einem Jahr und in der Zwischenzeit geäußert wurden, sind gegenstandslos geworden. Den Berlin-Verhandlungen ist es gut bekommen, daß sie im wesentlichen aus dem Parteienstreit herausgehalten werden konnten. Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn dies auf anderen Gebieten der Entspannungspolitik fortgesetzt werden könnte.

Wenn das Berlin-Abkommen in Kraft tritt, wird es mit einer Mehrzahl menschlicher Erleichterungen verbunden sein. Dies gilt vor allem für die Besuchsmöglichkeiten der Westberliner und für den Berlin-Verkehr.

Im Vorfeld hat geregelt werden können, daß seit dem 1. Januar 1972 für die Benutzung der Transitwege keine individuellen Gebühren mehr entrichtet werden müssen. Außerdem haben zum Ende des vergangenen Jahres 150 Telefonleitungen zwischen West- und Ost-Berlin in Betrieb genommen werden können.

Mit der DDR konnte eine Postvereinbarung geschlossen werden, die Verbesserungen und Beschleunigungen, auch im Päckchen- und Paket-Verkehr, gebracht hat. Telefon- und Telex-Leitungen wurden vermehrt.

Als wichtiges Ereignis ist seit dem vorigen Bericht zur Lage der Nation aber vor allem das erste Abkommen festzuhalten, das Bundesregierung und Regierung der DDR geschlossen haben. Es geht in einer Reihe von Punkten über das hinaus, was zur bloßen Ausfüllung der Viermächte-Vereinbarung erforderlich gewesen wäre. Die Drei Mächte haben es uns gegenüber als konform mit der Vereinbarung bezeichnet, die sie mit der Sowjetunion getroffen haben.

Die Berlin-Regelung — einschließlich dessen, was der Senat in eigener Zuständigkeit abgemacht hat — wird die Beteiligten von einem Krisendruck befreien, der in den zurückliegenden Jahren nicht hatte beseitigt werden können. Die Bundesregierung dankt allen, nicht zuletzt unseren alliierten Freunden, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

Es ergibt sich aus der politischen Lage, daß die Berlin-Regelung insgesamt erst im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Moskauer Vertrages in Kraft treten wird.

Gestern ist in Ostberlin bekanntgegeben worden, daß — als Geste des guten Willens, wie man es nannte — neue Regelungen für den Reise- und Besucherverkehr zu Ostern und Pfingsten in Kraft gesetzt werden sollen.

Ich möchte das positiv registrieren und jetzt nur hinzufügen, guter Wille dort wird gutem Willen hier begegnen.

II.

Gemessen an der Situation, die uns seit Jahren bedrückt, gemessen daran, daß die Verhältnisse nicht besser, sondern seit langem stetig schlechter geworden waren, ist heute die Chance einer partiellen Verbesserung gegeben. Trotz aller Gegensätze und

Schwierigkeiten, die bleiben, können wir heute — anders als vor einem Jahr — feststellen, daß beide Regierungen in Deutschland große Anstrengungen unternommen haben, um ihre Berlin-Abmachungen zustande zu bringen. Gestützt auf diese Erfahrung sollte es möglich sein, auch in anderen Bereichen Fortschritte zu erzielen, die den beiderseitigen Interessen Rechnung tragen.

Die Bundesregierung wird es auch weiterhin nicht an Bemühungen fehlen lassen, damit die Entspannung nicht um Deutschland herumgeht oder über uns hinweggeht. Bei jedem Abkommen zwischen Ost und West handelt es sich heute darum, ob — ohne Verwischen der grundlegenden Gegensätze — Konfrontation durch Verständigung über das praktisch Mögliche und Notwendige ersetzt werden kann. Die politisch Verantwortlichen in West und Ost stellen sich dieser Aufgabe. Wir dürfen uns ihr nicht entziehen. Von beiden Staaten in Deutschland wird erwartet, daß sie für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ihren Beitrag leisten.

Inzwischen haben die beiden deutschen Regierungen in eigener Kompetenz und auf der Basis der Gleichberechtigung mit dem Versuch begonnen, einen praktisch wichtigen Sektor, nämlich den des Verkehrs, durch Vertrag zu regeln. Die Bundesregierung hat ihr Interesse an einem Verkehrsvertrag, der der parlamentarischen Zustimmung bedürfen wird, schon vor einem Jahr bekundet. Dabei geht es natürlich nicht nur um Eisenbahnen, um Autos und um Schiffe, sondern vor allem um die Menschen, die die Verkehrsmittel benutzen und die Möglichkeit bekommen sollen, sie umfassender und rascher zu benutzen.

Die Bundesregierung muß auch heute wieder darauf hinweisen, daß solche Verhandlungen schwierig sind und daß positive Ergebnisse nur Schritt für Schritt erwartet werden können. Ich möchte — wie vor einem Jahr — vor übertriebenen Erwartungen warnen. Aber wir werden nichts unversucht lassen, um in den Bereichen, die dafür in Betracht kommen, Verbesserungen zu erreichen.

Wir sind bereit, nach einem Verkehrsvertrag, die Beziehungen zur DDR generell vertraglich zu regeln. Auch dabei wird es nicht nur um Formen gehen können, sondern wird es um das Interesse der Menschen gehen müssen. Es wird zu berücksichtigen sein, daß Verträge zwischen diesen beiden Staaten in gleicher Weise verbindlich sein müssen wie zwischen allen Staaten. Daß die Rechte der Vier Mächte, die in dem Berlin-Abkommen gerade ihren Ausdruck gefunden haben, ihre Geltung behalten, denn es gibt bekanntlich keinen Friedensvertrag. Und daß beide Staaten, bei all ihrer Unterschiedlichkeit und Gegensätzlichkeit, doch zur Nation in Beziehung stehen.

Wir sind unserem Grundgesetz verpflichtet, und uns ist nichts davon bekannt, daß die Ausrichtung der DDR-Verfassung auf die Nation geändert werden soll.

„Deutschland“ und „deutsch“ — das sind Begriffe, zu denen wir stehen und von denen andere auch kaum weglaufen können. Es hat nichts mit Juristerei zu tun und steht jedenfalls über der Kategorie des Völkerrechts, daß die Menschen in diesen beiden Staaten sich im Verhältnis zueinander nicht als Ausländer empfinden. Und die Regierungen in Deutschland sind gewiß gut beraten, auch diese Realität weder zu leugnen noch zu übersehen.

Es ist wichtig, daß die Deutschen hüben und drüben mehr voneinander wissen. Dies ist auch der Grund dafür, daß wir zum zweiten Mal Materialien über die gesellschaftliche Entwicklung in beiden Teilen vorgelegt haben. Herr Kollege Franke wird sich dazu morgen noch äußern. Ich will hier nur sagen: Es handelt sich wiederum um eine Arbeit von Wissenschaftlern, die sich im Auftrag der Bundesregierung, aber in eigener Verantwortung, diesmal um eine sachliche Bestandsaufnahme auf wichtigen Rechtsgebieten bemüht haben. Die vorjährigen Materialien haben bei uns und im Ausland viel Beachtung gefunden. Die Behörden in der DDR haben hierin ganz zu Unrecht eine Einmischung gesehen. Uns liegt jede Störung fern. Wir würden es vielmehr begrüßen, wenn mehr Austausch und Zusammenarbeit der Wissenschaft auf beiden Seiten zugute kämen.

In Ostberlin hat man es für erforderlich gehalten, sich von uns in der Bundesrepublik Deutschland politisch und ideologisch noch schärfer abzugrenzen. Wir müssen das hinnehmen und lassen uns unsererseits ja auch nicht davon abbringen, die Trennungslinie deutlich zu ziehen. Und das heißt, gerade die junge Generation auf die unersetzlichen Werte einer freiheitlich-demokratischen Staats- und Lebensform hinzuweisen. Aber wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die in der DDR Verantwortlichen es in der weiteren Entwicklung doch für möglich halten, einem Abbau der physischen Schranken zwischen den Menschen weniger furchtsam zu begegnen.

Ich will hier noch einmal betonen: Der Gewaltverzicht der Bundesrepublik Deutschland schloß und schließt die Grenze zur DDR ein. Die Bundesregierung ist bereit, dies auch bilateral in aller Form und Verbindlichkeit festzulegen. Wir meinen, auf diese Weise dazu beitragen zu können, daß die Schrecken überwunden werden, durch die die härteste Grenze in Europa gekennzeichnet ist.

Mauer, Minenfelder und Schießbefehl gab es bekanntlich, lange bevor diese Bundesregierung ihr Amt übernahm. Gemeinsam mit allen Kräften guten Willens wollen wir alle Beharrlichkeit und alle Zielstrebigkeit darauf verwenden, daß sich die Verhältnisse nach und nach zum Besseren wenden. Das heißt: Abbau der Spannungen, bessere Beziehungen zwischen Ost und West und dadurch bessere Bedingungen für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit. Freiere Bewegung für Menschen, Güter und geistige Werte nicht nur für die Deutschen in Deutschland, sondern für die Europäer in Europa.

III.

In unserer Regierungserklärung vom Oktober 1969 haben wir gesagt, daß die DDR für uns zwar ein Staat ist, zu dem wir unsere Beziehungen verträglich — gut, wenn es geht, jedenfalls durch Vertrag — gestalten wollen, daß sie aber Ausland für uns nicht sein kann. Als wir dies sagten, haben wir niemand diskriminiert, sondern nur eine schlichte, allen Deutschen vertraute Wahrheit ausgesprochen.

Unsere Verhandlungspartner in Ostberlin vermeiden es, von den „beiden deutschen Staaten“ zu sprechen, wie wir es tun. Aber aus dem Namen ihres Staates können sie — und wollen sie vermutlich — das Wort nicht entfernen. Bürger der DDR und unsere Landsleute aus der Bundesrepublik werden, wo immer sie außerhalb ihres Landes erscheinen, als das angesehen, was sie sind: nämlich als Deutsche. Wenn Touristen aus der DDR in einem Land, in das auch sie reisen dürfen, Touristen aus der Bundesrepublik treffen, dann erkennen sie sich und verhalten sich als Landsleute. Gegen diese elementare Tatsache hilft keine Formulierungskunst, denn sie ist das Werk, das Ergebnis eines guten Jahrtausends und nicht von bloßen 75 Jahren.

Die Deutschen in ihrer Gesamtheit sind in unseren Jahren keine Staatsnation, sie sind dennoch durch viel mehr als bloß die gemeinsame Sprache verbunden: Im menschlichen Bereich noch immer durch unzählige familiäre Bande; im geistigen durch eine gemeinsame Geschichte und Literatur. Daß sich dies nicht ändert, bis in der Zukunft eine politische Verbindung möglich sein wird, dazu bedarf es jener Politik, die die Bewahrung der Nation erstrebt.

Jede Politik, die der nationalen Einheit dienen will, muß jene Wirklichkeit erhalten helfen, die nicht erst 1871 anfang dazusein, und die 1945 oder 1949 nicht aufhörte, dazusein. Sie ist auch heute noch da, jene Wirklichkeit der deutschen Nation, die auf dem Bewußtsein der Deutschen als einer geschichtlich gewordenen Gemeinschaft beruht. Dieses Bewußtsein und die auf ihm beruhende Wirklichkeit sind jedoch nicht ungefährdet. Deshalb kommt viel darauf an, der Jugend hüben und drüben das Gefühl für und das Wissen um das, was ihr trotz aller Teilung gemeinsam bleibt, zu erhalten oder wiederzugeben. Und damit ihr Verständnis dafür zu wecken, daß die gemeinsame Geschichte deutscher Leistungen, deutscher Irrungen und deutschen Leides mehr umfaßt, als irgendeine enge Doktrin auszuschöpfen vermag. Diese Geschichte hat die charakteristischen Eigenschaften unseres Volkes geprägt und wird unser aller Zukunft mitbestimmen.

Ein geregeltes Verhältnis, einen vertraglich fixierten Modus vivendi zwischen den beiden deutschen Staaten herbeizuführen und dadurch die trennenden Schranken abzubauen, damit die Begegnung zwischen den Menschen einer Nation leichter wird, bleibt eine wichtige Aufgabe nationaler Politik. Sie hat auch europäische Bedeutung; sie ist jedenfalls nur europäisch zu lösen.

Die Bundesregierung hat ihre deutsche Verantwortung. Dies kann jedoch nicht heißen, eine Außenpolitik mit Vorbehalten zu betreiben. Wir erkennen die Fakten in Europa an, und wir versichern unseren Freunden und Verbündeten, daß wir mit Klarheit und Entschiedenheit alle unsere politischen Schritte und Absichten an den Realitäten messen werden. Eine patriotische Politik in Deutschland kann heute nur eine europäische Politik sein.

Dabei arbeitet der geschichtliche Wandel heute schneller denn je, und er gräbt tief. Wir erleben alle, wie tief er das in Westeuropa und hier bei uns im letzten Vierteljahrhundert getan hat, wie er das Beschränkende und Feindliche verloren hat. Die Nationen bleiben, was sie sind, aber die Staaten nicht.

Sie existieren in immer engerer Zusammenarbeit miteinander, keiner kann sich mehr wirklich unabhängig fühlen. Hier gibt es in gewissem Sinn Berührungen mit dem vernationalstaatlichen Zeitalter, als es beides gab, Nation und Staat, aber beide noch nicht dasselbe waren.

Im übrigen: Nicht auf allen Gebieten ist die DDR so weit von uns entfernt, wie wir es manchmal glauben. Ein Beispiel: Die Germanistik wird in der DDR sehr eifrig betrieben. Es entstehen Ausgaben deutscher Klassiker, die nach Auffassung der Kenner vollständiger und philologisch genauer überhaupt nicht sein können. Eine Ausgabe der Werke Schillers liegt vor. Sie heißt „National-Ausgabe“. An einer Sammlung der Werke, Briefe und Lebenszeugnisse Heinrich Heines wird gearbeitet. Das Institut, dem dieses auf 50 Bände berechnete Riesenunternehmen zu danken sein wird, trägt den Namen „Nationale Forschungs- und Gedenkstätten klassischen deutschen Literatur“. Eine neue Heine-Ausgabe wird auch bei uns in Düsseldorf vorbereitet. Es wäre wohl sinnvoller und den beiden Seiten nicht abträglich, wenn sich beide gelehrte Arbeitskreise zusammengetan hätten. Das konnte leider noch nicht sein. Bleibt die Hoffnung, in der Verdoppelung und der Konkurrenz und bei aller Gegensätzlichkeit der politischen Ordnungen dennoch dem zu dienen, was über Generationen und Richtungen hinweg Deutsche der europäischen Kultur gegeben haben.

Meine Damen und Herren, zu unserer Deutschlandpolitik gehören gleichermaßen: das Festhalten am Recht auf Selbstbestimmung, die Bewahrung der Nation und vertraglich geregelte Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Gleichzeitig mit diesem Bericht legt die Bundesregierung die Entscheidung über die Ostverträge in die Hände des Deutschen Bundestages. Diese Entscheidung wird für den großen Versuch dieser Jahre, das Verhältnis zwischen Ost und West zu verbessern und damit auch den Deutschen eine bessere Zukunft zu sichern, von ausschlaggebender Bedeutung sein. Die Politik, die wir hier, wenn es soweit ist, zu bestätigen und zu stützen bitten, dient Europa und dem Frieden; sie dient dem innerdeutschen Frieden und der Nation.

Einbringung der Ostverträge durch den Bundesaußenminister

Walter Scheel, Bundesminister des Auswärtigen

Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die allgemeine Lage der Welt, die den politischen Hintergrund für die Einbringung der Verträge von Moskau und Warschau bildet, ist ernst. Wir alle wissen, daß der Zweite Weltkrieg Probleme hinterlassen hat, die ungleich gefährlicher sind als diejenigen, die zu den früheren Konflikten geführt haben.

Ost und West in Europa, in Militärbündnissen zusammengefaßt, stehen einander hochaufgerüstet gegenüber. Die Trennlinie der Konfrontation verläuft mitten durch unser Land und teilt es, gegen den Willen der Deutschen.

Die Bundesrepublik und die DDR sind heute gegeneinander in stärkerem Maße abgeschlossen als gegenüber jedem anderen Land der Welt. Mauer und Stacheldraht, Mißtrauen und Ideologien trennen uns.

Die nukleare Konfrontation der Weltmächte, zu denen China jetzt hinzugezogen ist, stellt die Menschheit vor ihre Existenzfrage, wie nie zuvor in der Geschichte.

Dies erklärt, warum der amerikanische Präsident sich in Peking aufhält und wenig gefragt hat nach protokolларischen oder formal-juristischen Bedenken gegen eine solche Reise. Er will nichts unversucht lassen, um noch einmal, bevor es zu spät ist, an die Stelle der Feindschaft die Vernunft und an die Stelle des Rüstungswettlaufs die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu setzen. Aus diesem selben Grunde wird er nach Moskau reisen. Bei seinen Moskauer Gesprächen wird er sich auf die ersten Ergebnisse der Verhandlungen stützen können, die seit Jahren zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten über die Begrenzung der strategischen Angriffswaffen geführt werden.

Allenthalben in der Welt sind Aggression und Gewalt im Vormarsch. Was Ortega y Gasset einmal den „vertikalen Einbruch der Barbarei“ genannt hat, scheint sich in unseren Tagen abzuzeichnen. Die Kluft zwischen den industrialisierten Ländern und den Entwicklungsländern verbreitert sich. Das provozierende Gefälle zwischen reich und arm im Weltmaßstab könnte eines Tages den Nährboden für elementare Gewaltausbrüche bilden, deren Ausmaß wir uns heute noch gar nicht vorzustellen vermögen.

Wenn der Erste Weltkrieg noch 9 Millionen Tote, der Zweite bereits 30 Millionen Tote gekostet hat, so wird ein neuer Weltkonflikt mit Sicherheit das Ende dieser unserer Zivilisation bedeuten, und niemand kann daran zweifeln, daß ein Konflikt zwischen Ost und West in Europa ein Weltkonflikt sein würde. Und jedermann weiß, daß ein möglicher Konflikt in Europa dort seinen Ausgang nehmen würde, wo die Interessen und Armeen am dichtesten aufeinanderstoßen, nämlich entlang der Linie, die Deutschland in zwei deutsche Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung teilt.

Diese Bundesregierung — so wie andere vor ihr — hätte ihre Verantwortung für das Wohl dieses Volkes auf das sträflichste mißachtet, wenn sie nicht versucht hätte, ihren Teil zur Entschärfung der Lage beizutragen. Sie weiß, daß es sich in der Lage, in der wir uns befinden, nicht nur um ungelöste Grenzfragen handelt, sondern daß die physische und biologische Erhaltung unseres Volkes auf dem Spiele steht.

Das Friedensinteresse einer so arbeitsteiligen und hochindustrialisierten Gesellschaft wie der unsrigen muß noch größer sein als dasjenige anderer Staaten. Die geringste internationale Erschütterung ist geeignet, unseren anfälligen und gefährdeten Produktionsapparat in Unordnung zu bringen. Alle Krisen, sei es in Berlin, im Mittelmeer, im Mittleren oder Fernen Osten, haben eine direkte Auswirkung auf unsere Wirtschaft, die die Grundlage unserer Lebensverhältnisse bildet.

Es liegt daher nahe, daß sich unser Staat, noch mehr als andere, um den Frieden bemüht. Und, wenn es sein muß, dafür auch Opfer bringt. Wenn ich „Staat“ sage, dann meine ich nicht nur die Regierung, sondern alle, die politische Verantwortung tragen, in Regierung und Opposition.

Die Bundesregierung bestreitet der Opposition nicht ihren Friedenswillen. Wie könnte sie das? Haben wir nicht alle die Schrecken des Krieges erlebt? Haben wir nicht alle gemeinsam, jeder auf seinen Wegen, es unternommen, nach 1945 nach innen und nach außen einen Staat aufzubauen, der für sich in Anspruch nehmen kann, aus der Geschichte gelernt zu haben?

Es gibt keinen vernünftigen Grund, daß sich die demokratischen Kräfte in diesem Lande heute zerstreiten, wo sie gemeinsam eine Demokratie errichtet haben, die ihre Leistungen erbracht hat und die sich in der Welt sehen lassen kann.

Die Fraktion der FDP, der ich angehöre, hat die Verwirklichung der Westverträge in den 50er Jahren mitgetragen und mitverantwortet, zusammen mit der heutigen Opposition. Das ist für uns nicht der Augenblick, die Leistungen der Vergangenheit, die darin liegen, zu verleugnen. Diese liberale Fraktion trägt und verantwortet heute zusammen mit der Opposition von gestern die Ostverträge, die die notwendige Ergänzung zu den Westverträgen darstellen. So wie die kleine Gruppe der Liberalen im englischen Unterhaus den Ausschlag gegeben hat für das englische Ja zu Europa, so schicken wir, die deutschen Liberalen, uns an, das Ja zum Frieden und zur Entspannung in Europa zu sichern.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in fairer Grundeinstellung an die vor uns liegende Debatte herangehen, werden wir diesem Staat nach außen und nach innen einen großen, vielleicht einen entscheidenden Dienst erweisen.

Nach außen, weil die Welt in diesen Tagen auf den Deutschen Bundestag blickt. Sie will nicht nur wissen, was für und was gegen die Verträge gesagt wird. Die Welt wird vor allem auf die Halbtöne hören, die ihr vielleicht Rückschlüsse auf das innere, das tiefere Denken unseres Volkes ermöglichen.

Noch wichtiger als die Frage, mit welcher Mehrheit die Verträge verabschiedet werden, wird sein, ob wir uns den Frieden nicht nur als Ziel gewählt haben, sondern ob wir auch eine Sprache des Friedens führen.

Gelegentlich wird darauf hingewiesen, daß die Weimarer Republik zugrunde gegangen sei, weil die Mitte und die Rechte des Reichstages den braunen Faschismus unterschätzt hätten. Das mag zum Unheil beigetragen haben. Mit Sicherheit war es die Unfähigkeit jener Republik, die Spielregeln und die Würde des Parlaments zu achten. Sie hat jenen Weimarer Staat der Verachtung durch die eigenen Bürger preisgegeben. Dann erst auf den Trümmern des Parlaments konnte der braune Faschismus ins Kraut schießen.

Meine Kollegen, dies ist eine große Stunde für unser Parlament und unseren Staat. Der Bundesrat hat mit seiner sachlichen und würdigen Debatte eine Norm gesetzt. Ich möchte wünschen, daß wir sie beachten.

Die Art und Weise, wie wir diese Debatte führen, wird aber auch für die Zukunft unseres Landes von Bedeutung sein. Wollen wir sie so führen, daß der nationalen Teilung ein innerer Graben in der Bundesrepublik hinzugefügt wird? Soll nach der Annahme der Verträge — einer Annahme mit vielleicht geringer Mehrheit — der Kampf gegen die Verträge weitergehen, und sollen damit die in ihnen liegenden Chancen im Keime erstickt werden? Oder sollen die Objektivität und die Sachlichkeit der Debatte den Beweis erbringen, daß bei uns jenes Maß an disziplinierter Selbstkontrolle herrscht, das in dieser Welt heute und in Zukunft erforderlich ist?

Gemeinsam wollen wir den Beweis der Zuverlässigkeit und der demokratischen Reife erbringen. Die Bundesregierung ist jedenfalls entschlossen, ihre Darlegungen in einem Geist und einem Ton zu machen, die den inneren Frieden für die Zukunft intakt lassen.

Die Bundesregierung steht vor der schwierigen Aufgabe zu überzeugen, wo die Entscheidung schon getroffen worden ist. Auch das, was in den Ausschüssen von der Bundesregierung an Information und Argumenten noch geliefert werden wird, wird gegen den Beschluß der Oppositionsfraktion, zu den Verträgen nein zu sagen, wahrscheinlich wenig ausrichten.

Gleichwohl würde diese Regierung Ihrer Aufgabe und ihrer Verantwortung nicht gerecht, wenn sie nicht alles täte, um noch einmal in der eindringlichsten Weise die Bedeutung der Verträge für den Frieden und für die Zukunft dieses Landes vor aller Welt klarzumachen.

Einen ersten Test haben die Verträge erfolgreich bestanden. Ohne sie würde es eine Berlin-Regelung nicht geben.

Das Viermächte-Abkommen über Berlin aber war der Prüfstein — nicht nur für uns —, ob die Sowjetunion bereit sein würde, über Entspannung nicht nur zu reden, sondern sie auf der Grundlage eines vertretbaren Kompromisses auch konkret zu vereinbaren. Daher sagte der amerikanische Präsident, daß diese Regelung ein Meilenstein gewesen sei, daß es dieses Berlin-Abkommen ihm ermöglicht habe, den Weg nach Moskau zu gehen. An die erwiesene Bereitschaft zum Kompromiß knüpfen sich die Erwartungen, auch auf

anderen Gebieten zu Regelungen zu kommen. Das ist die Bedeutung dieser Abmachung.

Der Kern unserer Ost-West-Politik, das Verhältnis zwischen den beiden Staaten in Deutschland, wird von diesen Verträgen natürlich beeinflußt. Sie haben ein Recht darauf zu erfahren, ob die Perspektive der Einheit Deutschlands mit den Verträgen verbessert oder ob die Spaltung Deutschlands vertieft wird. Diese Debatte gibt Gelegenheit, darüber zu diskutieren. Nicht nur dieses Parlament, sondern das ganze deutsche Volk hat ein Recht auf diese Antwort; denn die deutsche Frage bleibt für uns — und ich meine, für uns alle — im Mittelpunkt unserer Entspannungs- und Friedenspolitik.

Diese Bundesregierung würde jedoch ihre Pflicht in bedenklicher Weise verletzen, wenn sie es unterlassen würde, auf die möglichen Folgen einer Ablehnung der Verträge hinzuweisen. Die Bundesregierung muß mit dem gebotenen Ernst die Frage nach der Alternative stellen, und das ist eine Frage, die zu beantworten die Opposition uns schuldet. Denn welches wäre der Wert eines ablehnenden Votums, wenn es nicht abgesichert wäre durch eine tragfähige und erfolgversprechende Alternative?

Nun lassen Sie mich zum Inhalt der Verträge Stellung nehmen:

1.

Die Verträge enthalten einen umfassenden Gewaltverzicht. Danach ist nicht nur die Anwendung von Gewalt, sondern auch die Drohung mit Gewalt ausgeschlossen. Dieser Ausschluß gilt für alle Aspekte der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern. Er bedeutet, daß alle Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen sind.

Worin liegt die politische Bedeutung dieses Gewaltverzichts? Die Sowjetunion kann sich jetzt nicht mehr, wie noch 1969, auf ein angebliches Interventionsrecht aus den Artikeln 53 und 107 der Satzung der Vereinten Nationen berufen. Das wurde ausdrücklich durch den sowjetischen Außenminister bestätigt.

2.

Diese Verträge enthalten eine Aussage über die Grenzen. Sie schaffen keine Rechtsgrundlagen für bestehende Grenzen und enthalten keine Stellungnahme zur Entstehung dieser Grenzen. Sie enthalten aber Verpflichtungen. Im deutsch-sowjetischen Vertrag verpflichten sich die Partner, die Grenzen als unverletzlich zu achten. Das bedeutet, sie können nicht mit Gewalt geändert werden. Eine friedliche und einvernehmliche Änderung der Grenzen ist damit natürlich nicht ausgeschlossen. Das hat der sowjetische Außenminister ebenfalls ausdrücklich bestätigt.

Ferner haben in dem deutsch-sowjetischen Vertrag beide Seiten erklärt, daß sie keine Gebietsansprüche haben. Das entspricht unserer bisherigen Politik. Die Bundesrepublik hat auch in der Vergangenheit keine Gebietsansprüche geltend gemacht, weder auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße noch auf das Gebiet der DDR. Die Einheit Deutschlands wird nur da-

durch erreicht, daß die Bundesrepublik das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zur Grundlage einer solchen Entwicklung macht. Daß eine Politik, die darauf abzielt, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt, nicht gegen diese Bestimmungen des Vertrages verstößt, ergibt sich — um das zu beantworten — aus dem Brief zur deutschen Einheit, den ich anläßlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages an den sowjetischen Außenminister richtete. Dieser Brief wurde von der sowjetischen Seite ohne Widerspruch entgegengenommen.

Im deutsch-polnischen Vertrag ist die Aussage zur Grenze konkretisiert. Diese Aussage stellt klar, daß die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens nicht mehr in Frage stellt. Dies bedeutet, daß die Gebiete jenseits dieser Grenze von der Bundesrepublik Deutschland für die Dauer ihrer Existenz als polnisches Staatsgebiet zu betrachten und zu respektieren sind, wengleich eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland noch nicht zustande gekommen ist und die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes fortbestehen.

Diese Grenzregelung hat nichts mit den Individualrechten der Deutschen, die in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße leben, zu tun. Diese Rechte waren nicht Gegenstand der Verträge. Ich habe, um das klarzustellen, in den Verhandlungen förmlich erklärt, daß niemand durch den Vertrag Rechte verliert, die ihm nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland zustehen.

Der deutsch-polnische Vertrag schafft allerdings kein Optionsrecht für die Deutschen jenseits von Oder und Neiße. Im Zuge der Verbesserung unserer Beziehungen zu Polen eröffnet er uns jedoch die Möglichkeit, uns für diese Deutschen zu verwenden.

3.

Beide Verträge enthalten eine Bestimmung, in der klargestellt wird, daß früher geschlossene Verträge der Vertragspartner nicht berührt werden. Das gilt auch, wie unseren Vertragspartnern bekannt ist, für den Deutschland-Vertrag, den wir mit unseren drei westlichen Verbündeten abgeschlossen haben. Dort heißt es, daß die Unterzeichnerstaaten sich darüber einig sind, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist und daß sie sich weiterhin darüber einig sind, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß. Damit ist klargestellt, daß die Bundesrepublik nur für sich, nicht für einen gesamtdeutschen Souverän sprechen kann. Ferner ist gesichert, daß die Rechte der Vier Mächte hinsichtlich Deutschlands als Ganzes unberührt bleiben.

4.

Beide Verträge enthalten schließlich als Ziel der Vertragspartner die Normalisierung der Beziehungen. Diese Normalisierung soll sich auf alle Bereiche in den

gegenseitigen Beziehungen erstrecken. Sie ist das eigentliche politische Ziel der Verträge, das in die Zukunft weist.

Die Rechte und Verpflichtungen aus den Verträgen sind eindeutig formuliert. Sie geben keinen Anlaß zu einem Dissens zwischen den Vertragspartnern. Völkerrechtliche Verträge sind grundsätzlich von ihrem Wortlaut her auszulegen; ihre Auslegung kann nicht über das hinausgehen, worüber zwischen den Vertragspartnern Einigung erzielt worden ist.

Auch die Verpflichtungen hinsichtlich der Respektierung der Grenzen sind eindeutig.

Entspannung und Normalisierung sind die Grundpfeiler des politischen Prozesses in Europa, der von beiden Seiten in Europa getragen wird, und dessen Ziel die Erhöhung der Sicherheit in Europa ist. Davon werden natürlich spezifische Zielvorstellungen, die die jeweiligen Vertragspartner haben mögen und die sie vielleicht auch mit den Verträgen verbinden, nicht berührt. Diese Zielvorstellungen sind ebenso wenig in den beiden Verträgen wie in anderen völkerrechtlichen Verträgen Gegenstand der Regelung. Sie konnten es auch gar nicht sein.

Es liegt in der Natur des Menschen begründet, daß er den Wunsch nach Entspannung und Frieden in ruhigen Zeiten nicht so deutlich bekundet wie in Augenblicken der Krise. Konrad Adenauer wußte, wovon er sprach, als er am 20. November 1958, auf dem Höhepunkt der Berlin-Krise, zum sowjetischen Botschafter Smirnow sagte: „Oberstes Ziel jeglicher Politik muß es sein, eine Entspannung der Weltlage anzustreben. Demgegenüber hat alles andere zurückzutreten!“

Wir, die Abgeordneten des Bundestages, sollten uns solcher Einsichten nicht nur entsinnen, wenn eine Krise vor der Tür steht oder sie schon ausgebrochen ist. Die Bundesregierung hat jedenfalls vom ersten Tage ihrer Regierungszeit an ihr Sinnen und Trachten auf die Verwirklichung einer Entspannung zwischen Ost und West in Europa gerichtet.

Entspannung entsteht nicht dadurch, daß man von Entspannung redet und sich vielleicht auch einer gemäßigten Sprache bedient. Entspannung ist nur dort möglich, wo ein Minimum an Vertrauen entsteht, wo die Vernunft langsam die Oberhand über Vorurteile und Mißtrauen gewinnt.

Aber da gibt es, so wird man einwenden, die ungelösten Probleme, die uns der Zweite Weltkrieg beschert hat. Wie wollen wir zu Entspannung kommen, wenn die Probleme sich als unlösbar erweisen, wie die Erfahrung von mehr als 25 Nachkriegsjahren gezeigt hat?

Meine Antwort ist einfach: Gerade weil wir es in unserem Verhältnis zu Osteuropa mit Fragen zu tun haben, die heute unlösbar sind, brauchen wir Entspannung und Zusammenarbeit. In der gefährlichen Welt, in der wir leben, können wir nicht immer sicher sein, daß sich die Entspannung einstellt, wenn wir sie gerade brauchen.

Auch angesichts der heute unlösbaren Fragen, die man das Deutschland-Problem nennt, ist die Entspan-

nung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West in Europa möglich, und zwar durch den gegenseitigen, vertraglich vereinbarten Gewaltverzicht auf der Grundlage des Status quo. Ohne einen solchen Gewaltverzicht, ohne eine klare und rückhaltlose Äußerung zum Status quo gibt es weder Entspannung noch Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern. Hiervon müssen wir ausgehen. Und hiervon muß auch jeder ausgehen, der zu einem besseren Verhältnis zu den Völkern Osteuropas kommen will.

Bereits 1966 hat der damalige amerikanische Präsident Johnson das so ausgedrückt: „Unsere Aufgabe ist es, eine Wiederversöhnung mit dem Osten zu erreichen, einen Übergang von der engen Konzeption der Koexistenz zu der größeren Vision des friedlichen Engagements . . . Hand in Hand mit diesen Maßnahmen zur Stärkung der Ost-West-Beziehungen müssen Maßnahmen zur Beseitigung der territorialen Grenzstreitigkeiten gehen, die eine Quelle von Spannungen und Reibungen in Europa bilden.“

Nun, meine Damen und Herren, die vorliegenden Verträge schaffen die Voraussetzung dafür, daß trotz der ungelösten Probleme eine genügend tragfähige Grundlage für den politischen Dialog mit dem Osten und eine für beide Seiten vorteilhafte wirtschaftliche, technologische, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zustande kommt. Auch hier gilt, daß man wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht erst dann herstellen kann, wenn sie am dringendsten gebraucht wird. Regieren heißt ja voraussehen, meine Damen und Herren!

Am 9. Februar dieses Jahres sagte Präsident Nixon in seinem Bericht an den Kongreß: „Die Vier Mächte erzielten eine Übereinkunft über Berlin, die dazu bestimmt ist, die ständigen Krisen über diese Stadt in der Nachkriegszeit zu beenden und die Lage der tapferen Bevölkerung West-Berlins in konkreter Weise zu verbessern. Zum erstenmal ergab sich die Aussicht auf konkrete Gespräche mit dem Osten über andere ungelöste Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.“

Ich habe vorhin schon erwähnt, daß es ohne Gewaltverzicht und ohne Beachtung der Realitäten dieses Berlin-Abkommen nicht gegeben hätte. Und selbst der grimmigste Kritiker dieser Regierung wird ihr zugestehen müssen, daß während der Verhandlungen in Moskau die Sorge um die Lebensfähigkeit Berlins ihr Handeln und ihre Schritte täglich bestimmt hat.

Kein Mitglied der damaligen Verhandlungsdelegation wird vergessen, wie in der letzten Nacht der Verhandlungen, vor der Paraphierung, alle Beteiligten innerlich auf das äußerste angespannt waren, als ich meinem sowjetischen Kollegen immer noch einmal wiederholte, daß es ohne eine befriedigende Berlin-Regelung keinen Vertragsabschluß geben könne.

Ich habe Herrn Gromyko den Kabinettsbeschluß vom 23. Juli 1970, den ich auch hier noch einmal in Erinnerung bringen darf, wörtlich verlesen. Das Kabinett sagte damals: „Der Rahmen, in dem sich die Verhandlungen halten werden, ist durch den Auftrag des Grundgesetzes zur Wahrung der Einheit der deutschen Nation, durch die Rechte und Verantwortlichkeiten der Drei Mächte für Deutschland als Ganzes und Berlin und

durch die internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegeben. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß Fortschritte in der europäischen Entspannung untrennbar verbunden sind mit Fortschritten in Richtung auf eine befriedigende Regelung der Lage in und um Berlin. Ein Gewaltverzichtsvertrag wird daher erst dann in Kraft gesetzt werden können, wenn entsprechende Vereinbarungen vorliegen.“

Meine Damen und Herren, inzwischen liegt das Ergebnis der langwierigen und schwierigen Verhandlungen über Berlin vor uns. Nie zuvor in der Geschichte der modernen Diplomatie hat es eine so enge Abstimmung, ein so enges Zusammenwirken verbündeter Staaten gegeben, wie dies in diesen Verhandlungen zwischen den drei Westmächten und uns der Fall war. Für die Solidarität, die sie uns gegenüber bewiesen haben, und für die mit den Verhandlungen verbundenen ungewöhnlichen Anstrengungen schulden wir den drei westlichen Verbündeten Dank, und auch den Dank dieses Hohen Hauses.

Die Gerechtigkeit gebietet es, auch die Bereitschaft der Sowjetunion anzuerkennen, trotz aller Schwierigkeiten, trotz Zähigkeit, zu einem positiven Abschluß beizutragen.

Und schließlich sollten wir nicht vergessen, daß auch die Mitwirkung der DDR notwendig war, um zu dem vorliegenden Ergebnis zu kommen.

Die Opposition war zunächst ganz konsequent, wenn sie erklärte, die Berlin-Regelung werde der Prüfstein für die Qualität der Verträge sein. Sie würde auch ein Test sein für die Bereitschaft der Sowjetunion, zur Entspannung beizutragen.

Jetzt, nachdem eine befriedigende Berlin-Regelung darauf wartet, in Kraft gesetzt zu werden, ist bei Ihnen davon allerdings weniger die Rede.

Die Berlin-Regelung – und ich nehme an, daß Sie mir da zustimmen werden – öffnet und sichert die Wege von uns nach Berlin und von Berlin zu uns. Sie öffnet den Berlinern eine Pforte zu Besuchen in der DDR. Sie bringt die Anerkennung der Bindungen Westberlins an den Bund. Sie festigt die internationale Position Berlins und seine Vertretung durch die Bundesrepublik und bestätigt die Viermächte-Verantwortlichkeit für Berlin. Damit ist ein hochempfindliches krisenträchtiges Problem vertraglich unter Kontrolle gebracht worden.

Es ist uns gelungen, darüber hinaus erhebliche praktische Verbesserungen zu erreichen. Die Visa-Gebühren sind pauschaliert worden. Die Fernmelde- und Fernschreibverkehrsverbindungen zwischen Berlin und der DDR sind ausgeweitet worden. Das klingt bescheiden, das klingt für Sie vielleicht bescheiden; für einen Berliner, der seit 10 Jahren nur noch unter großen Schwierigkeiten mit seinen Verwandten und Bekannten in Ost-Berlin und der DDR telefonieren konnte, sieht sich die Sache anders an.

Niemand konnte erwarten, daß eine Berlin-Regelung die Mauer zum Verschwinden bringen würde. Aber mit

dem Abkommen ist sicher eine Forderung auch der Opposition erfüllt worden: Die Mauer ist mit dem Abkommen durchlässiger geworden.

Die Bundesregierung bringt die beiden Verträge jedenfalls mit dem guten Gefühl ein, für die Lebensfähigkeit Berlins und für das Los seiner Bürger mehr erreicht zu haben, als viele von uns – wenn sie aufrichtig sind – vor einigen Jahren zu hoffen wagten. Was sagte doch der damalige amerikanische Außenminister Dean Rusk 1968 auf der NATO-Konferenz? Wenn man die Pauschalierung der Zugangsgebühren erreichen könnte, so wäre dies wohl eine große Sache. Die Pauschalierung der Gebühren damals eine große Sache! Vergleichen Sie damit doch einmal den Inhalt des Viermächte-Abkommens über Berlin!

Nun, es wird sich immer jemand finden, der die Dinge ins Gegenteil zu verkehren versteht. Er wird erklären, daß sich das Parlament mit der Berlin-Regelung nicht unter Druck setzen lasse. Darum kann es sich auch nach der Auffassung der Bundesregierung gewiß nicht handeln. Meine Damen und Herren, bedenken Sie aber, bevor Sie so etwas aussprechen, wie die Lage Berlins war und wie sie mit der Regelung sein wird. Handeln Sie im Sinne der Präambel des Grundgesetzes wenigstens für diejenigen, für die Sie jetzt wirklich handeln können: für die Berliner.

Ich darf nunmehr einmal an etwas erinnern, was der Kollege Barzel hier im Bundestag vor zwei Jahren gefragt hat:

„Was also, Herr Bundeskanzler, werden Sie erklären oder was würden Sie erklären, falls die Sowjetunion Ihnen – wie 1968 uns zusammen – die Frage anträgt: Seid Ihr bereit, nicht nur auf Gewalt, sondern auch auf friedliche Veränderung der deutschen Dinge mit dem Ziel der Selbstbestimmung des deutschen Volkes zu verzichten? Das ist der Kern, das ist die Frage.“

So die Frage von Herrn Barzel im Bundestag. Herr Dr. Barzel, ich kann Ihnen zu diesem Komplex sagen, was ich selbst dazu in den Verhandlungen in Moskau vorgetragen habe. Auf der Verhandlungssitzung am 30. Juli 1970, in der ersten Phase der Verhandlungen, habe ich folgendes dazu gesagt:

„Es muß volle Klarheit herrschen, wenn der Vertrag zur Grundlage besserer Beziehungen und schließlich hoffentlich freundschaftlicher Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern werden soll. Daher darf ich wiederholen: Für jede Bundesregierung, gleich wie sie aussieht, bleibt die Einheit der Deutschen ein unverzichtbares politisches Ziel. Ich sage das, um klarzumachen, daß eine friedliche Politik, die auf diesen Prinzipien – Gewaltverzicht, Achten der territorialen Integrität, keine Verletzung der Grenzen – beruht und der Einheit der Deutschen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung dient, keine Verletzung des Vertrages darstellt.“

Ich weise noch einmal darauf hin, daß wir einer ausführlichen Erwähnung der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in dem Artikel über die Achtung der territorialen Integrität zugestimmt haben. Was wir nicht aufgeben können, ist das Recht der Regierung und der Bevölkerung, die nationale Einheit im Rahmen einer europäischen

Friedensordnung und auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung mit friedlichen Mitteln anzustreben. Es wäre niemandem in Europa damit gedient, wenn man ein Volk dazu bringen wollte, seine Identität zu verleugnen. Deshalb haben wir mit großer Befriedigung Ihre Erklärung (Gromykos Erklärung) über das Recht der Völker und Staaten, sich friedlich zu vereinigen, zur Kenntnis genommen.“

Herr Barzel, das ist die Antwort auf Ihre Frage gewesen.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen war der Brief zur deutschen Einheit. Er gehört zusammen mit den anderen begleitenden Dokumenten zu den Ratifizierungsunterlagen. Ich möchte seinen Inhalt, der von der sowjetischen Seite unwidersprochen entgegengenommen worden ist, hier noch einmal zitieren:

„Sehr geehrter Herr Minister,

im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beehrt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.“

(Unterschrift)

Die Bundesregierung ist weder so illusionistisch zu glauben, noch so unaufrichtig, andere glauben zu machen, als sei uns mit diesem Brief eine politische Waffe in die Hand gegeben, mit der wir die Wirklichkeit, die traurige Wirklichkeit nämlich der deutschen Teilung aus den Angeln heben könnten. Dieser Brief zur deutschen Einheit hält zusammen mit anderen Teilen des Vertragswerkes die deutsche Frage offen. Das ist schon etwas. Und es war gar nicht so selbstverständlich, wie sich das heute vielleicht für manchen ansehen mag. Hätte die Opposition im Sommer 1970, der Einladung der Bundesregierung folgend, einen Vertreter zu den Verhandlungen entsandt, dann hätte sie sich an Ort und Stelle ein Bild von der Härte der Verhandlungen, insbesondere in dieser Frage, machen können.

Nein, meine Damen und Herren, die Wirklichkeit der Teilung kann man nicht mit juristischen Vorbehalten wegzaubern. Sie ist die unmittelbare Folge des von Hitler angezettelten und von uns allen verlorenen Krieges. Und jeder, der diese Teilung kennt, wie wir sie in Erfurt und Kassel erlebt haben, der weiß, daß die Teilung kaum noch vertieft werden kann, es sei denn durch eine Politik, die sich auf Deklamationen beschränken würde.

Nein, wenn es einen Weg zur Einheit der Nation gibt, dann nur über eine allgemeine Entspannung in Europa, die tragfähig genug ist, um das Trennende zwischen uns und der DDR in den Hintergrund treten zu lassen.

Nicht die friedliche Konkurrenz der beiden deutschen Staaten um den besten Beitrag zum Frieden und zur Zusammenarbeit vertieft die Spaltung weiter. Wenn etwas die beiden Teile noch weiter und endgültig voneinander entfernen kann, dann ist es die Indifferenz, die sich hinter unerfüllbaren Forderungen verbirgt.

Wenn auf der Grundlage dieser Verträge Entspannung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West in Europa in Gang kommen, dann wird auch das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander eingebettet sein in ein Klima, in dem es leichter sein wird, mehr Austausch, mehr Kommunikation und mehr Freizügigkeit zu erreichen.

Wer aber Angst vor der eigenen Courage hat, wer befürchtet, mehr Kommunikation und Freizügigkeit importiere bei uns den Kommunismus, der erhebt doch indirekt die Forderung, die Regierung der DDR müsse erst kapitulieren, bevor es zu Kontakten mit der Bundesrepublik kommen darf.

Von beiden können wir nur eines haben: Entweder wir folgen dem Beispiel Honeckers und grenzen uns ab aus Furcht vor Ansteckung, oder wir sind uns der Stärken der freiheitlichen Ordnung bewußt und trauen uns den friedlichen Wettbewerb mit der DDR, überall dort, wo er möglich ist, zu.

Die Frage, ob der Kommunismus bei uns eine Chance hat, wird von uns, ganz allein von uns entschieden. Und davon machen die Universitäten keine Ausnahme.

Die Verträge sind ein Kernstück der friedlichen Koexistenz zwischen West und Ost und der Sicherheit in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland will mit ihnen nicht nur ihre eigene Lage verbessern. Wir sehen in den Verträgen einen wichtigen Beitrag zur Stabilität unseres Kontinents. Die Verträge fördern das, was die Europäer erhoffen, die Milderung der Spaltung des alten Weltteils durch friedlichen Austausch und Zusammenarbeit.

1815, auf dem Wiener Kongreß, war es noch die europäische Staatskunst, die die Folgeprobleme der Napoleonischen Kriege löste. 1918, in Versailles, fehlte Rußland; dann zog sich Amerika zurück. Es gelang nicht, ein Gleichgewicht zu schaffen. 1945, in Potsdam, hatte Westeuropa so gut wie kein Gewicht mehr. Diese Verträge, als Teil westeuropäischer Politik konzipiert, in ständigen Konsultationen mit den Bündnispartnern erarbeitet, kündigen an: das wiedererstandene Westeuropa beginnt, Herr seiner eigenen Probleme zu werden.

Die Politik, die zu den Verträgen geführt hat, hat wesentlich zum Zusammenhalt des sich gestaltenden Westeuropas beigetragen. Es war kein leeres Wort, als wir vor den Verhandlungen sagten, unsere gesamte Osteuropa-Politik baue auf der fortschreitenden Integration Westeuropas auf. In anderen Fragen mag es Nuancen und Meinungsverschiedenheiten unter Europäern geben; was unsere Osteuropa-Politik angeht, bestehen keine.

Präsident Pompidou sagte am 11. dieses Monats in Paris: „In den Beziehungen zum Osten haben wir eine vollendete Übereinstimmung zwischen der Politik der Bundesrepublik und der französischen Politik fest-

gestellt. Ich hatte Gelegenheit, dem Bundeskanzler erneut die vorbehaltlose Unterstützung zu bestätigen, die wir seiner Politik auf diesem Gebiet zollen.“

Der britische Außenminister Douglas-Home äußerte sich am 13. Februar noch: „Die britische Regierung hat die Ostpolitik von Anfang an voll unterstützt und hat die Verträge von Moskau und Warschau als wichtige Beiträge zu den Beziehungen zwischen Ost und West begrüßt.“

Blicken wir doch einmal auf das, was seit Beginn unserer Regierungszeit in Westeuropa geschehen ist. Wir haben den inneren Ausbau der Gemeinschaften, wie er in den Römischen Verträgen vorgesehen ist, vollendet. Mit der Wirtschafts- und Währungsunion haben wir den ersten Schritt zu einem geschlossenen Binnenmarkt mit freiem Verkehr von Menschen, Gütern und Kapital getan. Die Erweiterung der Gemeinschaften ist gelungen. Damit ist der Stein aus dem Wege geräumt, der die Fortentwicklung Europas seit den Sechziger Jahren blockierte. Die politischen Konsultationen, erst der Sechs, dann der Zehn, sind in Gang gekommen. Was mit dem Fouchet-Plan 1962 endgültig gescheitert schien, konnte damit wieder auf den Weg gebracht werden. Unsere Ostpolitik, die europäische Ostpolitik hat die Stagnation überwunden. Die Europäer haben sich zu einer gemeinsamen Standortbestimmung in dieser Politik aufgerafft. Sie haben daraus identische Konsequenzen gezogen. Hieraus sind die ersten Ansätze einer gemeinsamen Politik für die Zukunft erwachsen.

Niemand auf der Welt verkennt dies, auch die Sowjetunion nicht. Das ist noch das Entscheidende. Es kommt doch nicht auf die förmliche Anerkennung der Europäischen Gemeinschaften an, von der uns die Juristen der Kommission in Brüssel noch letzte Woche sagten, so etwas gäbe es überhaupt nicht. Es kommt doch darauf an, daß der dynamische Prozeß der europäischen Einigung, wirtschaftlich und politisch von jedem als unabänderlich betrachtet wird und daß daraus die richtigen Folgerungen für Entspannung und für Zusammenarbeit gezogen werden.

Ich habe während der Verhandlungen in Moskau und danach bei jedem Gespräch mit sowjetischen Politikern darauf hingewiesen, daß auch diese Entwicklung Teil einer europäischen Realität sei.

Lassen Sie mich hierzu aus einer Aufzeichnung über meine Gespräche in Moskau vom 28./29. November 1971 zitieren; dort heißt es: „Der Bundesminister des Auswärtigen wies auf die entscheidende Bedeutung der Gemeinschaft im Welthandel hin. Er schilderte ausführlich und eindringlich die Integrationsautomatik, insbesondere den Beginn der Übergangsphase der Gemeinschaften vom 1. Januar 1973 an. Er betonte auch die Bedeutung, die den Europäischen Gemeinschaften als Faktor für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zukommen werde. Der Außenminister erklärte unmißverständlich, daß eine Änderung unserer EWG-Politik völlig ausgeschlossen sei.“

Meine Damen und Herren, ich habe auch nie einen Zweifel daran gelassen, daß diese Verträge nur auf

der Grundlage des bestehenden militärischen Gleichgewichts in Europa möglich sind. Schon in der Zeit, als ich der Oppositionsführer im Deutschen Bundestag war, habe ich in einem Gespräch mit Ministerpräsident Kossygin betont, daß eine funktionierende Allianz mit intakter amerikanischer Truppenpräsenz die Grundlage für die Entspannung in Europa sei. Wir haben diese Politik im Bündnis und gegenüber unseren Vertragspartnern beharrlich weiterverfolgt.

Es ist deshalb wiederum kein Zufall, daß es im Abschlußkommuniqué der NATO-Ministerratskonferenz vom 4. Dezember 1970 heißt: „Die Minister der NATO-Länder begrüßten diese Verträge als Beitrag zur Minderung der Spannung in Europa.“ Denn, in der Tat, der Zusammenhalt der Allianz ist, seitdem wir unsere Osteuropa-Politik begannen, besser geworden. Das, was im Harmel-Bericht 1967 vorgezeichnet wurde, ein Bündnis, dessen Sicherheit nicht nur auf der Abschreckung, sondern auch auf der Entspannung aufbaut, wird jetzt Wirklichkeit.

„Vor nicht allzu langer Zeit waren unsere Bündnisse ausschließlich auf die Eindämmung der Sowjetunion und der Volksrepublik China gerichtet. Jetzt aber muß mehr in unsere Allianz hineinkommen. Es ist relativ einfach, sich über das zu einigen, wogegen man ist. Es ist sehr viel komplizierter, eine Allianz auf der Grundlage dessen zusammenzuhalten, wofür man ist.“

Ich habe jetzt Präsident Nixon zitiert.

In den letzten Monaten hat die Opposition eine stets wachsende und auch stets wechselnde Argumentation gegen die Verträge ins Feld geführt. Dafür war vom Inhalt der Verträge immer weniger die Rede. Es handelt sich um Argumente von unterschiedlichem Gewicht. Allen ist gemeinsam, daß sie nicht auf dem Wortlaut der Verträge aufbauen, sondern daß sie das Produkt manchmal ganz unbegrenzter politischer Spekulationen darstellen. Aber die Geschichte ist kein Produkt von Spekulationen. Sie setzt sich zusammen aus schwierigen Entwicklungen und mutigen Entscheidungen. Niemand in unserer jüngsten Geschichte hat dies besser gewußt als der Bundeskanzler, auf den Sie sich — meine Damen und Herren von der Opposition — gern berufen. In seinen Erinnerungen zum Jahr 1955, dem Jahr seiner Moskau-Reise, schrieb Konrad Adenauer in aller Nüchternheit: „Es würde dies ein langer und mühseliger Weg schwierigster Verhandlungen sein, ein Weg, auf dem man manche Umwege in Kauf nehmen müßte, die zweifellos auch mit Gefahren verbunden sein würden. Es müßte versucht werden, einen Weg zu finden, der auch der Sowjetunion akzeptabel erschiene und bei dem sie hoffen könnte, ihre Zielsetzung gewahrt zu wissen.“

Meine verehrten Kollegen von der CDU/CSU. Denken Sie doch einmal über diese Worte nach. Fragen Sie sich, ob wir etwas anderes getan haben als das, was 1955 Konrad Adenauer als die Umrisse einer Verhandlung mit der Sowjetunion entworfen hatte.

An einer Behauptung kann die Bundesregierung allerdings nicht vorbeigehen, ohne ihr mit allem Nachdruck zu widersprechen.

Weder in den Verträgen noch in den begleitenden Dokumenten gibt es einen Anhaltspunkt für die wirk-

lich grobfahrlässige Behauptung, diese Verträge würden den Forderungen auf Reparationsleistungen an die Bundesrepublik Deutschland begründen.

Wer unseren Steuerzahlern das Schreckgespenst der Reparationen an die Wand malt, handelt genauso unverantwortlich wie jener, der um jeden Preis eine Inflation herbeidiskutieren möchte. Oder wollen wir etwa dem Ausland suggerieren, bei uns gäbe es etwas zu holen? Ich hoffe, daß die Abgeordneten der Opposition selbst für die notwendigen Klarstellungen hier im Deutschen Bundestag sorgen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als würde es die CDU/CSU zulassen, daß einzelne ihrer führenden Mitglieder mit diesen trüben Gerüchten weiter hausieren gehen.

Argumente lassen sich immer finden und ins Feld führen, wenn es sich darum handelt, die bereits getroffene Entscheidung, nein zu den Verträgen zu sagen, zu begründen. Argumente entstehen und Argumente verschwinden wieder. Aber noch so viele Argumente gegen eine Politik machen noch keine Alternative.

Und hier, meine Damen und Herren, liegt in der Tat die größte Schwäche der Opposition. Wie würde die Politik aussehen, die Sie an die Stelle derjenigen setzen wollen, die die Bundesregierung verfolgt? Wie soll eine Entspannungspolitik aussehen, wenn sie ohne die Grundlage des Status quo freischwebend in der Luft hängt? Verhandeln heißt doch nicht, eigene Wunschzettel ausfüllen!

Oder glauben Sie gar, es sei die Zeit und die Gelegenheit gekommen, sich politisch einzugraben, wenn unsere Freunde und Verbündeten längst die Bewegung gewählt haben? Sollen wir die halbverfallenen Unterstände des Kalten Krieges wieder beziehen, wenn sich unsere mächtigsten Verbündeten zur Entspannung und Zusammenarbeit entschieden haben?

Macht es überhaupt keinen Eindruck auf die Opposition, wenn alle unsere Verbündeten geschlossen für diese Politik, die wir gemeinsam treiben, eintreten? Die Argumente der Opposition sind deswegen so wenig einleuchtend, weil keine brauchbare und keine machbare Alternative hinter ihnen steht.

Aber, es gibt allerdings die möglichen Folgen einer Ablehnung der Verträge. Das ist aber etwas anderes als eine Alternative.

Mein französischer Kollege Maurice Schumann wurde in einem Interview, das in der „Welt“ abgedruckt war, gefragt, wie sich die Lage nach einer möglichen Ablehnung der Ratifizierung darstellen könnte. Er antwortete, daß er sich weigere, diese Möglichkeit überhaupt ins Auge zu fassen.

So sehr sind die Verträge heute schon Teil auch der Außenpolitik unserer Verbündeten, daß die Folgen einer Ablehnung in ihrer politischen Wirkung einfach unübersehbar sein würden. Die Entspannungsmöglichkeiten im Osten wären auf unabsehbare Zeit verschüttet. Die Verbündeten im Westen empfinden die Ablehnung als ein Torpedo gegen ihre eigene Ent-

spannungspolitik. Wir Deutschen hätten in Europa die Vorhänge heruntergelassen, gerade als das erste Licht heraufzudämmern begann.

Nun, die Bundesregierung und die hinter ihr stehende Mehrheit werden dafür sorgen, daß diese bedrückende Vorstellung, wir könnten in eine totale Isolierung geraten, nicht verwirklicht wird. Wir wollen der Opposition keine falsche Verantwortung aufbürden. Die Mehrheit bringen wir selbst auf, meine Damen und Herren. Aber wir tun es in der festen Hoffnung, daß auch die Opposition nach der Ratifizierung das als Grundlage ihres Handelns nimmt, daß Verträge, die abgeschlossen sind, zu halten sind.

Es gibt in der Kette der Gegenargumente allerdings eines, das von grundsätzlicher Bedeutung ist. Und ich meine das Argument, mit kommunistischen Staaten könne man keine Verträge schließen; die Machtstrukturen und der Verhaltenskodex in Ost und West seien zu verschieden; der Westen zahle bei solchen Verträgen unweigerlich drauf.

Wenn dem so ist, meine Damen und Herren, dann lassen wir alle Hoffnung fahren, daß der Frieden und das physische Überleben dieser Welt durch Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung zwischen Ost und West gesichert werden können.

Dann sind alle internationalen Abkommen vom Teststopvertrag (1963) über den Weltraumvertrag (1967), den Nichtverbreitungsvertrag (1968), den Meeresbodenvertrag (1971) bis zum Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland zur Verminderung des Risikos des Ausbruchs eines Nuklearkrieges nur eine zynische Staffage für die heraufziehende und unvermeidliche nukleare Konfrontation.

Dann sind die Amerikaner, die sich seit Jahren um ein Abkommen mit der Sowjetunion über die Begrenzung strategischer Nuklearwaffen bemühen, ebenso naiv wie wir, die wir glauben, daß es möglich und notwendig ist, die Risiken des nuklearen Zeitalters Schritt für Schritt durch eine vertragliche Kodifizierung des Verhaltens der beiden Staaten einzuengen.

Das ist doch der Kern des Problems unserer Zeit, daß zwei Mächte über die Mittel verfügen, unser aller Zivilisation zu zerstören. Und eine dieser Mächte ist ein kommunistisches Land. Darin liegt der Zwang, daß sich die Verantwortung dieser beiden Mächte paart. Und dazu gibt es keine Alternative auf der Welt, meine Damen und Herren.

Diese Dinge sind viel zu ernst, um sie in überkommene Schablonen des Antikommunismus hineinzuzwängen. Gewiß, die Sowjetunion ist eine Weltmacht, und jeder, der mit ihr verhandelt, bekommt den Druck des dahinterstehenden gewaltigen Potentials zu spüren. Die Sowjetunion macht keine Geschenke, und wir haben solche auch nicht erwartet. Aber die Weltmacht Sowjetunion ist ebenso wie wir eingebunden in den fatalen Mechanismus von nuklearer Bedrohung und Abschreckung. Aus diesem Grunde, und zu allererst

aus diesem Grunde, ist sie daran interessiert, den permanenten Krisenherd Zentraleuropa zu beseitigen. Das dies so ist, das ist unsere Chance. Nur auf dieser realistischen Grundlage konnten wir überhaupt zu einem Abkommen mit der Sowjetunion gelangen.

Und lassen Sie uns nicht übersehen, daß auch die Bewußtseinslage von Weltmächten einem Wandel unterworfen ist. Ein gewisser Pragmatismus in der Außenpolitik wird spürbar. Es wird erkannt, daß andere gesellschaftliche Systeme nicht kurz oder mittelfristig zu ändern sind. Es wird mit längeren Zeiträumen gerechnet. Den Nachteil der anderen setzt man nicht mehr absolut mit dem eigenen Vorteil gleich. Eine begrenzte Interessenübereinstimmung entwickelt sich. Über die Systeme hinweg, im Verkehr, im Kulturaustausch, im Handel, in der Technologie.

Lassen Sie mich einmal das erwähnen, was Ministerpräsident Kossygin in seinem Bericht über den Plan am 6. April 1966 über ein Spezialgebiet der technologischen Zusammenarbeit sagte: „Bis vor kurzem neigten wir dazu, die Bedeutung des Handels mit Patenten und Lizenzen zu unterschätzen ... Wir können und müssen den uns gebührenden Platz auf dem Weltmarkt in Lizenzen einnehmen ... Der Kauf von Patentrechten wird uns ermöglichen, Hunderte von Millionen Rubel an wissenschaftlichen Forschungskosten zu sparen.“

Vergleichen wir damit einmal das, was Stalin 1952 in „Wirtschaftliche Probleme des Sozialismus“ an Einstellung zum Weltmarkt bekundete: „Die Desintegration eines einzigen allumfassenden Weltmarkts muß man als die wichtigste ökonomische Konsequenz des Zweiten Weltkrieges betrachten ... Dies hat auch zur Folge, daß sich die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems vertieft.“

Deutlicher läßt sich der Wandel der Zeit doch kaum kennflich machen: der Unterschied zwischen ideologisch bestimmtem Antagonismus und pragmatischer Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Wer glaubt, sich leisten zu können, auf eine Regelung mit der Sowjetunion zu verzichten, der soll uns doch einmal erklären, wie er und mit wem er über die Besserung der Verhältnisse in Zentraleuropa sprechen will.

Ich habe eigentlich schon immer darauf gewartet, und nun ist es so weit: Wer eine Ostpolitik machen will, so wird jetzt verkündet, der braucht vor allem eine Fernostpolitik.

Entschuldigen Sie, lassen Sie mich das ganz offen sagen: Es ist etwas Wahres daran, aber hüten wir uns vor der manchmal hier in Deutschland anzutreffenden Neigung zum politischen Eskapismus! Wer sich nicht in der Lage sieht, mit dem Problem des europäischen Ostens fertig zu werden, weicht gern aus auf die etwas undeutlichen Konturen der chinesischen Mauer. Weil das Naheliegende und Dringende so unbequem ist, flieht man in die Ferne!

Seien Sie beruhigt: Die Bundesregierung hat eine Fernostpolitik. Sie wird sich allerdings von derjenigen des Jahres 1964 vielleicht etwas unterscheiden. Wir wissen, daß die asiatischen Dinge behutsam angefaßt werden müssen. Wir wissen auch, daß es heute nicht mehr darum geht, die bestehenden guten Handelsbeziehungen auf rein privater Basis jetzt Schritt für Schritt allmählich weiterzuentwickeln, sondern es geht jetzt um diplomatische Beziehungen.

Das wissen wir, und Sie mögen versichert sein: Die Bundesregierung wird zum richtigen Zeitpunkt das Nötige tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir zum Schluß ein paar persönliche Bemerkungen zu machen:

Eine Politik schwebt nicht im luftleeren oder geschichtslosen Raum. Sie ist das Produkt vieler Faktoren, und nicht zuletzt stehen hinter ihr Menschen mit unterschiedlicher Erfahrung und unterschiedlicher Vergangenheit. Damit wir uns nicht mißverstehen, meine verehrten Kollegen; ich will damit nicht etwa sagen, daß wir die Ambition hätten, in der Politik nach dem Schlagwort vorzugehen: „Männer machen Geschichte“; nein, wir wollen lediglich jene Überzeugung vollziehen, die wir als Männer einer ganz bestimmten Generation aus dem Wahnsinn des Zweiten Weltkrieges herübergerettet haben: Die Überzeugung nämlich, daß Grenzen, Gebietsansprüche, Gewalt und Krieg für uns ein für allemal ihren Sinn verloren haben.

Wenn ich heute schon wieder Flugblätter in die Hand gedrückt bekomme, in denen ein größerer Lebensraum für Rumpfdeutschland, wie es heißt, gegenüber Polen verlangt wird, dann schaudert mich. Mich schaudert bei dem Gedanken, all die schreckliche Erfahrung könnte umsonst gewesen sein. Umsonst, weil die einen, die wissen, zu feige sein könnten, den Demagogen von Anfang an zu widerstehen, und weil die, die heute wieder an Lebensraum und derlei Dinge denken, von unserer Erfahrung nichts wissen.

Diese Verträge mögen und werden die Voraussetzung und die Grundlage für Entspannung, Zusammenarbeit und Frieden in Europa bilden. Aber ebenso bedeutend sind sie in ihrer Wirkung nach innen.

Über 25 Jahre nach dem Krieg machen diese Verträge deutlich, was unserem Vaterland durch Verblendung und Verbrechen angetan wurde.

Wir können diese Wirklichkeit nicht wegwischen.

Sie werden aber auch deutlich machen, daß wir die Möglichkeit haben, aber auch die Verantwortung, von der Ausgangsposition eines freiheitlichen deutschen Staates aus die Lehren der Geschichte zu beherzigen.

Wenn uns dies gelingt, so hat meine Generation, die man im Blick auf ihre vielen Toten im letzten Krieg die „geopferte“ genannt hat, das Höchste erreicht, was sie erreichen konnte: Den Frieden für sich und für die Generation ihrer Kinder.

Dr. Rainer Barzel (CDU/CSU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Entscheidung, die wir hier zu treffen haben werden, gehört zu den ernstesten und zu den folgenschwersten, die je im Deutschen Bundestag zu treffen waren. Ich scheue mich nicht, von einer geschichtlichen Entscheidung zu sprechen. Zur Entscheidung steht hier eine Politik. Es geht auch, aber nicht nur um Vertragstexte.

Zu der Diskussion hier gehört auch das, was draußen im Lande zum Thema gesagt wird und — mehr noch — was eine raffinierte Propaganda unterschwellig als Bewußtseinslage und Druckkulisse zu erzeugen versucht.

Sie, Herr Kollege Scheel, können mit Ihrem Schlußappell und den Zitate von verschwindenden Randerscheinungen der deutschen Gesellschaft niemanden hier in diesem Hause gemeint haben. Was aber soll man draußen — gemeint ist jetzt jenseits der Grenzen und auch bei denen, die Deutsch hören und verstehen, die auf diese Weise im anderen Teil Deutschlands an dieser Debatte teilnehmen — eigentlich denken, wenn Sie trotzdem so sprechen, Herr Bundesaußenminister, was soll man dort davon halten, wenn Sie schließen mit dem Satz, Sie hätten den Frieden „erreicht“? Auch für die Berliner, wo noch geschossen wird? Auch für die Deutschen entlang der Zonengrenze? Das, meine Damen und Herren, sollte hier nicht gesagt werden.

Aus diesen Gründen beginnen wir mit zwei Feststellungen.

Erstens: Deutsche Politik, die deutsche Demokraten betreiben, war immer Friedenspolitik, und das wird auch in Zukunft so sein. Die Verantwortlichen der Weimarer Republik haben nichts anderes als Friedenspolitik betrieben, nur Nationalsozialisten und Kommunisten nicht — beide keine Demokraten, beide gewalttätig auch in der innenpolitischen Auseinandersetzung, beide sahen in Gewalt ein Mittel der Politik. Die Kommunisten tun das noch heute. Das lehrt der Schießbefehl ebenso wie der nicht vergessene Einmarsch in die Tschechoslowakei und die Gewalt, die kommunistische Kader in diesen Tagen an unseren Universitäten üben.

So müssen wir hier sagen: Die Außen- und die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland war vor dieser Bundesregierung Friedenspolitik, und sie wird es nach ihr bleiben. Die Namen Konrad Adenauer — hier oft beschworen —, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger stehen nicht nur für die längste Zeit der Demokratie in Deutschland, sondern auch für die längste Zeit des Nicht-Kriegs nach innen und nach außen.

In dieser Zeit wurde das einzige Stück realer Friedensordnung in Europa geschaffen: die Europäische Gemeinschaft. Wir sprachen rechtsverbindlich und uneingeschränkt Gewaltverzicht aus. Wir gliederten die ausschließlich zur Verteidigung geschaffene und geschulte Bundeswehr in die internationale und integrierte Struktur des Bündnisses ein. Wir verzichteten auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen. Wir boten — genauso wie nach Westen,

Norden und Süden – auch nach Osten Austausch, Aussöhnung und Ausgleich an. Wir erklärten uns bereit, alle Streitfragen friedlich zu regeln sowie Verträge darüber zu schließen, auch über Gewaltverzicht, auch mit dem anderen Teil Deutschlands. Und wir begannen, mit diesen Ländern Beziehungen aufzunehmen.

Sie, Herr Bundeskanzler, wären gut beraten, wenn Sie dies ausdrücklich betonten, anstatt draußen im Lande eine Kampagne führen zu lassen, die den Eindruck erwecken soll, hier sei der eine mehr für den Frieden als der andere. Das ist nicht nur unwahr und beleidigend, sondern schädigt die Möglichkeiten Deutschlands im Ausland.

Es wird auch, Herr Bundeskanzler, Ihnen selbst nicht gerecht. Denn Sie haben doch nicht nur als Regierender Bürgermeister von Berlin am 10. Oktober 1963 die Ehrenbürgerrechte der deutschen Hauptstadt an Konrad Adenauer wegen dessen Verdienste um Berlin verliehen, sondern Sie haben am 27. Mai 1970 im Bundestag von dieser Stelle aus als Bundeskanzler gesagt, daß Sie nach dem Einblick in die geheimen Akten tief beeindruckt seien von dem Mut und dem Ernst, mit dem Kanzler Adenauer nach dem Vorbild der deutsch-französischen Aussöhnung auch die Verständigung mit der Sowjetunion gesucht habe.

Damit haben Sie recht. Aber dann haben doch Ihre Helfer draußen im Lande unrecht, die erzählen, vor Ihrer Kanzlerschaft sei in Richtung Osten nichts geschehen. Ich verahre mich hier ganz besonders gegen den Sprecher der SPD, welcher den ernsthaften und besorgten Appell unseres leider verhinderten Kollegen von Guttenberg als „Brunnenvergiftung“ bezeichnete.

Meine Damen und Herren, die zunehmende, ich sage: starrköpfige Rechthaberei und Empfindlichkeit der Koalition gegenüber ihren demokratischen Kritikern gibt doch zu Besorgnis Anlaß. Keiner sollte, Herr Kollege Scheel, dem, der an seinen Grundsätzen aus Überzeugung festhält, „Unbeweglichkeit“ vorwerfen, und keiner sollte Geduld und Augenmaß mit Nichtstun oder Betriebsamkeit mit Arbeit und Erfolg verwechseln. Meine Damen und Herren, es ist doch auch in diesem Bereich nicht die Hauptsache, daß etwas geschieht, sondern das Richtige muß geschehen, und das Nein zum Falschen bleibt dafür die Voraussetzung.

Ich sage dies alles, damit sich die Debatte hier wie die draußen im Lande hütet, die Geschäfte unserer gemeinsamen Feinde zu besorgen. Die wollen doch nur, daß sich die Demokraten gegenseitig den Bau der Mauer, die Schießerei dort wie die Ursachen und die Dauer der deutschen Spaltung vorwerfen.

Nichts davon ist doch wahr! Für Mauer, Schießbefehl und Stacheldraht trägt doch in diesem Hause keiner die Verantwortung; die Verantwortung tragen allein unsere gemeinsamen Gegner. Darf man noch davon sprechen, daß dies unsere gemeinsamen Gegner sind? Das muß doch hier gesagt werden, meine Damen und Herren.

Und deshalb, Herr Bundeskanzler, war Ihr Hinweis darauf, daß die Mauer vor der Zeit Ihrer Regierung gebaut worden sei, völlig überflüssig. Das ist doch

ein Stil, als wenn wir fragten, wie damals eigentlich in Berlin die Mehrheits- und Regierungsverhältnisse gewesen sind. Nein, ich sage noch einmal: Keiner im Westen, sondern allein diejenigen tragen die Verantwortung, die unserem Volk mit Gewalt das Recht auf Freizügigkeit und Selbstbestimmung vorenthalten.

Es ist auch unwahr – dies wird draußen behauptet, nicht von jemanden in diesem Hause in dieser bisherigen Debatte, aber das muß gesagt werden –, wenn man die deutsche Spaltung als die direkte Folge des Zweiten Weltkrieges darstellt. Wahr ist, daß Stalin und seine Helfer in ihrer Besatzungszone die Abspaltung dieses Teils nicht gegen Hitler, sondern gegen antifaschistische Demokraten der SPD, CDU und LPD erzwungen haben. Das muß festgehalten werden.

Und das zweite: Unsere Sicherheit und unsere Freiheit hängen – mit diesem oder ohne dieses Vertragswerk – allein vom westlichen Bündnis ab. Nur dieses Bündnis macht den Frieden sicher, und es ist anmaßend, zu behaupten, irgend etwas anderes als dieses Bündnis mache den Frieden „sicherer“. Das Bündnis und die Freundschaft gelten der Demokratie in Deutschland. Und zur Demokratie gehört das Recht, in Freiheit ja oder nein zu sagen.

Niemand wird draußen deutscher sein als die Deutschen selbst. Jeder wird respektieren, wie wir selbst uns entscheiden. Niemand im Westen mischt sich in unsere inneren Angelegenheiten ein; jeder sagt, dies zu entscheiden sei allein unsere Sache. Wer gleichwohl – hier oder im Lande – anderes verbreitet, stellt seiner Wahrheitsliebe und seinem Demokratieverständnis ein schlechtes Zeugnis aus.

Meine Damen und Herren, der Kollege Scheel hat einige Punkte genannt, die gleich berichtet werden müssen. Zunächst sprach er davon, daß die Opposition nicht mit nach Moskau gefahren sei, obwohl er sie eingeladen habe. – Sie wissen selbst, Herr Kollege Scheel – und dies hat in einer früheren Debatte, auf die ich Bezug nehme, eine Rolle gespielt –, daß der Brief, mit dem Sie uns einluden, einer Ausladung näher kam als einer Einladung, weil es darum ging, auf der Basis des Bahr-Papiers – das war doch der fertige Vertrag, und die Existenz dieses Papiers hatte man doch geleugnet – uns mitzunehmen, aber nicht einmal als Angehörige der Delegation. Das, meine Damen und Herren, ist wohl nicht zumutbar.

Aber das Wichtigere ist, daß Sie heute zweimal aus Verhandlungsprotokollen vorgelesen haben. Sie haben beide Male nur vorgelesen, was Sie ausgeführt haben. Wir bestreiten nicht, daß Sie das gesagt haben mögen. Aber was haben eigentlich Ihre Gesprächspartner darauf geantwortet? Das hätten wir doch gern gewußt.

Wenn Sie diese Teile vorlesen, warum geben Sie uns nicht Einsicht in das Ganze? Warum steht das nicht im Vertrag, was Sie hier sagen? Und warum sagen Sie mir, die wichtigste Frage hätte ich vor zwei Jahren gestellt, als ich fragte, ob die Sowjetunion bereit sei, die Politik der friedlichen Wiedervereinigung nicht mehr als „aggressiv“ zu betrachten, sondern sie als eine Politik des Friedens zu betrachten; dies sei das Wichtigste? Sie haben es eben noch einmal bestätigt.

Nun, Herr Außenminister, können Sie das nach Ihren Verhandlungen wirklich sagen, wo Sie doch im Bundesrat gesagt haben, der Gewaltvorbehalt der Sowjetunion, den ich für eine illegale Anmaßung halte, sei nur „überlagert“. Für welchen Fall ist er überlagert? Das ist doch die Frage, auf die hier nachher in der Debatte noch im einzelnen eingegangen werden muß.

Herr Kollege Scheel, Sie haben die Gelegenheit benutzt, die Auffassung der Opposition in einer Weise darzustellen, die nicht zutreffend ist. Sie haben gesagt, für uns sei allein das Berlin-Abkommen der Maßstab, und daran hielten wir uns nun nicht. Darf ich dem Hause noch einmal mit Genehmigung des Herrn Präsidenten unsere Stellungnahme zum Vertragswerk vom 10. August 1970 wie folgt in Erinnerung rufen:

Von Anfang an haben wir die Bemühungen um die schnellere und vollständigere Vereinigung des freien Europas und die um Ausgleich mit den Staaten Mittel- und Osteuropas als Einheit angesehen. Auch die Bemühungen der Bundesregierung um die Festigung des Friedens Berlins, die Verbesserung der Lage in ganz Deutschland, die beabsichtigten Verträge mit der Sowjetunion, mit Polen und der Tschechoslowakei haben wir immer im Zusammenhang beurteilt. Auch daran halten wir fest. Deshalb hatten wir der Bundesregierung empfohlen, die Unterschrift unter einen paraphierten deutsch-sowjetischen Vertrag erst zu leisten, wenn in den anderen Bereichen, vor allem hinsichtlich Berlins und der innerdeutschen Probleme befriedigende Lösungen vorliegen.

Wir bleiben bei „und der innerdeutschen Probleme“, Sie nicht; wir kommen darauf zurück.

Der Bundeskanzler hat von Berlin gesprochen. Dieses Abkommen liegt hier nicht zur Zustimmung vor. Ob Ihre Hoffnungen, Herr Bundeskanzler, sich in diesem Zusammenhang bestätigen werden, wird man sehen. Dies ist auch die Einstellung der Berliner. Daß Sie sich aber hier soeben zum Fürsprecher der sowjetischen Auffassung über den Zusammenhang zwischen einer Ratifizierung des Moskauer Vertrages und der Unterzeichnung des Berlin-Abkommens gemacht haben, Herr Bundeskanzler, wirft Lichter auf Ihre Politik, für die Sie allein die Verantwortung tragen.

Im Viermächte-Abkommen steht das anders. Und deshalb wird manch einer in den westlichen Hauptstädten kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen, was Sie hier heute sagten, zumal mir in westlichen Hauptstädten immer wieder versichert wird, das Berlin-Abkommen und das hier vorliegende Vertragswerk seien zwei getrennte Dinge, das eine sei die Sache der Vier Mächte, das andere sei die Sache der Deutschen, und darüber frei zu entscheiden, sei allein unsere Sache. Es sollte hier niemand ungeziemende Zusammenhänge zu erzeugen sich bemühen.

Wenn der Herr Bundeskanzler im Bereich der innerdeutschen Beziehungen ebenso wie der Kollege Scheel einige Verbesserungen konkret bezeichnet hat, nämlich die Passierscheine, die 150 Telefonleitungen und die Postvereinbarungen, dann anerkennen wir das natürlich. Aber, Herr Bundeskanzler, glauben Sie nicht

mit uns, daß dieser Bericht überzeugender wäre, wenn Sie neben diesem spärlichen Lichtschimmer den überwiegenden Schatten ebenso konkret in einem Lagebericht der Nation im gespaltenen Deutschland bezeichnet hätten?

Herr Bundeskanzler, warum verschweigen Sie und Ihre Regierung diese Tatsachen, die ich nun in die Debatte einführen muß, weil sie sonst ja nicht eingeführt werden? Im Jahre 1969 waren 64 Grenzverletzungen durch DDR-Organen zu verzeichnen, 1971 waren es 87. Fünfmal schossen die Uniformierten 1969 über die Grenze auf unser Gebiet, 1970 und 1971 allein 26mal.

Die Zahl der Betonbunker an der Demarkationslinie mitten durch Deutschland hat sich seit 1969 fast vervierfacht. Sie stieg von 40 auf 154. Der Metallgitterzaun wurde um 200 km auf insgesamt 494 km verlängert. Von 1970 auf 1971 wurde die verminte Grenzstrecke von 747 auf 802 km verlängert. Im innerdeutschen Personenverkehr einschließlich des Berlin-Verkehrs gab es 1969 73 Verhaftungen. Die Zahl erhöhte sich 1970 auf 134, und 1971 wurden sogar 209 Menschen von DDR-Organen verhaftet.

Seit 1969 hat sich die Zahl also fast verdreifacht. Die Zahl der zeitweise Festgehaltenen im innerdeutschen Personenverkehr stieg von 46 im Jahre 1969 auf 115 im Jahre 1970 und erreichte 1971 die Höhe von 220. Das bedeutet also fast eine Verfünffachung gegenüber 1969. Schließlich läßt sich die grausame Tatsache nicht übersehen, daß die Zahl der Opfer des Schießbefehls wieder gestiegen ist. 1969 fielen dem Schießbefehl und den Minen zwei Menschen, 1970 drei Menschen und 1971 acht Menschen zum Opfer.

Niemand wird die Schuld an dieser Mißachtung der Menschenrechte irgendeinem hier im Hause zuschieben wollen. Aber ein Bericht zur Lage der Nation im gespaltenen Deutschland kann doch an diesen unfriedlichen Tatbeständen nicht vorbeigehen.

Meine Damen und Herren, wir haben der Koalition oftmals die gemeinsame Deutschlandpolitik angeboten und als deren Inhalt die sehr konkrete und substantielle gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages vom 25. September 1968 bezeichnet, der die CDU/CSU und die SPD zugestimmt haben, die FDP damals in einem Punkt nicht. Diese gemeinsame Basis für die Deutschlandpolitik, die für uns – und wohl auch für die Sozialdemokratie – die Basis unserer Wahlkampfaussagen war, ist nach den Bundestagswahlen verlassen worden. Es hat niemanden befriedigt, als der Herr Bundeskanzler hier im Hause auf die Frage, warum er diese Basis verlassen habe, am 16. Januar 1970 erklärte, inzwischen seien doch Wahlen gewesen.

Zu unserer ostpolitischen Alternative, nach der der Kollege Scheel gefragt hat, gehört also erstens – und dies hat, glaube ich, einen sehr guten Grund – das Bemühen um eine gemeinsame Deutschlandpolitik von Koalition und Opposition und zweitens unsere Bindung an das gegebene Wort. Wir gaben es durch unsere Zustimmung zu der gemeinsamen Entschlie-

Bung, von der ich sprach. Nicht wer sein Wort hält, wer es verändert oder bricht, hat die Folgen zu verantworten.

Herr Bundeskanzler, Sie haben diese Politik gegen unseren Rat betrieben und bewußt die mögliche Gemeinsamkeit nicht gewollt. Als Sie die Verträge unterschrieben, wußten Sie vorher, wie ungewiß und wie unsicher die parlamentarische Rückendeckung war. Ihr Beitrag, Herr Kollege Scheel, von eben hat diese Rückendeckung sicherlich nicht sicherer gemacht. Also — so ist es das Gesetz der parlamentarischen Demokratie — stehen Sie nun dafür ein, allein mit denen in diesem Hause, die Ihnen auch hierbei noch folgen wollen.

Wir gehen davon aus, daß die Sowjetunion — aus welchen Gründen auch immer — seit einiger Zeit auch der Bundesrepublik Deutschland gegenüber gesprächsbereiter ist. Diese Bereitschaft hat die gegenwärtige Bundesregierung schlecht genutzt, da sie sich, wie mein Kollege Schröder jüngst zutreffend betonte, „bei den Vertragsverhandlungen mehr vom Wunsch nach baldigem Abschluß als von der Entschlossenheit zur Wahrnehmung der deutschen Interessen“ leiten ließ.

Wir halten fest, daß die Gespräche über Berlin wie die mit der Sowjetunion zur Zeit der Regierung Kiesinger eingeleitet wurden. Deshalb, Herr Kollege Scheel, ist kein Raum für die Polemik, als sei hier jemand, der überhaupt nicht sprechen oder keine Verträge wolle.

Nur: wir hatten und haben auch dabei einige Grundsätze, die unsere Politik nach allen Himmelsrichtungen leiten, Grundsätze, von deren Qualität und Unverzichtbarkeit wir so überzeugt sind — und gerade mit dem Blick auf das Schicksal unserer Generation, Herr Kollege Scheel, und gerade mit dem Blick auf die Erfahrungen der 30er Jahre so überzeugt sind —, daß wir uns diese Grundsätze für keinen Preis abhandeln lassen. Der zentrale Maßstab, der unser Urteil zu allen Fragen der Politik bestimmt, lautet: Wir wollen Fortschritt, und der ist nur dort gegeben, wo die Menschen, nicht die Apparate, etwas davon haben, wo also die Menschenrechte und ihre soziale Basis alltagswirksam gestärkt werden. Also ist, um das auf dieses Gebiet anzuwenden, Entspannung — die wir wollen — nur dort, wo der Weg zum Selbstbestimmungsrecht erleichtert und Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinung immer mehr zur greifbaren Wirklichkeit werden.

Wir halten es — dies ist auch für uns prinzipiell — nicht für ausreichend, Politik mit dem Blick in die Vergangenheit zu machen. Bei der Aussöhnung nach Westen, Süden und Norden waren wir weder Gefangene der bösen Vergangenheit noch waren wir zufrieden mit Formeln, gar noch mit zweideutigen. Wir haben gelernt, Verträge erst abzuschließen, nachdem man — hin und her — gelernt hatte, sich besser zu vertragen, und dann Verträge nur abzuschließen, in denen konstruktive Bauelemente für eine bessere Zukunft verbindlich niedergelegt sind.

So und nicht anders kam es zur deutsch-französischen Freundschaft, zur Lösung der Saarfrage, zu den Europäischen Gemeinschaften, zu konstruktiven zu-

kunftsträchtigen Regelungen also, zu Lösungen — nicht zu Formeln, welche zwar immer die Vergangenheit kannten, aber eben deshalb darauf bestanden, Bauelemente einer besseren Zukunft verbindlich zum Vertragsinhalt zu machen, um allen den Rückfall in die Vergangenheit unmöglich werden zu lassen.

Unsere Generation hat auch gelernt — Sie haben das angesprochen, Herr Kollege Scheel —, daß Krieg und Gewalt am ehesten dort drohen, wo Volksverhetzung möglich ist. Deshalb muß nach unserer Überzeugung eine reale und solide Friedenspolitik eben Grenzen öffnen — nicht zementieren für den freien Austausch der Menschen und der Informationen und der Meinungen. Denn wo diese Freizügigkeit besteht, wo man sich kennt, wo Grenzen offen sind, da hat nicht der Krieg, sondern da — und ich fürchte: nur da — hat der Frieden dauerhaft seine Chance.

Deshalb kann man vom Frieden nicht nur sprechen, sondern er muß real sein, greifbar für die Menschen, er darf nicht nur auf dem Papier stehen. Gewaltverzicht auf dem Papier und bleibender Schießbefehl in der Wirklichkeit, das ist einer der Widersprüche und eine der Realitäten, die wir nicht mitmachen können und wollen.

Entspannung heißt doch, daß beide Seiten einander entgegenkommen. Ausgleich gibt es nur bei Geben und Nehmen. Dauerhaft ist doch nur, was die Zustimmung der Völker, vor allem aber die der Betroffenen findet; das ist doch das Entscheidende! Das sind Gedanken, die auch in dem Entwurf der CSU, den der Kollege Außenminister versucht hat — ohne ihn zu nennen — etwas zu kritisieren, als Diskussionsgrundlage seinen Ausdruck finden.

So muß Friedens- und Entspannungspolitik, die diesen Namen verdient, eben frei sein von Machtdenken und Hegemonie und muß aufbauen auf dem beiderseitigen Willen zur Aussöhnung wie auf der gegenseitigen Achtung der elementaren Rechte und Sicherheitsbedürfnisse aller Beteiligten. Dazu muß treten ein System bedingungslosen Gewaltverzichts, gegenseitiger Rüstungskontrolle und ausgewogener Abrüstung sowie ein System der vermehrten und verbesserten Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur und vor allem der unbehinderte menschliche Kontakt über alle Grenzen hinweg. Eine solche reale und solide Friedens- und Entspannungspolitik muß dann auch in eine Beziehung gesetzt werden zu der uns moralisch und verfassungsrechtlich gebotenen Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Einheit auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts.

Wir sehen, meine Damen und Herren, durchaus die Realität DDR und die wirkliche Lage. Nur: So, wie sie ist, ist sie für uns nicht annehmbar.

Wir wollen im anderen Teil Deutschlands keine Hoheitsrechte in Anspruch nehmen. Aber wir wollen, daß — auch für die Zeit der Teilung Deutschlands — Bedrohung und Behinderung der Freizügigkeit auf dem Wege von Deutschland nach Deutschland entfallen. Wir verstehen unter Lösung der deutschen Frage weder Anschluß noch Eingliederung der DDR, sondern einen geschichtlichen Prozeß, an deren Ende das

Recht zur Selbstbestimmung sich durchsetzt. Die einzelnen Stationen davon — das muß hier eigentlich jeder sagen — kann heute keiner absehen. Aber heute dürfen wir doch den Weg dahin nicht verbauen. Das tut dieses Vertragswerk!

Dabei ist für uns selbstverständlich, daß wir dabei immer — das braucht uns hier keiner zu sagen — an den europäischen Ansatz unserer Politik, auch an das Wohl und die Sicherheit unserer europäischen Nachbarn denken. Aber keinem Nachbarn wäre doch gedient, wenn Deutschland etwa krank würde, weil man ihm die Hoffnung und das natürliche Recht raubt, eines Tages als Volk geeint dem Frieden der Welt dienen zu können!

Häufig haben wir hier erklärt, daß wir im Interesse der Versöhnung und des Friedens zu Leistungen, auch zu schmerzlichen Leistungen, bereit seien, wenn die Grenzen für die Menschen erträglicher, die Systeme humaner und die Minderheiten geschützt werden, wenn alle Benachteiligungen der Menschen wegen Religion, Sprache, Nation oder Meinung durch eine europäische Charta verbannt würden. Wir haben Sie, Herr Bundeskanzler, bei der ersten Debatte über Ihre erste Regierungserklärung eingeladen, diesen Punkt aufzunehmen und ein europäisches Sicherheitssystem nicht leiten zu lassen von der Sicherheit von Staaten oder Generalstäben, sondern von der Sicherheit menschenswürdigen Lebens im Alltag.

Das, scheint mir, ist der richtige Bezugspunkt.

Wir haben ebenso verbindlich erklärt — und das bleibt unsere Überzeugung —, daß wir den Status quo mit all seinen Behinderungen der Versöhnung und des Friedens, alles das also, unter dem die Menschen leiden — Zensur und Reiseverbot, Berufsbeschränkung, Informations-Manipulation und Meinungsterror, Unterdrückung der Arbeitnehmerrechte wie der religiösen und politischen Freiheit —, nie anerkennen oder zementieren würden, denn wir haben dies doch alle selbst unter Hitler erlebt, und einmal Hitler reicht für alle Zeiten.

Die herausragenden Punkte dieser Alternative, die hier noch einmal in Erinnerung zu rufen ja die Bitte der Regierung war, sind also sämtlich auf eine bessere Zukunft gerichtet. Sie heißen: Frieden durch Gewaltverzicht und durch Menschenrechte; wachsende Einheit Europas; Selbstbestimmungsrecht und Freizügigkeit. Dabei wissen wir natürlich, daß Stufen nicht scheuen darf, wer das Ziel erreichen will, wie auch, daß Leistung und Gegenleistung ausgewogen sein müssen.

Diese Alternative, die ich hier in groben Stücken in die Erinnerung gerufen habe, ist zugleich der Maßstab für unser Urteil über die Politik der Koalition. Allein diese Bundesregierung — ihre Fehler und ihre Unterlassungen — ist Gegner in dieser Debatte; allein diese Bundesregierung, nicht die Verantwortlichen in den Hauptstädten des Auslands, auch nicht in Moskau.

Ich wiederhole deshalb aus gutem Grund von dieser Stelle aus, worin sich Mitglieder der sowjetischen Füh-

rung mit mir einig waren und was wir im Dezember 1971 in Moskau so festgestellt haben:

Friede und Zusammenarbeit

— so sagten beide —

sind Hauptaufgaben unserer Zeit. Gegenseitiger Gewaltverzicht ist notwendig. Der wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Austausch muß und kann verbessert werden.

Wer — für den Fall der Ablehnung der Verträge — ein „Desaster“ an die Wand malt — wie dies auch Herr Kollege Scheel soeben zu tun beliebte —, der unterstellt damit der Sowjetunion Absichten, welche diese selbst weit von sich weist.

Wir befürchten ein solches „Desaster“ nicht — nicht nur, weil das Bündnis den Frieden sichert und die Demokratie, also das unbeeinflusste Recht, ja oder nein zu sagen, sondern ebenso, weil den sowjetischen Staatsmännern unsere Position im einzelnen genau bekannt ist und man es dort als Verleumdung zurückweist, uns etwa oder künftig zu bedrohen. Man weiß in Moskau — wie in Washington, London und Paris — sehr gut, daß das Vertragswerk für uns als ein Modus vivendi zustimmungsfähig werden könnte, und zwar durch drei Punkte:

1. durch die positive Einstellung der Sowjetunion zur Europäischen Gemeinschaft,
2. durch die Aufnahme des Selbstbestimmungsrechts in das Vertragswerk sowie
3. durch die verbindlich vereinbarte Absicht, in Deutschland Freizügigkeit stufenweise herzustellen.

Diese drei Punkte gehören zusammen. Sie sind eine Einheit. Und man weiß, daß diese Position für uns auch morgen gelten wird, sei es, daß andere darauf zurückkommen wollen, sei es, daß die Seiten der demokratischen Verantwortung hier wechseln.

Die Bundesregierung legt, entgegen ihren eigenen früheren verbindlichen Erklärungen, ein Vertragswerk zur parlamentarischen Zustimmung vor, das unvollständig ist, weil es den Kern der Probleme, die Lage der Deutschen in Deutschland, weder regelt noch löst. Wer Grenzfragen beantworten will, muß die Grenzen für die Menschen erträglicher machen. Das geschieht durch dieses Vertragswerk nicht. In den Verträgen fehlt die Verpflichtung beider Seiten, die von ihnen beabsichtigte Politik, insbesondere den Gewaltverzicht, auch in eine Beziehung zum Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu setzen.

Schließlich muß das Vertragswerk im Zusammenhang mit der Europapolitik und mit der Weigerung der Sowjetunion, die Europäischen Gemeinschaften zu akzeptieren, gesehen werden. Das Vertragswerk gefährdet angesichts dieser fortbestehenden Weigerung die Grundlagen unserer europäischen Politik. Es verändert das europäische Gleichgewicht zuungunsten des freien Europa.

„Wenn die Wiedervereinigungspolitik nicht mehr vertreten wird, wird sich die Lage in Europa ändern, wird

die Bundesrepublik Deutschland den Sowjets auf die Dauer keinen Widerstand leisten können.“ Dies ist ein Satz, gesprochen von Konrad Adenauer in seiner vorletzten Kabinettsitzung am 2. Oktober 1963. Und das stimmt heute noch. Wenn wir nämlich aufhören, wie es die Bundesregierung tut, von der Wiedervereinigung zu sprechen, die Kommunisten aber an diesem Ziel festhalten, wie sie es tun, dann wird sich der stärkere und konsequentere, der beharrlichere Wille durchsetzen.

Meine Damen und Herren, bevor ich zu diesen drei Punkten im einzelnen komme, möchte ich noch eine persönliche Bemerkung einschieben. Wir haben im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg gesehen, daß die Sozialdemokraten dort in diesen Fragen eine Werbung betreiben, wie ich sie eingangs charakterisiert habe. Inzwischen wird gesagt, wer Christ sei, müsse diese Politik der Bundesregierung unterstützen. An vielen Stellen kommen zu den Diskussionen junge Menschen, die mit großem Ernst die gleiche Frage stellen. Die Frage lautet etwa so, und sie gehört, glaube ich, in diese Debatte: Deutschland, so sagen sie, habe den Krieg begonnen und verloren und anderen viel Unrecht zugefügt. Deshalb sei es eine moralische Pflicht, dies einzugestehen und eben deshalb ohne Vorbehalte und ohne Gegenleistungen die DDR anzuerkennen. So ungefähr lautet der Diskussionsbeitrag, den wir immer wieder hören.

Beidem vermögen wir – und wir nehmen den Ernst ab, der in diesen Worten liegt – nicht zu folgen. Denn hier wird mit zu leichter Hand über anderer Menschen Schicksal geredet. Hier wird entschieden, ohne daß die Menschen drüben selber – und die wären doch zunächst zuständig – dazu auch nur ihre Meinung haben sagen können. Ich glaube, die Tatsache, daß man verlangt, einige sollten wiedergutmachen, was wir alle zu verantworten haben, heißt doch: den Nächsten sitzen lassen oder aus anderer Tasche bezahlen. Das hat, wie ich meine, keinen Anspruch, geschichtlich oder moralisch als ernsthaftes Argument gewogen zu werden. Dies wollte ich hier als eine persönliche Bemerkung dazwischenschieben.

Ich komme nun zu den drei Punkten unserer Stellungnahme im einzelnen, zunächst zu Europa. Wir müssen noch einmal betonen – das ist für dieses Haus nichts Neues, aber es muß noch einmal gesagt werden, weil der Herr Außenminister eine etwas merkwürdige Begründung in einem Punkt gegeben hat, in anderen auch, aber hier besonders –: Die politische und wirtschaftliche Vereinigung der freien Länder Europas ist für uns, für unsere Nachbarn, für den Frieden in Europa und in der Welt lebensnotwendig. Unser Fortschritt vom Wirtschaftswachstum über die Gesellschaftspolitik bis zur Bildungspolitik hängt ganz überwiegend davon ab, daß wir mit energischen Schritten das Ziel erreichen: die Europäische Gemeinschaft.

Diese Gemeinschaft ist gegen niemanden gerichtet. Es ist bekannt, daß wir und wie wir das Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft zu den USA ordnen wollen, und in Mittel- und Osteuropa weiß man, daß wir bereit sind, mit diesen Ländern die wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit zu vermehren, einen multilateralen Zahlungsausgleich einzurichten und einen Kooperationsausschuß zu bilden.

Für uns ist Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland nicht anders denkbar und verantwortbar als in den Formen der Bündnispolitik und der Integration. Wir kennen keine moderne und friedlichere Form einer Außenpolitik als diese. Wir kennen keinen verständigeren und fortschrittlicheren Umgang mit der konkreten Souveränität.

Wenn gleichwohl die amtliche Moskauer Politik das alles nicht nur ablehnt und eine bewußte Politik der Nichtanerkennung der EWG betreibt, sondern ausdrücklich den Zusammenschluß der freien Länder Europas bekämpft, dann können wir, weil das für uns so fundamental ist, weder an dieser Tatsache vorbeigehen noch sie bagatellisieren, wie es diese Bundesregierung tut.

Meine Damen und Herren, die feindselige – dieses Wort ist leider angebracht – Haltung der Sowjetunion gegenüber der EWG macht deutlich, daß man in Moskau keineswegs bereit ist, alle europäischen Realitäten anzuerkennen. Sie macht deutlich, daß man dort an der Uneinigkeit der freien Länder interessiert bleibt. Wir müssen hinzufügen: alle langfristigen Vorhaben, die wir wollen, zum Ausbau des Handels, zur wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern Ost- und Mitteleuropas sind nur mit der EWG und nicht gegen sie möglich; denn diese Gemeinschaft hat bereits eigene Zuständigkeiten.

Meine Damen und Herren, wer nun die von der Sowjetunion konzipierte und von ihr so sehr gewünschte gesamteuropäische Konferenz will, der muß sich eben darauf einrichten, dort entweder der EWG als Teilnehmerin zu begegnen oder konkrete Fragen der zivilen Zusammenarbeit dort nicht erörtern zu können oder diese Konferenz nicht stattfinden zu lassen. Denn an der EWG vorbei ist hier nichts mehr zu machen. Sollte die EWG dort nicht in Erscheinung treten dürfen, dann wäre ein Stück westlicher Solidarität zerstört zugunsten eines gesamteuropäischen Traumes.

Nun weigert sich die Sowjetunion nicht mehr, die EWG anzuerkennen, sie zu akzeptieren oder mit ihr zusammenzuarbeiten, sondern sie bekämpft die EWG, um sie durch eine gesamteuropäische Organisation zu ersetzen. Damit steht man in Moskau nicht nur weit hinter dem Realitätssinn der Chinesen zurück, sondern dem Wunsch aller Europäer im Wege, die mehr Austausch und Begegnung von Ost nach West wie von West nach Ost wollen.

Meine Damen und Herren, auch wir gehen natürlich davon aus – um eine Kritik von draußen jetzt aufzunehmen –, daß die Haltung der Sowjetunion gegenüber der Europäischen Gemeinschaft nicht Gegenstand dieser Vertragstexte sein kann. Aber die Bundesregierung hätte, so meinen wir, als eine der notwendigen Gegenleistungen, zumindest als eine den Vertrag begleitende politische Absichtserklärung – es gibt doch deren so viele –, die Zusage der Sowjetunion erstreben und erreichen müssen, mit der EWG zusammenzuarbeiten zu wollen. Ohne diese Zusage hätte die Bundesregierung, wie wir sehr nachdrücklich meinen, sich niemals verpflichten dürfen, dafür einzutreten, daß der sowjetische Plan einer gesamteuropäischen Konferenz beschleunigt verwirklicht wird.

Damit ist ein Stück des deutschen Gewichts in eine Waagschale geworfen, das wir in der Waagschale der Beschleunigung des Zusammenschlusses des freien Europa sehen wollen.

Diese gesamteuropäische Konferenz ist doch nur dann nützlich und sinnvoll, wenn sie frei ist von allen Absichten, etwa die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft oder das Bündnis zu beeinträchtigen, zu zerstören oder zu zersetzen. Wir haben leider allen Anlaß, davon auszugehen, daß diese Absicht bei den Initiatoren der Konferenz verstärkt besteht.

Deshalb sagen wir zu diesem Thema, das hier angesprochen ist: Eine gesamteuropäische Konferenz darf nicht Rivalität und Spaltung festigen, sondern muß konkret zur Versöhnung beitragen, die Zusammenarbeit verbessern und die freieren Begegnungen durch alle Grenzen ermöglichen. Bei Teilnahme der USA, Kanadas und der EWG, bei guter Vorbereitung und einer Tagesordnung mit konkreten Punkten wären wir bereit, eine europäische Sicherheitskonferenz zu unterstützen. Aber wir lehnen es ab, durch eine solche Konferenz etwa zu einer sachlich unbegründeten Euphorie der Entspannung beizutragen, an deren Ende es unmöglich wäre, die Verteidigungsbeiträge zu erbringen. Deshalb würde an deren Ende die Selbstaufgabe des Westens durch einseitige Abrüstung ebenso stehen wie die Möglichkeit der Sowjetunion, über einen europäischen Sicherheitsrat Veto gegen die Politik der Vereinigung des freien Europa einzulegen.

Meine Damen und Herren, wir werden also an der Haltung der Sowjetunion zur Frage der EWG feststellen können, ob sich bei ihr der Wille zur Zusammenarbeit so stark durchgesetzt hat, daß sie wenigstens an dieser Stelle dem Willen nach Vorherrschaft hier einmal nicht den Vorrang gibt.

Der zweite Punkt betrifft das Selbstbestimmungsrecht. Die zentrale Frage dieses Vertragswerks ist, ob es nur beschreibt oder ob es festschreibt, ob es, wie man überall in der Welt hört, eine endgültige Regelung oder nur eine vorläufige Regelung, also einen Modus vivendi, enthält. Die Frage heißt: ob aktive Deutschlandpolitik möglich bleibt oder ob sie etwa aus dem Bereich der praktischen Politik in den der politischen Belletristik verschoben wird.

Meine Damen und Herren, solche Fragen wären überhaupt nicht zu stellen, wenn im Vertragswerk selber das enthalten wäre, was ausdrücklich Inhalt des Abkommens mit der Sowjetunion vom 13. September 1955 war. Konrad Adenauer und Bulganin waren übereingekommen – ich zitiere, und zwar nicht aus einem Brief, der irgendwie das Tageslicht zu scheuen hat, sondern aus einem Abkommen, das von beiden ausdrücklich unterschrieben wurde –:

daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zur Lösung der ungeklärten Fragen, die das ganze Deutschland betreffen, beitragen wird und damit auch zur Lösung des gesamten nationalen Hauptproblems des deutschen Volkes – der Wiederherstellung eines deutschen demokratischen Staates – verhelfen wird.

Der jetzt vorliegende Vertrag enthält nicht nur nichts zur Frage des Selbstbestimmungsrechts und der Wiedervereinigung, sondern er beendet ausdrücklich die eben zitierte vertragliche Verpflichtung. Zum Beispiel hier haben Sie, Herr Bundeskanzler, der Sie uns immer sagen, Sie hätten nichts aufgegeben, hier haben Sie konkret etwas aufgegeben, nämlich die gemeinsame Verpflichtung mit der Sowjetunion, Deutschlands Einheit herzustellen.

So fehlen – und bei dieser Vorgeschichte ist das Fehlen jetzt natürlich eine besonders bedeutende Tatsache – die Einbeziehung des Selbstbestimmungsrechts und das Ziel der Wiedervereinigung im Vertrag. Dieser Mangel wiegt schwer. Die vier Interpretationen, die dazu veröffentlicht wurden, heilen ihn nicht, sondern machen ihn noch schlimmer.

Ich stimme dem früheren Generalsekretär der NATO, Brosio, zu, der kürzlich, am 20. September 1971 – da war er noch im Amt –, in London im Zusammenhang mit dieser Politik von einem „hohen Preis“ sprach; denn es sei – so sind seine Worte – „kein Erfolg, wenn die Anwendung eines der Grundprinzipien der freien Welt, nämlich des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker, auf unbestimmte Zeit verschoben wird“.

Dies ist das Wort eines erfahrenen Diplomaten. Nun hat zwar die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage, die später eine Rolle spielen wird, dazu ein paar Worte gefunden, die, wenn sie im Vertrag stünden, uns erfreuen würden. Aber sie stehen eben nicht im Vertrag, und es gibt dafür auch keine Bestätigung der Sowjetunion. Deshalb soll sich hier niemand darüber hinwegtäuschen, daß in diesem Vertragswerk nun nicht nur das eine herausoperiert ist, sondern daß eben jeder Hinweis auf die wirkliche Realität fehlt, nämlich die, daß es unverändert ein deutsches Volk gibt, das aus einer großen Kultur heraus lebt, das eine Sprache spricht, eine Vergangenheit hat und den Willen zu einer gemeinsamen Zukunft hat. Das fehlt.

Nun ist die Auffassung der Sowjetunion zu diesen Fragen klar und eindeutig; sie ist uns gut bekannt. Da ich mir aber diese Auffassung nicht zu eigen mache, da ich hier nichts gegen die Interessen einer künftigen Deutschlandpolitik interpretieren werde, verzichte ich darauf, hier dazu mehr auszuführen. In den vertraulichen Ausschüssen wird das freilich geschehen müssen. Wir werden dort, Herr Kollege Scheel, nicht nur mitteilen, was wir sowjetischen Gesprächspartnern gesagt haben, sondern auch, wenigstens dem Inhalt nach, die Antwort, die dann gegeben worden ist. Dort werden Sie, Herr Bundeskanzler und Herr Kollege Scheel, uns allen reinen Wein einschenken müssen; denn die Verniedlichung des Vertragsinhalts, so wie sie der Herr Außenminister im Bundesrat vorgenommen hat, als er am 9. Februar 1972 diese Politik als den vertraglichen Gewaltverzicht auf der Grundlage des territorialen Status quo, als Ausgangspunkt für Entspannung und Zusammenarbeit charakterisierte, diese Verharmlosung grenzt an Verschleierung des Inhalts dieser Politik, die doch in der ganzen Welt völlig anders verstanden wird. Wenn Sie dafür einen Zeugen brauchen, zitieren Sie auch dieses Wort des Herrn französischen Staatspräsidenten, Herr Kollege Scheel, damit hier alles auf dem Tisch liegt.

Ginge es nämlich um einen gegenseitigen Gewaltverzichtungsvertrag, um einen Gewaltverzichtungsvertrag mit dem Inhalt: wir wollen als Deutsche friedlich und in Freiheit zusammenleben und wir verzichten darauf, dieses Ziel mit Gewalt zu erreichen, so würden wir dem zustimmen, weil das unsere Politik ist. Einen solchen Vertrag haben doch frühere Regierungen vorgelegt. Aber die Politik dieser Regierung ist eben nicht nur, wie sie uns einzureden versucht, Gewaltverzichts- politik, auch nur noch „temporär“ überlagerte, was die Sowjetunion betrifft, sondern sie ist etwas ganz anderes.

Sie haben sich doch, Herr Bundeskanzler, verpflichtet — das sind andere Dinge als Gewaltverzicht —, die DDR als zweiten deutschen Staat in die UNO zu bringen. Sie sind doch die Verpflichtung eingegangen, die innere Souveränität der DDR anzuerkennen. Was heißt „innere Souveränität der DDR“? Das sind all jene Tatbestände, die wir vorher beklagten. Sie haben sich verpflichtet, das Moskauer Konzept der gesamteuropäischen Konferenz zu unterstützen. Dann haben Sie auf der Krim einem Kommuniqué zugestimmt, in dem von der deutschen Frage nicht mehr die Rede ist. Und als ich Sie wegen der Kasseler 20 Punkte ansprach, dort fehle das Selbstbestimmungsrecht, haben Sie dies zurückgewiesen, weil dort auf die Menschenrechte abgehoben sei. Wir haben gesagt: gut, wenn das so gemeint ist. Aber inzwischen haben Sie kein Kommuniqué mehr, in dem von den Menschenrechten und der ungelösten deutschen Frage die Rede ist, meine Damen und meine Herren.

Das sind eben die zwei Wahrheiten, mit denen hier gearbeitet wird: die eine für die Kommuniqués nach außen, die andere hier im Innern, wo man von der Nation spricht durch den gleichen Kanzler, der zu Beginn seiner Regierung sagte, von Wiedervereinigung zu sprechen habe er sich abgewöhnt.

Sie haben Verträge geschlossen, in denen nicht nur das Recht auf Selbstbestimmung, sondern auch das Ziel der Wiedervereinigung weder genannt noch gewahrt ist, in denen der illegale Gewaltvorbehalt der Sowjetunion nicht beseitigt, sondern nur „überlagert“ wird, in denen Sie der Sowjetunion gegenüber alle europäischen Grenzen garantieren — ein Ausflug in Großmannssucht mit ungeahnten Konsequenzen.

Mit den Einlassungen des Außenministers sind einige Fragen aufgeworfen, die vor der Schlußabstimmung sicher für jedes Mitglied dieses Hauses klar und unmißverständlich beantwortet sein müssen. Es sind dies vier Fragen, die zu diesem Punkt hier gehören.

Erstens: Hat die Sowjetunion endgültig und ausschließlich darauf verzichtet, unsere Politik der friedlichen Wiedervereinigung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts künftig nicht mehr als aggressiv zu bezeichnen?

Zweitens: Ist etwa das Fehlen jeder Bezugnahme auf die Lösung der deutschen Frage — anders als in früheren Verträgen — die Geschäftsgrundlage dieses Vertragswerkes?

Drittens: Regelt etwa der Vertrag die Beziehungen Bonn—Moskau abschließend und ausschließlich und

so, daß dazu eben nun nichts mehr gehört, was mit Deutschland als Ganzem zu tun hat?

Viertens: Regelt etwa das Vertragswerk alles so, daß ein späterer Friedensvertrag das lediglich zu „bestätigen“ haben wird? Oder ist etwa diese Auffassung irgendwann im Laufe der Gespräche, Unterhaltungen oder Verhandlungen in Moskau von einem Mitglied dieser Regierung oder einem ihrer Beauftragten erklärt worden? Die Antwort auf die letzte Frage bedeutet zugleich — damit Sie wissen, um was es hier geht — die Antwort zu Art. 79 des Grundgesetzes.

Über den dritten Punkt, die Freizügigkeit, haben wir einiges gesagt, und wir haben einen Stufenplan vorgelegt, der sicher in der Debatte und in den Ausschüssen noch seine Rolle spielen wird. Wir glauben, in einem verbindlich vereinbarten mehrjährigen Ablauf könnte Stufe um Stufe für Freizügigkeit hin und her festgelegt werden.

So sollte z. B. die Altersgrenze für Ost-West-Reisende jährlich gesenkt werden, bis in einer absehbaren Zeit auch junge Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland reisen können. Reisen in dringenden Familienangelegenheiten sollten in beiden Richtungen unbehindert sein. Der Heirat von Personen aus beiden Teilen Deutschlands sollten Hindernisse nicht mehr in den Weg gelegt werden. Und warum sollte es nicht möglich sein, in einer Form wie der der Berliner Passierscheine Wochenendbesuche Westdeutscher bei Verwandten in der DDR zu ermöglichen?

Entsprechend der gesenkten Altersgrenze der Ost-West-Reisenden sollten, wie wir meinen, Wochenendbesuche von Besuchern aus Mitteldeutschland bei ihren Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland möglich gemacht werden. Ein derartiges zu vereinbarendes Stufenprogramm böte durch verbürgte und unwiderrufliche Erleichterungen die Gewähr für den Beginn eines innerdeutschen Ausgleichs, der das Wort „Modus vivendi“ dann vertritt.

Ein Verkehrsvertrag dagegen — Sie haben davon gesprochen, Herr Bundeskanzler —, der die gegenwärtigen Rinnale innerdeutschen Verkehrs lediglich in eine von der DDR gewünschten völkerrechtlichen Form brächte, so etwas würde auf den entschiedenen Widerstand der CDU/CSU treffen. Ich sage dies, weil Sie hier sagten, es gebe am Schluß die Notwendigkeit parlamentarischer Zustimmung. Ich sage dies also rechtzeitig.

Meine Damen und Herren, an den Grenzen zum Ausland findet sich durchschnittlich alle 8 km ein allgemein zugänglicher Grenzübergang. An der innerdeutschen Demarkationslinie entfällt auf 112 km ein einziger Übergang, von der Zahl der Personen, die hier hinüber und herüber passieren dürfen, ganz zu schweigen. Dies darf nicht so bleiben. Denn selbst zur Tschechoslowakei gibt es doch, bezogen auf die Grenzkilometer, mehr als doppelt so viele Übergänge wie zum anderen Teil Deutschlands. Dies, Herr Bundeskanzler, ist wieder eine der deutschen Realitäten, die anzuerkennen oder mit denen uns abzufinden wir uns entschieden weigern.

Damit nicht noch einmal im Laufe der Debatte hier Pappkameraden und Popanze aufgebaut werden, füge

ich hinzu: Das Abkommen mit der DDR könnte in der gleichen verbindlichen Weise den Abschluß eines Grundvertrages über die beiderseitigen Beziehungen vorsehen, der freilich erst rechtskräftig gemacht wird, sobald bestimmte wesentliche Teile des vereinbarten Programms zunehmender Freizügigkeit in beiden Richtungen realisiert und damit gegenseitig und unwiderfürlich gemacht worden sind.

Meine Damen und Herren, es muß, so glauben wir, der DDR zugemutet werden, der Realität der Einheit unseres Volkes in dem Maße Rechnung zu tragen, in dem wir jener Realität ins Auge sehen müssen, daß die staatliche Einheit in absehbarer Zeit wohl kaum wird verwirklicht werden können.

Dieser Vorschlag — und ich meine, die Bundesregierung hätte es sich gewiß ersparen können, ihn abzulehnen — ist das Gegenteil von „alles oder nichts“. Er mutet der DDR nicht zu, auf einen Schlag volle Freizügigkeit einzuräumen. Er verbindet den politischen Modus vivendi mit dem Recht auf Freizügigkeit und setzt realistisch Programmpunkte in eine realisierbare, zeitlich festgelegte Vertragspolitik um. Ich meine, meine Damen und Herren, es muß in Erinnerung gerufen werden, daß unsere Landsleute in Erfurt doch nicht einem Bundeskanzler zugerufen haben, um ihn etwa in seiner Zielsetzung zu beschränken.

Wenn es richtig ist, daß die Sowjetunion eine Phase der Entspannung in Europa ernsthaft will, so bedarf es auf unserer Seite der Klarheit und der Beharrlichkeit in den eigenen Zielvorstellungen und einer nervenstarken Geduld, um auch mit der DDR über das, was innerdeutsch notwendig ist, ins reine zu kommen. Jeder Erfolgswang, unter den man sich selbst setzt, jede Hektik verhindert hier den möglichen Erfolg — den Erfolg, der für den Frieden in Deutschland und für einen tragfähigen europäischen Frieden eine unentbehrliche Grundlage ist, nämlich Fortschritt durch Ausweitung von Menschenrechten.

Manch einer wird nun fragen — und ich komme auf eine dieser Fragen nachher noch zurück —, wie alles dies erreicht werden könne. Meine Damen und Herren, zum Beispiel so, daß wir alle hier übereinkommen, dieses Vertragswerk liegen zu lassen, bis der befriedigende innerdeutsche Vertrag vorliegt, den ursprünglich die Regierung selbst verlangt hat.

Und wer von dem gestern gegebenen Zeichen aus Ost-Berlin spricht, der sollte doch sehen, daß hier bei Beharrlichkeit und Geduld sicherlich mehr möglich ist. — Ja, glauben Sie, Herr Schäfer, durch Nachgiebigkeit noch mehr zu erreichen? Ich verstehe an dieser Stelle, Herr Kollege Schäfer, Ihre — verglichen mit sonst — geringe Unruhe und möchte deshalb doch noch wiederholen: Die Regelung der innerdeutschen Probleme war doch — so sagten Sie wenigstens zu Anfang, und deshalb haben Ihnen viele in der Bevölkerung dieses Wort abgenommen und haben deshalb geglaubt, hier passiert etwas — der Kern und das Ziel dieser ganzen Ostpolitik. Und warum nun eigentlich — die Frage müssen Sie doch beantworten — sollen wir alles regeln, was für die Sowjetunion interessant ist, uns aber mit der Hoffnung begnügen, irgendwann würden auch die deutschen Dinge schon ins Lot kommen?

Meine Damen und Herren, hält man nun unseren Vorstellungen und unseren Prinzipien das gegenüber, was hier in Vertragsform vorliegt, so ist unser Urteil wohl begründet. Das Vertragswerk gibt den Sowjetrussen, den Polen und der DDR das meiste oder beinahe fast alles von dem, was sie wollen. Es bringt den Europäern und den Deutschen keinen Fortschritt — falls man, wie wir es tun, Fortschritt als reale Verbesserung für die Menschen, für ihre Rechte und deren soziale Basis im Alltag betrachtet.

Zu diesem unvollständigen, in Leistung und Gegenleistung unausgewogenen, im Inhalt mißdeutbaren Vertragswerk sagen wir, die CDU/CSU, in aller Verantwortung: So nicht.

Unser Maßstab für das, was Entspannung konkret heißen soll, für das, was wir unter Entspannung in Deutschland verstehen, entspricht dem der freien Welt. Er ist derselbe, den inzwischen die NATO mehrmals beschlossen hat und der ja in Kommuniqués genannt wird: Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen als der Beweis und der Maßstab für Entspannung.

Wer uns diesen Maßstab vorwirft, stellt sich also nicht nur gegen uns. Und wer uns deshalb unser „so nicht“ vorwirft, wirft uns vor, daß wir an das glauben, was wir sagen.

Bleibt noch, meine Damen und Herren, der Einwand, ob man nicht zuerst alles anerkennen müsse, um hinterher zu erträglicheren Regelungen und Wirklichkeiten zu kommen. Das ist doch der Einwand, der eine Rolle spielt. — Nun, meine Damen und Herren, erfahrene und erfolgreiche Unterhändler mit den Moskauer Führern aus Ost und West — Unterhändler aus Ost und West! — lehren doch beharrlich, daß auf Gegenleistung und auf späteres Entgegenkommen vergeblich wartet, wer vorher alles selbst aus der Hand gab.

Meine Damen und Herren, auch die Bundesregierung hat das doch erfahren müssen. Oder ist es ein Gerücht, daß man in Warschau in humanitären Fragen zugeknöpfter ist, als man hier in der Koalition beim Abschluß des Vertrages erwartete? Ist es falsch, daß von den großen Geschäften, die uns im August 1970 an die Wand gemalt worden sind, nicht mehr die Rede ist? Ist es falsch, meine Damen und Herren, daß der wirtschaftliche Austausch mit der Sowjetunion stagniert, daß er, der sich von 1959 bis 1969 verdoppelt hatte, nun rückläufige Tendenz hat? Oder wird irgend jemand bestreiten, daß die DDR, wie der Bericht zur Lage der Nation selbst ausweist und wie der Zusatz über die Schrecklichkeiten von uns hinzufügt, trotz aller Verträge — oder vielleicht gar wegen der Verträge — den innerdeutschen Graben durch betonte „Abgrenzung“ tiefer macht?

Meine Damen und Herren, Sie können nicht leugnen, daß Sie mit den Unterschriften unter die Verträge große Hoffnungen und Erwartungen verbanden, daß Sie sie auch im Volk erzeugt haben. Ich versage es mir, die bombastischen Wortzeugen aus dem Koalitionslager aus der Zeit des Überschwangs im August 1970 hier auch nur zu zitieren. Was ist denn aus diesen Hoffnungen und Erwartungen geworden? Was ist

denn aus all dem geworden, was hier an Hoffnungen erzeugt worden ist? Was haben die Menschen davon?

Und nun knüpfen Sie, wie Sie zurufen, die Hoffnungen, die Sie ursprünglich an die Unterschrift banden, an die Ratifikation. Woher nehmen sie den Mut zu dieser Hoffnung?

Sehen Sie, am Beginn dieser Politik wußten Sie noch, daß vergeblich hoffen wird, wer alles vorher weggibt. Es sind doch des Bundeskanzlers eigene Worte, ich nehme an, nicht leichthin gesprochene, sondern verantwortlich als Kanzler im Amt gesprochene Worte, daß das innerdeutsche Verhältnis geklärt sein müsse, bevor es eine Sicherheitskonferenz geben könne; daß die DDR — so immer noch der Kanzler — den Nachholbedarf an wechselseitigem Austausch wie an Zusammenarbeit erfüllen müsse, bevor es zu engen Beziehungen komme; daß die Bundesregierung nur dann über vieles mit sich reden lasse, wenn dabei gleichzeitig auch die Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland herauskämen; daß die Entspannung Deutschland nicht ausklammern dürfe und daß — so immer noch der Bundeskanzler — zur Normalisierung gehöre, daß die Menschen hüben und drüben etwas davon hätten, daß der innerdeutsche Vertrag auf der Grundlage der 20 Kasseler Punkte unverzichtbarer Bestandteil des Ganzen sei. Dies letztere ist sogar ein Leitsatz, den die ganze Regierung beschlossen hat.

Nun legen Sie trotzdem ein Vertragswerk ohne die Regelungen vor, die Sie selbst verlangten — ein unvollständiges Vertragswerk also, wenn man Ihren eigenen Worten glaubt. Wer Ihren unsprünglichen Maßstab zugrunde legt, Herr Bundeskanzler, muß dieses Vertragswerk schon deshalb als unvollständig und unzureichend vertagen oder ablehnen.

Was haben denn — so der eigene Maßstab des Urteils — die Menschen hüben und drüben von diesen Verträgen? Wo sind die gleichzeitigen Erleichterungen? Wo ist der befriedigte Nachholbedarf an Austausch und Zusammenarbeit? Sie selbst haben doch alle Verträge in verbindlicher Weise zur Einheit erklärt: Moskau, Warschau, Prag, innerdeutscher Vertrag, und der nur bei wesentlichem Durchsetzen Ihrer 20 Kasseler Punkte; und genau der fehlt. Wo, Herr Bundeskanzler, ist der innerdeutsche Vertrag? Das ist die Frage, die die Opposition jetzt hier stellen muß.

Wo ist der Vertrag, den zu erreichen Ihre erklärte Politik war und der der Kern der Entspannung sein sollte? Wo ist davon auch nur ein Stückchen?

Glauben Sie nach allen Erfahrungen, die Sie in den über zwei Jahren haben machen müssen, diesen Vertrag leichter zu bekommen, wenn Sie zuerst den Sowjets den Moskauer Vertrag geben? Das Ganze ist ein Torso, das Wichtigste fehlt. Das Wichtigste fehlt. Wieder stecken Sie zurück. Wieder geben Sie Trümpfe für nichts als Hoffnungen aus der Hand.

So will ich nicht verschweigen — Ministerpräsident Stoltenberg hat das im Bundesrat im einzelnen dargelegt —, daß unser Urteil auch von Mißtrauen bestimmt ist, das der Bundeskanzler selbst nährt, indem er seine Positionen ständig verändert. Die beharrlichste Konsequenz, die wir in diesen Fragen erleben, ist die Entschlossenheit, immer wieder nachzugeben.

Für dieses konsequente Nachgeben hat der Bundeskanzler selbst soeben wieder Beispiele geliefert. Früher hieß es, die Menschen hüben und drüben könnten und würden für uns nicht und nie Ausland „sein“. Heute heißt es, sie würden sich wohl nie, so „empfinden“. Da wird ein objektiver Sachverhalt in den Bereich einer politisch irrelevanten Gefühlswelt verschoben!

Früher war die Rede davon, daß menschliche Erleichterungen vor Inkrafttreten des Vertragswerkes greifbar sein müßten. Heute haben wir vom Kanzler gehört, daß er die Hoffnung nicht aufgebe, daß es zu diesen Erleichterungen irgendwann komme.

Meine Damen und Herren, wir gehen weiter. Wir fragen nach den Prinzipien einer Politik, die — wegen Verletzung der Menschenrechte — z. B. Griechenland, dessen innere Ordnung wir ablehnen, vom Europarat suspendieren will, aber gleichzeitig — trotz Verletzung der Menschenrechte — die DDR in die Vereinten Nationen hineinbringen will.

Herr Bundeskanzler, Sie sagen, durch Ihr Vertragswerk werde nichts verschenkt und gehe nichts verloren. Warum wohl haben dann die Führer des Ostblocks — konsequent und mit großem Einsatz, mit einem Einsatz bis zu internationalen Krisen — um das gekämpft, was Sie „nichts“ nennen? Warum rühmen sich die Führer des Ostblocks nun dieser Verträge als ihrer großen Siege? Doch wohl nicht, weil sie mit diesen Verträgen nichts bekommen haben. Und warum sieht sogar „Time“ in New York — Ihnen gewiß zugetan — in dem Vertrag einen „diplomatischen Sieg der Sowjetunion“?

Wer die deutschen Vorleistungen dieses Vertrages als „nichts“ bezeichnet, hat zu Aussöhnung und Geschichte ein anderes Verhältnis als wir!

Sie sagen, Ihre Politik und diese Verträge machten „den Frieden sicherer“. Wer wollte, wenn das real und solide mit Tatsachen begründet wäre, dem die Zustimmung versagen? Doch keiner! Aber wo sind die Tatsachen, die diese Aussage begründen? Sie argumentieren mit Hoffnungen, wo Tatsachen, und mit Perspektiven, wo Wirklichkeiten entscheidend sind. Die anderen bekommen konkret, was sie wollen: Tatsachen. Wir werden mit Hoffnungen abgespeist.

Die Verteidigungsausgaben des Warschauer Paktes steigen. Die DDR geht auf den Kurs betonter Feindseligkeit und Abgrenzung. Der Schießbefehl ist geblieben wie die Gewalt gegen 17 Millionen Deutsche. Die Sowjetunion verstärkt die Abhängigkeit der Mitgliedstaaten ihres Herrschaftsbereiches wie ihre Gegnerschaft zur Vereinigung des freien Europa. Polen zögert mit humanitären Maßnahmen und findet das nötige Wort der Aussöhnung nicht. Die Kommunisten im Lande fühlen sich sicherer und werden frecher.

Mehr junge Menschen fragen nach dem Sinn der Wehrpflicht, andere nach dem des Verteidigungshaushalts. Meine Damen und Herren, das kommt, wenn die amtliche Politik aufhört, die Dinge beim Namen zu nennen. Dies ist keine wertfreie Ordnung, die ist ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat mit Prinzipien, die zu niemandes Debatte stehen, auch nicht zur „wertfreien Schöpfung“, meine Damen und Herren.

Manch einer glaubt — und er wird verwirrt gemacht —, daß mit der außenpolitischen Öffnung nach Osten notwendigerweise die innenpolitische Öffnung zum Sozialismus Hand in Hand gehen müsse.

So sehen wir allein die weitergreifenden Forderungen der Kommunisten „sicherer“ geworden. Wir sehen, wie der Wille unserer Gegner — unser, als Demokraten, aller Gegner — stärker wird und wie zugleich der Wille schwächer wird, sich für unsere gute und gerechte Sache einzusetzen. Das kommt, wenn man die wirklichen Spannungsursachen mit den Forderungen der Kommunisten verwechselt. Die wirklichen Spannungsursachen: das ist die Verweigerung von Menschenrechten in Deutschland und in Europa und nichts anderes. Die Forderungen der anderen sind weitgehend ohne Gegenleistung erfüllt, und die Entspannung bleibt aus. Warum? Weil man eben die Spannungsursachen mit den wirklichen Spannungen verwechselt hat.

Wer eigentlich verunsichert in Europa den Frieden? Doch nicht die Deutschen, die Freizügigkeit wollen, oder etwa das Offensein der deutschen Frage bei gleichzeitiger Erklärung, diese Politik nur mit friedlichen Mitteln führen zu wollen. Wer verunsichert den Frieden in Europa? Etwa das Bündnis oder die deutsche Politik, die ein für allemal kontrolliert, verfassungskräftig und völkerrechtlich wirksam auf Gewalt verzichtet hat? Oder etwa unsere Vertriebenen, die Ausgleich nicht nur zu ihrem Programm, sondern auch zu ihrer Praxis gemacht haben? Nein, hier in der freien Welt verunsichert keiner den Frieden, sondern der wird von anderswoher verunsichert. Deshalb können allein Änderungen von Tatsachen den Frieden sicherer machen. Diese Tatsachen hat die Politik der Bundesregierung bisher nicht geschaffen. Von Aussöhnung spüren die Menschen nichts. Die Politik dieser Bundesregierung führt nicht zu mehr Freiheit, sondern zu mehr Abhängigkeit; nicht zum Brückenschlag, sondern zur Verhärtung. Sie bringt nicht das innerdeutsche Miteinander, sondern sie organisiert und institutionalisiert die Rivalität und die Spannung.

Wir wollen dauerhaften Frieden, wirksame Entspannung und Freiheit für die Menschen. Wir wollen, daß das freie Europa sich vereinigt und mit den anderen Staaten Europas zusammenarbeitet, das Selbstbestimmungsrecht und Freizügigkeit — und die gehören zu unserer Überzeugung — zur dauerhaften Friedensordnung führen, der dann die Völker zustimmen, weil die Menschen greifbar und spürbar etwas davon haben.

Wer dies mit uns will, wer diese Ziele will, der kann sich nicht damit begnügen, daß der Bundeskanzler zu ihm kommt und sagt: „Es wäre doch ganz schrecklich, wenn jetzt in der öffentlichen Meinung der Eindruck erweckt würde, hier sei einer mehr für Europa als der andere, mehr für Freizügigkeit und Selbstbestimmung.“ Wodurch ist denn der Eindruck entstanden? Dadurch, daß Sie dieses Vertragswerk gemacht haben, das diese drei Grundsatzentscheidungen, für die wir aus Überzeugung stehen, gefährdet!

Deshalb sagen wir: So nicht!

Herbert Wehner (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mein verehrter Herr Vorredner hat über vieles gesprochen. Es ist auch zuzugeben, daß bei einer solchen Entscheidung vieles bedacht und auch vieles von dem, was man bedacht hat, besprochen werden muß. Über eines allerdings hat Herr Dr. Barzel nicht gesprochen, was nämlich seinerseits, in der CDU/CSU geschehen wird, wenn die Verträge ratifiziert sein werden. Ich gebe zu, Herr Dr. Barzel, daß Sie jetzt taktisch den Eindruck erwecken wollen und auch müssen, daß es gar nicht dazu kommt. Sie haben eine probate Möglichkeit, die sozusagen zwischen Ja und Nein liegen soll, Ihr Angebot nämlich, die Verträge liegenzulassen. Das ist also die dritte Möglichkeit, weder Mann noch Frau, sondern eine dritte Möglichkeit.

Herr Dr. Barzel! Sie haben selbst von einer geschichtlichen Bedeutung gesprochen, die der Entscheidung zukomme, die hier zu treffen ist. Meinen Sie, daß das Liegenlassen von geschichtlicher Bedeutung wäre oder so definiert werden könnte? Sie haben hier eine Menge dessen, was veränderungsbedürftig und was anzupacken notwendig ist, gesagt, manchmal im Tone des Anklägers, so als ob das, was Sie da sagen — ein Teil dessen —, nicht auch von anderen als anzupacken für richtig gehalten wird. Aber natürlich muß die Pose des Anklägers bei dem Sprecher der Opposition auch vorhanden sein. Sie haben darüber, worum es hier geht, nämlich um diese konkreten Verträge und ihre Ratifikation, die wir mit dieser ersten Lesung eingeleitet haben, nachdem die andere Kammer, „das Herrenhaus“, der Bundesrat, sie schon im ersten Durchgang behandelt hat, so gut wie nicht gesprochen. Sie haben das verdeckt durch Beteuerungen und durch — ich danke! — Belehrungen.

Was mich angeht, so bin ich mit dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen im Einklang, wenn er die große Bedeutung der Verträge für die friedliche Entwicklung Europas hervorgehoben hat und auch dargelegt hat, wieso dies so ist. Nach unserer Ansicht sind westeuropäische Integration und gesamteuropäische Notwendigkeiten etwas, was einander nicht ausschließen oder blockieren muß, sondern was in eine Beziehung zueinander gebracht zu werden verdient. Unsere Überzeugung ist, daß die Konsequenz, die aus den Westverträgen gezogen werden muß, die Ostverträge sind, und zwar nicht, um sie dann liegenzulassen. Wenn allerdings zu den Ostverträgen sachlich so gut wie nichts gesagt wird —

(Zuruf von der CDU/CSU: Dann haben Sie geschlafen!)

— Keineswegs. Mir wäre wohlher, verehrter Herr, wenn ich hätte schlafen können. Aber wie sollte ich denn das angesichts einer solchen Attraktion, die wir heute hier hatten! Nein, nein, das ist es nicht. Ich nehme an, daß ein folgender Redner noch einen weiteren Stein, den er schon in der Tasche hat, werfen wird. Vielleicht ist das sogar der Herr Jaeger höchstselbst, der dieser Tage die Ostverträge — ich muß das zitieren, weil dieser Ausdruck bei Herrn Dr. Barzel allerdings fehlte — so qualifiziert hat: „Die Ostverträge drohen für das deutsche Volk nicht nur territorial, sondern auch finanziell zu einem Super-Versailles zu werden.“

Das ist nämlich berechnet, das ist eine Spekulation auf Wirkungen, wie sie die Versailles-Legende der Deutschnationalen in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg gezeitigt hat.

Herr Dr. Barzel selbst hat von einer unterschweligen Propaganda draußen gesprochen. Das ist sicher etwas, dem man zu Leibe gehen sollte. Ich denke, daß dann auch jene Flugblätter mit drankommen, von denen ich hier eine Mappe habe — ich mache sie im Augenblick nicht auf, Herr Barzel —, jene Mappe mit Flugblättern in der Lesart von „AKON“ oder „GOG“ oder wie diese eigentümlichen Splitter rechts draußen heißen, die von Ihnen angezogen werden, wie ein Magnet solche Splitter anzieht, und mit denen nun nicht nur eine unterschwellige, sondern eine direkte, hetzerische, eine Haßpropaganda betrieben wird. — Sicher, einige von Ihnen lachen darüber, weil sie ja auch bei Schlimmerem schon gelacht haben.

Ich wollte nur sagen, Herr Barzel, ich habe sehr gut verstanden, daß Sie vor dieser Debatte öffentlich zur Sachlichkeit gemahnt haben und daß Sie sich dieser sicher auch befleißigen. Da steht es mir nicht zu, Zensuren zu geben. Aber glauben Sie bitte nicht, daß man es sich so einfach machen kann, daß man, weil man zur Sachlichkeit aufgerufen hat, sich nachher fast alles erlauben kann. Das paßt auch nicht zueinander.

Ich bedauere z. B. sehr, daß auch eine Persönlichkeit — deren Integrität ich sehr hoch schätze und respektiere, ungeachtet völlig konträrer Auffassungen, die wir in Fragen der Politik haben — wie der Freiherr von und zu Guttenberg — —

(Abg. Dr. Aigner: Fragen Sie ihn mal, was er von Ihnen heute denkt!)

— Ich bitte Sie; das kann ja sein, daß Sie neuerdings ganz intim sind, nachdem er seine Auffassungen über bestimmte Personen in der CSU offensichtlich ein wenig geändert hat. Aber das ist nicht meine Sache, darüber zu befinden. Ich habe da schon Worte gehört, die ich jetzt auf andere angewandt höre, nämlich daß Gegner summarisch als „Faschisten“ und das, was sie wollen, als „roter Faschismus“ bezeichnet werden. Wenn man damit anfängt, verliert man insgesamt das Augenmaß für die konkrete Wirklichkeit. Ich will hier keine Retourkutsche fahren; ich warne Sie nur davor. Das haben andere schon gemacht, die dann jeden Gegner, besonders wenn er ihnen gewachsen zu sein schien, als „Faschisten“ und das, was er wollte, als „Faschismus“ bezeichnet haben. Das geht ganz schlimm aus.

Im übrigen aber auch noch folgendes zu diesen Klagen. Ich unterstelle keinem, Herr Dr. Barzel — ich meine, keinem auf Ihrer Seite —, daß er Krieg wolle oder daß er mit einer Politik auf Krieg spekuliere. Das ist eine Sache, bei der wir auch im größten Zorn und in der höchsten Erregung keine Konzession machen sollten.

(Zuruf von der CDU/CSU.)

— Lassen Sie sich das doch einmal gesagt sein, verehrter Herr! Sie können sich, ich weiß nicht, wie viele Stunden — die Stunden sind ja ausgerechnet, in denen man sich austoben kann —, jedenfalls noch viele Stunden bis Freitag nachmittag hier produzieren, und es

wird immer wunderbar sein. Nein, nein, wir machen das so lange, bis wir uns gegenseitig völlig zum Halse heraushängen werden. Das ist auch eine Therapie.

Ich möchte nur sagen: es wäre verhängnisvoll, wenn die deutsche Politik oder deutsche Politik überhaupt etwa in der Vorstellung betrieben würde, daß man zunächst damit beginnen könnte, sich sozusagen die Eskalation von Konflikten Dritter oder an anderen Stellen, möglichst weit weg, zunutze zu machen. Manche Begründungen für die Notwendigkeit, jetzt nicht nur eine Ost-, sondern auch eine Fernostpolitik zu machen, also uns sozusagen zu überspielen, was ich jedem gönne, sind nicht ganz frei von der Vorstellung, daß es, da es zwei recht bedeutende Mächte gibt, die miteinander zerstritten sind, gut wäre, doch einmal zu sehen, ob es nicht möglich ist, auch zu den anderen einen Faden zu bekommen. Ich sehe hier noch zwei Herren, die 1964 dafür verantwortlich waren; Sie nicht, der Sie gerade den Kopf schütteln; Sie waren damals bei der FDP, Sie sind jetzt bei der CDU.

Sie sind damals nach Washington gekommen, der eine etwas später als der andere, und da hatte der andere schon dem damaligen Präsidenten Johnson zugestanden, daß aus dem damals im Werden befindlichen und weitgehend unterzeichnungsreifen Abkommen mit Peking nichts würde. Sie kennen das. Jetzt wollen Sie, daß wir uns hier beeilen. 1964 haben Sie das stillschweigend begraben, weil jemand mit dem Finger drohte. Das waren damals die Amerikaner. Und weil diese nun nach Peking gegangen sind, müssen wir nicht unbedingt auch gleich dort sein. Wir wollen normale Beziehungen. Wir wollen da, wo es geht, auch freundliche Beziehungen, aber mit jemandem und nicht mit jemandem gegen andere, z. B. mit den einen gegen jene und mit den anderen gegen andere. Ich glaube, daß wir uns in dieser Beziehung auch noch finden werden.

Außerdem haben Sie vorher, Herr Dr. Barzel, noch die Sache mit der CSU auszutragen, die bis jetzt die Verbindung zu Taiwan gepflegt hat, die ja keine offizielle diplomatische ist, sondern diese Verbindung haben die Herren, die hier sitzen, die freundlichen Reisenden, gepflegt, und sie haben es sich gegönnt, auch einmal einen von der CDU mit den Haxen zu stoßen, weil er in dieser Frage anderer Meinung war.

Aber ich möchte an diesem Tage Ihnen, Herr Dr. Barzel, etwas zu treuen Händen zurückgeben, was mir am 30. Juni 1960 Ihr Mitvorsitzender im anderen Teil Ihrer CDU/CSU, nämlich der Herr Franz Josef Strauß, ein wenig verklausuliert gesagt hat. Da sagte er zu meinen damaligen konkreten Vorschlägen, die ich als Sprecher der Opposition in einer Lage, die schwierig war, machte: Es gibt eine normative Kraft des Faktischen — das haben wir erlebt —, aber es gibt keine faktenersetzende Kraft des Phraseologischen. Das, Herr Kollege Barzel, gebe ich Ihnen zu treuen Händen zurück. Herr Strauß, der es mir damals geschenkt hat, wird mir nicht böse sein, daß es mir so teuer war, daß ich es jetzt einem, der ihm am nächsten steht, überreiche.

Wenn man so eine Weile lebt, hat man Gelegenheit, das, was in verschiedenen Zeiten, bei verschiedenen Zeitumständen kommt, ein wenig miteinander in Beziehung zu bringen. Ich jedenfalls bin in dem entschei-

denden Punkt anderer Meinung als Sie, Herr Dr. Barzel. Ich sage das als jemand, der sich viele Jahre bemüht hat, in der Opposition gegenüber einer Regierung und gegenüber Regierungsparteien stehend, die es mit der Opposition nicht immer gerade sehr fair trieben. Das sage ich doch ohne Bitterkeit. Das sehe ich sozusagen im Abendsonnenschein, meine verehrten jüngeren Kollegen, die Sie schon so alle mit den Hufen trappeln.

Wir haben uns immer bemüht, ein Viermächte-Dach für unsere Vorschläge zustande zu bringen. Ich denke noch an eine der Unterredungen, die mein leider verstorbener verehrter Freund Ollenhauer zusammen mit mir mit dem leider verstorbenen verehrten Kollegen von Brentano vor einer der bedeutenden Genfer Konferenzen hatte. Unsere Vorschläge, sagte Herr von Brentano, seien sehr, sehr wichtig und sehr gut, man könne vielleicht auch auf sie zurückkommen; man sollte sie jedenfalls gewissermaßen bewahren, vor allem, weil wir damals immer ganz korrekt und sorgfältig, den Veränderungen gegenüber früheren Konferenzen entsprechend, weil ja immer weiter erodierte, was man die deutsche Frage nannte, ein für die Zeit noch passendes Viermächte-Dach oder eine Viermächte-Bezugsstelle geschaffen und, wenn es notwendig war, konstruiert haben. Immer ging es dabei um die Regelungen zwischen den Teilen Deutschlands.

Jetzt, wo es endlich ein solches Dach gibt und Sie in der Opposition stehen, Herr Dr. Barzel, versagt sich die nunmehrige Opposition. Sie fragen: Wo ist der Vertrag? Sie haben schon einmal gesagt, erst müßten außer dem Moskauer und dem Warschauer Vertrag — wo Sie gesagt haben: die sind schlecht — noch Verträge mit Prag und den anderen Ländern und ein unwiderruflicher innerer Vertrag vorliegen, dann würden Sie darüber befinden, wie Sie zu dem Moskauer Vertrag Stellung nehmen. Das haben Sie auch schon einmal anders gesagt. Sie wollten es damals auch liegenlassen, bis weitere Verhandlungen mit anderen über andere Verträge gemacht worden seien. Nun fragen Sie heute: Wo ist denn der innerdeutsche Vertrag? Ich sage in dem Zusammenhang, es wäre an der Zeit, all denen zu danken, die das Viermächte-Abkommen über Berlin und auch die ergänzenden Vereinbarungen möglich gemacht und zustande gebracht haben.

Das sollte man nicht so beiseite tun. Was immer gegen den Moskauer Vertrag eingewandt werden mag, was immer seitens der Opposition dagegen eingewandt worden ist, daß die Verträge von Moskau und Warschau vor dem Zustandekommen einer Berlin-Regelung unterzeichnet worden seien, die Tatsache ist jedenfalls nicht mehr zu leugnen, daß das Berlin-Abkommen der Vier zustande gekommen ist und daß die zwischen den deutschen Seiten auszuhandelnden ergänzenden Vereinbarungen schließlich, wenn auch unter Knirschen, ebenfalls zustande gekommen sind. Da haben Sie etwas, was es bis dahin nie gegeben hat.

Ich bin der Überzeugung, daß das ohne des Bundeskanzlers und des Außenministers Unterschriften unter den Moskauer Vertrag so nicht möglich geworden wäre. Damit schmälere ich keine andere Initiative bzw. keinen anderen Beitrag, beispielsweise den von Prä-

sident Nixon, der damals bei Siemens den Anstoß dazu gegeben hat, und anderer. Keineswegs! Nur haben auch ausländische Diplomaten, darunter einer, der kürzlich Bonn verlassen hat und dem ich einen dicken Dank für das mit nach Hause gegeben habe, was er geleistet hat und was die Botschafter insgesamt geleistet haben, gesagt, daß man das nie hätte erwarten können. Ich meine Herrn Rush, der jetzt zu anderen Verrichtungen nach Washington zurückgegangen ist. Die Diplomaten waren also einseitig und überzeugt, daß ohne des Bundeskanzlers und des Außenministers Unterschriften unter den Moskauer Vertrag das Abkommen so nicht möglich geworden wäre.

Deswegen meine ich: Über das Berlin-Abkommen sollten alle froh sein. Es sollte auch niemand aus Gegnerschaft gegen unsere Bundesregierung — es ist ja erlaubt, gegen sie zu sein — die Freude über das Berlin-Abkommen verdrängen zu müssen meinen. Man kann doch das eine ablehnen und gleichzeitig sagen: Aber das hier ist eine gute Sache. Dabei können Sie ja ruhig sagen: Die ist nur zustande gekommen, weil die Vier so bedeutend daran gewirkt haben. Das würden wir Ihnen gar nicht übelnehmen. Nur fällt das Abkommen selber, Herr Dr. Barzel, eigentlich unter das, wovon Sie sagen, Sie redeten darüber nicht öffentlich, um nicht durch eine Interpretation, die Negatives ausdrückt, etwas zu schädigen.

Wer das Abkommen negativ bewertet oder interpretiert, daß nunmehr die Einwohner von Berlin-West ohne Behinderung aus humanitären, familiären, religiösen, kulturellen oder kommerziellen Gründen oder als Touristen in die ihnen bisher verschlossen gewesenen Gebiete reisen und sie besuchen können, und zwar unter Bedingungen, die denen vergleichbar sind, die für andere in diese Gebiete einreisende Personen gelten, wer dies, aus welchen Gründen auch immer, negativ bewertet oder interpretiert, muß sich wohl sagen lassen, daß er damit, wenn vielleicht auch ungewollt, den Gegnern der Entspannung Wasser auf die Mühlen leitet.

Es hat vor diesem Berlin-Abkommen kein vergleichbares Abkommen der Vier Mächte und keine entsprechenden ergänzenden Vereinbarungen der beiden Regierungen in Deutschland und des Senats von Berlin gegeben, durch die der Berlin-Verkehr von zivilen Personen und Gütern geregelt wurde.

Aber es hat schlimme Zeiten, die viele von Ihnen sicher genauso sehen wie ich, und Unheil verkündende Abkommen auf der anderen Seite gegeben, die z. B. so weit geführt hatten, daß man deklarierte, Berlin-West gehöre geographisch und rechtlich zur DDR. Das ist ja nun nicht mehr so. Seien wir deshalb auch froh darüber, daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich als aufrechtzuerhalten und als zu entwickeln anerkannt worden sind. Hier ist einmal etwas Vernünftiges anerkannt worden. Daß die Bundesrepublik die konsularische Betreuung für Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins ausüben kann, daß völkerrechtliche Vereinbarungen und Abmachungen, die die Bundesrepublik schließt, auf die Westsektoren Berlins ausgedehnt werden können und daß die Bundesrepublik die Inter-

essen der Westsektoren Berlins in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen vertreten kann. Das wäre nicht? Daraufhin könnte man fragen: Wo ist denn der Vertrag? Wir werden noch sehen, daß sich um dieses Abkommen und das ergänzende Abkommen eben das entwickelt, was Sie einen Vertrag nennen, der vorher da sein sollte.

Es ist ja auch so, daß Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins nunmehr gemeinsam mit Teilnehmern aus der Bundesrepublik am internationalen Austausch und an internationalen Ausstellungen teilnehmen können, daß Tagungen internationaler Organisationen und internationale Konferenzen sowie Ausstellungen mit internationaler Beteiligung in den Westsektoren Berlins durchgeführt werden können. Dies und noch manches weitere löst Verhältnisse ab, die unleidlich und schmerzhaft gewesen sind. Dafür sollten wir denen danken, die das nun so geregelt haben.

Meine Damen und Herren, unterschätzen wir das doch, bitte, nicht! Das sind unbestreitbare Fortschritte. Das Berlin-Abkommen, welches ohne die Unterschriften unter den Moskauer und den Warschauer Vertrag nicht zustande gekommen wäre, bedeutet eine Wende- markte, sowohl für die Beteiligten, die es zustande gebracht haben, als auch für die von ihm Betroffenen — im übertragenen Sinn gemeint. Das Viermächte- Abkommen kennzeichnet zwar keine Stunde null — so etwas gibt es nicht mehr —, von der aus etwa alles neu beginnen könnte, aber es kennzeichnet die Bedingungen, unter denen es möglich ist, daß die an diesem Abkommen Beteiligten und die von ihm Betroffenen so miteinander auskommen, wie das in einer von Massenvernichtungswaffen starrenden und von Gegensätzen häufig geschüttelten Welt überhaupt möglich ist, allerdings nur, wenn die Beteiligten und Betroffenen auch in einem Punkt übereinstimmen — das gehört dazu —, nämlich darin, Berlin in Ruhe leben und arbeiten zu lassen und von Berlin aus nicht zusätzlich Zündstoff zu verheerender Wirkung kommen zu lassen. Ich gehe davon aus, daß es in diesem Punkt Übereinstimmung gibt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Motive und Interessen nicht völlig übereinstimmen.

Wenn das so wäre, brauchte man keine Verträge. Entscheidend werden die Unbefangenheit und die Bestimmtheit sein, mit der Beteiligte und Betroffene sich dafür einsetzen, das, worin sie übereinstimmen, mit Hilfe der im Viermächte-Abkommen gefundenen Regeln wirksam werden zu lassen und festzuhalten. Insofern werden im Laufe der Zeit die am Viermächte- Abkommen unmittelbar Beteiligten und die von ihm Betroffenen gleichermaßen interessierte Beteiligte an der Realisierung des Abkommens sein.

Natürlich kommt der Einwand: Da ist die Mauer, da ist der Schießbefehl. Die Mauer und was zu ihr an Abschreckungs- und Einschüchterungsversuchen gehört, werden sowohl unmittelbar als auch mittelbar störende Faktoren und Ärgernis bilden. Sie sind Attribute des kalten Krieges, die das Finden und das Praktizieren des Modus vivendi erschweren und wahrscheinlich auch oft in Frage stellen werden. Und dennoch erlaube ich mir, zu sagen: Es wird nicht hilfreich sein, wenn sich etwa beide Seiten darin erschöpfen sollten, gegen-

einander aufzurechnen, wessen Schwächen und wessen Aggressivität sich in der Mauer niedergeschlagen haben und sie aufrechterhalten. Nur in dem Maße, in dem es gelingen kann, die Mauer durch die Regeln des Viermächte-Abkommens — wenn man das so sagen darf — zunächst zu relativieren und das Dennoch-Miteinanderleben zu humanisieren, wird die Mauer mit ihren Begleiterscheinungen allmählich die Bedeutung verlieren, die sie als Denk- und Mahnmal des kalten Krieges im blutigen Sinne des Wortes noch immer wieder und manchmal gar über Nacht hat.

Ich weiß, daß es eine ganz andere Betrachtungsweise gibt, nämlich die, solche Wunde immer brennend zu halten. Nur, ich halte sie nicht für die unserem geographischen Standort und den machtpolitischen Gegebenheiten entsprechende.

Es wird sicher — das gestehe ich — prinzipielle Einwände gegen meine Vermutung und gegen die Erwartung geben, die ich soeben ausgesprochen habe. Es wird solche geben, die es für unsittlich und unmoralisch halten, weniger zu verlangen als das Verschwinden des Monstrums. Es gibt andere, die das Wort, von dem ich sprach, das bei aller Behutsamkeit leicht mißverstanden werden kann, relativieren, für gleichbedeutend halten mit dem Sichabfinden. Weitere wird es geben, die es für sinnvoll und für wirkungsvoll halten, die Mauer so schrill wie möglich als das Wahrzeichen des Systems auf der anderen Seite anzuprangern. Und nicht zu vergessen die Resignierenden. Ich nehme jeden dieser Einwände ernst. Aber ich halte die Überwindung des Mauerverhältnisses, zunächst gesagt, für das schwierigste Unterfangen, bin aber überzeugt, daß es möglich ist, durch die Anwendung der Regeln des Berlin-Abkommens zu einem humaneren Miteinanderleben zu gelangen.

Niemand — sofern er nicht eine Katastrophe auslösen möchte — wird doch die Mauer ungeschehen machen können. Sonst müßte man uns sagen, wie es geschehen sollte.

Immerhin war die Kehrseite der unmenschlichen Wirkung dieses Monstrums die Intensität, mit der ein Mann wie Willy Brandt darüber gedacht und daran gearbeitet hat, mindestens die Wirkungen allmählich mehr und mehr einzuschränken. Man sollte es jedenfalls ernsthaft versuchen. Sonst kommt man wohl in die Kategorie derer, von denen gesagt werden darf, sie wollten einfach Empörung wachhalten. Das ist aber für die vielen keine Lösung und bringt keine Lösung.

Hier sind Störungsfaktoren, die dieses Abkommen sicher zeitweise hart angehen könnten. Es sind in der Regel Störungsfaktoren innenpolitischer Art. Sie können in jedem der Länder, die an der Entstehung beteiligt gewesen sind und die Garantien für die Ausführung des Berlin-Abkommens übernommen haben, vorkommen. Das ist sicherlich nicht auszuschließen. Wir haben hier also wahrscheinlich genügend zu tun, um das Austragen solcher Gegensätze sich nicht à conto dieses Abkommens entwickeln zu lassen und unsere eigenen Auseinandersetzungen darüber auch so zu führen.

Alles ist schwierig. Auf der anderen Seite ist es anders als auf unserer. Hier auf unserer Seite können z. B.

Kommunisten oder andersgeartete Parteigänger des Regimes von der anderen Seite ihre Auffassung aussprechen, geltend machen, sofern sie sich dabei und damit innerhalb der vom Grundgesetz gegebenen Regeln halten. Auf der anderen Seite dürfen Sozialdemokraten oder andersgeartete Parteigänger unserer Form politischen Miteinanderlebens ihre Auffassungen dort nicht unverblümt aussprechen oder gar geltend machen. Das bleibt ein wesentlicher Unterschied.

Beide Seiten werden unter Beweis stellen müssen — und ich hoffe, sie werden es auch können —, daß sie sich dennoch imstande sehen, das Abkommen der Vier vom 3. September 1971 und die zusätzlichen Vereinbarungen vom Dezember 1971 in Wirkung zu setzen und zu halten — notfalls unter Zuhilfenahme der von den Vier Mächten unterschrittlich bekräftigten Konsultationsprozedur. Ich glaube, Fortschritte im Verhalten zueinander werden daran gemessen werden können, in welchem Ausmaß auf die Inanspruchnahme dieser Prozedur verzichtet werden kann.

In dem Maße, in dem im jeweiligen Geltungsbereich der Verfassungen der beiden deutschen Staaten die spezielle Stellung Berlins praktisch respektiert wird und jede Seite das ihre dazu beiträgt, das Abkommen, Berlin betreffend, auch zu erfüllen, in dem Maße drückt sich aus, was es im getrennten Deutschland an Souveränität in der Tat gibt. Die Gleichberechtigung beider Staaten drückt sich aus im gemeinsamen Nenner, der im Berlin-Abkommen der Vier gesucht und gefunden worden ist. Die moralische und die politische Wertung der in den Geltungsbereichen der beiden Verfassungen herrschenden Verhältnisse muß und darf nicht die Fähigkeit zur Erfüllung des Abkommens über Berlin beeinträchtigen oder stören, es wäre denn, auf der einen oder auf der anderen Seite würden Kräfte die Oberhand gewinnen, die es darauf anlegen, innenpolitische Gegensätze in einer oder in jeder der Vier Mächte — ihren Ländern, meine ich damit — und außenpolitische Spannungen zwischen ihnen ungünstig auf die Entwicklung wirken zu lassen, die mit dem Berlin-Abkommen markiert worden ist. Meiner Meinung nach sollte das Viermächte-Abkommen über Berlin von den entspannungsbewußten Kräften auf beiden Seiten gehütet werden als ein Unterpfand und als ein Mittel, die deutschen Beiträge zum Frieden real wirken zu lassen, ungeachtet aller prinzipiellen und ideologischen Gegensätze und Ansprüche.

Wir sind — das ist zuzugeben — in einer Situation, in der diejenigen, die in Deutschland nebeneinander zu leben haben, völlig unterschiedliche und miteinander nicht zu vereinbarende Zielvorstellungen über die Vereinigung Deutschlands haben. Die unsere paßt nicht zu der anderen, und deren paßt nicht zu der unseren. Keine Seite kann der anderen ihre Auffassung aufnötigen. Dafür wird immer zu sorgen sein.

Abgrenzung sollten wir deshalb ein wenig versachlicht behandeln. Denn Abgrenzung vorzunehmen und staatliche Zusammenarbeit gleichzeitig nicht zu verweigern ist durchaus denkbar. Es wird längerer Zeit bedürfen, bis es ohne so viel Knirschen wie jetzt geht; aber es wird gehen. Bei aller Gegnerschaft zwischen uns und jenen, die jenseits der Mauer regieren — und auch umgekehrt —, wird durch die Erfüllung des Berlin- Abkommens und seiner Bestimmungen allmählich

etwas zustande kommen, von dem man wohl sagen kann, daß nicht mehr völlige Ignoranz die Feder führen kann, wenn es sich um Regelungen des weiterführenden Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Seiten handelt.

In dieser Richtung sehe ich auch die Bedeutung des Berlin-Abkommens und seiner ergänzenden Bestimmungen für die Konferenz für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, über die seit 1969 diskutiert wird, über die es unterschiedliche Meinungen gegeben hat und von der wir — diejenigen, für die ich hier spreche — immer gesagt haben: Wir wollen nicht die sein, die eine solche Konferenz scheitern lassen oder an denen sie scheitert. Nur, sie soll einen Sinn haben: über Sicherheit und Zusammenarbeit tatsächlich zu sprechen. Wir haben keine Bedingungen gestellt, aber wir waren froh, als deutlich war, daß sich das westliche Bündnis die Auffassung zu eigen macht, daß nach dem In-Geltung-Treten des Berlin-Abkommens die Erörterungen über eine europäische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit munter aufgehen könnten.

Meine Damen und Herren, vom vorigen Bundeskanzler, Kurt Georg Kiesinger, stammt das Wort von der Notwendigkeit des Bemühens um einen Interessenausgleich zwischen den Bündnissen von West und Ost, von der Notwendigkeit nämlich im Interesse des Friedens in der Welt und auch im Interesse des deutschen Volkes, von dem er, der Kollege Kiesinger, am 17. Juni 1967 in einer nachdenkenswertem Rede gesagt hat — und ich zitiere ihn —, daß Deutschland — nämlich ein wiedervereinigtes Deutschland — eine kritische Größenordnung habe, denn es sei zu groß, um in der Balance der Kräfte keine Rolle zu spielen, und zu klein, um die Kräfte um sich herum selbst im Gleichgewicht zu halten.

Es ist daher in der Tat nur schwer vorstellbar — so schrieb er weiter —, daß sich ganz Deutschland bei einer Fortdauer der gegenwärtigen politischen Struktur in Europa der einen oder der anderen Seite ohne weiteres zugesellen könnte. Eben darum könne man das Zusammenwachsen der getrennten Teile Deutschlands nur eingebettet sehen in den Prozeß der Überwindung des Ost-West-Konflikts in Europa.

Was der Kollege Kiesinger — in einer Beziehung jedenfalls Vorgänger Willy Brandts, als Bundeskanzler — in Worten als unvermeidlich erkannt hatte, was er aber — so sehe ich es — mit seinem Konservieren des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik nicht in praktische Politik umzusetzen vermochte — leider nicht —, das hat der Bundeskanzler Willy Brandt mit den Erfahrungen als Regierender Bürgermeister von Berlin und als Bundesminister des Auswärtigen behutsam in konkrete politische Schritte gebracht.

Das Berlin-Abkommen bekam seinen entscheidenden Impuls durch die Unterzeichnung des Vertrags mit der Sowjetunion am 12. August 1970 in Moskau durch Brandt und Scheel und durch die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen in Warschau am 7. Dezember 1970, ebenso durch Brandt und Scheel. Das ist das, worüber nun zu befinden sein wird.

Der Deutsche Bundestag steht tatsächlich vor einer grundlegenden Entscheidung. Sagt er nämlich ja zum Moskauer Vertrag, so eröffnet er die Möglichkeit zur Verbesserung der Beziehungen in Europa, ausgehend von der Lage der Staaten und Grenzen, wie sie heute sind; anders kann das nicht gemacht werden. Er sagt ja dazu, daß beide Staaten ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und die Verpflichtung erfüllen, sich in Fragen, die die Sicherheit in Europa und die internationale Sicherheit berühren, sowie in ihren gegenseitigen Beziehungen gemäß Art. 2 der Charta der Vereinten Nationen der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten. Er sagt auch ja dazu, daß beide sich verpflichten, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten, daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemanden haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden. Und durch unser Ja, meine Damen und Herren, wird der 1954 in den Westverträgen verbrieft Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt auch gegenüber dem Osten vertraglich besiegelt.

Unser Ja schließt auch ein, daß durch diesen Vertrag nicht die von beiden Partnern früher abgeschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Verträge und Vereinbarungen berührt werden. Und hier, sehr verehrter Herr Kollege Barzel, verstehe ich nicht, warum Sie immer wieder herumhämmern auf den Römischen Verträgen und darauf, daß die Sowjetunion dazu gebracht werden müßte, die EWG anzuerkennen. Ich bitte Sie: Manchmal kommt es mir — entschuldigen Sie — so vor, als spürten Sie, daß dort ja wohl, weil man diese Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als eine Realität sieht und einschätzt, sowieso bald etwas positivere Töne kommen werden. Dann können Sie natürlich sagen, Sie hätten diese mit bewirken helfen. Das würde ich Ihnen auch gerne gönnen. Nur hat das mit unseren Verträgen nichts zu tun. Die sind außerhalb dessen.

Wir sollten uns auch nicht, wenn auch nicht aus diesem Grunde, sondern aus einem anderen, den ich nicht für geringer halte, plötzlich für Frankreich, für Holland, für die anderen Beneluxländer, und ich weiß nicht, für wen noch, hinstellen und mit der Sowjetunion einen Streit darüber anfangen, daß sie nun endlich die EWG anzuerkennen hätte. Ich weiß nicht, ob wir dafür Prokl. a haben und ob wir sie ansuchen sollten. Ich nehme an, das wäre politisch nicht sehr gründlich überlegt.

Meine Damen und Herren, wir ergänzen mit der Entscheidung, vor der wir stehen und über die in den Ausschüssen vieles gesagt werden wird, die Westverträge durch diesen Vertrag und durch den Warschauer Vertrag, der, richtig gesehen, eine Entwicklung unseres Verhältnisses zu Polen einleiten wird, das, historisch und moralisch betrachtet, dem Verhältnis entsprechen kann, das wir zu unserem westlichen Nachbarn Frankreich gefunden haben. Das ist eine gewisse Verwandtschaft zu der Kategorie der Bedeutung dieses Vertrages. Ich danke an dieser Stelle der Regierung für die Begründung, die sie zu dem Ratifikationsgesetz zum Warschauer Vertrag gegeben hat. Die war, auch was das Geschehene betraf, das früher zwischen diesen beiden Völkern stand, richtig getroffen.

Die Bundesrepublik — und das liegt in der Natur unserer Grenzen — wird die Westgrenzen Polens, die Oder-Neiße-Linie, nicht in Frage stellen. Ich hoffe, vielleicht sollte ich auch sagen, ich wünsche, daß man auch einmal über die Frage der deutschen Selbstbestimmung wird sprechen können. Wer aber diese Diskussion mit der offenen Oder-Neiße-Linie belasten oder befrachten möchte oder es tut, schafft die negative Garantie, daß über Selbstbestimmung nie konkret gesprochen werden wird.

Da gibt es noch manches Schmerzliche, auch zu der Frage der Familienzusammenführung und der Gewährung von Ausreisegenehmigungen gibt es noch manches Schmerzliche, nur wissen diejenigen bei Ihnen, die nicht nur Negatives sammeln, sondern die auch versuchen, es zu heilen oder zumindest zu mildern oder den Ursachen zu Leibe zu gehen, daß immerhin im vergangenen Jahr 26 237 Menschen gekommen sind. Das ist die höchste Zahl seit dem Jahre 1959. Dazu kommen noch Ausreisen in die DDR, die nach demselben Verfahren erfolgen, aber nach dort, weil dort Familienangehörige sind. Es darf erwartet werden, daß die Schwierigkeiten, die mancherorts Ausreisearbeitstellern bereitet worden sind, auszuräumen sind. Je beharrlicher, aber auch je weniger forscht wir in dieser Frage am Mann bleiben, um so größer sind die Aussichten, daß vielen geholfen werden kann.

Es darf aber auch erwartet werden, daß erweiterte Besuchsreisemöglichkeiten eröffnet werden, so daß manche Härten zumindest gemildert werden können. Die Tatsache z. B., daß zu Beginn des Jahres 1972 infolge einer Vereinbarung der drei Staaten Polen, CSSR und DDR Besuchsreisen ohne Paß- und Visumvorschriften möglich geworden sind und von mehr als 1 Million Menschen genutzt wurden, ist in Polen sowohl wegen der großen Zahl derer, die davon Gebrauch gemacht haben, als auch deswegen, weil alles reibungslos und, wie sie sagten, ohne Inzident verlief, beachtet worden: Deutsche und Polen, so sagten sie, können also miteinander umgehen, ohne daß es zu Schwierigkeiten kommt. Das alles ist als ein gutes Omen für den sich schließlich auch mit uns, der Bundesrepublik, entwickelnden Reise- und Touristenverkehr gewertet worden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns — bei aller Bescheidenheit dieses Punktes — auch unsererseits dazu unseren Beitrag leisten. Ich war froh, dieser Tage hören zu können, daß Professor Eckert aus Braunschweig, der sich ja bei dem in Übereinstimmung mit anderen vorgenommenen Säubern oder Entrümpeln von Schulbüchern und Unterrichtsmaterial, vor allen Dingen geschichtlicher Darstellungen, schon bei den Holländern und anderen einen guten Namen gemacht hat, sich jetzt mit einer Gruppe des Schulbuchinstituts nach Polen begeben hat. Hier ist also offenbar eine Verständigung darüber getroffen worden, daß man es auch einmal miteinander versuchen will.

Über diese Dinge werden wir sicher häufig reden müssen, wenn die Verträge ratifiziert sind. Sie werden ratifiziert werden. Bis dahin wird auch unsere verehrte Opposition, die Christlich Demokratische und die Christlich Soziale Union, hinsichtlich dessen klarkommen, was sie politisch tun wird, wenn die Verträge in Kraft gesetzt sein werden. Das ist ja die einzige Frage,

die sie bisher sowohl draußen als auch hier umgingen. Ich gebe zu, es ist eine schwierige Frage. Aber Verträge sind Verträge, auch für eine Opposition. Insofern können wir auf Grund von Erfahrungen, die wir gemacht haben, und auf Grund von Erfahrungen, die Sie zu sammeln beginnen, ja miteinander reden. Manches ist dabei schmerzlich, aber man sollte nichts unversucht lassen. Richten Sie sich bitte darauf ein, was Sie tun, wenn die Verträge in Kraft sein werden und Sie in der deutschen Politik und an der Gestaltung der Beziehungen zu anderen mitwirken wollen.

Was die CSU auf diesem Gebiet getan hat, enthebt uns freilich der Befürchtung, daß etwa Herr Strauß oder ein anderer aus der ersten Reihe sagen könnte: Man darf mit solchen Leuten wie denjenigen, die dort regieren, überhaupt keine Verträge schließen. — Wir haben ja gesehen, daß man Verträge schließen soll. Wie sie entworfen worden sind oder entworfen werden, haben wir auch gesehen. Das ist so eine Art Milchreis mit Zucker und Zimt, Herr Strauß, den Sie da ausgeschenkt haben.

Ich habe ja nichts dagegen, daß man einmal einen Scherz macht. Nur ist das natürlich ein Vertrag, den nicht einmal eine Seite, sondern lediglich eine Gruppe aufgestellt hat. Und dann wird es ja erst deftig — das wissen Sie doch ganz genau —, und zwar sowohl innerunionsräumlich als auch dann, wenn es mit anderen Parteien und mit anderen Staaten weitergehen soll. Ich will hier nicht aus der Schule plaudern. Aber ich habe den Eindruck, daß die CSU manchmal zu solchen lehrhaften Darstellungen neigt, wie Politik eigentlich sein müßte. Dann schreibt sie ganze Hefte voll und schickt sie den amtlichen Politikern. Das war auch in der Zeit so, als sie noch mit in der Regierung war.

Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger (CDU/CSU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Herr Außenminister hat heute früh die Frage gestellt, ob es denn notwendig oder unvermeidlich sei, daß im Blick auf die anstehende Entscheidung in diesem Hohen Hause zu der deutschen Spaltung auch noch ein innerer Graben zwischen den Parteien gezogen werde. Ich habe nicht vor, durch Aufquirlen von Emotionen dazu beizutragen, sondern ich will in aller Nüchternheit, aber auch mit allem gebotenen Ernst das Meine zu dem zu sagen versuchen, was hier ansteht. Es ist ja in der Tat eine der wichtigsten, vielleicht die wichtigste Entscheidung, die dieser Bundestag seit seinem Bestehen zu treffen haben wird.

Diese Entscheidung ist nicht nur die Entscheidung zu irgendwelchen Vertragstexten, wie Rainer Barzel mit Recht gesagt hat, sondern eine Entscheidung zu einer konkreten Politik: zu der Außenpolitik dieser Regierung — ich sage es bewußt so: zu der Außenpolitik dieser Regierung —, in welche ja ihre Ostpolitik eingebettet ist, zu den Zielsetzungen dieser Politik und zu ihren Auswirkungen, so wie sie gewollt sind oder so wie sie auch vielleicht nicht gewollt sind.

Zu einer solchen Politik gehören ihre Zielsetzungen, gehört die Einschätzung der Realitäten durch diejenigen, die eine solche Politik machen, gehören die für

diese Politik angewandten Methoden, gehört die Solidität oder auch Unsolidität der Bemühungen um die Politik, wozu Festigkeit, Ausdauer, Geduld und manches andere gehören, gehört die Verfassungstreue dieser Politik und gehört natürlich am Ende der politische Erfolg.

Wir brauchen uns über die allgemeinen Zielvorstellungen und Zielsetzungen in diesem Hause, ich hoffe es, nicht zu streiten: daß wir den Frieden wollen, daß wir Verständigung und Entspannung wollen, und ich hoffe immer noch, daß wir gemeinsam die Wiederherstellung der deutschen Einheit — nicht nur die Bewahrung der deutschen Nation, sondern die deutsche Nation unter einem Dach — wollen.

Das alles ist unser gemeinsames Gut, unsere gemeinsame Auffassung gewesen bis zum Ende der Großen Koalition. Fürchten Sie nicht, daß ich der Versuchung nahegebe, davon zuviel zu sprechen. Aber eines erlaube ich mir. Herr Kollege Wehner hatte heute die Freundlichkeit, mich wieder an die Rede vom 17. Juni zu erinnern. Ich weiß, daß er mir damals zugestimmt hat. Herr Wehner, ich kann Ihnen versichern: ich stehe zu dieser Rede heute noch Wort für Wort und Satz für Satz.

(Abg. Wehner: Dann müssen Sie auch den Punkt dahintersetzen, Herr Dr. Kiesinger!)

— Sie sagen, dann müsse ich auch den Punkt dahintersetzen. Ich will Ihnen gleich antworten. Sie sagten, die Ostverträge seien die Konsequenz der Westverträge. Man kann auch sagen, sie seien die Konsequenz der politischen Konzeption, daß sich die deutsche Einheit nur im Verlauf eines europäischen Entspannungs- und Friedensprozesses erreichen lasse, da Deutschland eben jene kritische Größe habe. Was ich Ihnen bestreite, ist aber dies: Wohl ist eine entsprechende Ostpolitik die Konsequenz der Westverträge und die Konsequenz dieser meiner Auffassung. Aber ich bestreite mit meinen politischen Freunden, daß diese Ostverträge, die Sie abgeschlossen haben, die notwendige Konsequenz sind. Darauf möchte ich gern zu sprechen kommen.

Durch Zufall habe ich heute ein nettes Heftchen in die Hand bekommen, das von Ihrem Ministerium während der Großen Koalition herausgegeben worden ist. Es zeigt ein Friedensengelchen, und Willy Brandt und ich schaufeln gerade für die Friedenspalme, die uns dieses Friedensengelchen anbietet, ein Beet, in das sie hineingepflanzt werden soll, damit sie wachse und blühe. In diesem Heftchen Ihres Ministeriums lese ich: Der Minister für gesamtdeutsche Fragen stellt fest, wozu die Bundesregierung nicht bereit ist. Dann heißt es wörtlich:

Wir werden aus freiem Willen nicht anerkennen, daß der Bereich, der sich „DDR“ nennt, Ausland ist, und wir können auch nicht anerkennen, daß die Repräsentanten dieses Gebildes

— übersetzt „Phänomen“ —

den freien Willen der Bevölkerung verkörpern.

Nun gibt es auch in der Bundesrepublik manche Kritiker, die behaupten, man könne erst nach einer formellen staatlichen Anerkennung der anderen Seite erfolgreiche Verhandlungen zur Überwindung

der innerdeutschen Spannungen erwarten. Aber kann man die Teilung wirklich überwinden, indem man sie vorher als endgültig anerkennt?

— Alles beherzigenswerte Sätze! —

Deutschland

— so sagten Sie weiter —

ist nur deshalb ein Krisen- und Spannungsherd in Europa, weil dieses Land gegen den Willen seines Volkes geteilt ist. Man kann die Spannungen daher verringern, indem man die Teilung für das Volk erträglicher macht, nicht aber, indem man die Teilung auch noch von Westen her betoniert.

Zwischenfrage Abg. Wehner (SPD):

Herr Kollege Kiesinger, darf ich Sie fragen, ob Sie bei der Betonung dieses schönen Textes, der ja zeigt, daß ich mich damals an Ihre Kabinettsdisziplin zu halten verstand, auch einmal auf die Verträge geguckt und dort das Wort „endgültig“ gefunden haben — in den Verträgen nämlich —, oder ob Sie gefunden haben, was ja das gleiche wäre, daß unsere Verfassung außer Kraft gesetzt ist. Das wäre ja die Konsequenz.

Herr Kollege Wehner, Sie haben mich unterbrochen, ich wollte eben folgenden Satz sagen: Ich will es mir nun nicht etwa einfach machen und das nur so in den Raum hineinstellen, sondern ich will wirklich untersuchen, was Ihre damaligen Sätze mit der heutigen politischen Wirklichkeit und auch mit den Vertragstexten zu tun haben. Zunächst sprachen Sie nur von „staatlicher Anerkennung“. Es geht jetzt nicht um die völkerrechtliche Anerkennung. Sie haben sich damals also gegen die staatliche Anerkennung gewehrt, die der Bundeskanzler als erstes in seiner Regierungserklärung vollzogen hat. Man kann lernen, man kann sich wandeln, man kann auch eine Politik — —

(Abg. Wehner: Ich möchte wissen, ob Sie in den Verträgen das Wort „endgültig“ gefunden haben!)

— Doch, die staatliche Anerkennung muß ich wohl nach den Worten des Bundeskanzlers als „endgültig“ vollzogen ansehen.

(Abg. Wehner: In dem, was Sie vorgelesen haben, war aber von der Endgültigkeit der Teilung die Rede!)

— Ja, aber vorher ging es um die Ablehnung der staatlichen Anerkennung. Ich habe Ihnen einen Satz in die Erinnerung gerufen, der zeigt, daß wir uns damals weitgehend einig waren.

Nun zu den Zielsetzungen. Nicht nur die eigenen sind wichtig für die Realität, in der diese Verträge stehen, sondern auch die Zielsetzungen des Partners oder Gegners, d. h. des einen, des übermächtigen, und seines Trabanten, des Regimes, das leider 17 Millionen Deutsche wider ihren Willen beherrscht.

Der Herr Außenminister hat heute früh einen merkwürdigen Satz gesprochen. Er hat den Satz gesprochen: „Entgegengesetzte politische Zielvorstellungen werden durch die Verträge nicht berührt.“ Herr Außenminister, jetzt drehe ich den Satz um: Aber die Verträge werden durch entgegengesetzte politische Zielvorstellungen be-

rührt, qualifiziert, interpretiert, ausgebildet und in der Welt durchgesetzt. Dies ist doch die Wirklichkeit!

Deswegen sagen wir: es geht hier nicht nur um Vertragstexte, sondern es geht um das Ja und Nein zu einer ganz bestimmten Politik in einer ganz bestimmten Situation unserer Welt. Diese Vertragstexte schweben ja nicht in der Luft, sondern sie stehen in der Realität der politischen Macht, der politischen Ideologie, des politischen Willens und des politischen Handelns eines übermächtigen Verhandlungs- und Vertragspartners, dem gegenüber alle Behutsamkeit, alle Klugheit, alle Zähigkeit, alle Festigkeit am Platze wären.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht umsonst von allem Anfang an die Hektik der Verhandlungen kritisiert. Das gehört zur Methode, zur Solidität. Was in aller Welt hat diese Regierung gezwungen, die Verhandlungen über den Tisch zu jagen, so rasch wie möglich irgendeinen Erfolg oder Scheinerfolg vorzuweisen? Was hätte uns gedrängt, das zu tun und dabei möglicherweise erhebliche Verhandlungschancen zu versäumen? Wenn es, Herr Außenminister, wahr wäre, daß in den Vertragstexten selber keine Ungenauigkeiten, Unsicherheiten und Ansätze zum Dissens vorlägen — sie liegen auch in den Vertragstexten vor —, dann läge der Dissens eben gerade in den politischen Gegensätzen, und der ist doch für uns, der ist doch für Deutschland, der ist doch für Europa entscheidend.

Zwischenfrage Abg. Dr. Schmid (Frankfurt) (SPD):

Herr Kollege Kiesinger, würden Sie meiner Unwissenheit abhelfen und mir die Stellen nennen, über die Dissens besteht?

Darf ich Sie z. B. daran erinnern, Herr Kollege Schmid, daß im Locarno-Vertrag

(Abg. Dr. Schmid [Frankfurt]: Ich spreche von den Verträgen!)

— ja, ich spreche über den Wortlaut, den man in völkerrechtlichen Verträgen anzuwenden pflegt — die Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen Deutschland und Frankreich und Deutschland und Belgien niedergelegt war, daß mit diesem Wort „Unverletzlichkeit“ ganz einwandfrei die Anerkennung, die Endgültigkeit dieser Grenzen gemeint und gewollt war und daß dies der Grund war, warum sich Stresemann gegen eine entsprechende Regelung nach Osten gewandt hat. Dies ist z. B. ein Ausdruck, Herr Kollege Schmid

(Abg. Dr. Schmid [Frankfurt]: Damit ist die Frage noch nicht beantwortet!)

— doch —, der eine Interpretation offenläßt. Und die unterschiedliche Interpretation haben Sie ja wohl gehört. Wie viele Male müssen sowjetrussische Politiker, Journalisten, führende Männer von drüben uns noch sagen, daß für sie diese Angelegenheit eine Causa finita ist, daß die Grenzen endgültig seien? Wenn nur Herr Honecker dies triumphierend in seiner Rede verkündet hätte, nähme ich das noch nicht so ernst; aber maßgebliche Vertreter der Sowjetunion haben es getan.

Auch der Satz von Herrn Breschnew in seiner Rede in Alma-Ata, daß das Ergebnis dieser Verträge die Be-

stätigung der Ergebnisse des „Großen Vaterländischen Krieges“ sei, kann doch gar nicht anders gedeutet werden, als daß er die Dinge für endgültig entschieden hält.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Schmid (Frankfurt) (SPD):

Ich komme auf die Locarno-Verträge zurück. Erinnern Sie sich nicht, wie ich es tue, daß das Motiv der Briten, sich nicht an eine Garantie für die polnische Westgrenze zu binden, war, daß man die Verhältnisse im Osten für zu unsicher und für zu konfliktreich hielt und man nicht in einen Konflikt hineingezogen werden wollte?

Herr Kollege Professor Schmid, ich kann jetzt nicht mit Ihnen in einen historischen Rückblick über jene schwierige Zeit eintreten. Aber ich glaube mit Sicherheit sagen zu können: Stresemann ließ sich nicht darauf ein, weil er die Dinge im Osten nicht endgültig so akzeptieren wollte, wie sie standen. Das zu dieser Frage.

Es ist eben das Schlimme: wenn es schon keinen Dissens oder keinen Ansatz zum Dissens, vor dem ja der Außenminister selbst gewarnt hat, in den Vertragstexten gäbe, dann war es doch eine ganz unverzeihliche Sünde dieser Regierung, daß sie nicht von Anfang an mit aller Energie gegen die Fehlinterpretation dieser Verträge nicht nur durch die Sowjetunion, sondern auch durch die westliche Welt angegangen ist. Wir haben uns da keinen Vorwurf zu machen.

Vielleicht darf ich den Herrn Bundeskanzler bitten, mir einen Augenblick Aufmerksamkeit zu schenken. Ich habe zweimal in diesem Hause Ihnen, Herr Bundeskanzler, die Frage gestellt, ob die Interpretation Ihrer Politik richtig sei; einmal war es ein bekannter „Spiegel“-Artikel, ein anderes Mal war es ein Artikel im „Time Magazine“. In beiden wurde Ihnen unterstellt, daß Sie den Status quo als das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges endgültig anerkannt hätten, nicht etwa unter Vorbehalten irgendwelcher Art. Ich habe Sie zweimal in diesem Hause gefragt, und zweimal sind Sie mir die Antwort leider schuldig geblieben.

Nein, Herr Kollege Wehner, diese Ostverträge sind für uns nicht die Konsequenz auch unserer Einsicht, daß die deutsche Spaltung nur im Laufe der Entwicklung einer europäischen Friedensordnung überwunden werden kann. Sie haben viel Zeit auf Berlin verwandt. Ich werde gewiß nicht das, was für Berlin erreicht worden ist, in kleinlicher Weise herunterzumarkten versuchen. Da ist etwas erreicht worden, und hier hat die Bundesregierung durch das Festhalten daran, daß sie sagte, es wird keine Unterzeichnung des Vertrages geben, wenn es zu keiner befriedigenden Berlin-Lösung kommt, sich ein Verdienst erworben.

Herr Bundeskanzler und Herr Wehner, aber so wunderschön, wie es geklungen hat, ist nun diese Berlin-Regelung natürlich auch nicht. Denn eines steht fest: auch Befürworter Ihrer Politik schreiben, daß nach diesen Berlin-Verhandlungen die Berliner Position — nicht Bestandteil der Bundesrepublik — festgeschrieben ist und daß die Diskriminierung der Berliner weitergeht. Sie haben schnell das Wort „vergleichbar“, das ja auch in den Viermächte-Verhandlungen auftaucht, statt „gleich“ genommen. In der Tat, die Berliner werden nicht gleich, sondern nur vergleichbar behandelt. Das Schlimmste, was man sagen muß: die

DDR hat im Zuge dieser Verhandlungen durchgesetzt, daß mindestens de facto Ost-Berlin als Teil der DDR und als Hauptstadt der DDR hingenommen, wenn nicht gar anerkannt wird.

(Abg. Wehner: Wie war das denn vorher, Herr Dr. Kiesinger?)

— Es war vorher eine einseitige Inanspruchnahme.

(Abg. Wehner: Und wie wollen Sie beweisen, daß es jetzt eine zweiseitige ist?)

— Der amerikanische Botschafter Rush hat zwar ausdrücklich gesagt, daß sich die Vereinbarungen auf ganz Berlin bezögen, aber es läßt sich nun einmal nicht leugnen — ein Befürworter Ihrer Politik schrieb das dieser Tage —, daß das Regime der DDR, was Ost-Berlin betrifft, einen erheblichen Geländegewinn erzielt hat.

Aber gut! Ich sagte, ich will nichts heruntermarkten. Wir wollen uns freuen, daß sich die Berliner in Zukunft möglicherweise etwas freier bewegen können, daß sie in Zukunft möglicherweise geschützter sind gegen die Schikanen von seiten der Machthaber der DDR, denen sie so viele Jahre ausgesetzt waren. Ich will auch hoffen, daß die internationalen Spannungen, die sich immer wieder an Berlin entzündet haben, durch die Vereinbarungen der Vier Mächte mindestens in größere Ferne gerückt sind.

Es war aber nun nicht so, wie es heute früh Sie, Herr Außenminister, wieder einmal sagten — Herr Barzel hat es schon zurückgewiesen —, als hätten wir eine befriedigende Berlin-Regelung zum Testfall für die Annahme oder die Nichtannahme der Verträge gemacht. Wir sprachen vom ersten Augenblick an ganz klar. Wir haben unsere entscheidenden Bedenken publiziert, Ihnen erläutert und gesagt: wenn diese entscheidenden Bedenken nicht ausgeräumt werden, werden wir am Ende — auch das haben wir aus Verantwortungsbewußtsein getan —, wenn wir unser Votum fällen, eben gegen die Verträge stimmen. So war es. Dazu gehören nun natürlich bei allem Respekt und aller Anteilnahme am Schicksal der Berliner noch mehr Dinge, z. B. die Anteilnahme am Schicksal der 17 Millionen Deutschen, die drüben in der DDR leben.

Sie selber haben ja auch genau gespürt, um was es da geht. Sie haben ja selber den Versuch gemacht, die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages von einer innerdeutschen oder gesamtdeutschen Vereinbarung abhängig zu machen. Sie haben nachgegeben. Sie haben genauso nachgegeben, wie Sie in der Frage des Selbstbestimmungsrechts, einer für uns wenigstens erträglichen Verankerung des Selbstbestimmungsrechts im Moskauer Vertrag nachgegeben haben.

Sie haben dann eine weitere Voraussetzung dafür vorgebracht, daß die Verträge angenommen werden könnten. Sie haben nämlich gesagt: Wir machen unser Ja zu einer europäischen Sicherheitskonferenz, die die Sowjetunion wünscht, vom Zustandekommen des Grundvertrages abhängig. Meine Damen und Herren, auch hier hat die Regierung nachgegeben. Dies ist doch ein Zeichen dafür, daß es an jener Solidität ge-

mangelt hat, an jener Zähigkeit, Festigkeit, Geduld und Ausdauer, von der ich als etwas zu kritisierendem gesprochen habe.

Was ist jetzt? Was haben Sie jetzt in der Hand, um nun jenes Wichtigste, für das eigentlich alles angelegt war, zu erreichen? Ich meine den sogenannten instrumentalen Charakter des Moskauer Vertrags. Was haben Sie nun in der Hand, um das Kernstück zu erreichen, nämlich jene innerdeutsche Vereinbarung, die das Leben der Menschen in Deutschland erleichtert und eine durch Selbstbestimmung zu erreichende Einigung der deutschen Nation anbahnen soll? Nichts mehr! Sie haben nur noch eine Hoffnung. Diese Hoffnung ist heute in allen Reden zum Ausdruck gekommen.

(Abg. Wehner: Wenn der Mantel der Geschichte vorbeirauscht, einen Zipfel zu fassen hoffen!)

– Richtig, Herr Wehner! Das Schlimme ist nur, daß Ihnen der Zipfel entglitten ist. Sie haben vielleicht die Hoffnung durch die Zusage, daß die Machthaber der DDR, wenn sie sich wohlverhielten, mit unserer Unterstützung in die Vereinten Nationen einziehen könnten. Herr Bundeskanzler, Herr Außenminister, darauf haben Sie bereits die Antwort bekommen, z. B. von Herrn Honecker. Höhnisch war diese Antwort! Sie lautete: Diesen Prozeß der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und ihrer Aufnahme in die Vereinten Nationen kann die deutsche Regierung überhaupt nicht mehr verhindern, der ist ohnehin zwangsläufig.

Dies ist also ein sehr schwacher Trost, und daher eine vage Hoffnung, wenn nicht gar eine Illusion. Sie stehen also, was diese wichtigste aller Fragen betrifft, mit leeren Händen da. Der Fortgang der Dinge in den nächsten Monaten wird zeigen, ob für Ihre Hoffnung auch nur ein Quentchen übrigbleibt. Gleich sei es gesagt: Niemand komme uns und diesem Volk mit ein paar technischen Vereinbarungen, so wichtig sie als solche sein mögen, als Ersatz für jene politischen Vereinbarungen, die unter allen Umständen der Inhalt einer solchen innerdeutschen Vereinbarung sein müssen.

Herr Scheel hat heute früh gesagt: Die größte Schwäche der Opposition sei es, daß sie keine Alternative anzubieten habe. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns diesen Vorwurf untersuchen; Rainer Barzel hat es schon getan. Ich will es nur noch einmal nachstoßen. Er hat gesagt, wir haben es immer gesagt und in jeder Diskussion draußen muß es gesagt werden: Wenn die Leute sagen: Was habt Ihr denn in 20 Jahren zustande gebracht?

(Zurufe von der SPD: Nichts!)

– Was haben Sie in zwei Jahren zustande gebracht, meine Damen und Herren?!

(Abg. Wehner: Ein Berlin-Abkommen!)

– Ja!

(Abg. Wehner: Wenn das nicht mehr wäre, wäre das viel!)

– Herr Kollege Wehner, ich habe meine positive Bewertung des Berlin-Abkommens schon ausgedrückt.

Aber es steht nicht allein, und es ist bei weitem noch nicht das Wichtigste. Es kommt nicht darauf an, daß etwas getan wird, unter allen Umständen, in steriler Aufgeregtheit, sondern es kommt in der Tat – jawohl, Dr. Barzel sagte es bereits – darauf an, daß das Richtige getan wird.

Nun kommen „die vollen Hände“. Wenn die Zeit so ist, daß das Richtige, das Notwendige eben im Augenblick noch nicht getan werden kann, d. h. daß der politische Stoff, wie es Bismarck einmal ausgedrückt hat, noch nicht gußbereit ist, dann allerdings, Herr Kollege Wehner, ist auch das Liegenlassen einer Frage eine politische Leistung, unter Umständen eine politische Leistung großen Ranges.

Weil wir schon bei Bismarck sind, den manche in diesem Lande nicht mögen, dessen politische Intelligenz und Durchstehkraft aber keiner bezweifeln kann, zitiere ich Ihnen auch seinen Satz, man könne den Lauf der Zeit nicht dadurch beschleunigen, daß man seine Uhren vorstelle. Sie, meine Damen und Herren, haben exakt dies zu tun versucht.

Aber es ist gar nicht so, daß wir einfach alles liegenlassen wollen. Wir haben ja eine politische Alternative. Sie ist heute noch einmal ausdrücklich von dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU dargelegt worden. Es geht um Selbstbestimmungsrecht in irgendeiner Weise im Vertragstext, – –

(Lachen und Zurufe bei der SPD.)

– Dazu lachen Sie, meine Damen und Herren; das ist sehr bezeichnend!

Es geht um die Haltung der Sowjetunion zu Europa, und es geht um eine verbindlich geregelte, in Stufen zu verwirklichende Freizügigkeit innerhalb Deutschlands. Wenn Sie mir entgegenhalten, das sei deshalb keine Alternative, weil sich die Sowjetunion auf solche Bedingungen nicht einlassen würde, dann kann ich Ihnen nur sagen: warum haben Sie sich nicht zwei Jahre mehr Zeit genommen, um herauszubekommen, ob sich die Sowjetunion darauf einlassen würde oder nicht.

Natürlich geht es nicht darum – da hat Herr Kollege Wehner vollkommen recht –, daß wir heute etwa zur Sowjetunion laufen und sagen: du mußt nun in einer verbindlichen Weise die Europäische Gemeinschaft anerkennen! Wir wollen nur entgegen so vielen feindseligen Äußerungen bis herauf zu Herrn Kossygin von der Sowjetunion das hören, was in viel zu frühem Optimismus der Herr Außenminister aus Moskau mitgebracht hat, als er uns nämlich sagte, die Sowjetunion habe sich nun mit der europäischen Einigung abgefunden. Herr Außenminister, dann ist aber im kommunistischen Lager etwas Merkwürdiges geschehen. Dann ist zum erstenmal die Disziplin verlassen worden, und es redet zu dieser Frage offenbar jeder, wie er will; denn wie viele Äußerungen haben wir gehört, daß die Sowjetunion diese Einigung nicht will. Wenn sie schon vielleicht die wirtschaftliche Einigung Europas wollte, wie steht es dann mit der politischen und militärischen Einigung Europas, die unter allen

Umständen erforderlich ist? Sie muß doch an dem Tag vollbracht sein, wo die Amerikaner Europa verlassen.

Sind Sie auch so optimistisch zu glauben, daß die Sowjetunion sich mit dieser politischen Einigung Europas einverstanden erklärt? Oder glauben Sie nicht vielmehr mit uns, daß die Sowjetunion an ihrem Ziel, ihren Einfluß Stufe für Stufe über ganz Europa bis zur Hegemonialmacht auszudehnen, unverrückbar festhält? Wenn Sie mit uns dieser Meinung sind, dann durften Sie diese überoptimistische Bemerkung nicht machen.

Sie sagten, wir könnten uns, wo andere Entspannung und Zusammenarbeit betrieben, nicht ausschließen, und wir dürften nicht sagen, mit Kommunisten könne man keine Verträge schließen. Wer von uns hat je gesagt, mit Kommunisten könne man keine Verträge schließen? Wir haben es nicht nur nicht gesagt, sondern wir haben das Gegenteil getan, und meine eigenen ganzen Bemühungen, unterstützt von meiner Partei, meiner Fraktion und natürlich dem damaligen Koalitionspartner, gingen ja darauf aus, solche Verträge abzuschließen.

Aber meine Damen und Herren, wenn schon der Bundeskanzler gesagt hat: Entspannung nicht an uns vorbei und nicht über uns hinweg, dann setze ich dem, hoffentlich ohne in den Verruf eines Nationalisten zu kommen, den Satz hinzu: Entspannung auch nicht auf Kosten und unter Preisgabe der Lebensinteressen des deutschen Volkes.

Ob dies sein wird und wie dies sein wird, das werden wir bei der dritten Lesung dieses Vertragswerkes endgültig feststellen; denn Rainer Barzel hat ja gesagt, unter welchen Bedingungen für uns das Vertragswerk noch annehmbar erschiene. Sie rechnen, glaube ich, zu sehr mit einem pragmatisch denkenden und nicht mit einem ideologisch fixierten Gegner, sowohl in der Sowjetunion wie in der DDR. Das ist ja leider ein allgemein verbreiteter Fehler im Westen. Die Friedenssehnsucht der Menschen, die Sehnsucht nach Ruhe, um ungestört leben und arbeiten zu können und nicht dauernd von Sorgen geplagt zu werden, ist überall groß, und nur zu gern läßt man sich sagen, jetzt seien die Dinge in Ordnung, etwa: die Sowjetunion sei jetzt saturiert; sie begnüge sich mit dem Status quo.

Ich kenne keine einzige Äußerung aus sowjetischem Munde, die uns dazu berechtigt, anzunehmen, die Sowjetunion sei mit dem Status quo – und das wäre für uns schon schlimm genug – zufrieden. Vielmehr deutet alles, was wir von drüben hören, darauf hin, daß Ihre „friedliche Koexistenz“ nach wie vor die Weltrevolution und in Europa die Hegemonie zum Ziel hat.

Dies ist, ich weiß es, eine sehr ernste Feststellung. Meine Damen und Herren, wenn wir freien Deutschen dabei nicht mit besonderer Sorge an die 17 Millionen denken, wer sonst sollte es tun? Wir machen es draußen vielen Menschen leicht, wenn wir Ihnen die Sorge für dieses Problem abnehmen oder abzunehmen scheinen. Schlagen wir doch an die eigene Brust! Das ist doch bei jedem Volk gleich: jedem Volk ist seine eigene Problematik näher als die des anderen, und auch wir selber haben oft gewiß den Fehler ge-

macht, daß uns die Sorgen der anderen nicht so bedrücken, wie sie es eigentlich hätten tun sollen.

Noch ist es bei allen Bemühungen um Entspannung und Verständigung, um Aussöhnung in dieser Welt schlimm genug bestellt. Und wer von einem Zeitalter der Entspannung spricht, der sehe sich doch die politische Landkarte an! Der Herr Außenminister hat es heute früh zur Einleitung seiner Rede getan. Wenn die anderen Verbündeten dieses Problem nicht haben: wir haben es! Und deswegen war es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, es mit unseren Verbündeten zusammen zu lösen zu versuchen.

Und die große Leistung Konrad Adenauers, die Friedensleistung Konrad Adenauers für unser Volk war es, daß ihm daß bei unserem Eintritt in das Nordatlantische Bündnis gelungen ist. Hier darf man sich eben nicht nur auf Hoffnungen verlassen, daß alles schon gutgehen werde, sondern hier muß man schon einiges Konkrete tun.

Ich habe zahlreiche Gespräche mit führenden Repräsentanten des Westens und der Dritten Welt gehabt; ich habe niemals den Eindruck bekommen, daß mein Insistieren auf dieser unserer Pflicht nicht auf Verständnis gestoßen wäre. Und dazu, Herr Kollege Wehner, gehört auch, daß wir als die einzig frei Gewählten für die anderen drüben sprechen, so wie es uns im Deutschland-Vertrag als Recht zuerkannt ist.

Ich habe mich ein wenig gewundert, daß Sie heute früh sagten, ich hätte die richtige Einsicht – die etwa in der Rede zum 17. Juni stak – eben nicht zur politischen Konsequenz gebracht durch mein Festhalten am Alleinvertretungsrecht. Wenn Sie dieses Heftchen, von dem ich eben sprach, nachlesen, dann werden Sie finden, daß ich in dem Heftchen, das Ihr Ministerium herausgegeben hat, dafür ausdrücklich gelobt werde.

Jetzt verkündete

– so heißt es da auf Seite 1 –

Bundeskanzler Kiesinger die Grundzüge einer neuen Deutschlandpolitik. Er gab die Rechtsansprüche nicht preis: Nur die frei gewählte Bundesregierung könne für das ganze deutsche Volk sprechen. Das ist ihre Gewissenspflicht.

Das ist damals unsere Meinung gewesen, und das ist auch heute unsere Meinung. Ich kann deswegen Ihre Kritik nicht verstehen und muß Ihren Vorwurf zurückweisen.

Wenn ich heute Äußerungen des französischen Staatspräsidenten mit denen seines Vorgängers vergleiche – erlauben Sie mir diese ganz kurze Rückschau –, dann erschrecke ich. In meinen Unterhaltungen mit Präsident de Gaulle war zwar immer klar, daß er mir die alte französische Forderung auf Anerkennung der Oder-Neiße-Linie vortrug, obwohl er mir entgegenkam, als ich ihm eines Tages sagte: „So einfach ist das nun wahrhaftig nicht; so einfach war es auch für Sie nicht, Algerien abzutrennen; das hat Frankreich bis in die Grundfesten erschüttert. Vielleicht waren Sie der einzige Franzose, der das konnte – auf Grund Ihrer großen Verdienste.“ Er sagte: Nun gut, lassen wir das dahingestellt, ob ich es allein konnte; aber auch ich hätte es nicht gekonnt, wenn nicht die französische

Nation es bei sich selbst schon so beschlossen gehabt hätte, und anders kann es auch bei Ihnen nicht sein.

Dies war zur Oder-Neiße-Frage ein erstes Entgegenkommen in einer zähen Aussprache, die ich mit ihm darüber hatte.

Was die Wiedervereinigung anlangt, hörte ich aus seinem Munde immer erneut — und ich mußte es ihm glauben durch die Art, wie er es vortrug —, daß wir uns in der Frage der Wiedervereinigung auf niemanden sicherer und fester verlassen könnten als auf Frankreich, da die Wiedervereinigung des deutschen Volkes auch im wohlverstandenen Interesse Frankreichs liege. Wie anders klang die Bemerkung Herrn Pompidous in seiner Pressekonferenz, als er über den „Marsch zur Anerkennung“ sprach und dabei bemerkte, Frankreich habe sich aus Freundschaft zur Bundesrepublik dabei zurückgehalten! Sein Vorgänger hat sich nicht zurückgehalten. Sein Vorgänger hat mir diese Versicherung abgegeben, und sein Vorgänger hat in Rußland den dortigen Machthabern klipp und klar die deutsche Spaltung als etwas Widernatürliches dargestellt.

Ich sage dies — und ich könnte noch manches andere nennen — einfach aus dem Grunde, weil mit Recht von einigen meiner Freunde gesagt worden ist, daß die Politik der Regierung die Gefahr in sich birgt, daß man draußen nicht deutscher als die Deutschen sein will und sein kann. Eine ganze Welt, eine ganze freie Welt 20 Jahre lang dabei zu halten, uns bei einem so schwierigen Problem wie dem deutschen durch dick und dünn zu unterstützen, das war eine große politische Leistung, meine Damen und Herren.

Wenn ich jetzt, Herr Kollege Wehner, so manches durchlese, was Sie damals gesagt haben und auch an manches denke, was wir damals besprochen haben —. Das Damals ist gar nicht so weit weg, es sei denn, Sie wollen mir sagen, die SPD habe eine Politik mit Mentalreservation gemacht. Dies unterstelle ich meinem damaligen Koalitionspartner nicht. Wenn Sie also diesen Einwand nicht machen, dann fragt man sich doch folgendes, wenn man das alles durchliest, etwa Ihre Rede, Herr Kollege Wehner, vom 5. April 1968, einen Tag, bevor jener schwere Gang der Bevölkerung in der DDR zur Abstimmung anzutreten war. Da haben Sie auf Ulbricht, der am Vortag gesprochen hatte, Bezug genommen und haben gesagt: Der Mann sagt, man lebe jetzt schon in einer längeren Friedensperiode als je sonst im 20. Jahrhundert. Sie haben mit Recht hinzugefügt: Was für eine Friedensperiode! Sie haben den Finger auf die Wunde gelegt. Sie haben gesagt: das ist ein Friede, in welchem und durch welchen dem deutschen Volk verwehrt wird, mit sich selbst Frieden zu schließen. So war es, so ist es, und daran — so sieht es, Gott sei es geklagt, aus — werden auch diese Verträge, wird auch dieses Politik nichts ändern.

Nein, ich muß meinem Kollegen Schröder, ich muß meinem Fraktionsvorsitzenden zustimmen und Franz Josef Strauß. Diese Politik vertieft die deutsche Spaltung und macht die deutsche Einigung schwerer, als sie vor den Verträgen war.

Daß man nichts Vollkommenes verlangen kann, Herr Kollege Wehner, das ist klar. Sie wissen, daß ich nie

Illusionen nachgejagt bin. Ich habe auch in meiner Rede zum 17. Juni gesagt: Diese Politik könne scheitern. Aber Sie wollten uns heute ein wenig trösten mit dem Hinweis, daß sich trotz des Antagonismus der Ideologie dort und unserer freiheitlicher Ideen hier Vereinbarungen denken ließen. Welche? Doch nur solche, die an den Kern des ideologischen und ideellen Gegensatzes nicht rühren.

Dazu gehört unter anderem die feste Theorie und die brutale Praxis der Breschnew-Doktrin, nach der eben keine Bevölkerung, die im sozialistischen Lager lebt, dieses Lager verlassen dürfe. Und wir erinnern uns ja alle gut an das, was in Prag geschah.

Das heißt, die möglichen Erleichterungen, die möglichen Abmachungen können nur ganz zweit- und drittrangigen Charakter haben, und es kann dabei nicht um das gehen, auf was es uns ankommt, also um die Freizügigkeit, gegen die man sich drüben abgrenzt, wo man behauptet, über die Frage einer einheitlichen Nation habe die Geschichte bereits entschieden, wo man uns — und auch Ihnen — vorwirft, wir seien eine heimtückische und aggressive imperialistische Macht. Meine Damen und Herren, es wird einmal einen Tag geben, da wird man einer späteren jungen deutschen Generation jene Szene vorspielen, die wir und viele Millionen mit uns im deutschen Fernsehen gesehen haben, als einer der Hauptpropagandisten der DDR, Herr von Schnitzler, am Tisch neben einem Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland sitzend, plötzlich erklärte: ich sitze hier überhaupt falsch; ich darf nicht neben diesem Deutschen hier sitzen, sondern mein Platz ist neben einem Mitglied des sozialistischen Lagers. Und dann wurde in dramatischer Weise ein Platzwechsel vorgenommen.

Das ist eine der übelsten Szenen, meine Damen und Herren, die sich abgespielt haben. Sie ist nur zu vergleichen mit dem, was an der Mauer vor sich geht. Dieser symbolische Vorgang bezeichnet genau das, was Herr Honecker in seiner berühmten Rede ausgedrückt hat.

Nicht, Herr Kollege Wehner, daß ein Sozialdemokrat oder ein CDU-Mann drüben nicht seine freie Meinung sagen kann, ist der wirkliche Unterschied. Das haben Sie einmal, viel schöner gesagt, und zwar eben in jener Rede zum 5. April. Mit Erlaubnis der Frau Präsidentin will ich die paar Sätze vorlesen. Sie sagten, das deutsche Volk werde verhindert, seinen Frieden mit sich selbst zu machen, und sagten dann:

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß Systeme, die Anspruch auf Alleingültigkeit erheben, den Frieden gefährden, auch wenn sie feierlich Frieden als ihr Ziel proklamieren.

Worauf es ankommt, ist, endlich die Menschen und ihre Sehnsucht, in Frieden zu leben, zu ihrem Recht kommen zu lassen. Systeme müssen den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Das ist unser Kriterium.

So sagten Sie damals. Wenn Sie das heute noch so sagen, dann dürfen Sie auch die Gegensätze nicht verniedlichen und nicht verharmlosen, wie es aus Ihren Worten klang, sondern dann müssen Sie bei der realistischen Einschätzung des Möglichen bleiben. Das

Ist unser Kriterium. Und das, Herr Kollege Wehner, wird für die Zukunft das Kriterium der Union bleiben. Dies wollen wir verwirklichen helfen, diesen Frieden, nach dem sich die Menschen sehnen. Das werden wir tun, ob nun die Verträge fallen oder ob sie ratifiziert werden.

Willy Brandt, Bundeskanzler:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Kiesinger, für die Beurteilung der Ostverträge — und darum geht es heute — ist es entscheidend, daß sie und die ihnen zugrunde liegende Außenpolitik sich im Einklang mit der weltpolitischen Entwicklung befinden. Das ist das entscheidende Kriterium, um das es hier geht.

Das Bemühen um Entspannung besteht in dem Versuch, die Ursachen der Spannungen zu vermindern und den Ausbruch neuer Konflikte zu verhindern. Dies geschieht — das haben wir uns nicht ausgedacht, sondern das ist eine Überzeugung, wie sie in der Atlantischen Gemeinschaft noch in den Jahren entwickelt worden ist, in denen ich Ihr Außenminister war, Herr Kollege Kiesinger —, indem man die Zusammenarbeit zwischen einander wesensverschiedenen Gesellschaftssystemen und sich feindlich gegenüberstehenden Blöcken trotz allem organisiert und versucht, durch Abmachungen über Rüstungsbegrenzungen den Frieden sicherer zu machen.

Selbstverständlich stehen dem weiterhin starke Spannungen und Spannungsursachen entgegen. Wir sind noch lange nicht aus den Gefahrenzonen heraus. Auch deshalb brauchen wir die solide Verankerung im Atlantischen Bündnis, und dies gehört ja wohl nach dem bisher Erörterten zu dem im wesentlichen nicht Umstrittenen, so wie, wenn ich es recht verstehe, zu dem nicht Umstrittenen gehört, daß wir hier miteinander Frieden wollen, daß wir die freiheitlich-demokratische Ordnung unseres Grundgesetzes wollen, daß wir den Anspruch auf deutsche Einheit nicht untergehen lassen wollen und daß wir Europa in seinen beiden Dimensionen, West-West und West-Ost, wollen. Das ist das, was man insoweit abhaken kann.

Kürzlich wurde behauptet — insoweit kommt Ihr Zuruf passend, Herr Kollege Stücklen —, ich hätte mit Generalsekretär Breschnew über die Wiederherstellung der deutschen Einheit um den Preis der Neutralisierung Deutschlands verhandelt. Dies ist eine zugleich dreiste und lächerliche Erfindung. Diejenigen, die sie ungeprüft verbreitet haben, mußten wissen, daß sie sich an einer Propagandaaktion beteiligen. Ein ungeteiltes und im Sinne des Grundgesetzes demokratisch regiertes Deutschland außerhalb der Militärblöcke hätte eine der wesentlichsten Spannungsursachen gar nicht erst entstehen lassen. Das ist wahr. Wir haben aber seit langem die Lage akzeptiert, wie sie sich aus der Nachkriegsentwicklung ergab und wie sie durch die Westverträge und für die DDR durch deren Ostverträge festgeschrieben wurde. Aus der Nachkriegsentwicklung folgt — dies ist für viele von uns keine neue Erkenntnis —, daß es Fortschritte im Sinne der deut-

schen Einheit nur in dem Maße geben kann, in dem sich die allgemeinen Ost-West-Beziehungen grundlegend verbessern.

Ich fürchte, Herr Kollege Barzel hat Wunschvorstellungen, wenn er meint, man könne schon jetzt einen mehrjährigen Ablauf der Verbesserung der Freizügigkeit vereinbaren und ihn zur Vorbedingung für die Ratifizierung der Verträge machen. Die Lage erfordert meiner festen Überzeugung nach genau das umgekehrte Verfahren.

Zuerst müssen die Verträge in Kraft treten, und dann besteht die Chance, daß Zug um Zug, Stufe um Stufe die künstlichen Schranken in Europa und in Deutschland niedriger gesetzt werden können. Wir stützen uns dabei — ich habe es heute morgen zu Beginn dieser Sitzung gesagt — auf die Realität der fortdauernden Einheit der deutschen Nation. Meine Damen und Herren, es gilt darauf zu achten, daß Deutschland von der Weltpolitik Nutzen hat und nicht unter ihre Räder kommt. Darum handelt es sich.

Mir wird vorgehalten — so erst kürzlich, ich glaube, in der vergangenen Woche, von dem Kollegen Strauß —, ich hätte 1962 gesagt, man könne einem Volk zwar die Teilung auferlegen, aber nicht verlangen, daß sie von diesem akzeptiert und unterschrieben werde. Bei dieser Meinung bin ich geblieben.

Ich weise es auch heute als unzumutbar zurück, nachträglich die Zustimmung zur Teilung Deutschlands zu geben. Dies wäre ein Verstoß gegen unsere Würde, gegen unsere Geschichte, gegen unsere Interessen. Niemand kann das von uns verlangen. Aber die Hinnahme eines gegebenen Zustandes in dem Willen, ihn zu verbessern, ist etwas entscheidend anderes, Herr Kollege Kiesinger, als eine Tatenlosigkeit, die lediglich von beschwörenden Erklärungen begleitet wird.

Die Ostverträge sind der Ausdruck unseres Beitrags zur Entspannungspolitik. Sie sind aber auch noch etwas anderes. Sie sind, zusammen mit dem Berlin-Abkommen, der Ausgangspunkt für eine zeitgemäße Deutschlandpolitik. Diese Politik kann nicht ohne Verträge und Abkommen mit der DDR gemacht werden. Daran führte heute kein Weg vorbei, und es hat überhaupt keinen Sinn, den Kopf in den Sand zu stecken.

Wir haben — damit komme ich einen Augenblick auf einen Teil der Äußerungen von heute vormittag zurück — eindeutige und unwiderlegbare Zeugnisse dafür, daß sowohl unsere Hauptverbündeten als auch die meisten anderen Regierungen in aller Welt unsere Politik unterstützen. Ich kann der Opposition zuliebe die Lage nicht anders darstellen, als sie ist. Das Nein der Opposition zu den Ostverträgen wird unseren Interessen schon deshalb nicht gerecht, weil es den Interessen des Atlantischen Bündnisses und der westeuropäischen Gemeinschaft widerspricht.

Seit langem ist klar, daß die innere Bindung der NATO auf ihrer doppelten Zielsetzung beruht, der Fähigkeit zur gemeinsamen Verteidigung und der gemeinsamen Bereitschaft zur Entspannung. Nur diese doppelte Zielsetzung ermöglicht das gemeinsame Handeln.

Daß die westeuropäische Einigung parallel zu dem, was man unsere Ostpolitik nennt, Fortschritte gemacht hat, ist hier schon dargelegt worden. Ich weiß, manche Herren von der Opposition, ob sie es nun zugeben oder nicht, wären glücklich gewesen, wenn zu ihrer Regierungszeit die Erweiterung und die Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft vorangekommen wären.

Nebenbei, Herr Kollege Kiesinger, Sie sind einem ersten Mißverständnis erlegen, was den Zusammenhang zwischen den Verträgen und einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa angeht. Der Zusammenhang mit der multilateralen Vorbereitung einer solchen Konferenz ist durch die Allianz in bezug auf die Berlin-Vereinbarung hergestellt worden. Daran hat sich nichts geändert, und das ist der Grund, warum dieses Thema von der Dezember-Tagung in Brüssel auf die Tagesordnung der Mai-Tagung Ende Mai in Bonn verschoben worden ist. Einen Zusammenhang zwischen unserem Vertrag mit der Sowjetunion und einer solchen Konferenz haben wir aus guten Gründen nicht hergestellt, und keiner unserer Verbündeten hat uns hierzu geraten.

Herr Barzel hat – vor dieser Debatte noch etwas stärker als jetzt in der Debatte – als eine Art Voraussetzung für die Zustimmung zu den Verträgen der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Sowjetunion die EWG anerkenne. Herr Kiesinger sagte: Es muß nicht im strengen Sinne „anerkennen“ heißen, aber: sie solle ihre feindselige Haltung aufgeben.

Nun, die EWG bedarf in der Tat einer solchen Anerkennung nicht, denn sie ist eine Realität. Sie hat uns auch nicht gebeten, im europäischen Rahmen Kinderkrankheiten der deutschen Anerkennungspolitik nachzuvollziehen. Zur Sache selbst kann ich hier sagen, meine Damen und Herren – und ich weiß, wovon ich spreche –: die Sowjetunion hat Sinn für Realitäten, und die EWG ist eine Realität. Meine Damen und Herren von der Opposition, ich sage hier voraus: Moskau wird, was dieses Gebiet angeht, bei dem wir jetzt sind, nicht so lange mit der Einsicht in die wirkliche Lage brauchen wie manche hierzulande oder auch in diesem Hause.

Wer sich mit den Verträgen im übrigen ernsthaft befaßt, der sieht, daß sie nur einen wirklichen Verzicht enthalten, und das ist der Verzicht auf Gewalt. Wer hier logisch argumentieren wollte, der müßte hinzufügen, daß der Verzicht des Stärkeren noch schwerer wiegt als der des Schwächeren. Traumverträge gibt es nicht, oder nur in einer eingebildeten Welt. Insgesamt beinhalten diese Verträge ein ausgewogenes Verhältnis von Leistung und Gegenleistung.

An erster Stelle steht hier die Berlin-Regelung. Herr Barzel hat uns heute morgen vorgeworfen – Herr Kiesinger hat daran angeknüpft und sinngemäß dasselbe gesagt –, die Politik dieser Bundesregierung führe nicht zu mehr Freiheit, sondern zu mehr Abhängigkeit.

Ich sage dazu: diese Bundesregierung betreibt eine Politik der Vernunft und des Ausgleichs der Interessen. Der Außenminister hat bereits im Bundesrat dargestellt – es lohnt sich, dies nachzulesen –, auf welche Forderungen die Sowjetunion uns, der Bundes-

republik Deutschland gegenüber, verzichtet hat, um zu dem Vertrag zu kommen. Das Ergebnis der Verhandlungen mit Moskau war in der Tat eine Verständigung über einen beiderseitig akzeptablen Text. Der Vorwurf der Abhängigkeit ist leichtfertig. Begibt sich etwa der Präsident der Vereinigten Staaten in Abhängigkeit, wenn er über die Begrenzung strategischer Rüstungen verhandelt oder wenn er in Peking Verhandlungen führt? Hat der Vertrag zwischen Frankreich und der Sowjetunion etwa eine Abhängigkeit Frankreichs begründet?

Hier liegt eine Verwechslung mit den Verpflichtungen vor, die selbstverständlich beide Seiten auf Grund vertraglicher Beziehungen übernehmen. Wie gesagt: der Verzicht auf Gewalt und der Verzicht auf Interventionsrechte sind Verpflichtungen, welche die Sowjetunion uns gegenüber eingeht und die unsere Abhängigkeit – hier greife ich das Wort „Abhängigkeit“ auf – von den Folgen des Zweiten Weltkrieges vermindern und damit unseren politischen Handlungsspielraum vergrößern.

Berlin und was damit zusammenhängt, das ist die Grundlage für menschliche Erleichterungen auch zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Wer will und wer darf das, was dort schon jetzt anläuft, gering schätzen oder abwerten?

Es ist Kritik daran geübt worden, daß ich auf den inneren Zusammenhang zwischen dem Inkrafttreten der Verträge, besonders des Moskauer Vertrages, und dem Inkrafttreten der Berlin-Regelung verwiesen habe. Herr Kollege Kiesinger hat die Regierung in dieser Frage nicht kritisiert, sondern hat sie bei seinen sonst kritischen Bemerkungen dafür gelobt, daß sie an der sachlichen Verbindung mit Berlin festgehalten habe. Aber haben nicht führende Sprecher der Opposition, an ihrer Spitze der Kollege Schröder, uns attackiert, weil wir das Berlin-Abkommen nicht vor die Verhandlungen über die Verträge hätten setzen lassen, doch offenbar in der Befürchtung, daß es nach der Unterzeichnung der Verträge keine Berlin-Vereinbarung der Vier Mächte geben würde? Die Kritiker haben sich geirrt. Wir haben den Zusammenhang des Ganzen immer vor Augen gehabt. Er besteht auch heute noch, und aus ihm folgt zwangsläufig, daß wir hier über das Ganze zu beraten und politisch zu entscheiden haben.

Schon heute kann doch niemand bestreiten, daß sich beispielsweise in praktischen Bereichen und durch den Abbau von Vorurteilen gegenüber der Bundesrepublik bemerkenswerte Veränderungen abzuzeichnen beginnen. „Kleinigkeiten“, „drittrangige Dinge“, mag man sagen, aber es sind wichtige Dinge, gemessen an der Entwicklung der vorausgegangenen Jahre. Man hat unser Volk auf diesem Gebiet doch nicht verwöhnt in den Jahren, die zurückliegen, und diejenigen, die in Berlin und anderswo besonders betroffen sind, wissen es zu schätzen, wenn es auch nur begrenzt Öffnungen, Entwicklungen nach vorn gibt.

Unsere Leistung besteht in erster Linie darin, daß wir Selbstverständliches tun, daß wir nicht die Augen davor verschließen, wie der Zweite Weltkrieg ausgegangen ist und was ihm vorausgegangen war, daß sich – ich sage dies unverblümt, gerade weil wir zu so

vielen sprechen – schmerzliche Grenzveränderungen vollzogen haben und daß wir das Entstehen zweier Staaten auf deutschem Boden nicht haben verhindern können.

Herr Kollege Kiesinger hat eine früher schon zweimal gestellte Frage wieder aufgegriffen: die nach der Endgültigkeit der Erklärungen zur gegebenen Lage, zum Status quo. Meine Antwort ist diese: Anzuerkennen haben wir in der Tat, daß wir von den Realitäten ausgehen müssen, wie sie sind, wenn wir auf sie in unserem Sinne einwirken wollen. Auch der Schießbefehl verschwindet nicht dadurch, daß wir ihn anprangern, sondern nur dadurch, daß wir eine neue Lage schaffen helfen, in der seine Anwendung entfallen kann.

Was die Einschätzung der sowjetischen Politik angeht: Ich kenne niemanden an verantwortlicher Stelle im westlichen Bündnis, der sich falsche Hoffnungen machen würde.

Wir alle wissen, wie schwer der Weg zur Entspannung ist und wie tief die Gegensätze in der Welt noch sind. Wir wissen auch, daß der Wind wieder umschlagen kann und daß neue Konflikte entstehen können. Ich bin gegen Schönfärberei, gegen das Verwischen und Vermischen von gegensätzlichen Überzeugungen und Positionen. Vor Euphorie kann nicht deutlich genug gewarnt werden, heute wie vor einem Jahr und vor zwei Jahren. Aber die Annahme ist doch wirklich absurd, daß die Führer des westlichen Bündnisses, an ihrer Spitze der Präsident der Vereinigten Staaten, eine Politik betreiben und unterstützen würden, die zielbewußt eine Schwächung des westlichen Bündnisses bewirkt.

Den Wunsch der Sowjetunion, ihre Machtposition zu festigen, kalkuliert der Westen selbstverständlich ein. Wenn der Westen insgesamt und unser Verhältnis zu ihm geschwächt würden, so würden die Verbündeten dies merken, und sie würden dies sagen, denn sie sind nicht dumm; sie sind jedenfalls nicht alle zusammen dümmer als die Opposition im Deutschen Bundestag.

Natürlich hat der Kollege Kiesinger recht, wenn er erklärt, die Sowjetunion müsse nicht nur als ein pragmatischer, sondern auch als ein ideologischer Faktor in dieser Welt gewertet werden. Aber es gibt mittlerweile eine Reihe von Anzeichen dafür – es gäbe sie auch, wenn Konrad Adenauer in seinen letzten Jahren nicht darauf hingewiesen hätte –, daß auch die Sowjetunion auf der Suche nach den Möglichkeiten einer friedlichen Zusammenarbeit ist, daß sie ihren Wettbewerbsnachteil in wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht gegenüber dem Westen wettmachen möchte, daß sie den Frieden will und nicht den Krieg.

Nur dann, wenn wir den vielfältigen Faktoren, die im Spiel sind, Rechnung tragen und wenn wir auf unsere eigenen Sicherheitsinteressen bedacht bleiben, können wir eine ausgewogene Ost-West-Politik betreiben.

Zwischenfrage: Abg. Dr. h. c. Kiesinger (CDU/CSU):

Herr Bundeskanzler, sind Sie sich ebenso wie wir der Tatsache bewußt, daß es im Westen Regierende gibt, die die Welt sehr genau einzuschätzen wissen, etwa den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, denen wir keineswegs unterstellen können, daß sie eine Politik be-

treiben, die zu ihrer eigenen Gefährdung führen könnte? Sind Sie sich aber auch bewußt, daß im Westen Millionen und aber Millionen von Menschen leben, deren politische Informiertheit nicht so ist, daß sie nicht anfällig wären für den Irrtum, diese Ostpolitik der Bundesregierung habe tatsächlich die Spannungen aus der Welt geschafft? Und sind Sie sich bewußt, daß eine der Schwächen der Demokratie darin liegt, daß selbst einsichtige Staatsmänner mitunter Rücksicht nehmen müssen auf den sehr engen Tageshorizont ihrer Wähler?

Lassen Sie mich dazu zweierlei sagen, Herr Kollege Kiesinger. Für die richtige Interpretation der deutschen Politik, um die wir uns bemühen, wäre es eine Hilfe, wenn die Opposition nicht durch ihre Darlegungen uns in der Welt Schwierigkeiten machte, statt die gemeinsamen Überzeugungen zu vertreten.

Im übrigen habe ich es mit Regierungen zu tun und sage hier: Präsident Pompidou hat vor 14 Tagen gesagt, Frankreich unterstütze die Politik der Bundesregierung vorbehaltlos. Der britische Außenminister hat gesagt, die britische Regierung habe von Anfang an die Ost-West-Politik der Bundesrepublik Deutschland unterstützt. Und Präsident Nixon hat in Key Biscayne zur Jahreswende und in seinen Äußerungen seitdem die Übereinstimmung der amerikanischen und der deutschen Politik dargestellt. Die Opposition sollte bei allem andern kein Interesse daran haben können, hiervon etwas abzustreichen, sondern sie sollte hier heraufgehen und sagen: Darüber freuen wir uns.

Der Gewaltverzicht und die Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens sind im übrigen nicht mehr nur eine Sache zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion oder der Volksrepublik Polen, sondern sie sind eine Sache der europäischen und der internationalen Politik geworden. Meine Damen und Herren, nehmen Sie es so, wie ich es sage. Heute können wir noch zu den Schrittmachern einer neuen Politik gehören, morgen würden wir bestenfalls den Nachzögler zugezählt werden.

Die Behauptung, die Chancen für die deutsche Einheit würden sich verschlechtern oder, wie es beim Kollegen Kiesinger zum Schluß seiner Rede hieß, die Spaltung würde vertieft werden, ist nicht zu beweisen. Aber es ist wahr, wir müssen neue Wege gehen und dürfen auch Umwege nicht scheuen. Wir wollen aber in Deutschland, in Europa jedenfalls eine Öffnung der Grenzen für Menschen, Ideen und Informationen erzielen. Nur dafür gibt es keine andere Chance als den Weg dieser Verträge und die Methode vertraglicher Abmachungen auch und gerade mit der DDR.

Unsere Chancen können nicht verbessert werden, wenn man, Herr Kollege Barzel, die seltsame Auffassung vertritt, der deutschen Ostpolitik müsse eine Fernostpolitik vorausgehen. Ich kann das nur so verstehen: wenn die Opposition nein zu den Verträgen sagt, dann will sie nicht die Ostverträge, die Ostpolitik ergänzen, sondern durch etwas Fernliegendes ersetzen. Wer die Landkarte kennt, kann dies nicht realistisch nennen, sondern muß befürchten, daß uns dies auf Abwege bringen könnte. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein europäischer Staat. Hier in Europa entscheidet sich unser Schicksal zusammen mit dem unserer Verbündeten im Verhältnis zu den Staaten Osteuropas und der Sowjetunion. Ich möchte vor allen Illusionen warnen, auf Wunder irgendwelcher Art zu

setzen. Für unsere Probleme, die hier zu lösen sind, gibt es keine Wunderwaffen; auch China ist keine.

Im übrigen, Herr Kollege Kiesinger, als Sie im letzten Bundestagswahlkampf ausriefen: „Ich sage nur China, China, China“, da hat Sie wohl niemand so verstanden, als hätten Sie damit die jüngste Forderung des CDU-Präsidioms vorwegnehmen wollen.

Zwischenfrage: Abg. Dr. h. c. Kiesinger (CDU/CSU):

Herr Bundeskanzler, darf ich Sie fragen: Haben Sie mich das ausrufen hören, oder haben Sie nicht vielmehr den „Spiegel“ gelesen, der, wie üblich, falsch berichtet hat?

Ich stütze mich nicht auf den „Spiegel“, sondern auf mein eigenes Gedächtnis. Denn ich hatte, Herr Kollege Kiesinger, auf dem Stuttgarter Rathausplatz damals, im September 1969, Veranlassung genommen, darauf hinzuweisen, daß Sie irrteten, falls Sie meinten, hier stünde Mao zur Wahl, was ja wirklich nicht der Fall war.

Die Bundesregierung hat von ihrer Regierungserklärung gerade bezüglich des Punktes, über den ich jetzt spreche, nichts wegzunehmen und nichts hinzuzufügen. Sie will also normale Beziehungen mit allen, die dies auch wollen. Sie will auch in der hier in Frage stehenden neuen Dimension keine Schaukelpolitik und schon gar nichts, was als Abenteuerium erscheinen könnte.

Als Gegenargument der letzten Stunde hat man nun die Befürchtung geäußert, unsere Entspannungspolitik könne radikalen Kräften Auftrieb geben. Dies ist eine für meine Begriffe demagogische Vermischung außen- und innenpolitischer Fragen.

Ich zweifle übrigens keinen Augenblick daran, daß wir mit den kleinen Gruppen von Extremisten in unserem Land fertig werden. Was wären wir denn wert, wenn wir uns, worüber sonst immer gestritten werden mag, nicht einmal das zutrauen würden, meine Damen und Herren!

Man darf hier aber auch nicht alles durcheinanderbringen, und man muß zu differenzieren wissen. Natürlich dürfen die Probleme der inneren Sicherheit nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Aber um einen Staat, der wegen einer übersteigerten oder gar propagandistisch angeheizten Sorge um seine innere Sicherheit auf die für ihn notwendige Außenpolitik verzichten wollte, wäre es ganz schlecht bestellt. In dieser Lage sind wir nicht, und dazu werden wir es, bitte, auch nicht kommen lassen.

Niemand, der sauber argumentiert, kann übrigens die Bereitschaft zu gleichberechtigten Beziehungen mit der DDR ideologisch umdeuten in die Behauptung, wir sähen in der DDR einen gleichartigen Staat. Es bedarf hier keiner Belehrung über den grundsätzlichen Unterschied zwischen den beiden politischen Ordnungen, und es bedarf weder hier noch draußen anfeuernder Zurufe, um die Auseinandersetzung mit Rechts- und Linksradikalen zu bestehen. Davon verstehen wir in der Regierung und in der Koalition mindestens ebenso viel wie sonst irgendwer in diesem Hohen Hause.

Meine Damen und Herren, 27 Jahre nach Kriegsende ist nun endlich die Zeit gekommen, unsere Beziehungen zur Sowjetunion und zu Osteuropa auf eine neue Grundlage zu stellen. Niemand kann doch sagen, daß das zu früh sei. Auch wenn die Sowjetunion keine Siegermacht des Zweiten Weltkrieges wäre, auch wenn sie keine besonderen Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Deutschland als Ganzes hätte, das politische und das wirtschaftliche Interesse der Bundesrepublik Deutschland würden eine Politik der Verständigung gebieten. Unser Mitspracherecht in den internationalen Angelegenheiten, die uns, die Westeuropa berühren, kann nur zur Geltung gebracht werden, wenn wir möglichst gute Beziehungen auch zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten unterhalten. Unsere Außenpolitik kann, um den Kollegen Wehner zu zitieren, auf einem Bein stehen, aber nur auf zwei Beinen gehen.

Um so mehr gilt dies unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen, mit denen wir es zu tun haben. Der Versuch, den wir jetzt machen, entspricht dem Gebot der politischen Vernunft. Würden wir ihn nicht unternehmen oder würden wir ihn scheitern lassen, so würde nicht nur eine große Chance vertan werden. Wir würden uns vielmehr isolieren. Wir würden unter dieser Isolierung leiden und deshalb ganz zwangsläufig schon sehr bald einen neuen Versuch machen müssen, dann allerdings unter wesentlich erschwerten Bedingungen.

Ich kann verstehen, daß mancher in unserem Lande diesen Verträgen, die ich mir auch schöner hätte vorstellen können, mit Skepsis begegnet. Nach der langen Zeit des kalten Krieges und nach den vorhergegangenen schrecklichen Erfahrungen, welche die Völker miteinander haben machen müssen, ist ein großes Maß an negativen Gefühlen übriggeblieben. Wir alle zusammen müssen uns aber davon befreien, wenn wir gemeinsam eine friedliche Zukunft gestalten wollen. Es geht jetzt um unseren Beitrag dazu. Die Sorge um den Frieden und die Bemühungen für den Frieden sind gewiß nicht nur Sache einer Partei oder einer Koalition. Auch ich bezweifle nicht, daß alle Seiten dieses Hauses den Frieden wollen.

Aber dann muß man wie auf anderen Gebieten, wo man grundsätzlich gar nicht auseinander ist, um das streiten, was der eine und was der andere für notwendig hält. Und ich sage, man muß auch, wenn man es für notwendig hält, für das einstehen, was viele heute noch für unpopulär halten. Ich glaube, man hilft unserem Volk, indem man auch dafür einsteht. Verständigung ist heute nicht mehr abstrakt, sondern nur konkret zu betreiben. Das wird eine konkrete Entscheidung in diesem Hohen Hause verlangen.

Dies ist noch nicht der Tag der Abstimmung. Dies ist nach einer langen Zeit der Vorbereitung und 18 Monate nach Unterzeichnung des Vertrages mit der Sowjetunion, 14 Monate nach der Unterzeichnung des Vertrages mit Polen und sechs Monate nach Abschluß des Berlin-Abkommens die erste Lesung der Ratifizierungsgesetze. Ihr folgt die, wie ich überzeugt bin, gewissenhafte Beratung in den Ausschüssen. Niemand kann, wenn ich hier noch einmal an den zeitlichen Ablauf erinnere, unter diesen Umständen guten Gewis-

sens behaupten, die Verträge seien hektisch behandelt worden oder sollten parlamentarisch durchgepeitscht werden.

Niemand wird auch nach diesen Beratungen behaupten können, er sei nicht informiert, und es wird niemandem etwas vorenthalten, jede Frage wird beantwortet werden. Die Bundesregierung respektiert die Haltung jedes ernsthaften Kritikers, aber es kann keinen Zweifel darüber geben, welche Verantwortung jeder von uns trägt. Es geht hier und in den kommenden Wochen und dann im Mai bei der endgültigen Abstimmung um unsere Interessen und um unseren spezifischen Beitrag in dieser weltpolitischen Situation zur Sicherung des Friedens.

Dr. Rainer Barzel (CDU/CSU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Sie, Herr Bundeskanzler, haben eben gesagt, diese Opposition mache Ihnen Schwierigkeiten. Mit Verlaub, Herr Bundeskanzler, diese Opposition sagt ihre Meinung und kämpft für ihre verantwortlich erarbeitete Überzeugung. Das wird durch nichts in diesem Hause vom Tisch geschafft werden können und ganz sicherlich nicht von Ihnen, der Sie auszogen unter dem Motto, angeblich „mehr Demokratie“ zu wagen.

Hier begann gerade erst – das wurde ja von dem Kollegen Wehner schon ein bißchen ins Lächerliche gezogen; das ist doch eine Koalitionstaktik dieser Debatte – ein mehrtägiger Streit über die Richtigkeit dieses Weges, und schon kommt der Bundeskanzler, der allein die Verantwortung dafür trägt, daß Gemeinsamkeit hier nicht zustande kam, und beschwert sich über die Haltung der Opposition.

Ich hoffe, Herr Bundeskanzler, daß Sie im Laufe der Tage und Stunden dieser Debatte noch Gelegenheit nehmen, das, was wir bisher hier gesagt haben, vielleicht doch noch nachzulesen, um nicht, durch flüchtige Informanten belehrt, hier Einlassungen auf einige Fragen zu machen. Auf sehr wesentliche Fragen sind Sie bisher überhaupt nicht eingegangen. Wir werden sie im Laufe dieser Zeit stellen, meine Damen und Herren.

Die Frage ist doch, woher Sie die Hoffnung nehmen, daß es in Deutschland besser werden könnte, wenn Sie vorher alles weggeben.

Die Frage lautet: Warum aus dem Vertragswerk eine früher von einer Vorgängerregierung verabredete Passage über die gemeinsame Verpflichtung der Wiederherstellung der deutschen Einheit entfernt worden ist? Die Frage lautet: Was mit dem Gewaltverzicht und seiner zeitlichen Überlagerung – dies sind doch die Erklärungen, die Sie im Bundesrat öffentlich abgegeben haben – hier sein soll?

Auf diese und auf andere Fragen Antwort zu geben, werden wir Sie zwingen, meine Damen und Herren. Dies ist die Aufgabe einer Opposition, und wir werden hier unsere Pflicht tun.

Herr Bundeskanzler, Sie haben an zwei Stellen direkt zu den Einlassungen der Opposition heute morgen Stellung genommen, einmal zu dem Punkt Freizügig-

keit. Sie haben geglaubt, sagen zu sollen, das, was ich hier vorgetragen habe, seien „Wunschvorstellungen“; so Ihre Worte. Herr Bundeskanzler, haben Sie wirklich übersehen, daß ich das alles argumentiert und formuliert habe mit Ihren eigenen Worten, daß ich hier die Position aufgebaut habe, mit der Sie den Übergang zu dieser Ostpolitik hier im Hause und draußen im Lande begründet haben?

Wollen Sie mir vorwerfen, daß ich dieses Wort ernst nehme und ein Argument zu hören wünsche, warum heute für Sie nicht mehr gilt, was gestern verantwortlich von Ihnen hier gesagt worden ist? Das, Herr Bundeskanzler, kann doch nicht Ihre Absicht sein.

Und wie ist es mit den Mitgliedern Ihrer Regierung? Sie haben doch am 7. Juni 1970 Richtlinien des Kabinetts beschlossen. Die Ziffer 5 habe ich heute zitiert. Waren das „Wunschvorstellungen“, oder ist das das, was real möglich ist? Wir halten eben fest: Sie haben früher gesagt: es muß zuerst etwas für die Menschen herauskommen, dann können Verträge in Kraft treten; Sie sagen heute: ich mache erst Verträge und hoffe, daß dann für die Menschen etwas herauskommt. Das ist der Punkt, meine Damen und Herren. Sie haben Ihre Position verändert.

Der zweite Punkt betrifft – und ich werde nicht müde werden, davon zu sprechen – den europäischen Akzent. Herr Bundeskanzler, Sie können doch nicht leugnen – wir haben darüber doch hier im Hause debattiert –, daß Sie in Ihrer Politik die Akzente anders verteilen, als es uns richtig erscheint. Sie verpflichten sich, das gesamteuropäische Konzept, an dem niemand so interessiert ist wie Moskau, zu beschleunigen, und erklären vorher, die politische Vereinigung des freien Europa sei Sache der nächsten Generationen.

Dies, meine Damen und Herren – Herr Kollege Wehner, Sie können ruhig rufen und brüllen –, am 2. März 1970 zu London. Das Zitat ist hier dem Bundeskanzler in einer Debatte des Jahres 1970 – im Juni, wenn ich mich recht erinnere – vorgetragen worden; wir haben ihm gesagt, er solle Gelegenheit nehmen, das in Ordnung zu bringen. Er dachte nicht daran.

Und dann, Herr Kollege Wehner, lesen Sie doch vielleicht einmal nach – wenn Sie hier schon dauernd mit auswärtigen Quellen arbeiten, um eine deutsche Politik hier im deutschen Parlament zu begründen –

(Unruhe bei der SPD. – Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU. – Abg. Wehner: Was soll denn das heißen? Sie Vergiffter!)

– Ja, meine Damen und Herren, lesen Sie einmal nach, was in den Tischreden –

(Abg. Wehner: Nein, nein! Was heißt das? Sagen Sie das hier bitte! Werden Sie nicht feige, Sie Brunnenvergiffter! – Abg. Dr. Marx [Kaiserslautern]: Ich möchte wissen, ob der Präsident das gehört hat!)

Meine Damen und Herren, wir haben uns in Ruhe alle Reden des Bundeskanzlers angehört, und wir erwarten, daß Sie dies hier auch tun werden.

Meine Damen und Herren, dann werde ich doch gleich den Kollegen Wehner an dieser Stelle, wenn das so

Interessiert, auf folgendes aufmerksam machen: Hier, Kollege Wehner, ist auf dem Bogen Ihrer Fraktion eine Erklärung von Ihnen selbst, datiert vom 1. Februar 1972, in der Sie behaupten: Das von Präsident Nixon und Bundeskanzler Brandt Ende Dezember in Key Biscane herausgegebene Kommuniqué enthält die volle Übereinstimmung in Fragen der Außen- und insbesondere der Ostpolitik. So weit Ihr Zitat. Etwas Ähnliches hat mit anderen Worten der Bundeskanzler eben gesagt.

Hier, meine Damen und Herren, ist nun das Bulletin der Bundesregierung mit dem Kommuniqué von Key Biscane, und der Satz, Herr Kollege Wehner, den Sie daraus zitieren, hat eine einzige Eigenschaft: In dem Kommuniqué gibt es diesen Satz nicht! So wird hier eben eine falsche Informationspolitik betrieben — hoffentlich nicht auch gegenüber den Kollegen Ihrer Fraktion, meine Damen und Herren!

Ich möchte wieder auf den europäischen Punkt zu sprechen kommen. Herr Bundeskanzler, Sie haben die Prognose abgegeben, die Sowjetunion werde das eines Tages tun: d. h. die Organisation ihrer Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft. Herr Bundeskanzler, diese Meinung verbreiten Sie im In- und Ausland seit geraumer Zeit. Ich räume Ihnen ein, daß ich angenommen hatte, zumal der Herr Außenminister ähnliches sagt, daß hier in der Tat die Sowjetunion dabei sei, sich in dieser Frage zu entwickeln, und daß man deshalb, wenn man das in verbindlichen Gesprächen zur Sprache bringt, etwa zur Antwort bekommt: Nun, warten Sie mal ab, da entwickelt sich etwas.

Herr Bundeskanzler Sie wissen ganz genau, welche Antworten man von den verantwortlichen Führern der Sowjetunion bekommt. Und Sie sollten deshalb diese harten Antworten dann hier nirgendwo verniedlichen und hier nicht den Eindruck erwecken, es sei schon alles zum besten. Deshalb wiederhole ich noch einmal: Diese Europäische Gemeinschaft im Westen, auf die wir als Volk und für unsere Zukunft unsere Existenz gesetzt haben, diese Gemeinschaft steht nicht zur Disposition oder auch nur zur Erschütterung durch irgendeine Traumvorstellung gesamteuropäischer Institutionen. Das ist der Punkt, von dem hier gesprochen werden muß.

Meine Damen und Herren, der Herr Bundeskanzler hat davon gesprochen, daß man von Realitäten ausgehen müsse. Das ist sicherlich richtig. Herr Bundeskanzler, es ist etwas anderes, ob man Realitäten sieht, ob man sie erkennt, ob man von ihnen ausgeht — soweit ist doch alles klar — oder ob man sich bereit findet, sie aufzuschreiben und sie so aufzuschreiben, daß eine Chance der Veränderung nicht mehr besteht. Das ist doch die Frage, die hier gestellt werden muß, und auf diese Frage sind Sie bisher nicht eingegangen, schon gar nicht befriedigend.

Herr Bundeskanzler, ich möchte auf den Vorwurf zurückkommen, den Sie gegen mich persönlich erhoben haben, als Sie meine Bemerkung — wohl am Schluß meiner Rede — kritisierten, daß dieses Vertragswerk nicht zu mehr Freiheit, sondern zu mehr Abhängigkeit

führe. Ich möchte hierfür gern eine Begründung geben und diese Begründung zunächst wie folgt formulieren:

Aber wir raten zur Vorsicht gegenüber jenen, die einst in berechtigter Sorge den Stillstand der deutschen Frage bedauerten, aber jetzt zu dem falschen Schluß kommen, man müsse die Spaltung erst zementieren, um sie dann besser überwinden zu können. Das würde ein gefährlicher Trugschluß. Die Übernahme der von der sowjetischen Politik gepfanzten Formeln von der Anerkennung der Realitäten, womit von der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie über die völkerrechtliche Zementierung des Ulbricht-Regimes als eigenen unabhängigen deutschen Staat bis zum Herausbrechen des freien Berlin aus dem freien Westen die gesamte sowjetische Deutschlandpolitik gemeint ist, würde nicht zur Wiederverstellung der Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit führen, sondern zur Festigung einer unter falscher Flagge segelnden Kolonialherrschaft auf deutschem Boden.

Das, meine Damen und Herren, ist dafür die Begründung, und dies ist ein Wort von Fritz Erler, gesprochen auf dem Karlsruher Parteitag der SPD 1964.

Bleibt darauf zurückzukommen, daß der Herr Außenminister ebenso wie der Bundeskanzler die Frage der Fernostpolitik bewußt oder unbewußt, auf jeden Fall unrichtig, hier zitiert hat. Wir haben nicht gesagt, eine Ostpolitik setze Fernostpolitik voraus, sondern wir haben gesagt, es müsse auch eine Fernostpolitik geben, um aus einer halben Sache eine ganze zu machen. Dies, glaube ich, ist etwas anderes.

Und wenn Sie sich hier, Herr Bundeskanzler, am Schluß zu der Frage des politischen Radikalismus geäußert haben, so möchte ich, meine Damen und Herren, Sie daran erinnern, daß wir im Oktober von dieser Stelle aus Ihnen den Vorschlag gemacht haben, in den Fragen des inneren Friedens, in der Frage der Bekämpfung des Radikalismus und der Kriminalität gemeinsam zu arbeiten. Es ist gar keine Frage, daß dies eine wichtige Sorge und eine berechtigte Sorge in unserer Bevölkerung ist. Hierzu, Herr Bundeskanzler, hören wir seitens Ihrer Regierung viele Worte, aber wir sehen wenig Taten.

Sie sollten z. B. auf das antworten, was Herr Professor Steinbuch in einem offenen Brief an Sie selbst gesagt hat. Und Sie sollten, Herr Bundeskanzler, nicht den Eindruck erwecken — wie dies soeben geschah —, daß irgend jemand, der sich um die innere Sicherheit wegen der Radikalisierung in bestimmten Bereichen besondere Sorge macht, dies vielleicht übertreibe. Das, meine Damen und Herren, kann man doch wohl nicht sagen angesichts der Lage z. B. an manchen Universitäten und in manchen Bereichen dort, wo es doch darauf ankommt, daß dieser Staat die über 95 % hart arbeiten wollenden Studenten vor den Radikalinskis in Schutz nimmt, die sie daran hindern, die Leistung, die sie erbringen wollen, erbringen zu können, meine Damen und meine Herren.

Herr Bundeskanzler, Sie haben am Schluß noch einmal von der Gefahr gesprochen, in die sich angeblich die Opposition begeben, wenn sie bei ihrer Haltung

zum Vertragswerk bliebe. Herr Bundeskanzler, lassen Sie dies unsere Sorge sein. Und wir wissen, daß wir mit einer Position, wie wir sie beziehen, die sagt: Selbstbestimmung, Freizügigkeit und Europa, niemals allein in der Welt stehen, denn die Position der Menschenrechte ist die der freien Welt. Und wenn wir die einbeziehen, meine Damen und Herren, gehen wir guten Gewissens auch in die nächste Runde dieser Debatte, auch in die Ausschüsse, auch in die zweite Lesung.

Sie werden uns aber nicht daran hindern können, Herr Bundeskanzler — und wenn Sie noch ein paarmal hier heraufkommen —, auch wenn Sie es als Schwierigkeit empfinden, was wir hier machen, hier das zu sagen, was wir denken. Sie werden diese Opposition weder mundtot machen noch von ihrer Überzeugung abbringen können.

Wolfgang Mischnick (FDP):

Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es gibt wieder einige Kollegen, die der Meinung sind, es sei besser, Gegenargumente nicht zu hören, damit ihre vorgefaßte Meinung nicht erschüttert wird.

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Barzel hat eben davon gesprochen, die Opposition kämpfe für ihre Überzeugung. Das ist nicht nur ihr gutes Recht, das ist nicht nur ihre Pflicht, sondern wir geben ihr in der Verfahrensweise dieser Debatte auch jede Möglichkeit dazu. Ich wäre sehr froh gewesen, wenn es während unserer Oppositionszeit immer so selbstverständlich gewesen wäre, daß der Opposition — wie wir das heute Ihnen gegenüber getan haben — jedesmal die Antwortchance gegeben wurde.

Herr Kollege Barzel, Sie haben eben noch einmal die Notwendigkeit der Gemeinsamkeit beschworen. Wir geben Ihnen recht, daß es gut wäre, wenn wir hier wirklich gemeinsam die gemeinsamen Fragen behandeln könnten. Sie haben heute vormittag so in etwa die Behauptung aufgestellt, in dem Brief, den der Außenminister an die Fraktionsvorsitzenden gerichtet hat, Vertreter für die Teilnahme an den Verhandlungen in Moskau zu benennen, wäre so eine Art unterschwelliger Absage enthalten gewesen. Das ist nicht der Fall.

Das steht weder genau darin noch unterschwellig, denn den gleichen Brief, den Sie, Herr Kollege Barzel, erhalten haben, haben der Kollege Wehner und ich erhalten. Allerdings steht ein Satz darin, der deutlich sagt, daß die Bundesregierung nicht davon ausgeht, daß eine Teilnahme der Opposition für sie etwa bedeute, damit auch verpflichtet zu sein, die Ergebnisse mittragen zu müssen. Das scheint mir eine sehr faire Art gewesen zu sein, das deutlich zu machen.

Herr Kollege Dr. Barzel, wenn Sie hier wieder davon sprechen, die gemeinsame Grundlage sei von Ihnen angeboten worden, kann ich nur sagen: wenn wir die Maßstäbe für die Voraussetzungen für eine gemein-

same Arbeit anwendeten, die ein Kollege von Ihnen dafür gesetzt hat, sähe das ganz anders aus. Er schrieb:

In allen funktionierenden Demokratien der Erde gibt es eine parlamentarische Diskussion über die Wege der Außenpolitik. Sie wird hier schärfer und dort weniger erbittert geführt. Die Opposition sollte aber dabei niemals so weit gehen, der legitimen Vertretung ihrer Regierung bei der Vertretung ihrer Politik gegenüber anderen Mächten in den Arm zu fallen oder sie gar zu verdächtigen, in Wahrheit das Gegenteil von dem zu wollen, was sie erklärt, denn nach dem Grundgesetz ist der Kanzler der Vollstrecker der deutschen Politik. Alles Gerede über eine gemeinsame Außenpolitik bleibt daher so lange leer und unglaubwürdig, wie die Opposition dem ersten Bevollmächtigten der deutschen Demokratie das persönliche Vertrauen verweigert.

So schrieb in der „Politischen Meinung“ in Heft 5 im Jahre 1960 Herr Kollege von Guttenberg.

Wenn wir diese Maßstäbe zur Voraussetzung der Gemeinsamkeit gemacht hätten, wäre es überhaupt nicht zu einem Angebot gekommen.

Wir gehen davon aus, daß Sie eigene Vorstellungen haben. Wenn Sie aber, Herr Kollege Barzel, immer davon sprechen, wir hofften jetzt, daß etwas kommt, nachdem alles weggegeben sei, dann ist genau diese Formulierung „alles weggegeben sei“ das Gegenteil von dem, was sie selbst für diese Debatte gefordert haben, nämlich eine faire Diskussion zu führen.

Herr Kollege Barzel, Sie haben sich eben darüber beklagt, daß so viele ausländische Stimmen herangezogen würden, um die Richtigkeit unserer Politik zu unterstreichen oder um zu beweisen, daß wir in Übereinstimmung mit unseren Verbündeten sind. Das wäre doch gar nicht notwendig, wenn Sie nicht ständig hier und draußen im Lande die falsche Behauptung aufstellten, die europäische Politik, der Zusammenhalt im Bündnis würde durch die Verträge gefährdet. Das ist doch Ihre Behauptung, nicht unsere Behauptung.

Wenn Sie eben davon sprachen, da sei falsch aus einem Kommuniqué zitiert worden oder das sei nicht enthalten, so möchte ich Ihnen einige Zitate aus der Rede des amerikanischen Präsidenten Nixon vortragen. Ich füge hinzu, die Übersetzung erfolgte durch den „Amerika-Dienst“ der US-Botschaft, damit Sie nicht etwa wieder bezweifeln, ob das authentisch sei. Es sind Zitate gerade zu der Frage, wie weit die europäische Politik, wie weit das Bündnis gefestigt oder gefährdet sei. Präsident Nixon hat in seiner Erklärung im Januar 1972 zur Lage der Welt unter anderem gesagt:

Die Einigung Westeuropas machte einen großen Fortschritt, als im vorigen Jahr die entscheidenden Schritte in Richtung auf eine Mitgliedschaft Großbritannien, Irlands, Dänemarks und Norwegens in der Europäischen Gemeinschaft getan wurden.

Mit den Verträgen und nicht gegen die Verträge ist das erreicht worden.

Er sagte ferner:

Unsere Verbündeten verstärkten ihren Truppenbeitrag zur gemeinsamen Verteidigung.

Er fügte hinzu:

Die Vier Mächte erzielten ein Abkommen über Berlin, das die ständigen Krisen der Nachkriegszeit bezüglich dieser Stadt beenden und die Situation der tapferen Bevölkerung West-Berlins auf konkrete Weise verbessern soll.

Wenn der amerikanische Präsident das betont, sind doch Ihre Zweifel, daß das Bündnis gefährdet ist, wirklich völlig aus der Luft gegriffen. Sie haben keine anderen Argumente mehr gegen die Verträge und flüchten sich jetzt in Behauptungen, die Sie nicht beweisen können.

Natürlich werden in dieser Debatte, in der wir die Ostverträge diskutieren, Weichen für die Zukunft gestellt werden. Dies ist eine Stunde, in der vorentschieden wird, ob diese Bundesrepublik Deutschland im Fluß des weltpolitischen Geschehens mit eigenem, selbstsicherem und kraftvollem Handeln mitwirkt, ob diese Bundesrepublik Deutschland in der Lage ist, die Möglichkeiten, die ihr noch gegeben sind, zum Nutzen der Menschen in Deutschland und auch zur Sicherung des Friedens in Europa zu ergreifen. Es geht um mehr als um die Gewinnung des einen oder des anderen taktischen parteipolitischen Vorteils. Es geht — ich sage das bewußt so, nicht etwa, um pathetisch zu werden — um ganz Deutschland in dieser Frage. Ich wähle diesen Gesamtbegriff, weil eben zur Debatte steht: Wie steht ganz Deutschland, wie stehen die beiden deutschen Staaten zu dieser Entspannungspolitik in der Zukunft?

Gleichzeitig steht die Frage vor uns: Können wir, wollen wir die Chance nutzen — ich meine, wir müssen es tun —, bewußt etwas zur Wahrung der deutschen Nation zu tun, und zwar dadurch, daß wir unseren Beitrag dazu leisten, die Klammer um Berlin jetzt auch vertragsmäßig festzulegen und zu verstärken, um ein Klima zu schaffen, das die Verhandlungen, die Gespräche zwischen den beiden Staaten in Deutschland möglich macht und fördert? Nur so lassen sich doch auf die Dauer sinnvolle Ergebnisse erzielen. Nur auf diesem Wege, nur auf dem Weg über Verhandlungen und Verträge können wir doch die Erleichterungen für die Menschen in Deutschland ermöglichen. Nur so kommen sich die Menschen in Deutschland wieder näher, bleiben die Bindungen und Verbindungen bestehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles formelle Bestehen auf vertraglichen Vereinbarungen nützt uns in dem Augenblick nichts mehr, da die Entfremdung zwischen den Menschen so weit fortgeschritten ist, daß sie gar nicht mehr verstehen, was ein ganzes Deutschland sein kann. Deshalb ist es notwendig, diesen freilich mühsamen Prozeß in Gang zu bringen und nach dem jahrelangen passiven Verharren, das uns keinen Schritt weitergebracht hat, aktiv zu werden und mit den Verträgen, mit den Vereinbarungen eine allmähliche Verbesserung unserer Lage zu erreichen.

Herr Kollege Barzel hat schon davon gesprochen, daß es nicht nur um das geht, was hier im Deutschen Bundestag und was im Bundesrat gesagt wird, sondern daß es auch um das geht, was — leider oft mit gespaltener Zunge — draußen im Land gesagt wird. Da wird die Behauptung aufgestellt, diese Politik, die wir, diese Koalition heute treiben, sei nicht eine kontinuierliche Fortsetzung dessen, was die Freien Demokraten früher einmal verlangt haben. Das Gegenteil ist der Fall. Tatsache ist doch — das möchte ich hier einmal in die Erinnerung zurückrufen —, daß Pfeleiderer als damaliger Bundestagsabgeordneter hier von diesem Pult aus bereits in den Jahren 1952 bis 1954 davon sprach, daß die weißen Flecken auf der Landkarte verschwinden müßten, daß diplomatische Beziehungen mit osteuropäischen Ländern aufgenommen werden müßten. Und wie schwer hat man sich getan, diesen Schritt dann endlich zu tun!

Ich denke an die harte und tagelange Debatte 1958 über die Frage: ja oder nein zur atomaren Bewaffnung? Ich denke daran, wie damals ein entsprechender Dissens zwischen Regierung und Oppositionsparteien SPD und FDP über die Frage war: gibt es einen sowjetischen Vorschlag, einen einzigen Friedensvertrag mit ganz Deutschland abzuschließen? Aus dem Aide-mémoire der Sowjetunion ging hervor, daß sie zu diesem Zeitpunkt noch bereit war, einen einzigen Friedensvertrag mit ganz Deutschland abzuschließen. Sie haben zu diesen Vorschlägen nein gesagt.

Oder denken Sie daran, daß 1963 — Kollege Wehner sprach schon davon — im damaligen Kabinett Adenauer der Gedanke diskutiert und ein entsprechender Beschluß gefaßt wurde, unter dem Dach der Vier Mächte, im Auftrag der Vier Mächte oder mit ihrer Duldung — wie es später hieß — paritätisch besetzte gesamtdeutsche Kommissionen einzurichten. Das stieß auf Widerstand in Ihren Reihen. Allerdings, heute — obwohl es schon im Kabinett Adenauer beschlossen wurde — wollen Sie plötzlich von diesen paritätisch besetzten Kommissionen nichts mehr wissen.

Wir können mit Befriedigung feststellen, daß seit Beginn dieser Regierungskoalition, seit diese Bundesregierung im Amt ist, unsere Forderungen, die wir vor der Bundestagswahl 1969 aufgestellt haben, nämlich einen Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten zustande zu bringen, für Berlin eine vertragliche Regelung zu finden und einen Gewaltverzichtsvertrag zu erreichen, mit den vorliegenden Verträgen in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Wir stellen fest, daß unsere Forderung — auch hier ist die Kontinuität ebenfalls voll bewiesen —, daß europäische Lösungen an territorialen Fragen nicht scheitern dürfen, Eingang in die Vertragstexte gefunden hat.

Nun hat der Kollege Kiesinger genauso wie andere aus der CDU/CSU-Fraktion davon gesprochen, die Verträge seien zu schnell ausgehandelt worden. Die tatsächliche Entwicklung sieht doch ganz anders aus. Vom Bundesaußenminister ist das nicht nur heute, sondern vielfach dargelegt worden. Ich möchte gerade Sie, die Kollegen von der CDU/CSU, an das Memorandum erinnern, dann am 9. April 1968 von der damaligen

Regierung dem sowjetischen Botschafter übergeben wurde. Darin waren folgende Punkte enthalten:

- Die Bundesregierung Deutschland erhebt keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand.
- Weite Schichten des deutschen Volkes begreifen heute besser als früher den Wunsch des polnischen Volkes, in gesicherten Grenzen zu leben.
- Die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschland können nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden.

In den Verträgen steht nichts anderes, Herr Kollege Barzel.

- Das unter Androhung von Gewalt zustande gekommene Münchner Abkommen ist nicht mehr gültig.

Und die Feststellung:

- Die Bundesrepublik Deutschland respektiert den gegenwärtigen Status von Berlin, die Rechte und Pflichten der Vier Mächte.

Alle diese Argumente, die damals von Ihnen gemeinsam mit getragen worden sind, haben heute Eingang in die Verträge gefunden. Ich habe wenig Verständnis dafür, daß Sie jetzt plötzlich, weil Sie nicht an der Regierung beteiligt sind, diese Elemente nicht mehr wahrhaben wollen.

Eines allerdings ist eine entscheidende Änderung: offensichtlich waren für Sie damals das alles nur verbale Ankündigungen, hinter denen nicht der Wille stand, das, was gesagt wurde, durch Verhandlungen auch in die Tat umzusetzen. Das unterscheidet uns ja gerade von Ihnen, daß wir das, was wir verkünden, jetzt auch in die Tat umsetzen.

In der Politik nützt es natürlich gar nichts auf die Dauer, wenn man, wie Sie es immer tun, richtige Prinzipien, über die wir gar nicht verschiedener Meinung sind, nur ständig wiederholt, sondern es gilt praktische Konsequenzen daraus zu ziehen. Wenn wir das nicht getan hätten, wäre — darüber ist sich doch jeder, der die Situation nüchtern beurteilt, völlig im klaren — die Entwicklung in der Entspannungspolitik längst über uns hinweggegangen.

Herr Kollege Barzel, als Sie davon sprachen — ich zitiere wörtlich; Sie haben das heute wiederholt —: „Die DDR, wie sie ist, ist eine politische Realität“, glaubte ich, das sei nun der gemeinsame Weg. — Wenn Sie in Zweifel sind, lesen Sie es in Ihrem Artikel vom 4. Januar 1972 im „Deutschland-Union-Dienst“ nach.

(Abg. Dr. Barzel: Aber dort geht der Satz weiter, lieber Herr Mischnick!)

— Natürlich. Ich sage ja: die Hoffnung — jetzt kommt nämlich leider die Enttäuschung —, daß wir nun auf einem gemeinsamen Weg wären. Wie so oft haben Sie zwar diesen Satz gesagt und geschrieben, aber leider daraus nicht die Konsequenzen in Ihrem praktischen Handeln gezogen. Das ist doch der entscheidende Punkt. Sie haben wieder einmal, wie so oft, Deklama-

tion und nicht Handeln als das Wichtigere angesehen. Heute haben wir erneut in dieser Debatte gehört: Die Vertragsverhandlungen sind abgeschlossen, aber noch ist die Mauer nicht weg, noch ist der Schießbefehl nicht weg! Lieber Herr Kollege Barzel, in der Kritik an diesen Dingen überbieten Sie niemanden. Die Meinung darüber ist unter uns allen die gleiche. Nur eins: mit der Feststellung von 1961 bis 1969 „Die Mauer muß weg“ sind wir keinen Schritt weitergekommen; mit den heutigen Vereinbarungen haben wir wenigstens Teilerleichterungen erreicht, und ich bin fest überzeugt: das ist der Anfang von den menschlichen Erleichterungen, die wir auf die Dauer durchsetzen werden.

Hier ist mehrfach betont worden, daß in der Frage des Gewaltverzichts selbstverständlich in diesem Hause eine einhellige Meinung bestehe. Natürlich ist heute, 27 Jahre nach Kriegsende, das Bewußtsein des einzelnen über die verheerenden Wirkungen des Krieges, über die Menschenverluste, über die Zerstörung der Städte nicht mehr so voll präsent. Aber eins hat sich doch gezeigt, nämlich daß alle Verantwortlichen in dieser Welt die Frage der gewaltsamen Auseinandersetzung, der gewaltsamen Lösung von Konflikten politisch, moralisch und völkerrechtlich inzwischen anders beurteilen und bewerten, als das früher der Fall war. Hier ist doch ein großer Fortschritt erzielt worden. Die Erkenntnis ist gewachsen, daß Gewalt und Gewaltandrohung keine Mittel der Politik sein können, da sie nur zur Zerstörung einer Nation führen würden.

Wenn man bereit ist, Gewaltverzichtsverträge abzuschließen, aber dabei sagt, man müsse sich an das alte deutsche Sprichwort erinnern, Vorsicht sei die Mutter der Porzellanbox, so ist das völlig richtig, nur darf man dann nicht davon ausgehen, daß diese Vorsicht nur für einen selbst gilt, sondern muß auch den Verhandlungs-Partnern bei ihren Überlegungen genauso zugestehen, berechnete Interessen wahrzunehmen, und sie nehmen sie natürlich auch wahr. Wir sehen in dieser Vereinbarung, in diesen Gewaltverzichtsverträgen den Versuch, auf beiden Seiten gleichberechtigt und ausgewogen eine Grundlage dafür zu legen, daß in Zukunft Gewalt und Gewaltandrohung ausgeschlossen werden. Nur auf diesem Wege können wir doch überhaupt hoffen, mit unseren anderen Forderungen zur Deutschlandpolitik weiterzukommen.

Der Kern des Vertrages mit der UdSSR sind — das ist hier angesprochen worden — die Artikel über den Gewaltverzicht und die Unverletzlichkeit der Grenzen. Die CDU/CSU hat mehrfach behauptet, dieser Vertrag — das ist heute noch nicht in die Debatte eingeführt worden, wird aber voraussichtlich noch eingeführt werden — widerspreche insbesondere dem Art. 3 des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Westmächten abgeschlossenen Deutschlandvertrag. Diese Behauptung ist falsch.

Richtig ist es, daß der deutsch-sowjetische Vertrag keine friedensvertragliche Regelung der deutschen Grenzen vorwegnimmt. Er bestätigt vielmehr die uneingeschränkte Gültigkeit früher abgeschlossener Verträge. Die Attacken, die dagegen geritten werden, sind alles Scheinattacken, denn Sie haben hier tatsächlich

keinen Gegner vor sich. Der Vertrag enthält nicht das, was Sie behaupten. Außerdem ist durch den Überleitungssatz in Art. 2 und durch den Art. 4, nämlich die Nichtverletzung bestehender Verträge, sichergestellt, daß der deutsch-sowjetische Vertrag eben keine friedensvertragliche Regelung vorwegnimmt. Ferner ist sichergestellt, daß die Verantwortung der Vier Mächte für ganz Deutschland nicht berührt wird und daß die Festlegung des Art. 3 ein eindeutiger Gewaltverzicht ist.

Nun wird die Frage gestellt: Ist denn das Ganze für uns tragbar, wird damit nicht noch in irgendeiner Weise etwas endgültig festgelegt? Hier muß ich Sie daran erinnern, daß die Regierung Adenauer anläßlich des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zur NATO am 3. Oktober 1954 in einer offiziellen Note an die drei Westmächte folgendes festgestellt hat

— ich zitiere wörtlich —:

Insbesondere verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland, die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Änderung der gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen und alle zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten gegebenenfalls entstehenden Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen.

Das, was damals, 1954, von Adenauer erklärt worden ist, entspricht genau dem Inhalt der Verträge, die wir hier vorgelegt haben. Wenn Sie sagen, das sei nicht der Fall, kann ich nur feststellen, daß Sie die Verträge entweder nicht gelesen haben oder wider besseren Wissens bewußt immer wieder falsche Behauptungen aufstellen.

Was die Auslegung betrifft, wissen Sie ganz genau, daß der Verdacht, hier sei das Grundgesetz verletzt worden, von einer Reihe Staats- und Völkerrechtlern in aller Deutlichkeit zurückgewiesen worden ist. Ich erinnere nur an das, was Professor Kriele dazu gesagt hat, ohne das hier im einzelnen vorzulesen. Sie sagen immer, Unverletzlichkeit bedeute, daß die Grenzen nicht verändert werden könnten. Genau das ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß die Sowjetunion solche Forderungen und eine Reihe anderer zwar früher aufgestellt hat, daß diese früheren Forderungen aber gerade durch diesen Vertrag vom Tisch gewischt sind.

Die Sowjetunion hat einmal einen Katalog von 18 Einzelforderungen aufgestellt und ihre Erfüllung als Voraussetzung für einen Gewaltverzicht bezeichnet. Dazu zählen u. a. die bedingungslose Anerkennung der DDR, die Festlegung — so hatte sie gefordert — der Unveränderlichkeit der Grenzen und die Definition West-Berlins als besondere politische Einheit. Darüber hinaus hat sie noch am 21. November 1967 in einem Memorandum erklärt, daß die Feindstaatenklauseln ihre volle Gültigkeit behalten sollten. Alle diese ursprünglichen Forderungen der Sowjetunion sind in den Verhandlungen in Moskau durch Bahr und Scheel vom Tisch gebracht worden, und im Vertrag ist eben nicht von „Unveränderlichkeit“, sondern von „Unverletzlichkeit“ der Grenzen die Rede.

Ich habe diesen Punkt deshalb so breit ausgeführt, weil Sie, meine Damen und Herren von der CDU/CSU,

draußen im Lande im Gegensatz zu dem, was hier gesagt wird, gerade die Frage der Unverletzlichkeit der Grenzen als einen der entscheidenden Punkte herausstellen und die Menschen immer wieder glauben machen wollen, daß mit dieser Bestimmung eine einvernehmliche Änderung der Grenzen, eine Veränderung der Grenzen durch gemeinsames Handeln zweier Staaten, ausgeschlossen sei. Gerade das ist nicht ausgeschlossen. Mit diesen Verträgen ist jede Grenzveränderung, die einvernehmlich geschieht, weiterhin möglich.

(Abg. Stücklen: So wie Gromyko mit Polen?)

Verehrter Herr Kollege Stücklen, wenn Sie sagen: so wie Gromyko mit Polen, kann ich nur sagen: wenn Sie die politische Arbeit einer deutschen Bundesregierung so beurteilen, dann richten Sie sich damit selbst.

Meine Damen und Herren, es ist auch die Forderung aufgestellt worden, in dem Vertrag müsse die Selbstbestimmung aufgeführt werden. Es wird behauptet, diese Verträge ignorierten die Selbstbestimmung. Das trifft nicht zu. In diesem Vertrag ist durch den Bezug auf die Präambel der Charta der Vereinten Nationen und durch den Brief klargestellt worden, daß das Selbstbestimmungsrecht nicht eingeschränkt wird. Durch keinerlei materiellen Beweis können Sie hier der Behauptung Nahrung geben, daß wir mit diesen Verträgen das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in Frage stellen.

(Abg. Dr. h. c. Kiesinger: Haben die Russen die Breschnew-Doktrin im Vertrag aufgegeben?)

Verehrter Herr Kollege Kiesinger, Sie sagen, die Russen hätten die Breschnew-Doktrin nicht aufgegeben.

(Abg. Dr. h. c. Kiesinger: Ich habe gefragt!)

Ich habe nicht gesagt, daß sie sie aufgegeben haben. Ich stelle nur fest, daß die Behauptung falsch ist, wir könnten unser Ziel, die deutsche Einheit zu erreichen, vertraglich nicht weiterverfolgen. Es wurde sogar behauptet, wenn wir das täten, wäre das vertragswidrig.

Diese Behauptung ist falsch.

Sie sagen dann, der Brief, den der Bundesaußenminister heute zitiert hat, habe keine rechtliche Bedeutung, er sei nicht relevant, er sei nicht ausreichend. Ich darf Sie daran erinnern, was Bundeskanzler Adenauer in der 101. Sitzung des 2. Deutschen Bundestages am 22. September 1955 zur Wirksamkeit des Briefes sagte, den er damals überreichen ließ. Er hat damals im Deutschen Bundestag wörtlich gesagt:

Bei den Vorbehalten handelt es sich um eine deutsche Rechtsverwahrung. Für eine solche ist eine einseitige Erklärung der Bundesregierung ausreichend. Diese Erklärung muß nur der anderen Seite zugegangen sein. Dies ist geschehen, und die deutschen Vorbehalte sind damit völkerrechtlich wirksam geworden. Die Erklärung muß nicht etwa, um völkerrechtlich wirksam zu sein, von der Gegenseite angenommen werden.

So hat Adenauer zu dem damaligen Brief im Bundestag Stellung genommen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Er hat damals nichts verhökert!)

Sie sagen: Er hat damals nichts verhökert. Jetzt geht es um die Frage: Ist die Wirksamkeit eines solchen Briefes für Sie etwa davon abhängig, ob Sie selbst in der Regierung sitzen oder nicht? Die Auslegung kann doch nur die gleiche sein.

Meine Damen und Herren, auch bei dem deutsch-polnischen Vertrag geht es nicht darum, Grenzen endgültig anzuerkennen oder, wie es manchmal in den öffentlichen Diskussionen gesagt wird, begangenes Unrecht, auch an den Vertriebenen, etwa zu legitimieren. Es geht doch nicht darum, eine Aufrechnung des Unrechts vorzunehmen. Es geht nur darum, mit diesen Verträgen den Versuch zu machen, die Lage in Europa zu verbessern.

Die Regierung der Volksrepublik Polen ist sich auch bewußt, daß die Regierung der Bundesrepublik keine rechtsverbindlichen Erklärungen für einen möglichen gesamtdeutschen Souverän abgeben kann. Der damalige stellvertretende polnische Außenminister Winiewicz hat im November 1971 vor der Gesellschaft für auswärtige Politik in Bonn wörtlich gesagt — eine Reihe Kollegen haben daran teilgenommen —:

Dieser Vertrag bindet nur die Bundesrepublik Deutschland. Ob wir jemals zu einer friedensvertraglichen Regelung für Gesamtdeutschland kommen, ist zur Zeit eine rein hypothetische Frage.

Auf Befragen hat Herr Kollege Schröder dazu gesagt: „Das hat er sehr geschickt gesagt, und das können wir akzeptieren“. Wenn Sie das akzeptieren, dann muß aber doch auch endlich Schluß sein mit der Behauptung, mit diesem Vertrag würden endgültige Grenzregelungen vorweggenommen. Auch dieser Vertrag läßt Deutschen und Polen die Möglichkeit offen, über diese Frage zu verhandeln, wenn sich diese Möglichkeit aus der weiteren Entwicklung ergibt.

Nun ist schon davon gesprochen worden, daß die Ausfüllung des deutsch-polnischen Vertrages von beiden Seiten bereits versucht worden sei, daß die Familienzusammenführung in Gang gesetzt worden ist, über deren Tempo man unterschiedlicher Meinung sein mag.

(Abg. Dr. Marx [Kaiserslautern]: Das glaube ich nicht! Da sind wir doch alle einer Meinung, Herr Mischnick!)

Natürlich sind wir unterschiedlicher Meinung gegenüber Polen. Das ist doch wohl so. — Wir müssen selbstverständlich immer wieder um Verständnis für unser Drängen bitten, allen Ausreisewilligen möglichst schnell die erforderliche Genehmigung zu erteilen.

Allerdings — und das gehört zur Beurteilung der Fakten — dürfen wir die Probleme nicht verkennen, die für Polen in manchem regionalen Bereich daraus entstehen. Wer aber heute den Vertrag mit der Volksrepublik Polen nicht will, muß sich doch wenigstens im klaren darüber sein, daß er die Fronten verhärtet

und die Familienzusammenführung damit nicht erleichtert, sondern im Gegenteil behindert.

Meine Damen und Herren, alles, was wir heute von der Opposition bisher gehört haben, macht deutlich, daß sie auf ihren alten Positionen beharrt. Ich bin nicht davon ausgegangen, daß die heutige Debatte oder vielleicht auch die Beratungen sie grundsätzlich von ihrem Standpunkt abbringen wird. Nur eines muß sich jeder selber als Frage vorlegen: ob er mit der Zustimmung zu den Verträgen den Status quo in Europa überwinden helfen will oder ob er mit der Ablehnung der Verträge, durch Zementierung des Status quo und damit durch den Rückfall in den kalten Krieg wieder die wenigen Chancen, die sich jetzt bieten, endgültig begraben will.

Nur mit Rechtsvorbehalten, wie sie hier von der CDU/CSU wiederum geäußert worden sind, kann man keine Politik machen. Es geht heute darum, die Grenzen erträglicher zu machen. Das geschieht durch die Verträge.

In diesem Sinne halten wir die Verträge für richtig, weil notwendig und unseren Interessen förderlich. Das gilt nach unserer festen Überzeugung nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern das gilt für das ganze deutsche Volk.

Richard Stücklen (CDU/CSU):

Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Mischnick hat sehr viel Zeit seiner Ausführungen dafür aufgewandt, daß er uns klarmachen wollte, daß dieser Vertrag nur eine Interpretation hat, nur eine Auslegungsmöglichkeit erlaubt. Diese hat er hier in einzelnen Punkten dargelegt. Herr Kollege Mischnick, ich bezweifle gar nicht, daß das Ihre ehrliche Auffassung, Ihre Überzeugung ist. Aber Vertragspartner, der bisher auch in der Öffentlichkeit eine unterschiedliche Auslegung zu erkennen gegeben hat, sind nicht Sie, Herr Mischnick, sondern ist die Sowjetunion. Und darauf kommt es an, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Der Herr Bundeskanzler und der Herr Außenminister haben heute morgen sehr viel von Frieden, Entspannung und Versöhnung gesprochen. Eine Politik dient nur dann dem Frieden, wenn sie darauf gerichtet ist, neben dem Ausschluß von Gewalt auch gleichzeitig das Recht zu wahren und die Freiheit zu sichern. Eine Politik dient nicht nur dann der Entspannung, wenn sie darauf gerichtet ist, die Ursachen der Spannung zu beseitigen.

Eine Politik dient nur dann der Versöhnung, wenn sie es den Menschen ermöglicht, zueinander zu finden, denn es sind die Menschen und nicht die Staaten, die die Versöhnung auf Dauer begründen.

Ich kenne die Behauptung des Herrn Bundeskanzlers — ich kenne den Grund, warum er im Augenblick nicht anwesend sein kann, ich richte aber trotzdem meine Worte an ihn —, daß diese Verträge den Frieden siche-

rer machen. Das ist eine Behauptung, die durch nichts und schon gar nicht durch die geschichtliche Entwicklung erwiesen ist.

Ich habe die ernsthafte Befürchtung, daß diese Verträge nicht den Frieden sicherer machen, sondern daß unsere Sicherheit in Freiheit mit diesen Verträgen gefährdet wird.

Diese Politik führt auch nicht zur Entspannung, denn sie schreibt die Ursachen der Spannungen fest. Diese Ostverträge sind auch kein Beitrag zur Versöhnung, denn sie zementieren die Trennung der Menschen durch Mauer und Stacheldraht. Die Ostpolitik dieser Regierung ist illusionär, weil sie versucht, das Unvereinbare zu vereinen: Eine gesamteuropäische Friedensordnung mit Moskau als Hegemonialmacht, mehr Rechte für den Menschen ohne Achtung der Menschenrechte, mehr Freizügigkeit ohne Durchlässigkeit der Grenzen.

Heute, wo sich uns die Frage stellt, wohin diese Politik führt, wo wir mit tiefer Sorge in die Zukunft blicken müssen, ist nicht der Tag, um die Vergangenheit zu beschwören. Dennoch ist es notwendig, eines hier festzuhalten: Es war die geschichtliche Leistung von Adenauer, der die Friedenspolitik in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa mitbegründet hat, es war die Leistung von 20 Jahren Politik der CDU/CSU, den Frieden für Deutschland zu sichern und die Freiheit für uns zu bewahren.

Ihre Haltung, Herr Bundeskanzler, die Haltung Ihrer Regierung und Ihrer Partei zu dieser von Konrad Adenauer begründeten Friedenspolitik der CDU/CSU ist genauso zwiespältig wie Ihre heutige Politik. Einerseits behaupten Sie, Sie führten die Kontinuität jener Politik fort, also die Politik von Adenauer, Erhard und Kiesinger; auf der anderen Seite verketzern Sie diese Politik als Politik der Erstarrung, der Unbeweglichkeit und behaupten, Sie seien es, die Deutschland jetzt aus einer Sackgasse der Stagnation herausführen müßten. Beides ist falsch, meine Damen und Herren!

Weder wahren Sie die Kontinuität unserer Friedenspolitik, noch hat diese Friedenspolitik der CDU/CSU je in eine Sackgasse der Stagnation geführt.

Geduld, meine sehr verehrten Damen und Herren und besonders Herr Bundeskanzler und jetzt stellvertretend Herr Außenminister, ist keine Stagnation! Eine Politik ist noch lange nicht schon deswegen gut, weil sie überhastet durchgeführt wird.

Nur wenn auf beiden Seiten — das ist eine der grundlegenden Fragen, die das gesamte Vertragswerk so schwierig machen, die auch die Verhandlungen so schwierig gestalten mußten — die gleichen Wertvorstellungen über die unverzichtbaren Grundrechte des Menschen und über das Zusammenleben der Völker bestehen, ist eine dauerhafte — ich betone: dauerhafte! — Ordnung in Frieden und Freiheit zu begründen. Ungeachtet der nicht vorhandenen Übereinstimmung in diesen Grundwerten sind wir von der CDU/CSU bereit, im Interesse der Menschen nach Mitteln und Wegen zu suchen, um wenigstens vorläufige Regelungen zu finden.

Solange aber die andere Seite ihre ideologisch untermauerte Machtpolitik beibehält, ist äußerste Vorsicht am Platze. Sicherheit ist nach wie vor das vordringliche Gebot der Stunde. Wer diese Notwendigkeit in den Hintergrund treten oder gar außer acht läßt, kann plötzlich vor einer verhängnisvollen Entwicklung stehen. Ich weiß, wer heute auf die bolschewistische Gefahr in Deutschland aufmerksam macht, kommt leicht in den Verdacht, ein kalter Krieger zu sein, und wird von bestimmter Seite verketzert und verdammt.

(Zuruf des Abg. Wehner.)

Da ändern auch Sie, Herr Wehner, mit Ihrem Zwischenruf nichts an dieser Situation.

Dies wird mich aber nicht abhalten, den Kommunismus so zu sehen und so zu urteilen, wie er sich verhält und wie er sich programmatisch offenbart. Die Weltrevolution ist nach wie vor das Ziel des Kommunismus. Die Nachkriegspolitik der Sowjetunion liefert dafür eine Reihe unwiderlegbarer Beweise. In all den heute kommunistischen Staaten im Bereich des Warschauer Paktes war die kommunistische Partei jeweils in der Minderheit, und heute ist sie mit sowjetrussischer Unterstützung die allein beherrschende Staatspartei geworden.

Ich erinnere an die tragischen Schicksalstage, die wir in Europa erlebten. Ich denke an den 17. Juni 1953, an die Niederwerfung des Ungarnaufstandes 1956, den Mauerbau am 13. August 1961 und zuletzt an den 21. August 1968, den völkerrechtswidrigen Überfall auf die Tschechoslowakei. Der Überfall auf einen Verbündeten des Warschauer Paktes erfolgte, obwohl es im Art. 8 dieses Paktvertrages heißt: Die vertragsschließenden Seiten erklären, daß sie im Geiste der Freundschaft, Zusammenarbeit für die Weiterentwicklung und Festigung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen untereinander in Befolgung der Grundsätze der gegenseitigen Achtung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten handeln werden.

Herr Breschnew hat noch im Juni 1968 einer tschechoslowakischen Parlamentsdelegation unter Führung des tschechoslowakischen Parlamentspräsidenten Josef Smirkowski angeboten, ein internationaler Gerichtshof möge die Interventionsgelüste, die der Sowjetunion unterstellt werden, überprüfen. Niemals, so erklärte Herr Breschnew damals, habe die Sowjetunion auf die innere Politik Ihrer Nachbarn Einfluß nehmen wollen. Sie habe das 1956 in Polen nicht getan. Warum sollte sie es jetzt gegenüber der Tschechoslowakei tun?

Zwei Monate später standen die sowjetischen Panzer in Prag.

(Abg. Dr. Barzel: Sehr wahr! — Abg. Dr. Eppler: Mit denen will die CDU einen Vertrag schließen!)

Herr Eppler, ob Sie die kommunistische Gefahr so sehen wie ich, ist völlig gleichgültig. Sie müssen mir nur gestatten, daß ich nicht blind über die historischen Daten der letzten 25 Jahre hinweggehe und so tue, als ob es überhaupt keine bolschewistische Gefahr in dieser Welt gäbe.

Nur dann, wenn wir die Situation richtig einschätzen, können wir Demokraten, die wir doch alle sind — ich mache keinem einzigen hier in diesem Hause einen Vorwurf —, können wir dieser Gefahr auch begegnen.

Zwischenfrage: Abg. Matthöfer (SPD):

Können Sie mir sagen, warum auch die CSU mit solchen Leuten einen Vertrag abschließen will?

Herr Matthöfer, wir werden und würden auch einen Vertrag abschließen. Auf den komme ich gleich zu sprechen. Ich sage nur, wir dürfen nicht die Augen vor den tatsächlichen Verhältnissen und Zielsetzungen des Bolschewismus verschließen.

Die Bundesregierung glaubt mit ihrer Verhandlungspolitik, diese in wenigen Beispielen angeführten, leider auch bestehenden Realitäten überspielen zu können. Wir befürchten — und dies ist eine unserer großen Sorgen —, daß diese Politik der Bundesregierung uns nach ihrem inneren Gesetz, nach ihrer eigenen Logik mit zwingender geschichtlicher Automatik aus dem Verband des freien Westens lösen wird. Die Frage ist nicht, ob Herr Brandt und Herr Scheel das wollen, die Frage ist, wohin die Gleise führen, auf die Sie unseren Zug gesetzt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht der deutsch-sowjetische Vertrag sichert uns den Frieden, sondern Frieden, Freiheit und Sicherheit garantiert jenes Bündnis, das trotz des erbitterten Widerstandes der SPD von Adenauer mit der CDU/CSU geschaffen wurde.

Zwischenfrage: Dr. Eppler (SPD):

Herr Kollege Stücklen, angenommen, es wäre so, daß diese Politik den Zusammenhalt des Westens und des Bündnisses schwächen würde, wie erklären Sie es sich dann, daß das keiner unserer Verbündeten bisher gemerkt hat?

(Lachen und Zurufe von den Regierungsparteien. — Abg. Wehner: Alles bolschewistische Fälschung!)

Herr Wehner, wenn ich diesen Zwischenruf so auffaßte, wie er von Ihnen gemeint wird, wäre ich durchaus in der Lage, zu sagen — ohne überaus böse zu sein —: Sie müssen das ja wissen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum die Verbündeten noch nicht auf diese Idee gekommen sind? Heute früh waren Sie ja auch wieder von Ihrem Nachrichtendienst falsch informiert. Warum die westlichen Alliierten — Sie meinen die Amerikaner, die Engländer und Franzosen, als die drei Großen — noch nicht auf diese Idee gekommen sind? Ich nehme an, daß Sie — da sie nicht Skatspieler sind und keine Zeit für diesen Sport aufwenden müssen — in der Lage sind, sehr viel von dem zu lesen, was sehr gewichtige Staatsmänner und was vor allen Dingen der Generalsekretär der NATO, Herr Brosio, ebenso wie Herr Luns in den letzten Wochen an Warnungen bezüglich der Sicherheit in Europa ausgesprochen haben.

Ich wiederhole, nicht dieser Vertrag gibt uns die Sicherheit, gibt uns mehr Frieden und sichert unsere

Freiheit, sondern das ist das Bündnis mit der freien Welt in der NATO.

Die Regierungspropaganda — und jetzt komme ich auf den Kernpunkt, der in den vergangenen Wochen und Monaten wie ein roter Faden durch die Aktionen der Regierung und der Koalition gegangen ist —, die Regierungspropaganda und die Koalitionsparteien versuchen in massiver Weise, der Öffentlichkeit zu suggerieren, die Regierungsseite sei für eine Friedenspolitik und die CDU/CSU sei dagegen. In ganz infamer Weise — ich weiß wohl, welchen Ausdruck ich hier benutze — ist dies jetzt im baden-württembergischen Wahlkampf geschehen. Da behauptet die SPD in großen Zeitungsanzeigen, die CDU wolle nicht den Frieden, und stellt noch die Frage — und jetzt bekommen Sie eine anständige Antwort —: Was hat die CDU mit Deutschland vor? Das ist die Frage, die in dieser Zeitungsanzeige in Baden-Württemberg veröffentlicht worden ist: Was hat die CDU mit Deutschland vor?

Zwischenfrage: Mattick (SPD):

Herr Kollege Stücklen, kann es denn etwas Infameres geben, als der Bundesregierung und der Bundestagsmehrheit zu unterstellen, daß sie entweder beabsichtige oder nicht übersehe, daß ihre Politik die Bundesrepublik dem Bolschewismus ausliefere?

Darauf komme ich jetzt. Sie haben ein Manuskript, das der Presse gegeben worden ist, schon vorher eingesehen und sind schon um drei, vier Sätze vorweg.

Ich werde das wiederholen, was ich dazu zu sagen habe. Ich hätte gedacht, Herr Mattick, Sie würden hier vor diesem Haus erklären, daß Sie solche Anzeigen, wie sie hier gemacht worden sind, z. B.: „Die Welt sagt ja zur Friedenspolitik — Die CDU ist dagegen“ — —

(Zuruf von der SPD.)

— Was? Moment, wir werden Ihnen schon Bescheid sagen, meine Herren. — „Was hat die CDU mit Deutschland vor?“

(Abg. Dr. Schäfer [Tübingen]: Das dürfen wir doch noch fragen!)

Diese Ungeheuerlichkeit, diese Unterstellung bedarf keines Kommentars und disqualifiziert ihre Urheber. Die Frage aber, die hier von der SPD gestellt wird, will ich gern von dieser Stelle aus einmal hart und unmißverständlich beantworten. Sie lautet: Wohin führt die CDU Deutschland? Die CDU und CSU wird Deutschland weder in den Sozialismus noch in den Bolschewismus führen.

Wir werden uns allen Kräften widersetzen, die darauf abzielen, die freiheitlich-demokratische Ordnung unserer Gesellschaft auszuhöhlen oder gar zu zerstören. Wir werden wie in den zwei Jahrzehnten zuvor dafür sorgen, daß die persönliche Freiheit des einzelnen nicht eingeengt wird und daß der Bürger unseres Landes in Ruhe und Frieden und in einem geordneten, modernen Staat leben kann.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die von Ihnen, von der SPD, provozierte Antwort auf Ihre Anzeige in Baden-Württemberg.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Sperling (SPD):

Herr Kollege Stücklen, darf ich Sie dann so verstehen, daß Sie Deutschland wieder zurück nach Preußen führen wollen, da Sie die letzten Preußen sowieso schon da haben?

Sehr verehrter Herr Kollege, da ich nicht die Gouvernante meines Landesvorsitzenden bin und mir bewußt ist, wie wortgewaltig er ist, und ich weiß, daß er morgen zur richtigen Zeit hier an dieser Stelle stehen wird, kann ich Ihnen nur sagen, daß er Ihnen dann vermutlich auf Ihre Frage eine authentische, unmittelbare Antwort geben wird.

Meine Damen und Herren, der Verleumdungskampagne, die CDU/CSU sei gegen eine Friedenspolitik, stellen wir die geschichtlichen Fakten gegenüber. Wir von der CDU/CSU haben schon eine aktive Ostpolitik betrieben, als die SPD noch nein zu Adenauers Westpolitik sagte und zu Beginn der fünfziger Jahre die Straße gegen unsere Bündnispolitik mit dem Westen mobilisierte, gegen ein Westbündnis, von dem selbst diese Regierung eingestehen muß — und das hat der Herr Bundesaußenminister wiederholt getan, der Bundeskanzler ebenfalls —, daß es die Grundlage einer Ostpolitik überhaupt ist. Vor 17 Jahren hat sich Bundeskanzler Adenauer in Zusammenhang mit dem Abschluß der Pariser Verträge zu einer Politik des Gewaltverzichts einschließlich des Verzichts auf die ABC-Waffen, also auf die Massenvernichtungswaffen, und andere, verpflichtet.

Viele Jahre, bevor von einem Atomwaffensperrvertrag überhaupt die Rede war, hat die CDU/CSU unter Adenauer bereits auf diese Massenvernichtungswaffen für Deutschland verzichtet. Ich bin überzeugt, daß dies ein ganz entscheidender Beitrag zur Friedenspolitik in Europa nicht nur nach dem Westen, sondern nach dem Osten ebenfalls war. Diese Politik hat die CDU/CSU stets bekräftigt bis hin zu Erhards Friedensnote von 1966 und bis zu Kiesingers Vorschlägen für den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen.

Es war die Politik der CDU/CSU, die mit unseren östlichen Nachbarstaaten die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Bindungen angebahnt und entwickelt hat. Es war Konrad Adenauer, der 1955 die diplomatischen Beziehungen zu Moskau herstellte, ohne einen Preis zu bezahlen, der dafür aber 10 000 deutsche Kriegsgefangene in die Heimat zurückführte. Konrad Adenauer und die Ostpolitik der CDU/CSU haben dabei stets die Freiheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland gewahrt, das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen gesichert und die deutsche Frage offengehalten.

Einen solchen Vertrag mit Moskau, wie ihn die Bundesregierung heute diesem Hohen Hause vorlegt, hätte Konrad Adenauer schon vor 17 Jahren haben können. Aber ein Bundeskanzler Konrad Adenauer hätte niemals seine Unterschrift unter einen solchen Vertrag gesetzt, der die Forderungen der Sowjets erfüllt und für die nationalen Anliegen des deutschen Volkes nur wenig bis nichts bringt.

Die CDU und die CSU wissen durchaus, wie eine Gewaltverzichtspolitik aussehen muß, die die gerade Linie der Friedenspolitik Adenauer/Erhard/Kiesinger

fortsetzt. Wir von der CSU, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben darum den Entwurf zu einem echten Gewaltverzichtsvertrag vorgelegt, während sich der von Ihnen, Herr Bundeskanzler und Herr Außenminister, abgeschlossene Moskauer Vertrag nicht einmal mehr in der Überschrift „Gewaltverzichtsvertrag“ nennen darf, zumal da die Sowjetunion in diesem Vertrag nicht auf ihre auf die Feindstaatenklausel der UN-Charta gestützten Interventionsansprüche verzichtet.

In Übereinstimmung mit dem NATO-Kommuniqué vom Dezember 1971 geht es uns um eine Entspannung durch Beseitigung der Ursachen der Spannung. Uns geht es im Gegensatz zum Moskauer Vertrag nicht nur um die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten, sondern um die Zusammenarbeit in ganz Europa. Hier ist auch die von der CDU/CSU angestrebte politische Union des freien Europa mit eingeschlossen.

Unser Vertragspartner bezieht sich auch ausdrücklich auf die Ergebnisse der Verhandlungen, die Bundeskanzler Adenauer 1955 in Moskau geführt hat. Und da ist eine Richtigstellung dessen am Platze, was vom Kollegen Mischnick in etwas unklarer Form behandelt worden ist, was aber als eine klagende Anfrage vom Außenminister heute morgen vorgetragen worden ist. Der Herr Außenminister hat hier mitgeteilt, daß die CDU/CSU zu den Verhandlungen nach Moskau bzw. später dann nach Warschau eingeladen worden sei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich lese Ihnen den entscheidenden Passus des betreffenden Briefes vor:

Die Vertreter der Fraktionen werden nicht Mitglieder der offiziellen Verhandlungsdelegation sein.

Das ist der wahre Tatbestand der Einladung zu den Verhandlungen nach Moskau und später nach Warschau.

Im übrigen war, meine Damen und Herren, als Herr Außenminister Scheel nach Moskau fuhr, um die Verhandlungen abzuschließen und um zu paraphieren, materiell von dem Verhandlungsvorläufer, Herrn Bahr, bereits alles restlos geregelt. Das, was Herrn Außenminister Scheel übrigblieb, war, noch etwas Kosmetik in diesen Vertrag hineinzubringen. Materiell und inhaltlich konnte er nichts mehr ändern.

Nun, meine Damen und Herren, will ich Ihnen einmal sagen, wie sich die Regierung Adenauer bei einer ähnlichen Situation im Jahre 1955 verhalten hat. Ich sehe meinen verehrten Kollegen Professor Carlo Schmid unter uns. Adenauer hatte auch hervorragende Mitglieder aus allen Fraktionen zu den Verhandlungen eingeladen. Herr Professor Carlo Schmid, Sie saßen mit am Verhandlungstisch.

Ich weiß — und das rechne ich Ihnen als Verdienst an —, daß Sie in einer sehr kritischen Situation dem Bundeskanzler zur Seite gestanden und die Verhandlungen mit zum Abschluß gebracht haben. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat als Einladung an eine Fraktion, an den Verhandlungen über einen Vertrag mit der Sowjetunion teilzunehmen, einen Sinn.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Schmid (Frankfurt) (SPD):

Ich muß ja eine Frage stellen —, daß der Herr Kollege Kiesinger und ich nicht nach Fraktionsproporz eingeladen wurden, sondern er als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, ich als sein Stellvertreter, und daß die Teilnahme an den Verhandlungen darin bestand, daß wir manchmal mit zu Tisch saßen. Was Sie freundlicherweise in Erinnerung gebracht haben, nämlich meine Intervention für die Kriegsgefangenen, erfolgte nicht etwa auf Grund einer Tagesordnung, sondern da habe ich mich, als die Konferenz zu platzen drohte, schlicht erhoben und gesprochen.

Herr Professor Carlo Schmid, ich bedanke mich, daß Sie den Kern meiner Ausführungen bestätigen. Selbstverständlich hätte ich nie daran gedacht, daß Sie sich wie ein Hinterbänkler an den Verhandlungstisch setzen und nicht zum richtigen Augenblick, ob gefragt oder nicht gefragt, das sagen, was Sie für richtig halten.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Schulze-Vorberg (CDU/CSU):

Herr Stücklen, ist Ihnen bekannt, daß Bundeskanzler Adenauer in seinen „Erinnerungen“ die Ausführungen von Professor Carlo Schmid in Moskau, zu denen nach Adenauers „Erinnerungen“ er, der Bundeskanzler, ihn aufgefordert hatte, er möchte auch sein Wort dazu sagen, für so wichtig gehalten hat, daß er sie im vollen Wortlaut in seinen „Erinnerungen“ abdruckt, daß aus dieser Einlassung von Professor Carlo Schmid hervorgeht: „Wir sprechen hier bei allen parteipolitischen Verschiedenheiten für das ganze deutsche Volk“, und daß diese bedeutende Rede von Professor Carlo Schmid in dem tausendseitigen Band über die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, den das Auswärtige Amt gerade herausgegeben hat, mit keinem Wort erwähnt ist? Der Band wurde gerade jetzt von Herrn Scheel herausgegeben.

Herr Kollege Schulze-Vorberg, ich kann Ihre Frage bejahen, ich kann aber noch hinzufügen, daß diese Regierung zwar sehr viel von Demokratie spricht, daß aber andere Regierungen Demokratie praktisch durchgeführt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Vertragsentwurf — das ist der Vertragsentwurf, den die CSU erarbeitet hat und der allen Abgeordneten zugegangen ist — bezieht sich ausdrücklich auch auf die Ergebnisse der Verhandlungen, die Bundeskanzler Adenauer 1955 in Moskau geführt hat. Adenauer hatte am 14. September 1955 gegenüber Bulganin erklärt:

1. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sowjetunion stellt keine Anerkennung des derzeitigen beiderseitigen territorialen Besitzstandes dar. Die endgültige Festsetzung der Grenzen Deutschlands bleibt dem Friedensvertrag vorbehalten.

2. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Regierung der Sowjetunion bedeutet keine Änderung des Rechtsstandpunktes der Bundesregierung in bezug auf ihre Befugnisse zur Vertretung des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten und in bezug auf die politischen Verhältnisse in denjenigen deutschen Gebieten, die gegenwärtig außerhalb ihrer effektiven Hoheitsgewalt liegen.

In unserem Vertragsentwurf haben wir auf diese Erklärung Adenauers gegenüber Bulganin Bezug genommen, und zwar in der Präambel. Herr Außenminister

Scheel, der entscheidende Unterschied zwischen Ihrem Brief, den Sie an den Außenminister Gromyko gerichtet haben und in dem es um das geht, was in dem zweiten Punkt des Adenauer-Briefes angesprochen ist, und dem Brief Adenauers an Bulganin ist folgender: Der Brief ist Ihnen nicht vor die Füße geworfen worden, er ist also angenommen worden und sicherlich irgendwo abgelegt, und dabei hat es sich mit Ihrem Brief! Der Brief Adenauers an Bulganin dagegen ist ausdrücklich von Bulganin bestätigt und beantwortet worden; Bulganin bezieht sich insbesondere auf den Absatz, in dem von dem Recht des deutschen Volkes auf die staatliche Einheit die Rede ist.

Meine Damen und Herren, so stellt sich auch der Unterschied zwischen dem Vertrag, den Sie uns zur Ratifizierung vorgelegt haben, und unserem Vertragsentwurf dar. Der Herr Außenminister hat hier heute morgen provokatorisch erklärt: Wo ist eure Alternative, wo habt ihr eure Ostpolitik? Wir haben diese Alternative auf den Tisch gelegt. Der Text unseres Vertragsentwurfes ist staats- und völkerrechtlich so einwandfrei, daß er bisher von keiner Seite — weder von der Regierung noch von der Koalition, von SPD oder FDP — irgendeine Beanstandung erfahren hat. Lediglich Polemik haben wir gegen diesen unseren Vertragsentwurf erfahren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Polemik kommen wir aber bei einer so schwerwiegenden, weittragenden und schicksalhaften Entscheidung wie der über diese Verträge nicht zurecht.

Zwischenfrage: Mattick (SPD):

Herr Kollege Stücklen, können Sie sich daran erinnern, daß die deutsche Bundesregierung auf Grund dieses Verfahrens mit der Sowjetunion einen Konsularvertrag abgeschlossen hat? Und erinnern Sie sich auch an die klassischen Worte Ihres Staatssekretärs, des Herrn Lahr, damals im Auswärtigen Ausschuß, daß es den Berlinern wohl zuzumuten ist, auch in Zukunft auf die Konsularverträge der deutschen Bundesregierung zu verzichten?

Herr Kollege Mattick, ich hätte es gern gesehen, wenn wir die Debatte jetzt auf den Bereich beschränkt hätten, den ich angeführt habe. Den anderen Bereich, auf den Sie sich jetzt beziehen, habe ich nicht angeführt. Ich habe auch die entsprechenden Unterlagen nicht mit. Ich höre aber mit großer Befriedigung, daß mein Kollege Marx morgen auch auf diese Frage eingehen wird.

Ich möchte eine Ausführung, die heute unser Fraktionsvorsitzender, Herr Dr. Barzel, hier gemacht hat, noch einmal unterstreichen und mit besonderem Nachdruck vortragen: In jenem Brief Bulganins ist uns von sowjetischer Seite das Recht auf staatliche Einheit, auf Wiedervereinigung zugestanden worden. Diese Position, die Adenauer gegenüber der Sowjetunion erungen hat, ist von dieser Regierung leichtfertig wieder preisgegeben worden.

Der CSU-Vertragsentwurf stellt eindeutig fest, daß es zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion strittige und unterschiedlich bewertete Fragen gibt, zu deren späterer friedlicher Lösung der erklärte Ausschluß der Gewaltanwendung beitragen soll. Hier zeigt sich deutlich die Kontinuität des CSU-Vertragsentwurfs mit der deutschen Friedenspolitik von Adenauer, Erhard und Kiesinger. Ich möchte mich hier noch auf eine Erklärung des damaligen Außen-

ministers Willy Brandt vom 13. Dezember 1967 vor dem Deutschen Bundestag beziehen. Da der Bundeskanzler nicht dasein kann, möchte ich es mir ersparen, hier zu zitieren. Ich möchte die Erklärung nur inhaltlich wiedergeben. Willy Brandt war der Meinung, daß die strittigen Fragen nicht präjudiziert werden dürften und daß ein Klima geschaffen werden sollte, daß der Lösung der eigentlichen Sachprobleme dienlich sei. Diese Politik hat der Außenminister Willy Brandt in der letzten Legislaturperiode vertreten, aber in dieser Legislaturperiode als Kanzler aufgegeben.

Die Sowjetunion sieht in dem Moskauer Vertrag eine endgültige Lösung von Sachfragen. Dafür gibt es Stimmen aus der Sowjetunion und aus dem kommunistischen Machtbereich, aus dem Machtbereich des Warschauer Paktes. Es ist eben nicht interessant genug, daß Herr Mischnick hier eine andere eindeutige Auslegung vertritt. Ich versage es mir, hier Zitate anzuführen, angefangen vom Bundeskanzler und von Kurt Schumacher, der in einer Erklärung zum Ausdruck gebracht hat: „Die Sozialdemokraten haben als erste erklärt, daß sie niemals die Oder-Neiße-Linie anerkennen.“ Ich verzichte auch darauf, in vollem Umfange das Zitat zu bringen, in dem Herr Brandt, Herr Wehner und Herr Ollenhauer anlässlich des Schlesier-Treffens erklärt haben, Verzicht sei Verrat. Ich möchte auch nicht das Zitat von Ihnen bringen, Herr Kollege Wehner, in dem Sie gesagt haben, wer auf diese Gebiete verzichte, sei ein Strolch.

Ich möchte aber ein Zitat hier vortragen – und das muß ich wörtlich bringen – über die Grenzfrage. So sagte Bundeskanzler Brandt, damals Parteivorsitzender, noch nicht Außenminister: „Über die Grenzfrage wird sich eine von der SPD gebildete Bundesregierung nicht äußern und auch keinen Verzicht anbieten.“ Und das in Pirmasens am 23. Mai 1965. Ich frage mich nur: Wenn die Versicherungen von gestern so schnell vergessen sind bei diesem Bundeskanzler, wie lange gelten dann seine Beteuerungen von heute?

In dem Vertragsentwurf der CSU heißt es jedenfalls in Übereinstimmung mit der bisher auch von Ihnen – von der Regierung und von der SPD – vertretenen Politik, daß die spätere Lösung strittiger Fragen zu einer Verwirklichung des Rechtes auf Selbstbestimmung der geteilten deutschen Nation führen muß. Die Gewaltverzichtsklausel bezieht sich in unserem Entwurf ausdrücklich auf alle strittigen Fragen einschließlich der Fragen, die Grenzen und Demarkationslinien betreffen. Im Moskauer Vertrag fehlt eine solche Formel, da er von der durch die Stalinsche Expansionspolitik geschaffenen, in diesem Raum bestehenden wirklichen Lage ausgeht. Damit sanktioniert der Moskauer Vertrag die Kriegsbeute Stalins.

Dem von der CDU/CSU-Fraktion einstimmig gebilligten Vertragsentwurf geht es bei dem Bestreben, friedliche Beziehungen zwischen den europäischen Staaten zu entwickeln, um den zügigen Ausbau der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet sowie um die Öffnung aller Grenzen für einen ungehinderten Reiseverkehr. Auch diese Formel fehlt in dem von der Regierung ausgehandelten Moskauer Vertrag. Auch hier hat diese Bundesregierung die Linie einer Politik der Freiheit zum mindesten fahrlässig verlassen.

Im Moskauer Vertrag sind demgegenüber Begriffe enthalten, die wörtlich aus sowjetischen Noten, Reden und Memoranden abgeschrieben sind. Ich erwähne z. B. „Normalisierung der Lage in Europa“. Dieser Begriff ist wörtlich abgeschrieben aus dem sowjetischen Memorandum an Bonn vom 12. Oktober 1967.

Das bedeutet nach Moskauer Urteil die Beseitigung alles dessen, was den Normen des Potsdamer Abkommens in der bekannten sowjetischen Auslegung noch nicht entspricht und was der Breschnew-Doktrin und dem uneingeschränkten russischen Kontrollanspruch zuwiderläuft.

Weiter heißt es in dem Moskauer Vertrag, daß man „von der in diesem Raume bestehenden wirklichen Lage“ ausgehen wolle. Dies ist wörtlich abgeschrieben aus dem sowjetischen Memorandum vom 21. November 1967. In sowjetischer Auslegung deckt dieser Begriff alle sowjetischen Thesen und Forderungen, die auf eine rechtsgültige Stabilisierung des gegenwärtigen russischen Herrschaftsraumes sowie auf die Ausweitung des sowjetischen Einflusses auf West-Berlin und Westdeutschland abzielen.

Weiter heißt es im Moskauer Vertrag: „Wenn niemand die gegenwärtigen Grenzen antastet“. Dies ist wörtlich abgeschrieben aus der Rede Breschnews in Moskau vom 12. Juni 1970. Im Moskauer Vertrag werden durch diese und andere Formulierungen in Artikel 3 insbesondere auch diejenigen Grenzen als unverletzlich sanktioniert, die 1939 über die Köpfe der betroffenen Völker hinweg im Hitler-Stalin-Pakt festgelegt wurden.

Ich frage: Ist es Aufgabe der Bundesregierung, auch Grenzen von Gebieten für unverletzlich zu erklären, die während oder nach dem Kriege von der Sowjetunion annektiert wurden und in keiner unmittelbaren Verbindung zur Bundesrepublik Deutschland standen oder stehen?

Ich frage weiter: Kann es Aufgabe der Bundesrepublik sein, den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 zumindest moralisch nachträglich noch zu sanktionieren? Während man gleichzeitig von östlicher Seite die Forderung hört, das Münchener Abkommen von Anfang an für ungültig zu erklären, höre ich keine Forderungen, diesen völkerrechtswidrigen Vertrag mit dem Geheimabkommen vom August 1939 zwischen Hitler und Stalin für ungültig zu erklären.

Ferner verlangt der Moskauer Vertrag „die territoriale Integrität“ aller Staaten „in ihren heutigen Grenzen“ zu achten. Auch dies ist wörtlich aus dem sowjetischen Memorandum vom Oktober 1967 abgeschrieben.

Weiter heißt es: „... keine Gebietsansprüche“ zu erheben. Dies ist wörtlich aus dem Memorandum vom November abgeschrieben.

Schließlich betrachten die Unterzeichner des Moskauer Vertrages „heute und künftig“ die Grenzen als „unverletzlich“. Dies ist wieder wörtlich aus dem Vertrag zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei November abgeschrieben.

Damit ist wohl hinlänglich bewiesen: dieser Vertrag trägt die Handschrift Moskaus.

Im Moskauer Vertrag ist im Gegensatz zum CSU-Vertragsentwurf kein Verzicht auf die sowjetische Interventionsmaßnahme gemäß Artikel 53 und 107 der Charta der Vereinten Nationen enthalten.

Wir haben es für notwendig gehalten, daß die Bundesrepublik Deutschland die von ihr verfolgte Politik der Herstellung eines politisch geeinten Europas bekräftigt. In unserem Vertragsentwurf versichert sie dabei zugleich der Sowjetunion, daß dies ein politisch geeintes unabhängiges Europa sein soll und daß die deutsche Politik zur Herstellung des politisch geeinten Europas gegen niemanden gerichtet ist, da dieses freie politisch geeinte Europa der friedlichen Zusammenarbeit mit allen anderen Staaten der Welt dienen soll.

Im Moskauer Vertrag fehlt eine entsprechende Bestimmung oder ein Hinweis auf die Möglichkeit der europäischen Integration völlig. Das Moskauer Vertragswerk soll nach erklärter sowjetischer Überzeugung ein Werkzeug sein, um die politische Einigung des freien Europas zu verhindern. Das ist hier von verschiedenen Vertretern der Koalition und auch von Seiten der Regierung bestritten worden. Es gibt ganz offizielle Erklärungen. TASS, die amtliche Nachrichtenagentur der Sowjetunion, sagt am 22. Februar 1971:

Gegenwärtig erhält die Idee der Einberufung eines gesamteuropäischen Forums zu Problemen der Sicherheit und Zusammenarbeit eine immer größere Unterstützung. Die Abhaltung eines solchen Forums würde zweifellos zur Verbesserung des politischen Klimas beitragen und weitgehend Möglichkeiten für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Staaten eröffnen. Doch einer solchen Entwicklung widerspricht unbestreitbar eine Politik, die auf die Festigung geschlossener politischer und wirtschaftlicher Blöcke, wie es die EWG ist, gerichtet ist.

Damit ist klar und unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, was auch der Fraktionsvorsitzende Dr. Barzel in Moskau aus dem Munde der verantwortlichen Vertreter der sowjetrussischen Regierung selbst gehört hat.

Ähnlich lautet die Erklärung des Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Obersten Sowjets, Jurij Schukow, vom 22. September 1970.

Leider gibt es auch eine Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, die besagt, daß die politische Einigung Europas eine Aufgabe kommender Generationen sein soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im CSU-Vertragsentwurf erklärt die Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zum Moskauer Vertrag, daß sie weiterhin in vollem Umfang das von ihr vertretene und ausgeübte Recht, Selbstbestimmung und Einheit der deutschen Nation als Ziel ihrer Politik mit friedlichen Mitteln zu verfolgen, ausüben wird. Ein solcher Passus fehlt im Moskauer Vertrag vollständig. Die Bundesregierung verzichtet darauf, dieses Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung und auch das Recht auf Einigung der geteilten Nation in den Vertragstext aufzunehmen. Sie begnügt sich mit einem Brief an Gromyko, der nicht Bestandteil des Vertrages ist, obwohl sie gerade in dieser Frage bei der Sowjetunion auf Verständnis hätte stoßen müssen, da die

Sowjetunion in den letzten Jahren ein glühender Verfechter des Selbstbestimmungsrechts der neuen afrikanischen Staaten und zuletzt von Bangla Desh war. Wir sind der Meinung, daß das, was den afrikanischen und asiatischen Staaten an Selbstbestimmungsrecht zusteht, auch für das deutsche Volk und die deutsche Nation gelten muß.

Aber die Sowjetunion will das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen verhindern, weil seine Verwirklichung gleichbedeutend mit dem Ende der kommunistischen Gewaltherrschaft im anderen Teil Deutschlands wäre. Deshalb hat die Sowjetunion die Aufnahme des Selbstbestimmungsrechts in den Vertragstext verhindert, und die Bundesregierung hat sich ihr, ich sage, in unverantwortlicher Weise gefügt.

Unser Vertragsentwurf enthält gegenüber dem Moskauer Vertrag keinerlei Festschreibungen von Grenzen, sondern die Bekräftigung, daß der Friede in Europa nur erhalten werden kann, wenn die Grundsätze des Völkerrechts, der Gleichberechtigung, des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der Nichteinmischung sowie der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, insbesondere des Rechts auf Freizügigkeit für Menschen und Ideen, überall beachtet werden. Während sich auch hier der Moskauer Vertrag den sowjetischen Forderungen beugt, führt der CSU-Vertragsentwurf die Friedenspolitik nicht nur der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch seiner westlichen Alliierten fort. Ich möchte hier nur an das Communiqué der letzten NATO-Ministerratstagung vom vergangenen Dezember erinnern, in dem das Recht auf Freizügigkeit für Menschen und Ideen als Grundlage jeder europäischen Friedenspolitik über die bestehenden Blöcke hinweg bezeichnet worden ist.

Eine der schwerwiegendsten Unterlassungen, deren sich die Bundesregierung bei der Abfassung des deutsch-sowjetischen Vertrags schuldig gemacht hat, besteht darin, daß ein Friedensvertragsvorbehalt fehlt. Der von uns vorgelegte Vertragsentwurf stellt fest, daß eine endgültige Regelung der deutschen Frage einschließlich der Grenzen einem Friedensvertrag mit ganz Deutschland vorbehalten bleiben muß. Auch hier befinden wir uns in Übereinstimmung mit nach wie vor gültigem deutschem Vertragsrecht, nämlich mit dem Deutschland-Vertrag.

Der CSU-Vertragsentwurf stellt abschließend fest, daß durch diesen Vertrag die von den Partnern früher abgeschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Verträge und Vereinbarungen in ihrer Geltung nicht beeinträchtigt werden. Hierdurch ist die volle Fortgeltung früherer Vertragsrechte, wie z. B. des Deutschland-Vertrags, eindeutig gesichert. Das ist beim Moskauer Vertrag nicht der Fall. Auch hier haben wir es wieder mit einer mehrdeutigen Auslegung zu tun.

Diese Gegenüberstellung des Moskauer Vertrags und des von der CDU/CSU-Fraktion einstimmig verabschiedeten Vertragsentwurfs zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Bundesregierung einen Vertrag nach den Vorstellungen Moskaus unterzeichnet hat, während unser Entwurf einen wirklichen Gewaltvertragsvertrag zum Inhalt hat.

Ich weiß, meine Damen und Herren, was mir von der Regierungsseite hierauf entgegnet wird: das sei ein Traumvertrag, sei Wunschträumerei, für einen Vertrag bedürfe es auch eines Partners, der gewillt sei, ihn zu unterzeichnen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist kein Traumvertrag. Ein Traumvertrag wäre es dann, wenn in diesen Vertrag der Art. 7 des Deutschland-Vertrages im Wortlaut mit aufgenommen worden wäre, d. h. wenn auch die Sowjetunion für die Wiedervereinigung Deutschlands eintreten würde und eine freiheitliche Verfassung die Verfassung für Gesamtdeutschland sein sollte.

Ich gebe zu, natürlich wird man einen so ausgewogenen Vertrag nicht unter Dach und Fach bringen, wenn man wie diese Bundesregierung sich ohne Not selbst unter Zeitdruck setzt und in wenigen Monaten in Moskau eine überhastete Vereinbarung schließt. Um einen ausgewogenen, wirklichen Gewaltverzichtsvertrag zu unterzeichnen, bedarf es zäher Verhandlungen. Dazu braucht man Geduld und langen Atem.

Vor kurzem hat uns gerade Japan eine Lektion erteilt und gezeigt, daß zähes Vertreten von nationalen Interessen und Beharrlichkeit zu einem Nachgeben Moskaus führen können. Nachdem Tokio 27 Jahre auf einen Friedensvertrag mit Moskau gewartet hat, hat der Kreml jetzt endlich seine Bereitschaft zum Abschluß eines Friedensvertrages zu erkennen gegeben. Und dies, seitdem Japan sich anschickt, sein Verhältnis zu Peking zu normalisieren.

Unseren früheren Bundeskanzler Kiesinger haben Sie hier mit „Peking, Peking“ attackiert; Bundeskanzler Brandt hat es getan. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die uns befreundete größte Macht im Westen, die Vereinigten Staaten, ein so hohes Interesse an China entwickelt, dann war es eine weise Voraussicht von Kanzler Kiesinger damals, daß er diese Frage rechtzeitig — —

(Beifall bei der CDU/CSU. — Gelächter bei der SPD.)

Wie sehr wir mit unseren Befürchtungen wegen der verschiedenartigen Auslegungen dieses Vertrages recht haben, zeigen die Ausführungen im „Forum“ — ich würde Ihnen dringend empfehlen, sie einmal zu lesen —, die von Ihrem Fraktionskollegen MdB Claus Arndt verfaßt worden sind. Hier steht:

Selten ist in einem völkerrechtlichen Dokument so deutlich zum Ausdruck gekommen, daß die beiden vertragschließenden Parteien in fast allen wichtigen Fragen des Völker- und Staatsrechts, die sie betreffen, dissentieren und dennoch ungeachtet dessen miteinander praktische Politik betreiben.

Hier wird bestätigt, daß die Sowjetunion eine andere Interpretation gibt, als sie hier von der Regierung und anderen vertreten worden ist.

Nichts zeigt im übrigen deutlicher als die Reaktion des Ostblocks, wo die wahren Unterschiede zwischen unserem Entwurf und dem von der Regierung ausgehandelten Moskauer Vertrag liegen. Radio Prag — Sie können nicht sagen: Was interessiert uns Radio

Prag? Sie wissen alle, daß in den kommunistischen Staaten der Rundfunk ein staatskontrollierter Rundfunk ist —

(Zurufe von der SPD: Wie in Bayern!)

— Das ist hochinteressant. Bisher hat uns die SPD insbesondere in Bayern immer vorgehalten, der Bayerische Rundfunk sei ein „schwarzer“ Rundfunk. Jetzt sagen Sie plötzlich: Die CSU will sich des Rundfunks bemächtigen. Wenn wir ihn doch schon in der Hand haben, brauchen wir ihn doch nicht mehr eigens mit einer Gesetzesnovelle zu erobern. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Doppelzüngigkeit, die manchmal von Ihrer Seite zu hören ist.

Radio Prag erklärte am 1. Februar — Ich zitiere, und ich würde sehr bitten, wenigstens jetzt einmal aufmerksam zuzuhören —:

Seinen

— d. h. Strauß' —

Vorstellungen zufolge sollte ein Vertrag mit der Sowjetunion bestätigen, daß die deutsche Bundesrepublik auf das sogenannte Recht auf Selbstbestimmung und Einheit der Nation nicht verzichtet, was lediglich eine andere Formulierung der revanchistischen Ansprüche auf eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges darstellt.

Wer sich also auf das Selbstbestimmungsrecht beruft, wer das Recht auf Wiedervereinigung verkündet, ist in den Augen zumindest des kommunistischen Senders Radio Prag ein Revanchist. Da ich der Auffassung bin, daß alle Damen und Herren Abgeordneten in diesem Hause das Selbstbestimmungsrecht bejahen, die Wiedervereinigung wollen, sind Sie alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, miteinander Revanchisten. Wer sich also auf das Selbstbestimmungsrecht beruft, ist ein Revanchist.

Im Gegensatz zu den Beteuerungen der Bundesregierung wird uns hier vom Osten klar gesagt, was eben nicht im Moskauer Vertrag gesichert ist. Ich zitiere jetzt aus der „Prawda“ vom 2. Februar dieses Jahres:

Der Clou des Straußschen Programms ist die Nichtanerkennung der gegenwärtigen Staatsgrenzen in Europa und daß ihre Festlegung angeblich nicht endgültig sein soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, belassen wir es in dieser Stunde bei diesen Zitaten bedeutender Stimmen aus dem Osten!

Ich möchte zum Schluß kommen. Ich darf noch eine Frage anschneiden, die wir sehr ernst nehmen. Ich sehe nämlich nicht ein, warum man hier nicht eine andere Haltung einnehmen kann: Ich habe von dem Dissens, von den verschiedenartigen Interpretationen, von den unterschiedlichen Auslegungen auf sowjetischer und unserer Seite gesprochen. Nun berufen sich die Staatsmänner des Ostens nicht nur auf den Vertrag, sondern auch auf die Verhandlungen. Deshalb sind Kollege Dr. Barzel und ich wiederholt beim Bundeskanzler und beim Außenminister vorstellig geworden und haben gebeten, Einsicht in die Protokolle bzw. in die Verhandlungsniederschriften zu erhalten.

Ich möchte nicht auf das Bahr-Papier eingehen, das es überhaupt nicht gibt, und wenn es das gibt, dann ist es höchstens eine „Notiz“. Und wenn „Notiz“ nicht mehr ausreicht, dann finden wir im offiziellen Weißbuch der Bundesregierung dieses Papier als Bahr-Papier deklariert. Ich will nicht darauf eingehen, daß man ursprünglich keine Einwendungen dagegen erhoben hat, daß wir diese Notizen als Protokoll bezeichnet haben. Es hat eine Zeit gedauert, bis irgendwo jemand auf die Idee gekommen ist, zu sagen: Wir haben ja gar kein Protokoll.

Also wir wollen uns nicht darauf festlegen, ob wir das „Protokoll“ nennen oder ob wir das „Aufzeichnungen über die Verhandlungen“ nennen, nur müssen wir es nach wie vor bedauern, daß wir bisher keinen Erfolg mit unseren Anliegen gehabt haben. Dies ist genauso unannehmbar, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie die Tatsache, daß der Parlamentarische Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr Moersch, uns einzelne für die Regierung günstige Teile aus den Protokollen selektiv anzudienen versucht, ohne daß wir kontrollieren können, was vor, zwischen und nach den Zitaten steht.

Es geht auch nicht nur, verehrter Herr Außenminister, um Protokolle oder Niederschriften über die Verhandlungen zwischen Ihnen und Gromyko, sondern es geht in viel entscheidenderer Weise um die Protokolle und Niederschriften über die Verhandlungen, die Herr Bahr mit Herrn Gromyko geführt hat.

Hier hoffen wir endgültig Aufklärung zu finden, ob die sowjetrussische Seite aus Böswilligkeit eine andere Interpretation gibt oder ob aus den Protokollen zu erkennen ist, daß diese Interpretation tatsächlich in den Verhandlungen ermöglicht wurde. Wir bedauern die Ablehnung auch deshalb, weil diese Regierung mehr Demokratie, mehr Transparenz versprochen hat. Was erleben wir? Das Gegenteil! Diese Haltung der Regierung ist eine Zumutung für die parlamentarische Opposition, für die stärkste Fraktion dieses Deutschen Bundestages!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir fragen uns, und die Öffentlichkeit wird mit uns die Frage stellen: Was hat denn die Regierung zu verbergen, daß sie sich weigert, uns Einsicht in die Protokolle zu geben?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Bundeskanzler, noch ein Wort an Sie. Ich möchte ganz kurz einen Griff in die Geschichte machen mit einem einzigen Satz, weil hier so viel von Realitäten und Anerkennung der Realitäten die Rede war: Nach der Machtergreifung der NSDAP am 30. Januar 1933 waren auch ein Reichskanzler Hitler und das Dritte Reich Realität. Sie, Herr Brandt — ich sage jetzt: Herr Brandt —, haben sich damals nicht dieser Realität gebeugt.

Sie haben sich dieser Realität nicht gebeugt. Sie sind emigriert und haben diesen Unrechtsstaat, dieses Unrechtsregime bekämpft. Ich frage Sie: Stimmen Sie mit mir überein, wenn ich sage: die Machthaber im anderen Teil Deutschlands haben keine demokratische Legitimation. Stimmen Sie mit mir überein, wenn ich

feststelle, daß diese Regierung im anderen Teil Deutschlands nicht vom freien Willen der 17 Millionen Deutschen getragen ist? Und stimmen Sie mit mir überein, wenn ich feststelle, daß die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, daß ideologischer Zwang an Stelle der Freiheit, daß Stacheldraht und Minenfelder an Stelle der Freizügigkeit stehen?

Warum, Herr Bundeskanzler, legen Sie heute andere Maßstäbe an als 1933? Doch nicht deshalb, weil das von der oder von jener Seite kommt.

Lassen Sie mich mit dem Satz schließen: Wenn Unrecht nicht mehr Unrecht ist, ganz gleich von welcher politischen Richtung dieses Unrecht zu verantworten ist, wenn brutale Macht Realitäten schafft, die anerkannt werden müssen, so ist das das Ende des Rechts insgesamt.

Willy Brandt, Bundeskanzler:

Ich weiß nicht, was das zum Schluß sollte. Ich bin Kanzler der Bundesrepublik Deutschland und stehe in der Pflicht, in dieser Bundesrepublik Deutschland für die Demokratie zu sorgen — das tue ich mit allen, die das auch wollen — und außerdem dafür zu sorgen, daß es den Deutschen auch darüber hinaus besser geht. Alles, was daran im übrigen geknüpft wird, Herr Stücklen, ist pure Heuchelei.

Dr. Rainer Barzel (CDU/CSU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir glauben, daß die Reaktion des Herrn Bundeskanzlers ebenso unbegründet wie unberechtigt war, daß Sie sich im Ausdruck vergriffen haben, Herr Bundeskanzler, durch ein Wort, das nicht parlamentsfähig ist. Wenn der Kollege Stücklen hier dargetan hat, daß diese Bundesregierung mit anderen Worten hier als draußen und jetzt als früher arbeitet, ist das der Vorwurf, Herr Bundeskanzler, mit dem Sie sich in der Sache und nicht durch Empfindlichkeit auseinandersetzen sollten.

Dr. Horst Ehmke,
Bundesminister für besondere Aufgaben:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben erneut einen nicht unbekanntem Auftritt von Ihnen, Herr Barzel, erlebt, in dem Sie — man könnte den Zuruf des Kanzlers auch darauf anwenden — versuchen, die Regierung hier ins Unrecht zu setzen, wenn sie sich gegen Unterstellungen wehrt. Der Vergleich von Herrn Kollegen Stücklen wäre ja nur dann sinnvoll, wenn es für den Bundeskanzler um die Frage ginge, aus der DDR zu emigrieren. Was der Vergleich wirklich sollte, weiß ich nicht. Vielleicht kann Herr Kollege Stücklen es hier erklären.

Aber Herr Dr. Barzel, ich wollte etwas zu Ihnen sagen. Sie haben hier vorhin etwas gesagt, was ich als un-

geheuerlich empfunden habe, als eine — vielleicht können Sie es mir anders erklären — jedenfalls prima facie sehr nationalistische Aussage.

(Zurufe von der CDU/CSU.)

— Lassen Sie mich doch einmal erklären! — Sie haben Herrn Kollegen Wehner zugerufen, er solle hier nicht reden — ich habe es im Protokoll noch nicht nachlesen können —, solange er hier in diesem deutschen Parlament aus auswärtigen Quellen zitiere.

(Widerspruch bei der CDU/CSU. — Abg. Kiep: Lesen Sie doch erst einmal nach! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

— Gut, solche Mißverständnisse können entstehen. Dann ist die richtige Art, miteinander umzugehen — da Sie doch nach draußen immer für Sachlichkeit sind —, hier eine Richtigstellung zu bringen. Ich bitte Sie darum, richtigzustellen, was Sie vorhin gemeint haben, und ich bitte auch Herrn Kollegen Stücklen hier um Richtigstellung. Aber hier so zu operieren, das einerseits unklar zu lassen und dann andererseits in oberlehrerhaftem Ton moralische Belehrungen zu erteilen, das ist nicht der Stil der Sachlichkeit, der allein dieser Sache angemessen ist.

Dr. Rainer Barzel (CDU/CSU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Ehmke hat es soeben für notwendig gefunden, auf die Stelle zurückzukommen, die während meiner Intervention nach der Rede des Herrn Bundeskanzlers zu Unruhe auf dieser Seite des Hauses führte. Ich habe während der letzten Rede das Protokoll bekommen, und es ist unverändert. Ich lese jetzt die Sätze vor, die zu der Unruhe führten. Die Sätze heißen:

Und dann, Herr Kollege Wehner, lesen Sie doch vielleicht einmal nach — wenn Sie hier schon dauernd mit auswärtigen Quellen arbeiten, um eine deutsche Politik hier im deutschen Parlament zu begründen — —

Das ist der ganze Satz. Auf Grund dieses Satzes gab es diese Unruhe. Sie zeigt, daß Nervosität bei Ihnen ist, meine Damen und Herren.

William Borm (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir fahren in der Aussprache fort. Ich habe mit großem Interesse, Herr Kollege Stücklen, Ihre Ausführungen über den Vertragsentwurf der CDU/CSU gelesen, und ich frage mich, ob es möglich ist, daß Sie annehmen, die so schreckliche Sowjetunion würde Ihren schönen Vertrag annehmen. Ich glaube, wir folgen in diesem Fall besser der Anregung des Kollegen Kiesinger, der es als eine politisch richtige Tat hingestellt hat, zuzuwarten. Ich glaube, wir legen diesen Vertragsentwurf beiseite; realisierbar ist er ohnehin nicht. Nur das wollte ich zu Ihren Ausführungen sagen.

Nun möchte ich zu dem Thema Berlin kommen, einem Thema, bei dem die Leidenschaften wahrscheinlich nicht so hochgehen werden; denn hier gibt es sicherlich weniger grundsätzliche Gegensätze, wie die Vergangenheit bewiesen hat. Diese Stadt Berlin steht wieder einmal mitten im Weltgeschehen. Um das zu illustrieren, gestatten Sie mir bitte, zu Anfang das darzulegen, was Präsident Nixon am 2. Januar 1972 über das Berlin-Abkommen gesagt hat. Er hielt dieses Abkommen für einen Durchbruch hin zu einem Gipfel-treffen mit Moskau. Dieses Abkommen, so sagte er, lasse erkennen, daß die USA und die Sowjetunion, wenn es möglich sei, sich über dieses kritische, dieses dauernd umstrittene Gebiet zu einigen, vielleicht auch eine Möglichkeit finden könnten, sich über andere Probleme zu einigen und möglicherweise über den Nahen Osten, möglicherweise auch über eine Rüstungs-begrenzung. Das zeigt, wie sehr diese Stadt Berlin, meine Kollegen, mit der Weltgeschichte verflochten ist.

Dieses Abkommen ist in der Tat nicht nur ein besonders wichtiger Teil der Europapolitik unserer Tage, es ist auch ein historisches Abkommen von weltpoliti-scher Bedeutung. Dieses Gewicht aber konnte dieses Abkommen nur erreichen, weil es im Berlin-Abkom-men und den Ostverträgen erstmalig gelungen ist, die Ziele, in denen wir gemeinsam sind, mit den Möglich-keiten, die die Regierung gewahrt hat, in Einklang zu bringen. Dazu gehörte in erster Linie Ehrlichkeit vor uns selbst, und dazu gehörte Sinn für Realität. Wir haben doch erlebt, gerade wir in Berlin, wohin es ge-kommen ist, als die früheren Bundesregierungen sich dazu nicht fähig zeigten, als sie nämlich mit der For-derung „alles oder nichts“ die tiefe Weisheit des Begriffs Kompromiß mißachteten, ohne den Entspan-nung nun einmal nicht denkbar ist.

Nachdem die Bundesregierung nun endlich in zähen Verhandlungen einen Kompromiß erreicht hat, ver-suchen Sie nun, meine Damen und Herren von der Opposition, diesen Kompromiß dadurch zu entwerten, daß Sie Leistungen und Gegenleistungen in einer Art gegeneinander aufrechnen, die der Wirklichkeit des Erreichten nicht gerecht wird. So achten Sie z. B. die für uns positiven Auswirkungen im politisch-psycho-logischen Bereich — da ist es bei uns Deutschen manch-mal sehr schlecht bestellt — gering, und sie über-bewerten als Eigenleistung oder, wie Sie es nennen, als Vorleistung die nachträgliche Respektierung längst bestehender und von der gesamten übrigen Welt zur Kenntnis genommener politischer Tatsachen.

Wir haben mit diesem Kompromiß, der nach seiner Definition auch dem Gegenspieler Pluspunkte zu-gestehen muß, mit den Berlin-Verträgen praktische Ergebnisse erzielt, die weitgehend — das freue ich mich feststellen zu können — auch den Vorstellungen der Opposition entsprechen. 25 Jahre lang war der westliche Teil dieser Stadt bedroht. Der Osten wollte mit Blockade, mit Ultimatum die Schutzmächte aus Berlin hinausdrängen. Er wollte sich diese Stadt ein-verleiben oder ohne jede Bindung an den Bund vogel-frei machen. 25 Jahre lang hing Berlin in der Luft, ohne sicheres Fundament, stets Willkürmaßnahmen aus-gesetzt, ein willkommener Hebel, über den Moskau zu jeder Zeit — und das hat es getan — Druck auf die Westmächte ausüben oder unser Verhältnis zu den

Verbündeten stören konnte. Ich erinnere nur daran, daß nach dem Bau der Mauer die Ansichten darüber, was daraufhin zu geschehen habe, zwischen der Bundes-regierung und den Westmächten weit auseinander-gingen. Diese Situation stellte einen Gefahrenpunkt erster Ordnung dar, für Deutschland, für Europa, für den Frieden der Welt und nicht zuletzt für Berlin selbst.

Wer würde ohne Entspannung in West-Berlin noch langfristig investieren? Wie sollte der Prozeß der Über-alterung auf die Dauer gestoppt werden? Wie wäre die Funktion, wenn derzeit schon nicht einer deutschen Hauptstadt, so doch einer deutschen Weltstadt unter diesen Umständen aufrechtzuerhalten gewesen? Wie sollte diese Stadt je eine europäische Bedeutung er-langen können? Aus solchen Überlegungen ergaben sich die Forderungen, die die Bundesregierung an ein Berlin-Abkommen stellen mußte. Dabei war uns eben-so wie unseren Verbündeten von Anfang an klar, daß diese Forderungen nur in einem engen politischen Zusammenhang mit den Ostverträgen, mit dem gegen-seitigen Gewaltverzicht und nur bei Respektierung des Status quo in einem befriedigenden Umfang durch-zusetzen waren und nicht anders.

Dies geschah in geduldigen Verhandlungen und bei-spielhafter Zusammenarbeit mit den drei Westmächten. Was wurde bis jetzt erreicht? Ich nenne nur vier Hauptpunkte.

Erstens: Seit 1948 hat die Sowjetunion erstmals wieder die Viermächteverantwortung für Berlin als Ganzes anerkannt; lesen Sie die Präambel des Berlin-Abkommens. Damit sind die Rechte der Drei Mächte für West-Berlin nicht mehr bestritten, und diese Rechte waren einstmals Anlaß für die Berlin-Blockade und für das Chruschtschow-Ultimatum.

Zweitens: Die Bindung Berlins an den Bund, die 20 Jahre lang umstritten war, ist vertraglich festgelegt worden. Die Vertretung der Interessen West-Berlins und seiner Bewohner wird künftig durch die Bundes-regierung auch in den Ländern des Ostens übernom-men. Die Einbeziehung in die internationalen Ver-träge der Bundesrepublik ist gesichert.

Drittens: Erstmals überhaupt wurde von den Vier Mächten die vertragliche Grundlage für den zivilen Personen- und Güterverkehr von und nach West-Berlin geschaffen und zwischen Bonn und Ost-Berlin im einzelnen ausgehandelt. 25 Jahre — prüfen wir uns doch — schien eine solche politische Überein-kunft zwischen beiden deutschen Staaten undenkbar. Undenkbar schien es auch, daß der Osten jemals das Druckmittel eines nicht geregelten zivilen Verkehrs aus der Hand geben würde.

Und endlich viertens: Erstmals seit 20 Jahren be-steht für die Westberliner wieder die vertraglich ge-sicherte Möglichkeit, Ost-Berlin und die DDR zu be-suchen. — Nun wissen wir, daß die DDR gestern ein-seitig die Möglichkeit eröffnet hat, daß die West-berliner den Ostteil ihrer Stadt besuchen. Und, meine Damen und Herren, ich habe gestern im Fernsehen gesehen, daß ein prominentes Mitglied der Opposition erklärte, das sei eine Folge der Härte. Meine Damen und Herren, das ist eine Folge der geschlossenen Verträge!

Diese Verträge haben nach Jahren die Mauer endlich wieder einmal von West nach Ost durchlässig gemacht. Aber in diesem Zusammenhang gestatten Sie mir bitte, zu sagen: wir alle wollen die Mauer weghaben, aber wir bekommen sie niemals von West nach Ost, sondern nur von Ost nach West weg. Und darüber müssen wir mit ihnen reden.

Das alles ist — der Bundesaußenminister sagte es — gewiß noch keine Berlin-Lösung, aber es ist eine Berlin-Regelung, die die Lebensfähigkeit dieser Stadt wiederherstellt und uns eine Atempause sichert, daß wir in Ruhe bis zur endgültigen Entscheidung warten können. Das ist gewiß kein Grund zum Jubeln — das will man uns fälschlich unterstellen —, aber es ist ein Ausgangspunkt geschaffen worden, eine Chance für weitere positive Entwicklungen.

Natürlich wünschen wir uns mehr, natürlich wünschen wir den freien Verkehr nach beiden Richtungen. Aber was wir erreichten, war das heute möglich Gebliebene, und es ist sehr viel mehr, als viele zu hoffen wagten. Wer das Gegenteil behauptet, tut es wider besseres Wissen oder weil er sich niemals richtig informiert hat. Wir freuen uns — ich sagte es —, daß manche unserer Argumente auch von der Opposition — wenigstens zum Teil — anerkannt und gewürdigt werden.

So Kollege Dr. Schröder im Deutschlandfunk am 5. September: Er sieht reale Lebenserleichterungen für die Berliner; er sieht die Verantwortlichkeit der drei Westmächte für das freie Berlin gesichert; er begrüßt, daß keine Bundesbediensteten aus Berlin abgezogen werden; er sieht die enge Bindung zwischen Bund und West-Berlin gesichert; er begrüßt, daß wir Berliner nach wie vor hierbleiben können, was be-kanntlich oft genug umstritten war; er hält die gesamte Berlin-Regelung für akzeptabel, wenn die innerdeut-schen Gespräche mit vernünftigen Lösungen enden. Meine Damen und Herren, sie haben mit vernünftigen Lösungen geendet, und so haben wir gehandelt.

Herr Kollege von Wrangel in der „Welt“ vom 11. Sep-tember 1971: Die Außenvertretung entspricht den CDU-Vorstellungen.

Der Vorsitzende der CSU sieht den Personen- und Warenverkehr ohne menschliche und bürokratische Schikanen sowie gleichberechtigte Behandlung der Berliner als seiner Zustimmung würdig.

Kollege Marx hält Transitverkehr mit plombierten Wagen und durchgehenden Zügen, Personenverkehr und die Einrichtung von Rastmöglichkeiten für ver-nünftige Regelungen.

Und nicht zuletzt der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Herr Lummer, der die Dinge sicherlich sehr eingehend geprüft hat! Er sagt, es stehe ganz außer Frage, daß eine Reihe von Verbesserungen erreicht werde, wenn die Praxis dem Buchstaben entspreche. Hier, meine Damen und Her-ren, muß ich allerdings Herrn Lummer beipflichten: wenn die Praxis dem Buchstaben entspricht. Im Ge-gensatz zu manchem tun wir, tut die Regierung alles, was in ihren Kräften steht, um diese Übereinstimmung nicht zu behindern. Herr Lummer sagt, er könne diese Berlin-Verträge fast als befriedigend ansehen.

Nun ist es das Wesen einer Opposition, daß ihre Vertreter jeweils behaupten, sie hätten mehr erreichen können, und die Gegenseite sei mit weniger zufrieden gewesen. Aber gerade diese Opposition hier in diesem Hohen Haus dürfte es schwer haben, die deutsche und die internationale Öffentlichkeit von ihren Fähigkeiten gerade in diesem Bereich zu überzeugen. Sie haben doch in 20 Jahren Regierungsverantwortung nicht verhindern können, daß sich die politische Lage Berlins laufend verschlechterte. Auch die wirtschaftliche Lage blieb trotz aller Hilfsmaßnahmen ständig bedroht und labil.

Nun spricht man von den steigenden Investitionen, von denen Sie sicher auch noch einen Teil zu Ihrem Vorteil abbuchen möchten — warum auch nicht —, aber sie waren doch nur möglich, weil sich bereits seit Jahren ein Klima der Entspannung anzubahnen anfing. De facto wurde von Ihnen doch stets nur an den Symptomen herumkuriert. Das Übel an der Wurzel haben Sie niemals angepackt. Sie haben reagiert, Sie haben nie versucht, das Gesetz des Handelns an sich zu reißen. Das hat aber die Regierung jetzt getan.

Selbstverständlich weiß auch ich um die internationale Verflechtung des Berlin-Problems. Das ist nun einmal nicht jederzeit und nicht isoliert anzupacken. Schon zu Ihrer Regierungszeit war aber der weltweite Wunsch nach Entspannung deutlich sichtbar geworden. Die darauf schon seit Jahren basierende Politik der Weltmächte hätte Berlin auch schon früher eine Chance, zu einer grundsätzlichen Regelung zu kommen, gegeben.

Das hätte möglicherweise — ich greife einige Vorwürfe auf, die Sie hier heute erhoben haben — in der Tat sogar unter besseren Voraussetzungen von Ihnen, meine Herren Kollegen, genutzt werden können, wenn es nur rechtzeitig, wenn es methodisch richtig und wenn es konsequent betrieben worden wäre. Das aber haben Sie nicht getan. Unser Kollege Professor Erhard hat zwar einen Versuch in dieser Richtung gemacht, es blieb aber bei einer anerkennenswerten Absichtserklärung. Dieser blieb auch in der Erweiterung durch den Kollegen Kiesinger, der bereit war, die DDR als gleichberechtigten Gesprächspartner zu akzeptieren, der Erfolg versagt, weil man die Konsequenzen dieser Absicht scheute, nämlich den Weg über Moskau und den schmerzlichen Prozeß, unserem Volk seine wahre Lage darzulegen. Man hat die verbliebenen Möglichkeiten und Grenzen deutscher Politik frei von Illusionen und frei von trügerischen Hoffnungen nicht genutzt.

Diese sozialliberale Koalition hat diesen Mut gehabt, und sie hat zugleich die Chance genutzt, die uns die weltpolitische Entwicklung jetzt noch — ich wiederhole: jetzt noch — bietet. Das könnte sich aber sehr schnell ändern, und die Entwicklung könnte an uns vorbeigehen oder über uns hinweggehen.

Es ist wenig überzeugend, wenn Herr Ministerpräsident Filbinger darauf hinweist, daß die neue Entwicklung in Ostasien zu späterer Zeit bessere Chancen bieten müsse. Auch Kollege Dr. Barzel — er ist jetzt nicht hier — will die China-Karte, und zwar schon jetzt, ins Spiel gebracht wissen. Meine Damen und Herren, natürlich wird die Regierung das Verhältnis

zu China, das Verhältnis zur dritten Weltmacht normalisieren, aber nicht mit vordergründigen Aspekten.

Können wir uns den wirklich vorstellen, daß die von uns allen so sehr gewünschte dauerhafte und friedliche Neuordnung Europas aus dem Spannungsverhältnis zwischen zwei Weltmächten auf dieser so klein gewordenen Erde erwachsen könnte? Können wir wirklich erwarten, daß man dann uns als lachendem Dritten das Geschenk der Wiedervereinigung — in welchen Grenzen auch immer — präsentieren würde? Können wir erwarten, daß dieses Abwarten und dieses politische Kalkül der Interessenlage unserer Verbündeten entsprechen? Das sind doch Denkkategorien aus einer Geschichtsepoche, die hinter dem Atompilz über dem Bikini-Atoll untergegangen ist. Das sind doch sehr gefährliche Spekulationen! Vor ihnen können wir nicht genug warnen.

Leider tragen viele kritische Bemerkungen der Opposition zum Berlin-Vertrag lediglich polemischen Charakter und haben keinen substantiellen Bezug, so z. B. wenn Kollege Marx sagt „Auch in Berlin wird nur sowjetische Westpolitik getrieben“ oder: „Die Einschränkungen für die Westberliner sind unerträglich.“

(Abg. Dr. Marx [Kaiserslautern]: Wo haben Sie denn dieses Zitat her?)

Dabei sollten Sie doch alle wissen, daß nach dem Wortlaut —

(Abg. Dr. Marx [Kaiserslautern]: Unglaublich! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Jetzt! — Vor der Öffentlichkeit!)

— Sie haben gesagt: Auch in Berlin wird sowjetische Westpolitik getrieben. Das habe ich selber in der Zeitung gelesen.

(Abg. Dr. Marx [Kaiserslautern]: Und was haben Sie eben zitiert? Wiederholen Sie es noch einmal!)

Ich habe gesagt: Auch in Berlin wird nur sowjetische Westpolitik getrieben.

(Abg. Dr. Marx: [Kaiserslautern]: „Nur“ haben Sie gesagt!)

Ich habe des weiteren gesagt, daß Sie gesagt hätten, die Einschränkungen für die Westberliner seien unerträglich — und dies, Herr Kollege Marx, obgleich Sie genau wissen, daß, wenn das Abkommen verifiziert ist und in Kraft tritt, die Bedingungen, unter denen die Westberliner in die DDR und nach Ost-Berlin einreisen können, zwar nicht befriedigend sind, obwohl aber noch besser als die Bedingungen für die übrigen Bundesbürger.

Kollege Wohlrabe geht so weit, von einer „doppelt unbefriedigenden Blamage“ zu sprechen, da für die Westberliner weniger erreicht worden sei, als von den Alliierten, von der Bundesregierung und vom Senat vorausgesetzt worden wäre. Meine Damen und Herren, das ist objektiv nicht richtig; es ist unwahr. Der subjektive Informationsstand des Kollegen Wohlrabe ist mir allerdings unbekannt.

Herr Kollege von Guttenberg will glauben machen, daß die Sowjets nunmehr erstmals eine vertragliche Grundlage gewonnen hätten, die politische Trennung West-Berlins vom Bund weiter zu betreiben. Meine Kollegen, dem steht doch der klare, ausdrückliche Text des Viermächteabkommens entgegen. Dieser spricht nämlich davon, daß die bestehenden Bindungen ausgebaut werden können. Solche polemischen Äußerungen sind doch letztlich von überholten Vorstellungen geprägt.

Thomas Mann sprach vom Antikommunismus — er meinte damit diesen als Prinzip und als Maxime politischen Handelns — als der Grundtorheit unseres Jahrhunderts, die keine Chance mehr habe. Die Welt hat dann auch längst die Konsequenzen daraus gezogen. Präsident Nixon ist heute in Peking und in einiger Zeit in Moskau, und dort wohnen bekanntlich ja Kommunisten.

Ebenso falsch wird auch der Sachzusammenhang zwischen dem Moskauer Vertrag und den Berlin-Vereinbarungen dargestellt. Die drei verbündeten Westmächte und die Bundesregierung trugen diesem Sachverhalt Rechnung, um ein für uns positives Berlin-Abkommen zu erreichen. Denn zweifellos konnte erst auf dieser Basis die Einigung zwischen den drei Westmächten und der Sowjetunion erfolgen. Im übrigen ging Kollege Barzel von den gleichen Gedankengängen aus, als er am 27. Mai vor diesem Hohen Hause ausführte:

Sollte die Bundesregierung beabsichtigen, den Vertrag mit der Sowjetunion abzuschließen, bevor die Gespräche der Alliierten in Berlin zu greifbaren positiven Ergebnissen geführt haben, so würde dies die Zukunft Berlins gefährden.

Also auch er erkannte den ursächlichen Zusammenhang.

Die Opposition oder doch Kräfte in ihr möchten nun die UdSSR von vornherein für vertragsbrüchig erklären, weil sie ihrerseits — notabene: erst nachträglich, als die Opposition aus allen Rohren gegen die Verträge zu schießen begonnen hatte — angeblich ein Junktim herstellte, um die Bundesregierung zu bewegen, den Moskauer Vertrag ratifizieren zu lassen, wie es heute eingeleitet worden ist. Wir sollten die Interessenlage der Sowjetunion begreifen. Vielleicht geschah es auch, um die DDR zu beruhigen, die das Berlin-Abkommen intern für sich negativ interpretiert. Die Chinesen sprachen sogar davon — diesmal die Chinesen auch von mir ins Feld geführt —, daß die Sowjetunion die DDR an die Bundesrepublik ausgeliefert habe.

Die CSU hält nach den Worten ihres Vorsitzenden dagegen das Berlin-Abkommen für so einseitig im Interesse der Sowjetunion gelegen, daß er am 17. Oktober 1971 auf dem CSU-Parteitag feststellte, die Sowjetunion werde dieses Abkommen auch dann nicht aufs Spiel setzen, wenn die Verträge nicht ratifiziert würden. Was soll das? Kann das jemand im Ernst wirklich glauben.

Der Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Herr Lummer — ich sagte das bereits —, hält die Verträge

für fast befriedigend und stößt sich lediglich an der Verbindung mit dem Moskauer Vertrag.

Welche Anhäufung widersprüchlicher Aussagen! Wie stark muß der durch keine Argumente zu erschütternde Wille der Opposition sein, nein und nur nein zu den Verträgen zu sagen, wenn auch widersprüchlichste Argumente immer nur zum vorgeplanten Nein führen können! Das erinnert doch fatal an die Haltung des Abtes in „Nathan der Weise“, dem es kompromißlos nur auf Nathans Tod ankam. Hier drängt sich ebenso wie bei dem sogenannten Alternativentwurf der CDU/CSU der Eindruck auf, daß außen- und innenpolitische Motivationen in gefährlicher Weise vermischt werden. Jeder von Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, wird sich fragen müssen, ob er das mitmachen kann angesichts unserer Verantwortung aus der geographischen Lage unseres Landes, angesichts unseres wirtschaftlichen und politischen Gewichts und angesichts unserer Bedeutung für das westliche Bündnisystem. Jeder wird sich fragen müssen, ob er das mitmachen kann in einer Phase weltpolitischer Entwicklung, die von uns sicher schwere, aber klare und eindeutig motivierte sachbezogene, nur sachbezogene Entscheidungen fordert.

Kritische Äußerungen der Opposition sprechen im Hinblick auf Berlin von einem Status quo minus. Dafür werden hauptsächlich zwei Argumente ins Feld geführt, mit denen ich mich auseinandersetzen habe.

Erstens: Es sei die folgenschwerste Bestimmung des Viermächteabkommens, daß die Berliner Westsektoren kein Land, kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik seien und daß diese von den Alliierten gewünschte Formel — so Kollege Marx in der „Welt“ vom 6. September 1971 — jetzt in ein internationales Abkommen eingeführt sei; diese Formel habe bisher nur intern zwischen uns und den Westalliierten existiert. Ebenfalls Kollege Marx am 19. Februar 1972 im ZDF-Hearing. — Wollen Sie im Ernst behaupten, wir hätten diese von den Alliierten gewünschte Formel mitsamt den ursprünglichen Vorstellungen der UdSSR über Berlin als einem dritten deutschen Staat überspielen und West-Berlin vertraglich als ein Land der Bundesrepublik deklarieren lassen können?

Glaut die Opposition etwa im Ernst, daß die Alliierten, wenn es nicht zum Abschluß des Viermächteabkommens gekommen wäre und wenn die Spannungen in Berlin fortbestehen würden, jemals bereit wären, einer vollen Einbeziehung West-Berlins als eiftes Bundesland in die Bundesrepublik zuzustimmen? Eine solche Annahme kann doch nur illusionär sein. Insoweit ist also keine Änderung der realen Lage durch das Viermächteabkommen erfolgt.

Nach dem Viermächteabkommen können die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik nicht nur aufrechterhalten, sondern weiterentwickelt werden. Es bleibt die Bundespräsenz mit den Ausschusssitzungen des Bundestages und des Bundesrates sowie den Sitzungen der Fraktionen. Kein Bundesbediensteter wird aus Berlin abgezogen. Wir bleiben hier. Zudem wird die Bundesrepublik nunmehr West-Berlin außenpolitisch auch gegenüber dem Osten vertreten. Das alles läßt zwar noch Wünsche

übrig, aber man kann doch dann gegenüber der jetzigen Lage nicht von einem Status quo minus sprechen.

Sie wissen genau, daß die vertraglichen Festlegungen, die das Abkommen enthält, von der Sowjetunion bisher als mit dem sogenannten internationalen Status Berlins nicht vereinbar bezeichnet wurden. Jetzt ist die Sowjetunion zur Unterschrift bereit. Das hat bisher keine andere Politik erreicht.

Zweitens: Die Opposition führt das vorgesehene sowjetische Generalkonsulat in Berlin als weiteren Beweis für den Status quo minus an. Sie wissen genau, daß dieses Generalkonsulat das Äquivalent dafür ist, daß die Sowjetunion die Vertretung und Betreuung der West-Berliner durch die entsprechenden Institutionen der Bundesregierung in den osteuropäischen Staaten nicht mehr in Frage stellt. Sie wissen, daß damit West-Berlin aus der Zuständigkeit der sowjetischen Botschaft bei der DDR herausgenommen wird. Das ist das Entscheidende. Sie wissen, daß dieses Generalkonsulat bei den drei Westmächten akkreditiert werden soll. Das unterstreicht doch wohl deutlich die Tatsache, daß die Sowjetunion die alleinige Oberhoheit der drei Westmächte für West-Berlin ausdrücklich anerkennt, unbeschadet der weiter bestehenden Vier-Mächte-Verantwortung für ganz Berlin.

Schließlich ist ein sowjetisches Generalkonsulat, das noch dazu in seinem Personalbestand vertraglich begrenzt ist, nicht als ein Minus für eine Stadt anzusehen, die nach unser aller Wunsch gerade durch die Vertragswerke in eine neue zukunftssträchtige Funktion zwischen West und Ost hineinwachsen soll. Oder wollen Sie z. B. in einem sowjetischen Generalkonsulat in Hamburg auch einen sowjetischen Machtzuwachs sehen?

Noch eins: Uns wird gelegentlich vorgeworfen, wir würden Positionen und Ansprüche für ein Linsengericht aufgeben. Ich darf daran erinnern, daß der frühere Bundeskanzler Kollege Kiesinger bereit war, auf die Bundesversammlung im Jahre 1969 in Berlin zu verzichten, wenn dafür seitens Ost-Berlins Passierscheine gewährt worden wären. Er motivierte am 3. März 1969 in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven“ diese Bereitschaft so: „Es ist kein Tauschmittel, sondern es ist einfach die Frage: was ist besser für Berlin und die Berliner, daß wir als ein Symbol der politischen Zusammenarbeit die Bundesversammlung dort abhalten oder daß wir etwas für sie herausholen, was für die Dauer ihre Position verbessert? Das ist die ganze Frage.“ In der Tat, das ist die Frage. So handeln wir.

Meine Damen und Herren, niemand von uns wäre bereit, diese – zur Zeit ruhende – Funktion, den Anspruch Berlins als deutscher Hauptstadt, aufzugeben. Aber dieser Anspruch ist durch die Verträge ebenso wenig berührt wie alle anderen Fragen, die für eine friedensvertragliche Regelung ausdrücklich offengehalten sind. Es liegt jetzt an uns und an niemand anderem, aus West-Berlin eine attraktive Weltstadt zu machen, solange es noch nicht wieder deutsche Hauptstadt sein kann.

Herr Dr. Barzel, Sie befürchten, daß West-Berlin durch die ständige Aufwertung – das sind Ihre Worte – Ost-Berlins mehr und mehr verkümmern müsse. In der Tat, ohne diese Ostverträge würde ich diese Befürchtung nach den Erfahrungen der Vergangenheit vielleicht sogar teilen. Jetzt aber, da die Verträge die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit der Stadt sichern sollen, wird mit deren Ratifizierung neuer Raum für neues Denken und Handeln geschaffen. Sie, Herr Kollege Barzel, wetteifern doch geradezu – erfreulicherweise, darf ich sagen – mit der Bundesregierung, dem Westberliner Senat und seinem Regierenden Bürgermeister in bezug auf Vorschläge, wie man diese Stadt Berlin für uns alle und für seine Bewohner attraktiver machen könnte.

Nur, Herr Kollege, die Schlüsselfrage, die *Conditio sine qua non*, sollten Sie nicht übersehen: Realisierbar werden alle diese Gedanken erst durch ein Ja zu den Ostverträgen. Ein Nein würde Berlin nicht nur wieder in den Zustand latenter Spannungen und stets möglicher Krisen zurückwerfen, die jede Bemühung um seine Lebensfähigkeit und seine innere Ruhe in Frage stellen. Ein Nein würde nicht nur das Klima der Entspannung, in dem wir jetzt schon leben und von dem wir schon profitieren, wieder zerstören. Ein Nein würde auch – und das wiegt am schwersten – die weltweite Politik unserer Verbündeten, die wie noch nie in der Nachkriegszeit auch in der Berlin-Frage mit der Bundesregierung konform läuft, empfindlich stören. Ein Nein würde jenen Kräften in der DDR, die den Entspannungsverträgen inneren Widerstand entgegenzusetzen, neuen Auftrieb geben.

Die Folgen eines Nein wären unabsehbar. Es wäre einfach apolitisch, wenn man glauben wollte, daß ein Nein nur eine vorübergehende, leichte internationale Unruhe auslösen würde, für die dann die jetzige Bundesregierung und ihre Verbündeten allein verantwortlich wären. So leicht macht es die Geschichte an einem Kreuzweg, am möglichen Beginn einer neuen Epoche, niemandem, auch nicht der Partei, die jetzt in der Opposition steht.

Vergessen Sie auch nicht, daß es die vier Alliierten waren, die das Abkommen über Berlin abgeschlossen haben, das durch interdeutsche Verhandlungen lediglich ergänzt worden ist. Wollen Sie unsere Verbündeten desavouieren? Glauben Sie im Ernst, daß Sie, wenn Sie in der Regierungsverantwortung gestanden hätten, mehr hätten erreichen können als die USA, Großbritannien und Frankreich zusammen? Diese Frage sollten Sie sich vorlegen.

Wir alle, meine Kollegen, tragen vor unserem Volk und vor der europäischen Geschichte eine schwere Verantwortung. Meine Entscheidung basiert auf den Erfahrungen eines langen Lebens. Sie basiert auf den Lehren aus zwei Weltkriegen. Sie basiert auf schweren persönlichen Erlebnissen. Nicht jeder von Ihnen, Gott sei Dank, brauchte dies alles zu durchleben. Das aber enthebt niemanden der Verantwortung. Hier ist der einzelne gefordert. Daran sollten Sie denken, meine Kollegen von der Opposition.

Dr. Gerhard Schröder (Düsseldorf) (CDU/CSU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Darf ich zunächst ein Wort an die Adresse des Kollegen Borm sagen. Seine Ausführungen über Berlin, das Viermächte-Abkommen und die damit zusammenhängenden Probleme bedürfen einer eingehenden Kommentierung und Behandlung. Sie wird morgen von meinen beiden Berliner Kollegen vorgenommen werden. Ich möchte mich damit jetzt im Augenblick nicht im einzelnen beschäftigen.

Erlauben Sie mir in der kurzen Zeit, die bleibt, noch einmal die Gesamthematik zu behandeln. Ich möchte mit dem Punkt beginnen, von dem ich annehme, daß er für uns alle hier unsere tiefste Sorge bedeutet, nämlich die Teilung unseres Landes.

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen hatte die Freundlichkeit, sich am 9. Februar im Bundesrat mit den Sorgen zu beschäftigen, die ich kürzlich zur Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung dargelegt habe. Sie haben, Herr Bundesminister, Bezug genommen auf meine Feststellung, unser schwerstes Bedenken gegen den Moskauer Vertrag sei es, daß durch ihn die Teilung Deutschlands vertieft werde. Sie haben dazu bemerkt – mich hat das etwas erstaunt –, die Teilung Deutschlands hänge doch nicht davon ab, ob die Zentralafrikanische Republik die DDR anerkenne oder nicht. Sie werden doch nicht im Ernst annehmen, daß das von Ihnen erwähnte Beispiel den Kern unserer Sorge trifft.

Die Frage, Herr Bundesminister, um die es hier geht und die nicht mit so leichter Hand vom Tisch gewischt werden darf, ist doch die: Wie wird sich die staatliche Aufwertung, die internationale Etablierung der DDR auf die Teilung Deutschlands auswirken?

Welche Folgen wird es haben, wenn beide Teile Deutschlands Mitglieder der Vereinten Nationen werden? Welche Konsequenzen werden sich ergeben, wenn die DDR weltweit völkerrechtlich anerkannt sein wird? Was wird sein, wenn unsere Partner beim Deutschlandvertrag, wenn Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika in Ost-Berlin Botschaften errichten werden? Welchen politischen Wert werden dann die feingesponnenen rechtlichen Vorbehalte der Bundesregierung noch haben, einer Bundesregierung übrigens, die den Wert anderer, von uns aufrechterhaltener und wesentlich kräftigerer Rechtspositionen ja sehr gering veranschlagt hat? Auf diese Fragen kommt es an. Die Regierung, so fürchte ich, geht bei ihrer Beantwortung einen Weg, der mit Illusionen gepflastert ist.

Meine Damen und Herren, die harte und langwierige Auseinandersetzung um die deutsche Ostpolitik und um die Ostverträge ist ein Vorgang, der für ein demokratisches System normal ist. Die Debatte verlangt von uns allen große Klarheit. Sie braucht sachliche und nicht persönliche Härte. Sie muß der anderen Seite den guten Willen zubilligen, und „andere Seite“ heißt natürlich: vice versa. Wir sollten unter der Voraussetzung sprechen, daß auf beiden Seiten Patrioten stehen, die unter den gegebenen Bedingungen das Beste für unser Land und Volk wollen. Niemand sollte

in dieser Diskussion verteufelt werden. Diese Kontroverse darf nicht in einen Glaubenskrieg ausarten. Dabei sollte Klarheit darüber bestehen, daß eine besonders große Verantwortung vor allem die Regierung selbst und die sie tragenden parlamentarischen Kräfte haben, eine besonders große Verantwortung einfach deswegen, weil die Regierung und die sie tragenden parlamentarischen Kräfte die größeren Aktionsmöglichkeiten haben. Das sind aber nicht nur größere Aktionsmöglichkeiten, sondern ist auch eine weitaus größere Verantwortung.

Wir haben, meine Damen und Herren, häufiger gesagt – und möchten es wiederholen –, daß der Versuch der Lösung so schwieriger Probleme besser auf eine gemeinsame Grundlage gestellt worden wäre. Es mag sein, daß die Regierung ursprünglich einmal etwas Derartiges geplant hat. Der Herr Bundeskanzler hat in der Aussprache über die Regierungserklärung 1969 gesagt:

Diese Regierung wird in allen Lebensfragen der Nation die Meinung der Opposition nicht nur hören, sondern sie auch in ihre Politik einbeziehen.

Nun, meine Damen und Herren, was ist aus solchen Ankündigungen geworden?!

Leider – ich sage: leider – gab es keine ausreichenden Bemühungen der Bundesregierung um Gemeinsamkeit. Offenbar war die Bundesregierung entschlossen, ihren eigenen Weg zu gehen. Im Grunde hatte sie diesen eigenen Weg bereits in der Regierungserklärung von 1969 mit der Formulierung von den „zwei Staaten in Deutschland“ beschritten. Die entscheidende Veränderung der deutschen Politik in der jüngeren Zeit liegt also bereits vor der oder in der Regierungserklärung selbst.

Wir wollen heute hier mit Klarheit und Nachdruck aussprechen, daß die bis 1969 gemeinsam verfolgte Linie der Ost- und Deutschlandpolitik von der Regierung ohne eine Fühlungnahme und ohne Übereinstimmung mit der Opposition verlassen worden ist.

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß das ein harter Vorwurf ist. Wenn der Außenminister gegenüber diesem Vorwurf darauf verweist, er habe doch auch die Opposition eingeladen, Vertreter zu den Abschlußbesprechungen mit nach Moskau und Warschau zu entsenden, so fällt es bei aller Zurückhaltung, so muß ich sagen, schwer, dieses Argument ernst zu nehmen.

Als diese Einladung erging, waren alle entscheidenden Festlegungen bereits getroffen. Aber einen Teil der Dekoration oder ein Stück der Statisterie bei den Schlußakten zu bilden war sicherlich nicht das, was unter gemeinsamer Grundlage und gemeinsamem Handeln verstanden werden sollte.

Wir haben also als erstes festzustellen, daß die Bundesregierung eine neue Ost- und Deutschlandpolitik eingeschlagen hat. Sie selbst verfährt dabei in ihrer Argumentation allerdings nicht einheitlich. Je nach Bedarf hebt sie hervor, daß die frühere Politik in eine Sackgasse geführt habe oder – so sagt sie noch größer – 20 Jahre lang nichts geschehen sei; erst jetzt werde aktive deutsche Politik nach Osten betrieben. Oder aber sie nimmt für sich in Anspruch, ihre Politik

stehe in der Kontinuität und sei die Fortsetzung der früher unter unserer Führung verfolgten Linie.

Nun, meine Damen und Herren, von Kontinuität kann sicherlich nicht gesprochen werden. Die Politik dieser Bundesregierung hat wesentliche Teile und wesentliche Positionen der früheren Politik aufgegeben oder hat sie auf Formalien reduziert.

Es gibt trotzdem eine Übereinstimmung, die im Interesse unseres Landes sowohl nach draußen wie nach drinnen betrachtet nachdrücklich unterstrichen werden muß. Diese Gemeinsamkeit besteht und muß bestehen bleiben trotz aller Fehler, die gemacht worden sein mögen. Es besteht eine Gemeinsamkeit im Ziel der Ost- und Deutschlandpolitik, wenn man darunter dreierlei verstehen will: Das Festhalten am Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen, friedliche Beziehungen, Verständigung, Zusammenarbeit auch mit den Staaten Osteuropas einschließlich der Sowjetunion und schließlich — das ist der dritte Punkt — den Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt.

Dies alles sind Elemente einer Politik, die wir über viele Jahre verfolgt haben. Als Außenminister der Jahre 1961 bis 1966 möchte ich hier mit allem Nachdruck feststellen, daß die genannten drei Ziele, von denen ich hoffe, daß wir nach wie vor in ihnen einig sind, in den Jahren unserer Regierungsführung gegolten haben. Ich möchte gleichzeitig sagen, daß sie nach unserer Meinung weiter gelten und gelten müssen und daß wir im deutschen Interesse alles Erdenkliche tun müssen, diese Überzeugung als eine gemeinsame Überzeugung von Opposition mit Regierung nach drinnen und draußen festzuhalten.

Meine Damen und Herren, wenn ich das nachdrücklich unterstreiche, möchte ich ebenso klar Bemerkungen zurückweisen — es sind Bemerkungen, die im Bundesrat gefallen sind — wie z. B. die, daß wir in erstarrten Denkkategorien, in einer Art „Maginot-Denken“ — so hat es der Außenminister formuliert — befangen gewesen seien. Derlei Unterstellungen und Bemerkungen tragen zur Sachlichkeit der Auseinandersetzung nicht bei.

Die Bundesregierung mag für sich in Anspruch nehmen, daß ihre heutige Politik richtig sei. Das ist ihr gutes und von uns nicht bestrittenes Recht. Aber wir wehren uns gegen jede Schwarz-Weiß-Malerei, etwa in dem Stile: hier eine neue Ostpolitik, dort alter Immobilismus! Diese Schwarz-Weiß-Malerei dient weder den Interessen unseres Landes noch trägt sie zu einem guten Stil der Diskussion bei.

Aber lassen Sie mich zu einem etwas heiteren Bild übergehen: Der Herr Bundesaußenminister hat im Bundesrat in Antwort auf Ausführungen von Ministerpräsident Filbinger lange über das Verhalten des Weines gesprochen. Mit dem Zeitfaktor, so meinte er, bei diplomatischen Verhandlungen sei es wie mit dem Wein: Auch da sei die Zeit ein wichtiger Faktor. Es gebe Rotweine — die Verantwortung für diese Feststellung trägt er —, die immer besser würden, je älter sie seien, und die immer besser würden, je länger man damit warte, sie zu trinken. Aber der Bundesaußenminister spricht dann von einem Zeitpunkt des Umschlagens der Weine, wenn man zu lange warte, und

kommt dann mit diesem Bild wieder zu den diplomatischen Verhandlungen; wenn man nämlich den rechten Zeitpunkt, die Chance zu verhandeln, nicht nutze, sei sie unwiederbringlich dahin. Nach seiner Behauptung hat die Bundesregierung in den Verhandlungen mit der Sowjetunion und mit Polen genau den Zeitpunkt gewählt, der der geeignetste gewesen sei, um ein Ergebnis zu erreichen, das für beide Seiten akzeptabel sei und auch von beiden Seiten getragen werde.

Das war der Zipfel, über den heute schon gesprochen wurde. Der frühere Bundeskanzler meinte, er sei auf Ihrer Seite nicht erwisch worden. Aber vertiefen wir diese Kontroverse nicht.

Das ist in der Tat ein wichtiger Gedanke, der dort ausgesprochen worden ist, Herr Bundesminister. Dieser Gedanke leitet zum Kern der Divergenz hin. War dies der richtige Zeitpunkt, so weitgehende Verträge zu schließen? Wir sagen klipp und klar, daß, wenn wir solche Verträge hätten schließen wollen, das schon Jahre vorher möglich gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, wir sprechen aus unserer Beurteilung der künftigen weltpolitischen Entwicklung unsere Überzeugung aus, daß auch zu einem späteren Zeitpunkt ein Vertragsabschluß nicht nur dieser Art, sondern besserer Art möglich geworden wäre.

Ich habe die Einigkeit im Ziel unterstrichen, aber dieser Einigkeit im Ziel entspricht weder eine Einigkeit über den Weg noch über die Gangart auf diesem Weg. Wie war die Gangart, und durch was war sie charakterisiert? Die Antwort lautet: sie war charakterisiert durch unangemessene Eile, durch den Eindruck von Hektik und durch die Erzeugung von Erfolgszwang. Der Weg ist gekennzeichnet durch die beiden Verträge, und ich stelle nun die Frage: wie sind die Verträge zu bewerten?

Die Regierung erklärt ihre Motive an verschiedenen Stellen in folgender Weise. Erstens: Es habe eine Bereitschaft der Sowjetunion zum Arrangement mit uns und zu mehr Zusammenarbeit mit dem Westen überhaupt gegeben, aus Gründen teils innenpolitischer Natur, teils außenpolitischer Art. Die Gründe innenpolitischer Natur werden zurückgeführt auf die Entwicklung der sowjetischen Industriegesellschaft und ihr natürliches Bedürfnis, einen höheren Lebensstandard zu erzielen und sich dafür der möglichen Hilfsquellen des Westens zu bedienen. Unter den Gründen außenpolitischer Art wird häufig das Stichwort China genannt. Übrigens nicht so sehr von uns — daran denke ich jetzt weniger — als von Regierungssseite. Die Regierung sagt weiter — das ist der zweite Punkt —, daß die Bundesrepublik Deutschland ihren Beitrag zu den weltweiten, insbesondere auch von der NATO verfolgten Entspannungsbemühungen leisten müsse.

Zu diesen beiden Argumenten möchte ich sagen: Beide sind als Bewertung wahrscheinlich zutreffend. Als Kommentar muß aber folgendes dazu festgestellt und der Regierung entgegengehalten werden. Erstens: Die Bereitschaft der Sowjetunion zu Abmachungen mit uns war vor, sagen wir, fünf oder sechs Jahren sicherlich geringer als jetzt, ihre Sorgen waren nämlich damals geringer. Wenn also eine gewachsene Bereitschaft der Sowjetunion ihrer veränderten Interessenlage ent-

spricht oder entsprach, so konnte auf unserer Seite mit mehr Geduld, mit mehr Festigkeit und mehr Ausdauer verhandelt werden, statt hastig zuzugreifen, obwohl noch sehr wenig auf dem Tisch lag.

Meine Damen und Herren, es ist nicht strittig, daß auch die Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag zur Entspannung leisten soll. Daraus ergibt sich aber keineswegs, daß dieser Beitrag so auszusehen hat, wie dies bei den Ostverträgen der Fall ist.

Es ist also nicht angängig, daß die Bundesregierung versucht, den Eindruck zu erwecken, als habe sie mit dem Abschluß des Moskauer Vertrages eine einmalige, sozusagen nicht wiederkehrende Gelegenheit genutzt, als seien Verträge des Inhalts, wie sie jetzt vorliegen, der einzig mögliche Entspannungsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland.

Nach Auffassung der Bundesregierung hat die Sowjetunion, hat aber auch Polen uns gegenüber wichtige Konzessionen gemacht. Sie bestehen oder sollen bestehen in dem Verzicht auf eine formelle völkerrechtliche Anerkennung der DDR, sie sollen bestehen im Verzicht auf eine Anerkennung West-Berlins als selbständiger politischer Einheit, sie sollen bestehen — nach Meinung der Regierung ist das eine Konzession — im Verzicht auf Anwendung der sogenannten Interventionsartikel der UN-Charta gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, worüber heute schon ein paarmal gesprochen wurde. Als wichtige Konzession werden angeführt die Anerkennung des Fortbestehens der Viermächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes und schließlich der Verzicht auf die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültiger Westgrenze Polens.

Nun, meine Damen und Herren, hier muß klar gesagt oder klargemacht werden, daß die Erfüllung fast aller dieser sowjetischen bzw. polnischen Forderungen der Bundesregierung aus rechtlichen Gründen, d. h. nach der grundgesetzlichen Lage, gar nicht möglich war und ist. Die Bundesregierung hat also nicht etwa der Gegenseite durch geschickte Verhandlungsführung etwas nicht gegeben oder nicht gewährt, was sie hätte leisten können; sie wäre in all diesen Fragen, die ich gerade aufgeführt habe, mit Sicherheit auf die Schranken des Grundgesetzes gestoßen. Dem mußte sie zu entgehen versuchen.

Als Vorteile, die weiterhin mit den Verträgen verbunden seien, stellt die Bundesregierung dar: Die Grundlage für den weiteren Ausbau der Beziehungen in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht, die Aussöhnung mit dem Osten, die Entkrampfung der Beziehungen; sie werde im Laufe der Zeit zur Verwirklichung der Grundrechte in ganz Europa, also auch in ganz Deutschland, führen, z. B. zur Wiederherstellung der Freizügigkeit; aus einem geregelten Nebeneinander werde es zu einem Miteinander der beiden Teile Deutschlands kommen; es seien keine endgültigen Grenzregelungen erfolgt, da die Bundesrepublik Deutschland nur sich, nicht aber einen zukünftigen gesamtdeutschen Souverän binden könne; für den weiteren, insbesondere politischen Zusammenschluß Europas sei Voraussetzung, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Grenzprobleme im Osten mehr habe.

Die Widersprüchlichkeit der beiden letztgenannten Argumente liegt doch wohl klar zutage. Das ändert aber nichts daran, daß sie geläufig wiederholt werden.

Bei Würdigung dieser Argumentation der Bundesregierung möchte ich auf einige Punkte hinweisen, die ich für besonders wichtig halte.

Die sowjetischen Konzessionen oder die Abwehr sowjetischer Forderungen waren kein Erfolg der Verhandlungsführung, sondern ergaben sich zwingend aus der Rechtslage. Ich denke dabei an die unter anderem von der Regierung in die Materialien eingeführte Bemerkung des sowjetischen Außenministers Gromyko:

Wir könnten einen Vertrag machen, der das Kreuz über alle Pläne zur Wiedervereinigung Deutschlands setzen würde.

Wir haben nicht die Antwort, die darauhin von deutscher Seite gegeben worden ist. War dies eine zynische Bemerkung, oder welche Art von Bemerkung war es? Sie können sie in der ersten Drucksache, die vor Ihnen liegt, nachlesen.

Ich möchte mit allem Nachdruck betonen, daß ein solcher Vertrag — „Wir könnten einen Vertrag machen“ — mit keiner Regierung der Bundesrepublik Deutschland hätte abgeschlossen werden können, solange das Grundgesetz gilt.

Meine Damen und Herren, zu den Interventionsartikeln der UN-Charta ist zu sagen, und zwar schon seit langem: Die Sicherheit unseres Landes beruht nicht auf dem guten Willen der Sowjetunion, sondern auf der Kraft des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses, dem wir angehören dank der Politik, die wir seit vielen Jahren, so darf ich doch wohl sagen, gemeinsam hier betrieben haben.

(Abg. Strauß: Allein angefangen haben!)

— Ja, ich weiß, Herr Strauß, aber gemeinsam — das andere stimmt schon — für viele Jahre.

Die Bundesregierung arbeitet ganz überwiegend mit Hoffnungen und Erwartungen auf die Zukunft. Wir wissen alle, meine Damen und Herren, daß ohne diese Elemente Politik sicherlich nicht möglich ist, da der Politik ihrem Wesen nach etwas Spekulatives innewohnt im Gegensatz zu den exakten Naturwissenschaften, bei denen es sich um berechenbare, meßbare Größen handelt oder handeln soll; lassen wir das offen.

Aber Verträge, die einen wirklichen Interessenausgleich bringen sollen, müssen aus ihrem Text heraus klar und eindeutig für beide Seiten in ausgewogener Weise Vorteile bringen.

Zu der optimistischen Betrachtungsweise der Bundesregierung in dieser Beziehung gibt es ein bemerkenswertes Zitat, eine Äußerung, die der Herr Bundesminister des Auswärtigen im Bundesrat am 9. Februar gemacht hat. Ich zitiere:

Ist die Perspektive eines guten und konstruktiven Verhältnisses auch zur Sowjetunion für die Bundesrepublik nicht auch eine Gegenleistung?

Dazu ist zu sagen: Ein gutes und konstruktives Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, wie wir alle es wünschen, sollte nach unserer Auffassung für beide Seiten vorteilhaft sein. Eine Gegenleistung der Sowjetunion kann ich in der Inaussichtstellung solcher für sie wie für uns nützlichen Beziehungen nicht erblicken.

Meine Damen und Herren, dieses Beispiel — Sie können das im Protokoll selber nachlesen, und Sie werden darüber nachdenklich werden — ist aber typisch für die Art und Weise, wie die Bundesregierung zugunsten der Verträge argumentiert.

Es bleibt also die Feststellung, daß es schwere Bedenken erwecken muß, wenn die Vorteile von Verträgen weniger auf den Vertragstext als auf Hoffnungen und Erwartungen gegründet werden.

Dies, meine Damen und Herren, ist um so bedenklicher, als offenbar — und dies hat die Bundesregierung durch ihre eher lapidar klingenden als überzeugenden Erklärungen in keiner Weise widerlegen können — zwischen ihrer Interpretation der Verträge und der Interpretation und Anwendung durch ihre Vertragspartner nicht nur Unterschiede, sondern Gegensätze bestehen.

Wo liegen die Gegensätze nun wirklich? Die Bundesregierung sagt wieder und wieder, die Verträge sollten zu einem *modus vivendi* — oder sagen wir besser: zu einem erträglichen *modus vivendi* — führen, sie seien eine Beschreibung der bestehenden Realitäten, eine Beschreibung des Status quo.

Das Echo im Osten, teilweise auch im Westen und teilweise auch in der Dritten Welt aber lautet: In Wirklichkeit handelt es sich um eine Anerkennung des Status quo und damit auch der Teilung Deutschlands; es sei eine endgültige Fixierung des Status quo, der sogenannten Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges.

Nun, meine Damen und Herren, damit kein Mißverständnis aufkommt: Ich will hier gleich einfügen, daß ich absolut den Standpunkt vertrete, daß wir Deutschen keine Auslegung der Verträge zu unseren Ungunsten vornehmen sollten, uns also nicht einer Argumentationslinie der Gegenseite bedienen dürfen. Das ändert aber doch gar nichts daran, daß wir diese Argumentationslinie Tag für Tag vorgesetzt bekommen, ohne daß das auf den energischen Widerstand der Bundesregierung stieße.

Meine Damen und Herren, ich verstehe sehr wohl, daß die Bundesregierung in dieser Frage Zurückhaltung übt. Auf der anderen Seite — und davor kann und darf sie die Augen nicht verschließen — muß sie aber erkennen, daß die Gefahr des Auseinanderklaffens der Auffassungen, also des Dissens, der Nichtübereinstimmung damit in gefährliche Größenordnungen wächst.

Ich möchte mich hier auf ganz wenige Beispiele beschränken und zunächst eine Stimme aus dem Westen zitieren, nämlich die Schlagzeile einer angesehenen

französischen Zeitung, des „Figaro“, schon vom 4. Juni 1970. Dort heißt es kurz und bündig:

Der deutsch-sowjetische Vertrag wird die Teilung Deutschlands feierlich festlegen.

Was den Warschauer Vertrag angeht, so war die Stimme von Gomulka selbst am 3. Dezember 1970 in Hindenburg zu hören:

In diesem Vertrag erkennt die Bundesrepublik Deutschland den endgültigen Charakter unserer westlichen Grenze an Oder und Neiße an.

Ich verzichte hier darauf, aus der Rede Breschnews vom August 1970 in Alma-Ata zu zitieren; sie lautet auf Anerkennung, nicht Beschreibung.

Zwischenfrage: Abg. Arndt (Hamburg) (SPD):

Herr Kollege Schröder, würden Sie das Haus freundlicherweise deutlich darauf hinweisen, daß beide Zitate, die Sie eben gebracht haben, vor der endgültigen Festlegung der Vertragstexte liegen?

Nur das erste! Ich will mich wegen des Zeitablaufs nicht unnötig lange aufhalten, aber das erste Zitat liegt vor dem Abschluß und ist deswegen im Grunde noch gefährlicher, weil es in diese Richtung gewiesen hat.

Das zweite Zitat läuft parallel zur Unterzeichnung.

(Abg. Dr. Marx [Kaiserslautern]: Der Gomulka wußte ja, wovon er redet!)

Natürlich wußte er, wovon er redet, denn die Sache war ihm ja nahe genug.

Die Bundesregierung verweist demgegenüber darauf, daß das Wort Anerkennung in den Verträgen nicht vorkommt. Sie kann aber nicht bestreiten, daß die dort verwendeten Formulierungen von der östlichen Seite als Ersatzvokabeln gewertet werden.

Die Vorbehalte der Regierung sind also zwar formal richtig, aber die politische Wirkung der Abmachungen ist, wie ich das gezeigt habe, dem weithin entgegengesetzt. Es besteht hier ganz offensichtlich die Gefahr — jetzt spreche ich einmal nur von der Gefahr —, daß die formalen Vorbehalte der Regierung als verbale Pflichtübung entwertet werden.

Das ist nicht nur eine Gefahr, meine Damen und Herren, sondern es ist — leider, sage ich — schon Wirklichkeit.

Unsere Kritik an den Verträgen beruht daher auf der Befürchtung, daß die Teilung Deutschlands vertieft, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen erschwert wird; daß das im Deutschland-Vertrag niedergelegte Engagement unserer drei großen westlichen Verbündeten, zu einer freiheitlichen Lösung der deutschen Frage beizutragen, mit Sicherheit durch diese Verträge nicht gestärkt, sondern vermindert wird.

Dafür ist heute hier schon das eine oder andere Mal die Redewendung gebraucht worden, niemand könne erwarten, daß unsere westlichen Verbündeten etwa

deutscher sein würden als die Deutschen selbst und — das ist noch wichtiger — daß sie etwa noch Interessen wahrnehmen würden, die von der Bundesregierung selbst kleiner geschrieben werden.

Wie gespenstisch das ist, sehen Sie, wenn Sie sich eine etwas zurückliegende Äußerung der drei Westmächte anhören. Die Deutschland-Erklärung der drei Westmächte vom 26. Juni 1964 war zum Abschluß des Vertrages zwischen der Sowjetunion und der DDR verfaßt worden. Dort heißt es:

Die drei Regierungen erkennen weder das ostdeutsche Regime noch die Existenz eines Staates in Ostdeutschland an. Was die Bestimmungen über die Grenzen dieses sogenannten Staates betrifft, wiederholen die drei Regierungen, daß es innerhalb Deutschlands und Berlins keine Staatsgrenzen, vielmehr nur eine „Demarkationslinie“ und die „Sektorengrenzen“ gibt und daß auf Grund eben der Abkommen, auf welche in dem Vertrag vom 12. Juni Bezug genommen wird, die endgültige Festlegung der Staatsgrenzen Deutschlands einer Friedensregelung für Gesamtdeutschland vorbehalten bleibt.

Wir befürchten, daß die Ostpolitik langfristig den Zusammenhalt des Westens, das empfindliche Machtgleichgewicht in Europa und damit unsere Sicherheit gefährdet.

Wir haben insbesondere die ernste Sorge, daß die Bindungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten eben nicht intensiviert, sondern daß sie gelockert werden und daß damit die Funktionsfähigkeit der NATO beeinträchtigt wird.

Wir befürchten, daß es auf die Dauer gesehen zu einer Machtverschiebung in Europa zugunsten der Sowjetunion kommt.

Wir befürchten, daß sie aus dieser veränderten Situation heraus dem ihr äußerst unbequemen westeuropäischen Zusammenschluß nach Kräften Steine in den Weg legen wird.

Von Regierungsseite wird nun gesagt, wir arbeiteten mit Befürchtungen, während wir ihr gleichzeitig vorwürfen, sie stütze sich auf Hoffnungen und Erwartungen. Dann bezögen sich doch beide auf die Zukunft. Meine Damen und Herren, das mag im ersten Augenblick ganz gut klingen; es ist aber durchaus nicht überzeugend. Die Ausgangspositionen von Regierung und Opposition sind sehr verschieden.

Die Regierung hat, wenn wir den Moskauer Vertrag als das Hauptinstrument ansehen, einen Vertrag geschlossen, dessen Vorteile sich für beide Seiten, wie ich vorhin sagte, normalerweise aus dem Vertragstext ergeben sollten. Das heißt also, Leistungen und Gegenleistungen sollten erkennbar in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

In Wirklichkeit hat die Regierung sowjetischen Forderungen, die jahrelang erhoben worden sind, entsprochen.

Die Vertretung der deutschen Interessen ist dadurch nicht leichter geworden. Die Vertretung der deutschen

Interessen wird in Zukunft sehr viel mehr Festigkeit, sehr viel mehr Mut und Entschlossenheit erfordern, als die Bundesregierung beim Zustandekommen dieses Vertrages bewiesen hat.

Da sich nun aus dem Vertragstext sicher keine Vorteile, nach seiner östlichen Interpretation sogar schwerwiegende Nachteile für die deutschen Interessen ergeben, versucht die Regierung, den Vertragsabschluß mit Verweisungen auf künftig zu erwartende Entwicklungen zu rechtfertigen.

Es tut mir leid, meine Damen und Herren, aber in unseren Augen ist das keine solide Außenpolitik.

Meine Damen und Herren, es ist die Pflicht der Opposition, auf die Mängel, auf die Unausgewogenheit der Verträge und auf die Gefahren, die sich daraus ergeben können, hinzuweisen.

Bei Würdigung aller Argumente erscheinen die Risiken, die mit der Ostpolitik der Bundesregierung und mit den Verträgen von Moskau und Warschau verbunden sind, bei weitem größer als die Chancen, die sie bieten können.

Zum Schluß nur noch ein Wort zu einer Frage, die viel Unruhe verursacht hat und noch verursacht und auf die wir eine ganz nüchterne Antwort dringend geben müssen.

Von Regierungsseite wie auch von östlicher Seite wird immer wieder mehr oder weniger deutlich auf die angeblich schwerwiegenden Folgen hingewiesen, die mit einem Scheitern dieser Verträge für die Bundesrepublik Deutschland verbunden sein würden. Es sind Ausdrücke wie „Desaster“ und „totale Isolierung“, die uns dann angeblich drohten, verwendet worden.

Der Bundesregierung muß deutlich gesagt werden, daß sie allein es ist, welche die Verantwortung für eine Politik trägt, die sie allein betrieben hat und betreibt.

Die Bundesregierung nimmt die Chance des Erfolgs für sich in Anspruch. Sie muß auch das Risiko des Scheiterns tragen.

Wir jedenfalls werden uns von Pressionen nicht beeindrucken lassen.

Ein Scheitern der Verträge ist ein Desaster nur für die Bundesregierung, die sie abgeschlossen hat.

Ich bin der Überzeugung, daß die Interessen Deutschlands ohne diese Verträge besser wahrgenommen werden können.

172. Sitzung am 24. Februar 1972

Der Deutsche Bundestag setzte in seiner 172. Sitzung am 24. Februar 1972 die Debatte über die Ratifizierungsgesetze zu den Verträgen von Moskau und Warschau sowie den Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation fort.

Erster Redner des zweiten Tages der Aussprache war der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen.

Egon Franke,

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auch nach den Ausführungen des Herrn Kollegen Schröder zum Schluß der gestrigen Debatte — eine rhetorische Leistung, die Respekt verlangt — bleibt die CDU/CSU bisher immer noch die Antwort auf die Frage schuldig, was von der Regierung in die Verträge nicht eingebracht werden mußte, konnte und durfte, ganz zu schweigen davon, daß die Alternative der CDU zu unserer Politik nicht zu sehen ist. Aber vielleicht kommt das ja noch.

Der CDU-Vorsitzende hat gestern gemahnt, neben spärlichen Lichtschimmern die überwiegenden Schatten der Lage der Nation konkret zu betrachten. Wir kennen diese Schatten. Wir kennen auch alle Daten. Warum sonst unternimmt diese Bundesregierung Schritt für Schritt Anstrengungen, um ein Mehr an Entspannung, Normalisierung und Entkrampfung zu erreichen, wenn sie nicht das Übermaß an Abnormität der Verhältnisse und des Verhaltens an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten vor Augen hätte! Nach Auffassung der Bundesregierung bedarf die Deutschlandpolitik unter den gegebenen Verhältnissen der Nüchternheit, der Geduld und der Selbstbeherrschung, ja des langen Atems.

*(Beifall bei den Regierungsparteien. — Sehr gut!,
Bravo-Rufe und Beifall bei der CDU/CSU.)*

— Ich freue mich sehr, daß wir darin übereinstimmen. Es kommt ja nicht darauf an, wie der eine oder andere das entstellt. Sie werden, wenn Sie diese Aussage überprüfen, nicht umhin können zuzugeben, daß von Anbeginn diese Bundesregierung nie Illusionen geweckt hat.

Von Anfang an hat sie betont, daß wir einen mühsamen Weg antreten, daß es gilt, voranzukommen und, wenn es sein muß, sich millimeterweise voranzukratzen. Das waren die Aussagen, die hier an dieser Stelle zu jeder Zeit gemacht wurden, und ich bitte Sie herzlich darum, das so ernst zu nehmen, wie es gesagt wurde; denn sonst wäre es eine Verkennung der Tatbestände, und uns liegt es überhaupt nicht, von solchen Voraussetzungen aus an die Arbeit zu gehen.

Am Anfang unserer Deutschlandpolitik — und das ist der Versuch, bei allen Gegensätzen die praktischen Verhältnisse zu entkrampfen — steht die Erkenntnis, daß die polemischen Schelten und Pauschalurteile früherer Jahre hüben und drüben nicht weiterführen. Wir, die politisch Handelnden und die Öffentlichkeit insgesamt, müssen eine möglichst rationale Vorstellung gewinnen auch darüber, wie es im anderen Teil

Deutschlands im Vergleich zu uns aussieht, was die beiden Gesellschaften leisten, nach welchen Normen und Regeln sie sich richten, wie sie gelenkt und organisiert sind.

Die Bundesregierung hat sich darum vor zwei Jahren entschlossen, ihren jeweiligen Berichten zur Lage der Nation wissenschaftlich erarbeitete Materialien beizugeben. Sie beauftragte unabhängige Wissenschaftler mit der Untersuchung und gegenüberstellenden Darbietung von methodisch gesicherten Erkenntnissen über die einzelnen Lebensbereiche bei uns und in der DDR. Ein solches Vorhaben verlangt Distanz und Selbstbeherrschung. Beides war für die Wissenschaftler selbstverständlich, denen dafür unser Dank gilt; denn sie haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, das, was wir an Auseinandersetzungen zu bestehen haben, so sachlich zu untermauern, daß dadurch die Aussage unserer Auffassungen und Argumente nur an Qualität gewinnen kann, und das gilt für alle hier in diesem Teil Deutschlands, die sich an dieser Diskussion beteiligen. Der Öffentlichkeit aber, die auf ein schnelles und klares Urteil dringt, mutet diese Methode ein sehr hohes Maß an Aufmerksamkeit und Geduld zu. Die Bundesregierung ist sich dessen bewußt, glaubt aber dennoch, ja eigentlich gerade deswegen, nicht auf diese Zumutung verzichten zu können.

Das Grundgesetz schreibt uns vor, die nationale Einheit zu wahren, und es ist eine Selbstverständlichkeit — dennoch betone ich es besonders —, daß die Bundesregierung ihre ganze Kraft einsetzt, diesem Auftrag gerecht zu werden. Was aber wäre unser Bekenntnis zur Einheit der Nation wert, wenn wir nicht einmal die Mühe auf uns nähmen, die Dinge in ihrer ganzen Breite und Kompliziertheit zur Kenntnis zu nehmen, wenn wir darauf verzichteten, uns im einzelnen über den anderen, uns in vielem so fremden deutschen Staat zu informieren: über die Leistungen seiner Menschen, seine Ordnung, über seine innere und äußere Statur, sein Selbstverständnis und die Art und Weise, wie er mit den ihm anheimgegebenen Menschen umgeht? Wie dieser Staat an seinen Grenzen zur Bundesrepublik und wie er an der Mauer zwischen Ost- und West-Berlin mit seinen Bürgern verfährt, das wissen wir, das erfüllt uns mit Bitterkeit und Abscheu. Aber wir müssen auch wissen, daß dies nicht die ganze Wirklichkeit der DDR ist.

Die Bundesregierung ist zuversichtlich, daß es den diesjährigen Materialien ähnlich ergeht wie den vorjährigen, daß sie Kenntnisse mehren und Interesse nach Vertiefung wecken, nicht nur in der breiten Öffentlichkeit, sondern auch in der Wissenschaft selbst. Die Materialien 1972 stellen wichtige Rechtsnormen in beiden Staaten Deutschlands im Vergleich dar. Allerdings hat sich gezeigt, daß die Rechtssysteme teilweise so stark voneinander abweichen, daß sie, wie etwa bei Teilen des öffentlichen Rechts, weniger verglichen als nur mehr einander gegenübergestellt werden können. Doch auch die Konfrontation, bei der jedes System aus seinen eigenen Denk- und Wertkategorien heraus beschrieben wird, schafft Einsichten in die Wirklichkeit.

Mit der Vorlage der diesjährigen Materialien ist die Bestandsaufnahme aus den erfaßbaren Bereichen

noch nicht abgeschlossen. Weitere Arbeiten ähnlicher Art werden in den nächsten Jahren folgen, um das Bild vervollständigen zu können. Es geht also der Bundesregierung nicht darum, die Unterschiede und Gegensätze zu verwischen, sondern darum, diese inhaltlich greifbar zu machen und sachlich festzuhalten.

Materialien der vorgelegten Art setzen uns in den Stand zu erkennen, was die Spaltung unseres Volkes in Staaten und unterschiedliche Systeme tatsächlich bedeutet. Dieses Wissen, so herausfordernd und vielleicht auch deprimierend es vielfach sein mag, muß in unser Bewußtsein und Bemühen um die Einheit der Nation hineingenommen werden. Dies ist der uns gemäße rationale Weg: aus der Anstrengung des Begreifens das Bewußtsein der Verbundenheit mit den Menschen in der DDR wachzuhalten. In Ziel und Methode entspricht dieser Weg unserer Politik.

Welchen Aufruhr gab es vor zwei Jahren, als die Materialien zum Bericht zur Lage der Nation nüchtern feststellten:

Die deutsche Nation ist auf dem Boden Deutschlands in seinen tatsächlichen Grenzen von 1970 in zwei Staaten gegliedert.

Der Bundesregierung wird seither vorgehalten, sie gehe vor der schieren Macht in die Knie, sie kapituliere vor Kommunisten, sie ziehe unsere rechtsstaatlichen Grundsätze in den Dreck. Die so sprechen, meine Damen und Herren, setzen sich dem Verdacht aus, die demokratische rechtsstaatliche Moral als Feigenblatt für das Verbergen unliebsamer Tatsachen zu benutzen. Unsere Grundsätze und Überzeugungen dürfen nicht dafür herhalten, uns um die Folgen des Krieges und der Niederlage herumzumogeln. Hier zeigt sich, ob wir ernstlich bereit sind, politisch verantwortlich für die ganze Nation zu sprechen und zu handeln.

Die heutige Opposition hält sich zugute, in den Westverträgen die deutsche Frage offengehalten zu haben. Einer ihrer gewichtigsten Vertreter drückt das so aus:

Es war seinerzeit der erste Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, der den Westmächten einige unliebsame Verpflichtungen als Gegenleistung für unseren Eintritt in die westliche Gemeinschaft aufgezwungen hat.

Meine Damen und Herren, das Ehrenhafteste, das sich über die damalige Entscheidung sagen läßt, ist, daß sie eine Entscheidung für die Freiheit war, auf Kosten der Einheit, gewiß, aber für die Freiheit und die Demokratie und ihre Sicherung nach außen in diesem Teil unseres Vaterlandes. Diese Option, so meine ich, darf auch rückblickend nicht dem Verdacht ausgesetzt werden, sie sei um irgendwelcher anderweitiger Leistungen oder Gegenleistungen willen erfolgt. Das gebietet die Solidarität unter Demokraten; ich greife in diesem Zusammenhang das Wort des Fraktionsvorsitzenden der Opposition bewußt auf, um daran zu appellieren, daß bei all den Betrachtungen, die wir anzustellen haben, dieser Tatsache ganz besonders gedacht werden muß.

Die Bundesrepublik Deutschland ist mit den westlichen Demokratien verbündet, weil sie selber eine Demokratie ist und bleiben will. Wir sollten uns nicht

scheuen, uns zu dieser Staatsräson zu bekennen. Das hilft uns auch, die grundlegenden Dinge, die mit der Entstehung unseres Staates zu tun haben, in den richtigen Proportionen zu sehen.

Die Politik des Offenhaltens der deutschen Frage kann nur durchgehalten werden, wenn wir sie glaubwürdig vertreten. Glaubwürdigkeit nach innen wie nach außen setzt die Bereitschaft und die Fähigkeit voraus, unser nationales Problem richtig und dimensionsgerecht in die europäische Landschaft einzufügen. Wir dürfen uns nicht überschätzen und die Erfahrungen unserer Nachbarvölker in Ost und West nicht unterschätzen. Die Lösungsbedürftigkeit der deutschen Frage ist kein Hebel zur Umstürzung der grundlegenden Territorial- und Machtverhältnisse.

Eine deutsche Politik, die das versuchte, fände in beiden Teilen Europas kein Verständnis. Sie löste mehr denn je Widerstände und Mißverständnisse aus. Sie brächte uns um jenen Teil der Handlungsfähigkeit im Dienste unserer nationalen Anliegen, den wir nur in enger Übereinstimmung mit unseren westlichen Verbündeten und in realistischer Einschätzung der Interessen unserer osteuropäischen Nachbarvölker gewinnen können.

Meine Damen und Herren, schon die Regierung der Großen Koalition erkannte, daß die Trennung unseres Volkes eigene Probleme und Gefahren mit sich bringt, ganz zu schweigen von den individuell-menschlichen Folgen, die nach dem Bau der Berliner Mauer ins schier Unerträgliche wuchsen. Daraus leitete sie für ihre Politik die praktische Aufgabe ab, die menschlichen Folgen der Trennung nach Möglichkeit zu lindern und dem Auseinanderleben der Menschen in beiden deutschen Staaten entgegenzuwirken, mit einem Wort: das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl, die nationale Einheit zu wahren.

Die Regierung der Großen Koalition bot der Regierung der DDR Verhandlungen und gegebenenfalls Vereinbarungen über verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Menschen und Institutionen in beiden Teilen Deutschlands an. Dieses Angebot, meine Damen und Herren, setze doch wohl unvermeidlich die Fähigkeit und die Zuständigkeit der DDR-Behörden voraus, für die Menschen ihres Bereichs verbindliche Abmachungen zu treffen und diese in ihren Grenzen auch durchzuführen. Das mußte doch wohl die erste Voraussetzung sein, um überhaupt zu diesem Angebot kommen zu können.

Die jetzige Bundesregierung ist der Meinung, daß die damalige Politik einem richtigen Ansatz entsprach. Nur scheut sich diese Bundesrepublik nicht, die Voraussetzungen und inneren Abhängigkeiten einer solchen Politik beim Namen zu nennen. Das ist der Unterschied zu damals. Die jetzige Bundesregierung spricht aus, daß die DDR ein Staat ist.

Weil sie ernsthaft mit der DDR verhandeln will, hat sie sich mehrfach bereit erklärt, die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR auf der Grundlage der Achtung der Selbständigkeit der beiden Staaten in Angelegenheiten, die ihre innere Kompetenz in ihren entsprechenden Grenzen betreffen, zu regeln. Das gehört wohl mit zu den ersten Voraussetzungen, wenn man es ernsthaft meint.

Wie anders sollte denn sonst verhandelt werden? Oder sollen wir etwa an der Methode festhalten, nur einseitig Forderungen zu erheben, die uns zwar moralisch und seelisch in dieser oder jener Weise zufriedenstellen mögen, aber keinerlei Fortschritt in dem Bereich bedeuten, der uns eigentlich doch gemeinsam am Herzen liegen sollte? Wir müssen die Tatsache berücksichtigen, daß die deutsche Nation auf dem Gebiet zweier Staaten mit entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen und entgegengesetzten politischen Zielen fortbesteht. Die Materialien, die Ihnen in Verbindung mit dem Bericht zur Lage der Nation an die Hand gegeben worden sind, machen es jedem deutlich.

Nun sagten Sie, Herr Dr. Barzel, der DDR müsse zugemutet werden, der Realität der Einheit unseres Volkes in dem Maße Rechnung zu tragen, in dem wir jener Realität ins Auge sähen, daß die staatliche Einheit Deutschlands in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden könne. Glauben Sie wirklich, wir könnten mit dieser unserer Einsicht, wie Sie sie umschreiben, in eine verhandlungsfähige Position gelangen, die auch nur einen Schritt voranhelfen würde? Wenn Sie das glauben, Herr Dr. Barzel, dann gaukeln Sie sich etwas vor, dann spekulieren Sie auf Hoffnungen, die Sie uns unterstellen und vorwerfen.

Die faktische Spaltung Deutschlands ist da. Wer diesen Tatbestand ignorieren will, gaukelt sich immer noch in einer Illusion, die uns von der Wirklichkeit fernhält und keinerlei Schritte zur Lösung bedeutet. Wir wollen die Auswirkungen dieser Realität im Interesse der betroffenen Menschen und damit auch der Einheit unserer Nation mildern. Das ist das, was wir uns als konkrete Aufgabe in dieser Zeit stellen können, und das geht eben nicht, wenn man den Status quo verleugnet oder mit der Einsicht in Bestehendes Handel treiben will. Wer so vorginge, würde das Gegenteil bewirken und besorgte damit – um wiederum mit Ihnen zu sprechen, Herr Dr. Barzel – das Geschäft unserer gemeinsamen Feinde. Diese Feinde sind diejenigen, die sich jeder Normalisierung der Verhältnisse im Zentrum Europas – gegen die wohlverstandenen Interessen aller Staaten – entgegenzustellen suchen. Diese Feinde nehmen für ihr Geschäft sehr dankbar Argumente entgegen, die ihnen von welcher Seite auch immer geliefert werden sollten; sie nehmen sie gern entgegen, um damit in einem Sinne zu operieren, den wir gemeinsam nicht anerkennen, vertreten und fördern sollten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen: wir gründen unsere Politik auf die Gewißheit der Fortexistenz der deutschen Nation auf dem Gebiet zweier Staaten. Der Bundeskanzler hat dazu gestern einiges gesagt. Die Einheit der Nation setzt sich aus mancherlei zusammen: aus einer Vielzahl von zwischenmenschlichen und verwandtschaftlichen Bindungen, aus einem tief-sitzenden Gefühl des Zusammengehörens und der Eigenart vor der Welt, aus Traditionen der Lebensart, aus gemeinsamen geschichtlichen und kulturellen Erfahrungen, gemeinsamen Erinnerungen, gemeinsamem Schicksal. Das alles läßt sich nicht so ohne weiteres an der Garderobe der Zeitgeschichte abstreifen, sondern das besteht fort, ob es dem einen oder anderen gefällt oder nicht gefällt, und das läßt sich

auch nicht mit Konstruktionen von bürgerlicher Nation oder sozialistischer Nation, wie es andere sagen, austreiben.

Genauso unsinnig wäre es, zwischen sinnvollen und unsinnigen Nationen zu unterscheiden. Vermutlich glauben die Urheber solcher Begriffsmanipulationen selbst nicht an ihre Weisheiten, es sei denn, sie hätten den Kontakt mit der Wirklichkeit abgebrochen. Ein untrügliches Kennzeichen dafür, ob eine Nation besteht oder nicht besteht, ist die Auffassung ihrer Nachbarn, und hier besteht, glaube ich, nach allen Richtungen kein Zweifel. Für die Welt sind die Menschen in der Bundesrepublik und in der DDR Deutsche, die man für die Wirkung und die Mitwirkung Deutschlands haftbar macht. Davon kann sich jeder jederzeit überzeugen.

Natürlich wirken die Auffassungen des Auslandes auch auf das Bewußtsein der Nation zurück. Dessen ist sich die Bundesregierung bewußt. Auch wer ihre Politik ablehnt, wird nicht bestreiten können, daß sie auf diesem Felde in der Zeit, die ihr bisher zur Verfügung gestanden hat, für die Einheit der Nation mehr erreicht und getan hat als alle früheren Regierungen. Sie hat überzeugend die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes gegenüber seinen Nachbarn deutlich gemacht. Sie hat die Probleme unserer geteilten Nation mit Maß und zugleich mit Anspruch in ihre europäische Verständigungspolitik eingebracht und für unsere Probleme neues Verständnis geweckt.

Nicht zuletzt für diese Politik, meine Damen und Herren, hat der Bundeskanzler Brandt „im Namen des deutschen Volkes“ den Friedensnobelpreis 1971 erhalten. Dies war eine Anerkennung besonderer Art, und es wäre geradezu absurd, diese Tatbestände des politischen Geschehens um uns herum zu leugnen, zu ignorieren, wenn wir uns mit diesem Thema zu befassen haben. Diese Anerkennung galt dem ganzen deutschen Volk, das zum Teil auf Grund seiner Verantwortung von den Folgen des Zweiten Weltkrieges schwer betroffen wurde und das jetzt seine Pflicht zum Frieden allem anderen voranstellt.

Es gibt eine spezifisch deutsche Verantwortung für den Frieden in Europa, der sich beide deutsche Staaten nicht entziehen können. Den Deutschen hüben und drüben fällt die Aufgabe zu, so nebeneinander und miteinander zu leben, daß die systembedingten Gegensätze nicht noch zusätzlich durch eine besondere innerdeutsche Intimfeindschaft verstärkt werden. Jeder weiß aus eigener Erfahrung, daß z. B. familiäre Bindungen auch eine Kehrseite haben können. Der Sprachgebrauch spricht von feindlichen Brüdern und meint damit ein Gegensatzverhältnis, das gerade durch den engen Verwandtschaftsgrad verschärft wird. Von derartigen Animositäten gilt es das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten zu befreien. Das kann nicht dadurch geschehen, daß man seine nationale Komponente einfach ableugnet. Worauf es ankommt, ist, eine rationale Einstellung zu dieser Komponente zu gewinnen, gleich weit von Negation wie von blinder Überhöhung entfernt, eine Einstellung, die den Erfordernissen des europäischen Friedens gerecht wird.

Dazu zählt auch, daß jeder der beiden Staaten mit sich selbst ins reine kommt. Beide Staaten müssen

gleichsam sich selbst finden, bevor sie im Rahmen des Ost-West-Verhältnisses miteinander in Beziehung treten. Es geht nicht um Vermischung und um die Errichtung von falschen Fassaden der Gemeinsamkeit in Dingen, in denen es keine Kompromisse geben kann. Die DDR spricht von Abgrenzung und versteht darunter nach ihren eigenen Worten die Profilierung als sozialistischer Staat. So übertrieben und über das Ziel hinausschießend uns manche der Abgrenzungsbegriffe auch erscheinen mögen, wir sollten ihren tieferen Zweck nicht übersehen. Sie dienen augenscheinlich dazu, eine Politik der Beziehungen vorzubereiten. Wir kennen diese Methode aus langjähriger Beobachtung und Erfahrung sehr genau. Wir sollten auch nicht verkennen, daß die bisherigen Bemühungen der DDR unter dem Stichwort „Profilierung“ ihren Menschen einige spürbare Erleichterungen gebracht haben. Der Reiseverkehr nach Polen und in die Tschechoslowakei etwa sind Fakten, die sich aus Notwendigkeiten ergeben, die aus der allgemeinen politischen Entwicklung bedingt und erforderlich sind.

Wir scheuen die Konkurrenz mit der DDR nicht, ja, wir würden uns freuen, käme es zu einem echten Wettbewerb, der den Menschen hüben und drüben nützen würde. Das ist unsere Auffassung schon seit vielen Jahren. Wir werden jede Gelegenheit nutzen, um in einen solchen Wettbewerb eintreten zu können. Das würden wir, so meine ich, mit großer Zuversicht gemeinsam bestehen können. Wir sind auch bereit zur Kooperation, die von den Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages erst kürzlich wieder den europäischen Ländern angeboten worden ist. Die beiden Staaten müssen und werden lernen, einander zu ertragen, weil es sonst keinen Weg gibt, die Verhältnisse menschenfreundlicher, friedlicher und sicherer zu machen. Das ist eine schwierige Aufgabe, aber wir müssen uns ihr stellen, wenn wir sie ernst nehmen und es ernst meinen.

Bundesrepublik und DDR müssen und werden zu einem Modus vivendi finden, weil die Zeit es verlangt und weil keiner von ihnen so in sich selber ruht, daß er diesem Verlangen widerstehen könnte. Der Wille zum Modus vivendi ist noch nicht gleichbedeutend mit einer gemeinsamen Vorstellung von seinem Inhalt. Um diesen Inhalt muß gerungen werden. Das hat sich am Berlin-Abkommen bestätigt. Aber am Berlin-Abkommen hat sich auch erwiesen, daß es auf allen Seiten die Bereitschaft gibt, ein entspannteres Zusammenleben zu organisieren, statt an den unüberbrückbaren Gegensätzen permanent zu kranken.

Diese Bereitschaft hat für Berlin eine Regelung zustande gebracht, deren Inkrafttreten der Stadt reale Aussichten auf eine krisenfreiere und stetigere Entwicklung eröffnen wird, auf eine Entwicklung als ein intaktes westliches Gemeinwesen, als eine offene Gesellschaft, geprägt von Urbanität, geistiger Lebendigkeit und Liberalität nach innen wie nach außen, fernab aller provinziellen Enge und Ängstlichkeit. Hier liegt die Stärke Berlins, hier hat sie immer gelegen. Diese Chance sollten wir mit Energie und Phantasie nutzen.

Die Berliner können versichert sein: Die Bundesregierung wird wie bisher alles in ihren Kräften Stehende tun, um die Vitalität und Anziehungskraft ihrer Stadt

zu erhalten und zu fördern. Wer Berlin sieht, soll und wird ein Stück unseres Lebens sehen, ein Stück unserer freiheitlichen Gesellschaft, unserer Art, zu leben und miteinander umzugehen. Dieses Ergebnis unserer praktischen Politik sollte uns gemeinsam bestärken, den so beschrittenen Weg weiterzugehen. Denn nur so kommen wir zu Erfolgen.

Dr. Richard von Weizsäcker (CDU/CSU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wieder hat die Bundesregierung einen umfangreichen Materialband zur Lage der Nation vorgelegt. Herr Bundesminister Franke hat gerade darüber gesprochen. Ich teile seine Meinung, daß den Wissenschaftlern, die an der Abfassung dieses Bandes beteiligt waren, Dank gebührt für eine Arbeit, die ganz fraglos wissenschaftliches Interesse finden wird, nicht zuletzt etwa für die Frage, ob es überhaupt möglich ist, mit diesen Methoden empirischer und soziologischer Forschung Systemvergleiche wertfreier Art vorzunehmen, Systemvergleiche etwa in bezug auf Rechtssysteme, bei denen wir ja schon, wenn wir unsere eigenen Verhältnisse betrachten, sehr wohl die Rechtssysteme und die Rechtswirklichkeit immer einander gegenüberstellen, um zur richtigen Wertung zu kommen.

Wieviel eher ist das notwendig, wenn wir einen Vergleich zwischen den Verhältnissen in der Bundesrepublik und in der DDR vornehmen.

Wenn die Bundesregierung einen politischen Bericht zur Lage der Nation erstattet, dann erwarten wir von ihr wertende Vergleiche. Dies ist zum zweitenmal hintereinander unterblieben. Nötig wäre es z. B. auch, den Nationsbegriff der SED näher zu analysieren, denn er ist ja doch von unmittelbarer Bedeutung für eine Politik, die an der Einheit der Nation festhalten will. Daß dies auch möglich wäre, dafür haben wir einen sehr zündenden Beweis: Der Vorsitzende der Kommission der Bundesregierung zur Abfassung des Materialbandes zum Bericht zur Lage der Nation, Professor Ludz, hat im neuesten „Deutschland-Archiv“ hierzu einen sehr interessanten Bericht gegeben, einen wesentlich interessanteren Bericht als den, den die Bundesregierung ihm in dem Materialband zur Lage der Nation zu publizieren gestattete.

Nach diesen Darlegungen von Ludz hat — wir wissen es — Honecker nun eindeutig vom Auseinanderbrechen der früheren deutschen Nation in zwei Nationen gesprochen. Er führt dies auf die historische Entwicklung bei und nach der Reichsgründung 1870/71 zurück, spricht vom fatalen Zusammenschweißen durch Blut und Eisen, von den nationalen Katastrophen der Großbourgeoisie und erklärt die Nation für eine gesellschaftliche Sache, nämlich für die Sache der Arbeiterklasse und mithin des Klassenkampfes. Und das heißt für ihn heute: Die sozialistische Nation ist in der DDR verwirklicht und muß gegen den äußeren Feind, gegen die Bundesrepublik als der bürgerlichen Nation, abgegrenzt werden.

Aber zugleich erlaubt ihm seine Dialektik, zu erklären, daß die Staatsgrenze nicht die Klassengrenze sei. Auch in der Bundesrepublik gebe es Werktätige, Arbeiter, Bauern, Teile der Angestellten und des Mittel-

standes, der Jugend und der Intelligenz, die die historisch wertvolle Substanz der Klassenkampfnation darstellten, und diese müsse durch die DKP und andere radikale Gruppen zum Kampf gegen den Klassenfeind in der Bundesrepublik geführt werden. Das ist eine der wesentlichen Basen für die Einmischung in unsere Verhältnisse auf dem Boden des Nationbegriffs.

Deshalb ist der Entschluß radikaler Elemente zum langen Marsch durch die Institutionen, also zur Eroberung von Schaltstellen an den Hochschulen, von Lehrerverbänden, von Erziehungsaufträgen, aber auch zu dem Versuch zur Eroberung von Basisgruppen etwa in der SPD, für uns alle so gefährlich. Von daher verstehen wir sehr wohl das vitale, uns alle betreffende Interesse, welches die Führung der SPD an sorgfältigen Abgrenzungsbeschlüssen gegen Unterwanderung durch linksradikale Elemente hat.

Aber, meine Damen und Herren, das genügt nicht. Vielmehr müssen wir daraus auch die Lehre ziehen, daß auch unter uns in der innenpolitischen Auseinandersetzung Bemühungen um Gemeinsamkeit im Verständnis dessen, was den Inhalt der Nation ausmacht, dringend notwendig sind.

Ich meine, Nation ist ein Inbegriff von gemeinsamer Vergangenheit und Zukunft, von Sprache und Kultur, von Bewußtsein und Wille, von Staat und Gebiet. Mit allen Fehlern, mit allen Irrtümern des Zeitgeistes und doch mit dem gemeinsamen Willen und Bewußtsein hat diesen unseren Nationbegriff das Jahr 1871 geprägt. Von daher — und nur von daher — wissen wir heute, daß wir uns als Deutsche fühlen. Das ist bisher durch nichts anderes ersetzt.

Leider aber haben wir im Jubiläumsjahr der Reichsgründung, also im letzten Jahr, statt dessen von hoher und besonders hoher Stelle andere, zumeist kritische Äußerungen zu dieser Nation gehört. Es war vorwiegend die Rede vom Widerstand weiter Teile der Gesellschaft gegen diese Nation, vom Riß zwischen Demokratie und Nation, von der Nation als dem Feld zur Erreichung gesellschaftspolitischer Ziele.

Natürlich war sie unvollkommen. Natürlich gibt es in unserer Gesellschaft heute mehr Integration als damals. Und auch nichts gegen gesellschaftspolitische Ziele! Es ist die Aufgabe von uns, von den Parteien, um diese Ziele demokratisch zu wetteifern. Aber die Nation muß diesem Wettkampffeld übergeordnet bleiben.

Jeder von uns fühlt sich als Deutscher auch dann, wenn er sich in diesem Wettkampf noch nicht durchgesetzt hat.

Meine Damen und Herren, würden wir anders anfangen, würden wir die Nation selbst danach bestimmen, ob wir unsere gesellschaftspolitischen Ziele schon verwirklicht haben, würden wir also als die wahre Nation erst diejenige Demokratie ansehen, von der es etwa im Godesberger Programm der SPD heißt, daß sie sich im Sozialismus erfüllt, würden wir also meinen, daß das Gemeinwesen zu einem unerfüllten Dasein verdammt bleibt, solange sich dieser Sozialismus noch nicht eingestellt hat, dann hat das sehr schwerwiegende Folgen für die Lage der Nation im geteilten Deutschland.

Denn es besteht ein sehr empfindlicher Zusammenhang zwischen unserer innenpolitischen Auseinandersetzung und der Lage der Nation. Auch hier zeigen sich die großen Gefahren, wenn eine Regierung beginnt, Deutschlandpolitik im Alleingang zu betreiben. Denn wenn wir unsere hiesige gemeinsame Freiheit nur dazu benutzen, über den Inhalt der Nation und ihren Begriff einen Parteienstreit zu veranstalten, dann brauchen wir uns gemeinsam nicht mehr um die staatliche Einheit dieser Nation zu bemühen.

Der Gewinner einer solchen Phase aber wäre nur Honecker und sonst niemand.

Doch ich möchte nun, meine Damen und Herren, zur Deutschlandpolitik selbst kommen. Was wird aus der Lage der Nation unter dem Einfluß der beiden Verträge? Das ist für mich die Kernfrage. Darüber möchte ich jetzt sprechen, und darauf will ich mich auch beschränken.

Zwei Zielen galt die gemeinsame Deutschlandpolitik dieses Hauses, nämlich erstens der Wiederherstellung der staatlichen Einheit und zweitens den Bemühungen um Erleichterungen — vor allem um mehr Freiheiten — und schließlich um das Recht auf freie Selbstbestimmung für die Menschen im anderen Teil Deutschlands. Die Gemeinsamkeit dieser Bemühungen war um so wichtiger, als wir uns alle der Empfindlichkeit unserer deutschen Lage in der internationalen Politik bewußt waren. Und um so gefährlicher ist es eben, daß diese Gemeinsamkeit für die Lage der Nation heute praktisch in Frage gestellt ist, und zwar durch die Vertragspolitik der Bundesregierung.

Wie ist es dazu gekommen? Welche Wahlmöglichkeiten fand die neue Regierung im Herbst 1969 denn vor?

Nicht wenige, die die Linkskoalition öffentlich herbeigewünscht und herbeigeschrieben hatten, hatten dies mit der Hoffnung verbunden, eine Regierung Brandt werde die bisherige Offenhaltepolitik nicht fortsetzen, sondern auf das Ziel der staatlichen Einheit verzichten, also der Anerkennung der DDR praktisch keine Schwierigkeiten mehr in den Weg legen. — Andere dagegen setzten auf Beibehaltung der Offenhaltepolitik.

Die Unsicherheit, welcher der beiden Wege zu wählen war, ging tief und geht wohl bis heute tief in die Reihen der neuen Koalitionsparteien hinein. Ich sage das nicht als Vorwurf; nur meine ich, die neue Regierung habe vor allem die Aufgabe gehabt, eine eindeutige Richtung anzugeben.

Aber der entscheidende Einwand gegen den Weg, den diese Regierung nun deutschlandpolitisch tatsächlich eingeschlagen hat, ist der — ich wiederhole es —, daß sie den Versuch unternimmt, beide Wege miteinander zu verbinden, die Vorteile beider Wege für sich in Anspruch zu nehmen. Und das bisherige Resultat ist eine tief zweideutige Situation und folglich eine gefährliche Ungewißheit darüber, wohin denn nun die Bundesregierung, ob gewollt oder nicht, uns alle weiter führen wird.

Auf der einen Seite versichert sie uns unverändert, am Ziel der staatlichen Einheit Deutschlands im Wege freier Selbstbestimmung festzuhalten. Nicht eine bloße

Kulturation — also Sprache, Geschichte und geistige Werte —, sondern die Nation im politisch-staatlichen Sinne bliebe die Grundlage ihrer Deutschlandpolitik.

Solche Äußerungen waren überdies am Anfang der Regierungszeit noch verhältnismäßig spärlich. So wurden wir z. B. in der Debatte über die Lage der Nation im Jahre 1970 in diesem Hause noch aufgefordert, die Frage der Einheit der Nation von der Frage der staatlichen Einheit säuberlich zu trennen.

Inzwischen aber — und auffällig in den letzten Monaten — haben wir Versicherungen über das staatliche Einheitsziel wiederholt gehört. Das hilft nicht nur bei der Mehrzahl der Wähler, die dies wünschen, und vorsorglich in Karlsruhe, sondern es soll wohl auch gegen eigene Unsicherheit schützen.

Auf der anderen Seite hat aber die Bundesregierung mit ihrer Regierungserklärung, mit ihrer Vertragspolitik, mit den Moskauer Absichtserklärungen und anderen amtlichen Texten die Deutschlandpolitik praktisch nachhaltig verändert. Sie glaubt zwar bei der neuen Marschrichtung den formellen Willensakt der Anerkennung der DDR vermeiden zu können, zugleich aber — wir sprachen hier gestern schon davon — beschreitet sie den Weg, auf dem praktisch alle Merkmale der Anerkennung der DDR verwirklicht werden.

Golo Mann hatte 1970 gesagt, die Bundesrepublik solle sich in erster Linie selbst anerkennen, dann würden die anderen Anerkennungen von selbst folgen, gleichgültig in welcher Form. Eine verblüffende Parallele zu dieser Formulierung findet sich in der hier gestern auch schon genannten Bewertung der Deutschlandpolitik der Bundesregierung durch den französischen Staatspräsidenten nach dem Krim-Besuch des Bundeskanzlers; denn Pompidou sagte ja bekanntlich, er sehe es nicht ungern, daß die Bundesregierung auf eine Anerkennung der DDR zusteure, „welchen Namen sie auch immer dafür verwenden möge“. Name und Sache gehen also auseinander. Kann man denn deutlicher, kann man schärfer die Doppeldeutigkeit einer Politik kennzeichnen?

Ich habe nie erfahren, ob die Bundesregierung öffentlich oder ob sie amtlich etwa jetzt bei dem Besuch des Bundeskanzlers in Paris dieser Deutung entgegengetreten ist. Ich habe aber selbst seit der Unterzeichnung der Verträge nicht nur Warschau und Moskau, sondern auch die drei westlichen Hauptstädte besucht, und in jeder dieser Hauptstädte wurde mir die Bundesregierung unter anderem gerade für das deutschlandpolitische Verhalten gelobt, welches sinngemäß Präsident Pompidou in der eben genannten Äußerung angesprochen hat.

Die Bundesregierung wird nicht müde, sich hier zu Hause auf dieses Lob des Auslandes zu beziehen, zugleich aber versichert sie vor der eigenen Öffentlichkeit, daß für sie die Politik einer Anerkennung außer Betracht bleibe. Daß dies formal gesehen zutrifft, glaube ich. Aber was hilft das, wenn sich dahinter ein Bedeutungswandel von 180 Grad vollzieht?

Die Form wird dann eben gleichgültig. So haben George Pompidou und Golo Mann gesagt, und so werden dann vielleicht noch andere sagen müssen.

Ich will zwei Beispiele nennen. Immer wieder versichert die Bundesregierung, sie könne die DDR gar nicht anerkennen, denn das wäre eine Verfügung über Deutschland als Ganzes, und das stünde ihr nach den Viermächte-Vorrechten gar nicht zu. Ferner verweist sie darauf, daß es ihr erstmals wieder und vor allem im Berlin-Abkommen gelungen sei, die Viermächte-Verantwortung neu zu beleben. Damit will sie doch offenbar vor der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als sei dies der Beweis für ihr tätiges Festhalten am Selbstbestimmungsrecht und am staatlichen Einheitsziel.

Aber, meine Damen und Herren, die Viermächte-Rechte sind doch etwas ganz anderes. Sie sind ein Überbleibsel vom Ende des Zweiten Weltkrieges und beruhen auf der Unfähigkeit der Sieger, sich angesichts der damaligen Gegensätze schon damals auf eine endgültige Lösung der deutschen Frage zu einigen. Ganz gewiß sind diese Vorrechte für uns in Berlin wichtig, sie sagen aber gerade nichts darüber aus, jedenfalls nichts Genaueres, wie denn die Vier Mächte gemeinsam zur Forderung der Deutschen nach Selbstbestimmung und freier Wiederherstellung ihrer Einheit stehen.

Die Vier Mächte haben sich bei den Berlin-Verhandlungen auf eine Wiederbelebung ihrer Vorrechte verständigt, ohne aber damit etwas über Selbstbestimmung und Einheitsziel auszusagen. Meine Damen und Herren, deshalb sollte der, dem es um Selbstbestimmung und Einheitsziel geht, eben weniger auf die Viermächte-Rechte und dafür mehr auf die Zusage unserer drei westlichen Verbündeten im Deutschland-Vertrag verweisen, denn dort ist ausdrücklich die Unterstützung unserer Ziele zugesagt. Aber dieser Deutschland-Vertrag — vor allem sein entscheidender Art. 7 — ist durch die Politik der Bundesregierung durchaus nicht wiederbelebt worden. Er gerät vielmehr durch ihre Verträge und Absichtserklärungen in die ernste Gefahr der Aushöhlung.

Meine Damen und Herren, der Opposition begegnet in einem solchen Zusammenhang nicht selten der Vorwurf, sie solle doch zu einer solchen Gefahr der Aushöhlung deutscher Positionen nicht beitragen, indem sie öffentlich davon spreche. Ich meine, das ist ein ganz falsches Verständnis unserer Oppositionsaufgabe. Es geht eben nicht, daß die Regierung im Alleingang ihre Vertragspolitik betreibt, mit der sie den praktischen Wert des Art. 7 des Deutschland-Vertrages gefährdet — siehe die Äußerungen von Pompidou —, daß sie die Opposition vorher nicht konsultiert, dafür aber hinterher von ihr verlangt, sie müsse aus nationaler Treuepflicht erklären, daß der Deutschland-Vertrag unverändert wirksam sei. So geht es nicht!

Vielmehr müssen wir auf die uns im Ausland vielfach bestätigten Gefahrenmomente hinweisen, um vielleicht auf diesem Wege dazu beizutragen, daß eben nicht nur die Viermächte-Rechte, sondern vor allem auch die Verantwortlichkeiten der drei Verbündeten neu- und wiederbelebt werden. Wir sind für die intensiven Bemühungen dankbar, die die Drei Mächte in den mühsamen Berlin-Verhandlungen auf sich genommen haben. Wir sind auch von dem persönlichen Einsatz beeindruckt, den die drei Botschafter und die Botschaftsräte in der ständigen Konsultationsgruppe mit dem Auswärtigen Amt wegen Berlin geleistet haben.

Aber es ging dabei eben um Berlin. Wir werden die Drei Mächte auch für die innerdeutschen Fortschritte wohl bald noch bitter nötig brauchen.

Mein zweiter Punkt betrifft die formelle Zusage der Bundesregierung, sich für die Mitgliedschaft zweier deutscher Staaten in der UNO einzusetzen. Die Bundesregierung erklärte allerdings inzwischen, es sei ihr damit nicht so eilig, und außerdem brauche sie eine Rechtsbasis, welche den besonderen innerdeutschen Charakter der Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander klarstelle.

Was nun aber die Eile anbetrifft, so stellte der Bundeskanzler am Anfang des Jahres in einem Interview in den Vereinigten Staaten fest, diese Frage hätten wir gar nicht mehr allein in der Hand; sie käme vielmehr von außen auf uns zu. — Natürlich tut sie das jetzt, nachdem unsere eigene Regierung und niemand sonst dieses Kind in die weite Welt gesetzt hat.

Im übrigen wird der Versuch, am innerdeutschen Verhandlungstisch eine klarstellende Rechtsbasis für die doppelte UNO-Mitgliedschaft zu finden, schon aus formalen Gründen eine Quadratur des Zirkels. Denn einerseits will die Bundesregierung der DDR ja dadurch ermöglichen, ein voll souveränes Völkerrechtssubjekt zu werden, wenn diese nur bereit ist, von uns an Stelle eines Botschafters einen Vertreter mit innerdeutschem Status zu akzeptieren.

Zum anderen wird aber darauf verwiesen, daß wir wegen der Vorrechte der Vier Mächte gar nicht in der Lage wären, den Völkerrechtsstatus der Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander festzulegen. Das alles wirkt wie die Bemühungen um ein gigantisches Kartenhaus.

Fest steht nur dies: Wenn erst einmal beide deutschen Staaten Mitglieder der UNO sind, dann werden sie von allen Regierungen in der Welt und nicht zuletzt von unseren eigenen Verbündeten als vollsouveräne Völkerrechtssubjekte betrachtet und behandelt werden. Wer in der Welt, so frage ich, wird dann noch irgendeinen politisch relevanten Gedanken darauf verwenden, was es bedeutet, wenn eine deutsche Politik in Bonn weiterhin aus Verfassungsgründen vom Ziel der staatlichen Einheit der Nation spricht?

Gewiß, es wird niemanden stören, wenn wir Deutschen dann unsere Zusammengehörigkeit im Sinne einer bloßen Kulturation betonen. Der Eintritt zweier deutscher Staaten in die UNO aber wird praktisch der unwiderrufliche Weg zur Anerkennung der DDR sein.

Nun stimme ich mit unserem Kollegen Guttenberg und anderen ganz darin überein, wenn sie sagen: Es geht ja vor allen Dingen um die Freiheitsrechte. Bei der Aussicht auf einen brauchbaren Kompromiß ist auch über staatliche Einheit und Grenzen sehr wohl zu reden. Aber bietet denn — so ist zu fragen — die Politik der Bundesregierung eine Aussicht auf einen solchen Kompromiß? Wird sie mit ihrem Plan der innerdeutschen Verhandlungen ein entsprechendes Miteinander erreichen? Wird es ihr gelingen, die innerdeutschen Beziehungen in diesem Sinne generalzuregeln, so daß man über die bisher genannten Bedenken hinwegsehen könnte? In diesem Kernstück der Vertragspolitik der Bundesregierung liegen meine ernstesten Fragen und Sorgen.

Unverändert folgt die Bundesregierung der alten Tutzingener Devise des Wandels durch Annäherung. Ihr liegt der an sich bestechende Gedanke zugrunde, daß es doch die Sorge der SED vor unseren Einwirkungsabsichten sei, die sie daran hindere, im eigenen Machtbereich mehr Freiheiten zu gewähren. Man müsse deshalb der SED diese Sorgen nehmen. Man müsse sich glaubhaft zur Nichteinmischung verpflichten. Man müsse ihre Komplexe abbauen, die Komplexe des Nichtanerkanntseins nämlich, durch Freigabe der Anerkennung in der Welt. Man müsse dadurch ihre Fähigkeit und ihr eigenes Interesse dafür wecken, die erhofften Folgen für die Menschen in der DDR selbst zu veranlassen. Dann kämen unsere eigenen Entspannungsbeiträge im allgemeinen Ost-West-Verhältnis hinzu, die doch dann jede Propaganda gegen uns und auf die Dauer auch jeden Sinn einer Abgrenzungspolitik gegenstandslos machten. So sehe es heute die westliche und die neutrale Welt. So würden es langsam auch Moskau und seine Verbündeten sehen. Und dann, so wird gefolgert, werden wohl oder übel auch die SED es sehen, zu lernen gezwungen sein.

Das klingt alles ganz plausibel, und dennoch ist gerade hier das Kernstück nicht nur der unbewiesenen Spekulation für die Zukunft, sondern alle bisherigen Anzeichen sprechen leider eine ganz gegenteilige Sprache.

Die SED hat nun wirklich ernst damit gemacht, die Bundesrepublik zum Ausland zu erklären, und zwar Hand in Hand mit Datum und Sache des Moskauer Vertrages. Sie hat alle bisherigen Sondereinrichtungen und Sprachgebräuche, die sie im gesamtdeutschen Sinne noch hatte, auf Auslandsfunktionen um- und damit abgestellt. Gleichzeitig und vor allem aber begann sie damit, ihre verschärfte und totale Abgrenzungspolitik gegen die Bundesrepublik im allgemeinen und gegen den Sozialdemokratismus im besonderen einzuleiten. Das geht uns alle an, vor allem solange die SPD unsere Regierung führt.

Nun verweisen Sozialdemokraten uns oft genug darauf, dies sei doch nur ein Zeichen für die beginnende Wirkung ihrer Medizin. Es werde eben brenzlich für die alte bequeme SED-Linie, und das hätten wir von der CDU/CSU nicht fertiggebracht. Meine Damen und Herren, ich spreche über dieses Gebiet ganz ohne jede eigene Freude. Aber ich fürchte, es ist gar kein Grund zu einem solchen Stolz vorhanden. Ganz im Gegenteil!

Lenin hat gesagt, daß jede herrschende Klasse nur nach erbittertem Widerstand ihren Platz räume. Er meinte damit die Kapitalisten, aber seine Wahrheit gilt vor allem für die Kommunisten und nicht zuletzt für die SED.

Wir sind uns hier ja alle darüber einig, daß wir uns für unsere Landsleute in der DDR etwas anderes als ein ewiges SED-Regime wünschen. Dennoch müssen wir der Tatsache ins Auge sehen, daß nicht wir von außen eine Verwandlung der inneren Verhältnisse drüben erreichen können, weder durch containment noch durch roll back, aber erst recht nicht durch das, was man drüben nun einmal als die gefährlichste und die raffinierteste Form eines Veränderungsversuchs von außen betrachtet, nämlich den Weg des Wandels durch Annäherung der freiheitlichen Sozialdemokraten.

Denn niemand ist ungeeigneter, der SED ihre Sorgen zu nehmen. — Ich weiß, daß das alles eine überaus empfindliche Stelle bei uns berührt. Ich sagte schon, daß ich ohne Freude darüber spreche. Wir wollen ja hier nicht wieder anfangen, uns gegenseitig mangelnden Willen und mangelnde Eignung für das gesamtdeutsche Geschäft vorzuwerfen.

Auch wäre mir wohler, wenn hier mehr Einverständnis vorhanden und darum weniger öffentliche Erörterungen über die innerdeutsche Politik vonnöten wären. Aber angesichts des entschlossenen Alleingangs der Regierung in der Ost- und Deutschlandpolitik vom Tage der Regierungserklärung an blieb uns ja gar keine andere Wahl als die der öffentlichen Auseinandersetzung, und die nüchterne Analyse der Lage der SED zwingt uns — und zwingt uns gemeinsam — zu der Feststellung, die ich getroffen habe.

Was folgt aus alledem? Es folgen in erster Linie Konsequenzen für die Ostpolitik des Westens im ganzen. Da ich mich aber hier auf die Lage der Nation beschränke, will ich in meinem Schlußteil nur noch etwas über unseren üblichen politischen Gesprächsrahmen hinaus zu dieser Lage der Nation sagen.

Bei allem Streit ist unter uns Politikern ja seit Jahr und Tag die Sorge gemeinsam, wie wir denn fertig werden sollen mit einem Auseinanderfallen von hohen Ansprüchen in der Deutschlandpolitik und dem Mangel an sichtbaren Fortschritten. Wir alle kennen die Ungeduld, den Unwillen, das Unverständnis und schließlich als Schlimmstes die Interesslosigkeit, die eine solche Lage gerade bei jungen Menschen, aber nicht nur bei ihnen, sondern auch bei manchen nüchternen Berufspraktikern in unserer Industriegesellschaft mit ihren ganz anderen Problemen auslöst.

Wir alle kennen die Sorge, mit der Deutschlandpolitik in einen luftleeren Raum zu geraten. Deshalb halte ich es für gut und nötig, wenn wir uns hier im Bundestag bei der Erörterung der Lage der Nation auch mit den Gedanken auseinandersetzen, die oft außerhalb des aktiven politischen und Parteienlebens unserer Mitglieder zur deutschen Frage gepflogen werden. Wir haben keinen Grund, irgendeiner Frage auszuweichen, der wir hier begegnen.

Im politisch engagierten deutschen Geistesleben gibt es, wie wir alle wissen, eine sehr lebhaft Auseinandersetzung über die Deutschlandpolitik, vor allem im Blick auf die deutsche Geschichte. Aus vielen Beispielen möchte ich nur an Ulrich Scheuner erinnern. Er wies uns noch einmal in einem sehr lesenswerten Beitrag darauf hin, daß ja die deutschen Lande bis tief in das 19. Jahrhundert hinein nur Zwischenfeld zwischen europäischen Nationen waren. Erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts war es den Deutschen gelungen, eine selbständige nationalstaatliche Mittelstellung zwischen Ost und West zu erreichen. Diese Position ist politisch in zwei Weltkriegen von Grund auf erschüttert worden. Gewonnen hat vor allem Rußland. Die Zone der Spaltung, die einst bei Polen lag, ist nach Westen verschoben. Wieder, so scheint es, sind die deutschen Lande Zwischenfeld zwischen den Nationen, freilich anders als früher, nämlich untereinander geteilt durch die Gesellschafts- und Machtssysteme, jedes der beiden in seinem System integriert.

Könnte überhaupt eine der beiden Regierungen, so wird dann gefragt, ihr Fundament erhalten, wenn sie die feste Anlehnung an ihre jeweilige Seite preisgäbe? Wenn das aber so ist, so wird weiter gefragt, liegt es dann nicht nahe, jeden Gedanken an einen vorübergehenden Zustand zu verbannen und in Gottes Namen im westlichen Lager um so schneller zusammenzuwachsen, wie man sich über die Zonengrenze hinweg doch offenbar auseinander lebe? Geht es in einem Europa, so wird weiter gefragt, welches nach Stabilität und Entspannung sucht, nicht weit eher darum, zu dieser Stabilität dadurch beizutragen, daß wir die Teilung nun eben hinnehmen, für deren Überwindung wir doch kein Mittel in greifbarer Nähe wissen, als immerfort den bestehenden Zustand verändern zu wollen? Stören wir nicht diese Stabilität schon allein dadurch, daß wir uns Gedanken über die Deutschen in der DDR im Sinne der Einheit der Nation machen? Können wir denn darüber hinwegsehen, daß die europäischen Völker je länger desto weniger den Wunsch haben, in der Mitte eines im übrigen schwachen Zentraleuropas einen neuen, voll souveränen deutschen Nationalstaat entstehen zu lassen mit 80 Millionen Menschen und mit der Summe der beiden in ihrem Bündnis jeweils zweitstärksten Wirtschaftskapazitäten?

Diese Stimmung wuchs doch ganz unabhängig davon, ob ein solcher neuer Staat für den Westen, für den Osten oder für die Neutralität optieren würde. Das alles war es, meine Damen und Herren, was Golo Mann und was andere dazu veranlaßte, nach einer Umkehr in der Deutschlandpolitik zu rufen.

Und dennoch, so meine ich, sind die Gegengründe nach wie vor die gewichtigeren. Die Teilung Deutschlands ist nicht organisch, sie bleibt künstlich. Sie trennt zusammengehörige Menschen und Familien. Diese Menschen können einfach nicht den grotesken Verwandtschaftsthesen von Honecker zustimmen, wenn er sagt, für die Freizügigkeit komme es auf die Verwandtschaft nicht des Blutes, sondern der gesellschaftlichen Auffassungen an. Daher, Herr Minister Franke, wolle er die Grenze nach Polen und zur CSSR ebenso offenhalten, wie er sie zur Bundesrepublik geschlossen halten wolle.

Das ist wider die Natur. Die Menschen hüben und drüben empfinden sich als Deutsche. Man kann die Lage Deutschlands weder mit dem Gefühl natürlicher Vaterlandsliebe noch mit rationalen Erkenntnissen der Machtverhältnisse jeweils für sich allein lösen, denn beides gehört zusammen, und erst beides zusammen führt zu dem Ergebnis, daß eben heute keiner von uns eine präzise Antwort darauf geben kann, wie sich die deutsche Frage langfristig entwickeln wird. Die Zeiten für eine solche Antwort sind dafür noch nicht reif. Solche Lagen gibt es in der Geschichte öfters. Freilich verlangen sie von den Menschen auch das Schwerste, was es gibt, nämlich eine Offenhaltepolitik unverfälscht durchzuhalten und zu ertragen, auch dann, wenn keine Fortschritte sichtbar werden.

Enttäuschung und Ungeduld sind nur allzu verständlich, aber sie sind schlechte Ratgeber.

Die Teilung, meine Damen und Herren, trennt das gemeinsame kulturelle Erbe, sie trennt gemeinsame Verantwortung für Vergangenheit und Zukunft, sie widerspricht dem heute lebendigen Bewußtsein. Die Zu-

sammengehörigkeit ist eine politische, menschliche und geistige Realität, die uns alle betrifft und die nicht abseitigen nationalistischen Gruppen zum Mißbrauch überlassen bleiben kann.

Aber es hängt eben ganz wesentlich von uns ab, ob dies auch eine Realität bleibt. Wir müssen uns selbst immer von neuem gewissenhaft darüber Rechenschaft ablegen, ob sie es denn noch ist; denn kein Grundgesetz bietet die Gewähr für ihren ewigen Fortbestand. Aber wir müssen vor allem auch sehen, welchen Einfluß die Regierungspolitik auf diese Realität nimmt und nehmen kann. Den schlimmsten Schaden jedenfalls bringen andauernde Unklarheiten.

Wenn die Regierung Gründe dafür sieht, von den bisherigen Zielen der Deutschlandpolitik abzuweichen, dann soll sie sie offen nennen und demokratisch erörtern lassen.

Das Grundgesetz würde sie über kurz oder lang ohnehin dazu nötigen. Will sie das aber nicht, will sie vielmehr am Ziel der staatlichen Einheit in freier Selbstbestimmung wirklich festhalten, dann lasse sie nirgends, weder im In- noch im Ausland, weder in Verträgen noch in Absichtserklärungen, einen Zweifel daran aufkommen. Dann dulde sie keine anderweitigen Interpretationen ihrer Politik, am allerwenigsten bei unseren Verbündeten. Einen Mittelweg, meine Damen und Herren, gibt es nicht. Es wäre der Weg der Zweideutigkeit und der Ungewißheit.

Ein solcher Weg aber kann unsere Unterstützung nicht finden. Denn wir wollen nicht dazu beitragen, auf diese Weise die Lage der Nation, die empfindlich genug ist, weiter zu unterhöhlen.

Kurt Mattick (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir eine ganz persönliche Vorbemerkung. Gestern nachmittag war ich traurig oder böse darüber, daß ich infolge der Zeiteinteilung nicht zu Worte gekommen bin. Ich war empört über einiges, was sich hier zugetragen hat. Jetzt möchte ich nur eine Bitte aussprechen; die Zeit ist darüber hinweggegangen.

Ich bitte die Fraktion der CDU/CSU, die Rede des Herrn Stücklen noch einmal mit ihm gemeinsam nachzulesen und sich die Frage vorzulegen, ob es nicht sinnvoll ist, dazu hier heute oder morgen noch ein paar klärende Worte zu sagen. Denn wenn hier schon immer wieder Appelle an uns gerichtet werden, mehr Gemeinsamkeit zu suchen, muß ich sagen, daß Herr Stücklen einen großen Beitrag dazu geleistet hat, daß die Spannungen zwischen uns und die Diffamierung untereinander gestärkt worden sind.

Aber, meine Damen und Herren, ich will darauf jetzt nicht weiter eingehen. Ich wollte nur diese Bitte aussprechen. Wenn Sie die Rede gelesen haben, können Sie sich überlegen, ob das gut ist.

Gestern hat Herr Dr. Schröder hier eine vielleicht grundsätzliche Stellungnahme zur Politik der deutschen Bundesregierung abgegeben. Ich glaube, es ist

notwendig, auf einige der von ihm aufgeworfenen Fragen einzugehen. Herr Dr. Schröder sagte:

Welche Folgen wird es haben, wenn beide Teile Deutschlands Mitglieder der Vereinten Nationen werden? ... Was wird sein, wenn unsere Partner ... in Ost-Berlin Botschaften errichtet haben?

Ich frage Herrn Dr. Schröder mit Rücksicht auf seine eigenen Einsichten, die er hier gestern und in früheren Zeiten schon entwickelt hat: Was haben Sie eigentlich für Vorstellungen, wie lange z. B. die Franzosen — ich nenne nur ein Beispiel, um Zeit zu raffen — noch gewartet hätten, ihre Beziehungen mit der DDR ohne unsere Politik auszubauen? Jeder, der die französische Politik gegenüber der DDR verfolgt hat, weiß, daß sie auf dem Weg war, ohne uns sehr weit an uns vorbei die Beziehungen zur DDR in einen Zusammenhang zu bringen, der für uns überhaupt keine Möglichkeit der Bewegung mit den Franzosen gemeinsam mehr gebracht hätte. Ich bitte Herrn Dr. Schröder, sich das zu überlegen.

Die zweite Bemerkung. Herr Dr. Schröder sagte: Diese Regierung hat den Weg der Politik der zwei Staaten in Deutschland erstmalig beschritten. Nun, Herr Dr. Schröder, ich darf daran erinnern, daß in der Großen Koalition Herr Bundeskanzler Kiesinger einen Brief an Herrn Stoph geschrieben hat, in dem die erste Begegnung zwischen der Großen Koalition und einem Regierungsvertreter der DDR vorbereitet werden sollte. Die nächsten Schritte, die wir hier gegangen sind, waren eine Automatik aus dieser Entwicklung und aus der Erkenntnis, in welcher Lage wir uns befinden.

Herr Dr. Schröder sagte:

Wir sagen klipp und klar, daß, wenn wir solche Verträge hätten schließen wollen, das schon Jahre vorher möglich gewesen wäre ... Wir sprechen aus unserer Beurteilung der künftigen weltpolitischen Entwicklung unsere Überzeugung aus, daß auch zu einem späteren Zeitpunkt ein solcher Vertragsabschluß nicht nur dieser Art, sondern besserer Art möglich geworden wäre.

Herr Dr. Schröder, Sie haben auf dem Parteitag der CDU 1965 folgendes gesagt:

Im Zeichen des Kalten Krieges war die Wiedervereinigungspolitik eingebettet in das umfassende Anliegen der freien Welt, die Einflußsphäre des Kommunismus in Europa zurückzudrängen. Heute

— so sagten Sie 1965 —

hat sich in der Welt das beherrschende und allgemeine Interesse der Friedenserhaltung vor das Teilinteresse der Wiedervereinigung Deutschlands geschoben. Es besteht zwar noch eine Übereinstimmung im Ziel, aber es ist für die deutsche Außenpolitik schwieriger geworden, den engen Zusammenhang der beiden Probleme bis in die praktischen Auswirkungen hinein zu erhalten.

Ich frage Sie, Herr Dr. Schröder: Warum haben Sie, wenn Sie mit dieser Einstellung und dieser Einsicht 1965 in der Lage gewesen wären, einen solchen Vertrag zu bekommen, diesen dann nicht abgeschlossen? Die Entwicklung würde dann heute eine andere sein!

Meine Damen und Herren, bei der Rede des Herrn Dr. Schröder fiel mir eines auf. Er hat hier wahrscheinlich nicht ohne Absicht — das liegt wohl, wie wir ja aus der Vergangenheit wissen, wesentlich in seiner politischen Anschauung begründet — das Berlin-Problem aus der Betrachtung über die Vertragspolitik völlig herausgerissen.

Dies ist meiner Ansicht nach bezeichnend, ohne Vorwurf, einfach als Feststellung. Herr Dr. Schröder, wenn Sie nämlich von dem ausgingen, was einige Ihrer Kollegen hier so oft sagen, daß ihnen Berlin so am Herzen liege und Berlin ein zentraler Punkt in der Auseinandersetzung um die Außen- und Ostpolitik sein müsse, wäre es Ihnen nicht unterlaufen, hier ohne Berlin zu erwähnen, davon zu sprechen, daß es ohne Zustimmung zu den Verträgen oder Ratifikation kein Desaster für die deutsche Politik gibt. Ich komme darauf noch zu sprechen.

Herr Dr. Schröder, Sie haben dann Ihre Befürchtungen ausgesprochen. Sie sagten:

Wir befürchten, daß die Ostpolitik langfristig den Zusammenhalt des Westens, das empfindliche Machtgleichgewicht in Europa und damit unsere Sicherheit gefährdet.

Immer wieder stellen wir fest, daß von seiten der CDU Mißtrauen gegenüber dem Verhalten unserer Partner ausgesprochen wird; denn anders ist es doch nicht zu beurteilen. Wenn richtig ist, wenn unbestreitbar ist, daß die Aussage von Präsident Nixon von Ihnen ernstgenommen wird, daß die amerikanische Außenpolitik in Übereinstimmung mit der deutschen Außen- und Ostpolitik ist, wenn Sie ernstnehmen, was Pompidou in den letzten Tagen wieder erklärt hat, wenn sie ernstnehmen, was die englische Regierung zur deutschen Außen- und Ostpolitik erklärt hat, können Sie solche Bemerkung und solche Befürchtung nicht aussprechen. Dies heißt also, Sie gehen davon aus, daß man in der Politik keine Offenheit, sondern Tricks anwenden muß, um unsere Verbündeten auf die Dauer zu halten. Dieses, Herr Dr. Schröder, wird nicht gelingen. Sie sagen:

Wir befürchten, daß es auf die Dauer gesehen zu einer Machtverschiebung in Europa zugunsten der Sowjetunion kommt.

Das ist die gleiche Bemerkung. Wieso soll es unter der Voraussetzung zu einer Machtverschiebung kommen, daß erstmalig seit 1961 Tore zwischen beiden Teilen Deutschlands aufgestoßen werden, Veränderungen entstehen, die nicht uns belasten, sondern für uns mehr Bewegungsfreiheit mit sich bringen? Wo sind Verschiebungen der Grenzen zuungunsten des Westens oder Machtverschiebungen sichtbar?

Sie sprechen hier Befürchtungen aus, die auf keinerlei Fundament der heutigen Politik beruhen. Sie sagen, Herr Dr. Schröder:

Wir befürchten, daß sie

— die Sowjetunion —

aus dieser veränderten Situation heraus dem ihr äußerst unbequemen westeuropäischen Zusammenschluß nach Kräften Steine in den Weg legen wird.

Wieso soll sie das nach den Vereinbarungen tun? Sie hätte es doch ohne diese Vereinbarungen und

ohne die Verträge durchaus auch tun können. Das Interesse der Sowjetunion und die Gemeinsamkeit des Westens kann doch durch unsere Politik nur auf Gegenseitigkeit verstärkt werden. Daß die Sowjetunion, wie es Herr Barzel gefordert hat, die Anerkennung der EWG ausspricht, ist ein Verlangen, das — entschuldigen Sie, wenn ich das sage — meiner Ansicht nach jeder politisch realen Anschauung entbehrt. Eine ganz andere Frage ist, ob wir nicht in der Lage sind, die Sowjetunion durch unsere Politik in der NATO und in der EWG an den Punkt zu bringen, wo sie auch mit der EWG verhandeln wird, weil sie Interesse an den wirtschaftlichen Beziehungen hat. Mir sind ihre Befürchtungen nicht klar, sie beruhen meiner Ansicht nach auf einem anderen Fundament, von dem Sie hier nicht gesprochen haben: im Grunde genommen die ewige Sorge, daß der Westen keinen Zusammenhalt hat, der Zusammenhalt des Ostens stärker ist, die Macht des Ostens stärker wird, die Macht des Westens nachläßt und damit eine Schwierigkeit für uns eintritt.

Herr Dr. Schröder, Sie müssen nur eines erkennen: Wenn die Macht des Westens nachläßt, liegt es nicht an der deutschen Außenpolitik. Die deutsche Außenpolitik und die deutsche Ostpolitik haben alle Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der Zusammenhalt des Westens mit dieser Politik, getragen von dieser Politik, stärker geworden ist, als er in den letzten Jahren vor dieser Politik gewesen ist, und daß der Zusammenhalt heute fester getragen wird von der Gemeinsamkeit, als es der Fall war, bevor diese Politik eingeleitet wurde.

Hier ist gestern — ich glaube, von Herrn Dr. Barzel — behauptet worden, daß jüngste Reden von Herrn Brosio, insbesondere auch auf der NATO-Konferenz, deutlich machen, welche Skepsis der frühere und der heutige Generalsekretär der UNO gegenüber dieser Politik haben.

(Zurufe von der CDU/CSU: NATO! — Abg. Kiep: Sie bringen alles durcheinander!)

— Nein, nein, es ist auch gesagt worden, Herr Brosio auf der NATO-Konferenz in Ottawa!

Nun will ich Ihnen eines sagen: Wenn Sie die beiden Reden des Herrn Luns und des Herrn Brosio von Ottawa nachlesen — mir fehlt die Zeit, hier lange Zitate zu benutzen —, dann müßten Sie bemerken, daß Herr Brosio als erstes festgestellt hat, daß die deutsche Außen- und Ostpolitik — ich formuliere jetzt kurz; ich kann Ihnen die Rede nachher vorlesen — Bestandteil der NATO-Politik ist und daß die NATO volles Vertrauen zur Bundesregierung und zu ihrer Ostpolitik hat und diese Politik als eine gemeinsame Politik der NATO mit der Bundesregierung ansieht.

Die Bedenken gegen die Schwächung der NATO haben überhaupt nichts mit dieser Politik zu tun. Sie beziehen sich auf andere Umstände, nämlich die innenpolitischen Schwierigkeiten in den Vereinigten Staaten. Daraus ziehen die beiden Herren ihre Schlußfolgerungen. Wenn Sie die Rede von Brosio auf der NATO-Konferenz nachlesen, können Sie solche Behauptungen gar nicht aufstellen.

Meine Damen und Herren, hier ist gestern der Versuch gemacht worden, mit Zitaten der Vergangenheit die

Sozialdemokratische Partei anzugreifen. Ich verzichte hier heute im großen und ganzen auf Zitate Ihrerseits, denn Sie wissen ganz genau: wenn man die Zitate einiger Ihrer leitenden Herren bringt, können Sie heute nur noch den Mantel der Nächstenliebe darüber decken, mit welchen Hoffnungen Ihre Politik im Jahre 1952 in bezug auf die deutsche Befreiung und in bezug auf die Befreiung des gesamten europäischen Ostens eingeleitet wurde. Sie kennen die Aussagen, die Herr Dr. Adenauer damals gemacht hat.

Aber nun will ich Ihnen eines sagen: Die Sozialdemokraten, die damals, in den Jahren bis 1954, gekämpft haben, sind davon ausgegangen — das ist das Entscheidende für die Entwicklung, in der wir uns heute befinden —, daß nach 1945 noch eine Politik möglich sei, die im Zuge der unmittelbaren Nachkriegsentwicklung, bevor echte, endgültige, langfristige Fakten geschaffen wurden, die deutsche Frage noch in Ordnung zu bringen vermöge. Das waren die Reden, die damals von den Freunden gehalten wurden, die Sie heute gerne zitieren: Die Vorstellung, daß unsere Politik gemeinsame deutsche Politik werden kann, mit dem Ziel, die Nachkriegszeit auszuschöpfen und die deutsche Einheit zu erhalten.

Wir haben 1952 bis 1954 versucht, Sie zu veranlassen, neben der Westpolitik nicht alles beiseite zu schieben, was von der Sowjetunion aus ihrer damaligen schwachen Situation in dieser Zeit an möglichen Angeboten kam. Das alles haben Sie beiseite geschoben mit dem trostreichen Wort von Dr. Adenauer: Nein, meine Herren, jetzt nicht verhandeln! Erst stark werden! Dann geht es nicht nur um die Freiheit Deutschlands, sondern um die des ganzen versklavten Osteuropa.

Das wissen wir. Das war die Vorstellung. Das ist ein Zitat, mit dem ich nur sagen will: Mit dieser Vorstellung, mit dieser falschen Vorstellung, mit dieser Perspektive, die damals schon unrealistisch war — denn die erste sowjetrussische Atombombe war 1949 bereits in der Luft, die Wasserstoffbombe 1953 und 1957 der Sputnik; das war die Abrundung —, machten Sie Politik. Sie wußten also — und jeder hätte vorausschauen müssen und können —, daß eine solche Machtpolitik, wie sie Adenauer und Dulles vorhatten, keine Chance mehr hatte.

Dennoch haben Sie die Möglichkeiten, die wir Sozialdemokraten damals wenigstens noch bis ins kleinste untersuchen wollten, beiseite geschoben mit der festen Vorstellung: Das machen wir mit der Macht; das geht viel besser, in einigen Jahren, in kurzer Zeit.

Es gibt dann im Jahre 1955 noch einmal einen solchen Ausspruch von Dr. Adenauer.

Nun sage ich Ihnen: Die Folgen der Politik, die Sie 1954/55 mit den Verträgen eingeleitet haben — mir würde viel daran liegen, noch über die Behandlung Berlins durch Ihre Politik zu sprechen, aber die Zeit ist zu knapp geworden —, tragen wir heute gemeinsam.

Ich frage jetzt einmal hier in aller Offenheit, ich frage auch die heutige Bundesregierung, ob sie z. B. imstande ist, uns die Protokollunterlagen der Geheimgespräche vor den Pariser Verträgen vor Augen zu führen. Ich komme jetzt also einmal zurück auf Ihre

Immer wiederkehrende Forderung, auch die Protokolle zu sehen. Ich kann mir nicht denken, daß die Westmächte 1954 bei der Unterschrift unter die Pariser Verträge der damaligen Bundesregierung auch nur annähernde Versprechungen gemacht haben, über die Grenzen Deutschlands noch einmal zu verhandeln, um ernsthaft eine Verschiebung vorzunehmen. Ich gehe vielmehr davon aus, daß Sie den Vertriebenen damals nicht das gesagt haben, was Sie gewußt haben.

(Abg. Wehner: Leider wahr! — Zurufe von der CDU/CSU.)

Das ist doch ausgeschlossen. Sie können doch der englischen Regierung nicht soviel Infamie unterstellen. Churchill hat am 15. Dezember 1944 im Unterhaus folgendes erklärt. Dieses Zitat muß ich hier einmal bekanntgeben. Ich lasse die Einleitung weg.

Die Überführung von mehreren Millionen Menschen aus dem Osten in den Westen oder Norden müßte durchgeführt werden ebenso wie die Vertreibung der Deutschen. Denn das bedeutet der Vorschlag: die totale Vertreibung der Deutschen aus dem Gebiet, das Polen im Westen und Norden erhalten soll. Denn Vertreibung ist diejenige Methode, die, soweit wir es sehen können, am befriedigendsten und dauerhaftesten sein wird. Es wird keine Vermischung von Bevölkerung mehr geben, die endlose Schwierigkeiten verursachen könnte, wie es im Fall Elsaß-Lothringen geschehen ist.

Es wird reiner Tisch gemacht. Ich bin nicht beunruhigt durch die Aussicht auf Entflechtung von Bevölkerungen, nicht einmal durch diese umfangreichen Überführungen, die unter modernen Bedingungen eher möglich sind als je zuvor. Ich sehe auch nicht, warum es in Deutschland keinen Platz geben sollte für die deutsche Bevölkerung Ostpreußens und der anderen Gebiete, die ich erwähnt habe.

Schließlich haben sie bereits 6 oder 7 Millionen Deutsche in diesem schrecklichen Krieg verloren, in den sie Europa zum zweitenmal in einer Generation ohne Zögern gestürzt haben.

Das können Sie nachlesen im Protokoll des Unterhauses vom 15. Dezember 1944, die Erklärung von Churchill.

(Abg. Haase [Kassel]: Das ist doch im Krieg gewesen!)

Und Präsident Roosevelt — —

(Abg. Haase [Kassel]: Würden Sie Herrn Churchill aus dem Jahre 1955 zitieren!)

— Ja, ich kann mir vorstellen, daß Sie das nervös macht. Aber lassen Sie mich doch einmal reden!

Präsident Roosevelt hat sich im November 1944 in seinem Brief zu den Grenzen bereit erklärt, bei der Austreibung der Deutschen Hilfe zu leisten. Und dann wollen Sie uns und den Vertriebenen einreden, die Westmächte hätten bei den Pariser Vertragsverhandlungen zugesagt, an dieser Grenze zu rütteln?! Die Geheimprotokolle möchte ich sehen. Es gibt ja da sicher auch welche. Ich möchte sie sehen, wenn die

alte Regierung sie zurückgelassen hat — Dokumente der Vergangenheit.

Meine Damen und Herren, da ist ein Wendepunkt, den wir diskutieren müssen. Dieser Wendepunkt ist schon älter. Aber die heutige Debatte macht deutlich, wie weit wir in der Einschätzung der politischen Entwicklung und der politischen Lage auseinander sind. Sie leben im Grunde genommen — das muß ich Ihnen sagen — in der Vergangenheit einer Politik, die Sie durch Ihre eigene Verhaltensweise in Wirklichkeit seit langem beendet haben, nämlich der Politik, als befänden wir uns noch in der Nachkriegsperiode, wo es darauf ankommt, Friedensvertragsverhandlungen zu erreichen, in denen alles noch einmal von vorn beginnt. Ich sage Ihnen in aller Offenheit, meine Damen und Herren: Dieser Zug ist durch Ihre Politik seit langem abgefahren.

Es wäre vielleicht ganz gut gewesen, wenn wir die Zeit gehabt hätten, uns, bevor wir in diese Debatte gingen, einmal die internationale Lage anzusehen. Meine Damen und Herren, wenn Sie hier immer wieder davon ausgehen, daß Verhandlungen mit der Sowjetunion möglich werden, und wenn auf der anderen Seite Herr Dr. Weizsäcker gerade eben wieder dargestellt hat, wie energisch die Sowjetunion ihre Position vertreten wird, frage ich Sie, was Sie für Vorstellungen haben, wie, wann und wo es einmal eine Chance geben könnte, in der Zeit, in der von der deutschen Nation überhaupt noch gesprochen wird, der Begegnung der Nationen näherzukommen.

Jetzt haben wir folgenden Tatbestand. 1960, als das Chruschtschow-Ultimatum auf dem Tisch lag und all das, was wir uns aus der Zeit vor 1955 noch an Entwicklung vorgestellt hätten, 1960, als wir schon in einer ziemlich schweren Krise waren, hat die Sozialdemokratische Partei durch ihren damaligen stellvertretenden Vorsitzenden und heutigen Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner Ihnen das Angebot einer Bestandsaufnahme und des Versuchs, mit der Bestandsaufnahme zu einer gemeinsamen Politik zu kommen, gemacht. Sie sind damals — das darf ich wohl so ausdrücken — mit Hohn über dieses Angebot hinweggegangen.

Ich werde nie vergessen: da gab es unter anderem eine Antwort von Herrn von Guttenberg auf Herbert Wehner und Erich Ollenhauer. Er sagte damals:

Und Herr Wehner hat auch mit seiner Formel von der Bestandsaufnahme im Grunde gleichfalls eine Revision mindestens auch unserer Politik erwartet. Nun, vielleicht stünde am Ende

— das können Sie sich für die jetzige Situation wirklich einmal zu Herzen nehmen —

einer solchen gegenseitigen Anpassung die vielgerühmte deutsche Eintracht. Aber ich fürchte, wir hätten dann die innerdeutsche Einigkeit um den Preis der westlichen Gemeinschaft erkaufte, jener Gemeinsamkeiten, die bisher die Bundesrepublik und West-Berlin vor Moskaus Griff bewahrten.

Meine Damen und Herren,

— so sagte Herr von Guttenberg weiter —,

die Überprüfung unserer Politik ist für uns gleichbedeutend mit der Revision des Richtigen, gleichbedeutend mit der Abkehr vom Wege des Erfolges,

gleichbedeutend mit dem Ende einer konsequenten Kontinuität und mit dem Anfang einer möglichen neuen deutschen Isolierung.

Welche Arroganz! 14 Monate später zog die DDR die Mauer und beendete den Traum von der gemeinsamen Nation.

Die Konsequenz, die Herr Strauß daraus zog, können Sie nachlesen in der „Zeit“ in seinem Interview vom Jahre 1966.

Man kann auch nicht

— sagte er auf eine Frage —

ein Problem 15 Jahre später noch genauso sehen, wie man es 15 Jahre vorher gesehen hat, weil eben die Welt heute schneller denn je in einem Veränderungsprozeß ist.

Damit kam es zur Konsequenz. Die „Zeit“ fragte:

Sie haben die Formeln geprägt, man müsse die deutsche Frage europäisieren.

„Ja“, sagte Strauß. Die „Zeit“ stellte dann noch eine Zwischenfrage zum Münchener Abkommen und zu Atomwaffen. Da sagte Herr Strauß:

Das hat mit der Europäisierung der deutschen Frage nur indirekt etwas zu tun. Ich verstehe natürlich, was Sie meinen. Es geht aber um das historische Modell. Und ich glaube nicht an die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates, auch nicht innerhalb der Grenzen der 4 Besatzungszonen — ich kann mir unter den gegebenen und voraussehbaren Umständen und den möglichen Entwicklungen und Entwicklungslinien nicht vorstellen, daß ein gesamtdeutscher Nationalstaat wieder entsteht, sei er auch neutralisiert, aber ungebunden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da kann ich nur sagen: Herr Strauß, Sie sind mir ein schöner Preuße. Nun muß ich Ihnen als letztes hierzu noch sagen: Eine Konsequenz zog dann im Jahre 1967 Herr Kiesinger, der leider heute nicht hier ist; ich hätte ihn gerne daran erinnert, weil er gestern so ganz anders sprach. Er sagte:

Wenn dem so ist, wenn die politischen Positionen sich so hart gegenüberstehen, so müssen wir uns ehrlich fragen, ob Bemühungen um eine friedliche Lösung überhaupt einen Sinn haben, ob wir nicht, statt trügerische Hoffnungen zu wecken, warten müssen bis der Geschichte etwas Rettendes einfällt, und uns bis dahin darauf beschränken, das zu bewahren, was uns geblieben ist, unsere eigene Freiheit, die Verweigerung der Anerkennung eines zweiten deutschen Staates durch die freie Welt.

Dies ist die Politik, die Sie auch heute hier vertreten haben. Herr Kiesinger allerdings zog damals eine andere Konsequenz:

Eine solche rein defensive Politik würde, das ist meine feste Überzeugung und die Überzeugung der Regierung der Großen Koalition

— aller miteinander, und da war Herr Strauß auch dabei —,

von Jahr zu Jahr in größere Bedrängnis führen. Sie würde uns nicht nur keinen Schritt vorwärtsbringen,

sie könnte uns auch das gar nicht bewahren, was sie bewahren will, denn die Zeit wirkt nicht für uns.

Mein Eindruck bleibt es, meine Damen und Herren: Herr Kiesinger ist damals von seiner Fraktion im Stich gelassen worden.

Und nun sage ich: Wenn es um den Erhalt der Nation geht, dann ist meiner Ansicht nach die Begegnung der Menschen einer gespaltenen Nation das beste Bindeglied, das es für die Zeit, in der wir uns befinden, überhaupt geben kann. Denn dies müssen Sie doch sehen: Seitdem es die Mauer gibt, gibt es im Grunde genommen keine Begegnung der Menschen einer Nation aus beiden Teilen Deutschlands mehr. Das ist doch unbestritten. Die wenigen Versuche — Verwandtenbesuche aus Not — sind keine Begegnungen.

Wenn man also über das nachdenkt, was jetzt alles hier geredet worden ist, über das nachdenkt, was Sie selbst zu der Entwicklung gesagt haben, müssen wir uns über einen Punkt verständigen. Es würde eine sehr lange Zeit dauern, es wird eine sehr lange Zeit dauern, die wir gar nicht übersehen können, bis sich die Nation wieder zu einem Staat zusammenfinden kann. Was ist die Schlußfolgerung, die ein Politiker daraus ziehen kann? Daß er Wege und auch Umwege suchen muß, auf denen die Nation in der Zeit in Begegnung bleibt, in der die staatliche Spaltung unvermeidbar besteht.

Und diese Begegnung erreichen Sie doch nicht durch die Politik, die sie hier vertreten haben, meine Damen und Herren von der Opposition! Denn die Forderung des Herrn Barzel mit seinem Stufenplan und die Forderung der CSU mit ihrem Vertrag sind doch in den luftleeren Raum gestellt, weil jeder weiß: dafür, daß diese Forderungen so erfüllt werden, gibt es keine Voraussetzungen. Ohne diese Verträge keine Berlin-Vereinbarungen, ohne Berlin-Vereinbarung kein Fall der Mauer, und ohne Fall, Beseitigung oder auch nur Öffnung der Mauer um ein kleines Stück auf lange Sicht keine Begegnung der Nation.

Dies ist das eine.

Nun die zweite Bemerkung: Meine Damen und Herren, ich sage so etwas an dieser Stelle beinahe ungern, weil es woanders anders ausgelegt wird. Sie müssen sich doch über das im klaren sein. Für den langen Marsch, den wir vor uns haben, bleibt ein Zentralpunkt, und ich bedauere, daß Herr Schröder daran so vorbeigegangen ist. Es bleibt ein Zentralpunkt, und das ist Berlin.

Und da muß ich nun eine zusätzliche Bemerkung machen, die mir in der Öffentlichkeit beinahe schwerfällt; die Gründe werden Sie verstehen. Wenn wir uns die Vereinbarung, die wir über Berlin treffen konnten, die die Vier Mächte getroffen haben — Nixon betrachtet sie als das Wichtigste der Deutschlandpolitik der letzten 20 Jahre —, vor Augen halten, dann erkennen wir, wir haben das Fundament der deutschen Einheit in Zukunft, West-Berlin, durch diese Viermächte-Vereinbarungen in einem Ausmaß gesichert, in dem Berlin seit 1945 nicht gesichert war.

Das erste Mal haben sich alle vier Siegermächte an diese Vereinbarung gebunden und damit gleichzeitig ihre gemeinsame Verpflichtung wieder aufgenommen.

Alein die Berlin-Vereinbarung mit allem, was Sie damit im Zusammenhang sehen müssen, ist wertvoll als Material, als Fundament für die Berlin-Politik, wenn diese Vereinbarung nach der Ratifikation in Kraft gesetzt wird.

Sie dürfen nicht verkennen, daß Herr Dr. Schröder damals, als wir das erste Mal mit der Bundesversammlung nach Berlin gehen wollten, im Kabinett alle Widerstände aufgebaut hat, die er damals als Minister dagegen aufbauen konnte. Er hatte seine Überlegungen dazu. Er hatte zu Berlin ein anderes Verhältnis, als wir es von uns aus gesehen haben.

Denken Sie doch einmal darüber nach, wenn Sie schon die Zwischenrufe machen: Als die Bundesrepublik gegründet wurde und die Westmächte ihre Einsprüche in der Berlin-Frage geltend machten, gab es zwei Überlegungen. Da hat Ernst Reuter einmal gesagt, die Bundesrepublik, die Bundesregierung, der Bundestag müßten Berlin so behandeln, als sei es zwölftes Land. Ich frage Sie jetzt einmal, die Sie darüber so national und patriotisch denken. Können Sie sich vorstellen, daß eine französische Nationalversammlung unter der Voraussetzung, daß ihre Hauptstadt unter den gleichen Bedingungen gestanden hätte, unter denen unsere Hauptstadt 1949 stand, nicht erklärt hätte: „Wir akzeptieren den Einspruch der Westmächte, aber hier geht kein Gesetz heraus, bei dem wir wissen, daß mit den Stimmen unserer Hauptstadt eine andere Entscheidung gefallen wäre“? Können Sie sich solch eine Nationalversammlung vorstellen? Ich nicht, das sage ich Ihnen. Berlin blieb bei den demokratischen Entscheidungen vor der Tür, und zwar bis heute. Das sind unsere Empfindungen, die wir in dem Moment haben.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen nur, wenn die Tore jetzt nach den Bedingungen der Berlin-Vereinbarung aufgestoßen werden, entsteht für die nationale Position und für die Menschen im geteilten Deutschland eine völlig neue Qualität der Möglichkeiten, nationale Interessen gemeinsam zu entwickeln. Darüber sollten Sie sich im klaren sein.

Meine Damen und Herren, das Ganze steht unter dem Zeichen der Friedenspolitik. Wir leiten eine Friedenspolitik unter Wahrung der nationalen Interessen als eine gemeinsame Sache der westlichen Bündnis- und Vertragspartner ein. Wir haben nichts weggegeben, was wir besitzen, wir haben das Recht als formale Position nicht aufgegeben, aber das Trugbild wertloser Rechte nicht zum Leitbild unserer Politik gemacht. Ich zitiere Professor Morgenthau aus „Macht und Frieden“ — Sie werden es kennen —:

Die Realität echter Vorteile muß das Trugbild wertloser Rechte ersetzen. Die echte Alternative

— so ist sein Schluß —

liegt nicht zwischen Rechtmäßigkeit und Unrechtmäßigkeit, sondern zwischen politischer Weisheit und politischem Wahnwitz.

Meine Damen und Herren, ich messe den Vereinbarungen über Berlin und den Verträgen noch aus einem anderen Grunde besondere Bedeutung bei. Gestern wurde hier davon berichtet — damit komme ich an den Abschluß meiner Betrachtungen —, daß,

wie Ihnen bekannt ist, zwischen der DDR, Polen und der CSSR die Grenzen geöffnet wurden. Einige von Ihnen messen dem keine große Bedeutung bei, weil es Ihnen vielleicht nicht ganz in den Denkprozeß paßt. Lassen Sie mich hier ein Zitat aus Warschau bringen. In einem Beitrag der Warschauer Wochenzeitung „Politika“ vom 15. Januar 1972 heißt es:

Besondere Bedeutung hat die Tatsache, daß der Zyklus der Aufhebung der Grenzschlagbäume in unserem Bereich gerade vom polnisch-deutschen Vertrag ausging. Das kann als Beweis dafür gewertet werden, daß der Prozeß der Liquidierung der psychologischen Barrieren und Feindseligkeiten, die aus den Ereignissen der vergangenen Kriegszeit herrühren, abgeschlossen ist. Ein Symbol dafür war der Marsch der Polen, die in der Neujahrsnacht 1971/72 mit Sektflaschen zu den unbekanntem Deutschen über die Oderbrücken zogen. Die jetzt hergestellte Freiheit, die Westgrenze zu überschreiten, die faktische Öffnung der Grenze hat keinen Präzedenzfall in den 20 Jahrhunderten polnischer Geschichte. Es ist das Gefühl einer Abenddämmerung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Begegnung, die die Polen nicht als Begegnung mit DDR-Bürgern allein verstehen, sondern als Begegnung mit Deutschen, wird sich fortsetzen in der Begegnung zwischen Bundesrepublikanern und Polen. Dort werden sich auch Bundesrepublikaner und DDR-Bürger treffen. Vielleicht wird noch eine Weile vergehen, bis Begegnungen in der DDR in großem Umfang möglich sind. Aber die Tore sind aufgestoßen, und wir werden erleben, daß der Zug weiterfährt. Wenn Sie überhaupt die Idee haben, die Mauer und die Stacheldrähte, die Grenzpfähle zwischen Ost- und Westeuropa so zu lockern, daß die Herrschaftssysteme untereinander zum offenen gesellschaftlichen Ringen kommen – das war ja doch immer Ihr Anliegen –, dann müssen Sie doch einräumen, daß mit diesen Verträgen und den Berlin-Vereinbarungen Tore aufgestoßen worden sind, wobei heute am Anfang die Auswirkungen im Hinblick auf eine neue europäische Entwicklung noch gar nicht zu übersehen sind.

Franz Amrehn (CDU/CSU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der Argumentation sowohl der Regierung als auch der Koalitionsparteien – so auch in den Worten von Herrn Kollegen Mattick – spielen die Berlin-Vereinbarungen eine zentrale Rolle. Das ist aus zwei Gründen begründlich.

Erstens: Eine Entspannung in Mitteleuropa, die diesen Namen wirklich verdient, kann nicht an Berlin vorbeigehen. Das ist von der Regierung immer so erklärt worden, und damit ist die Opposition völlig einverstanden.

Der zweite Grund ist folgender: Angesichts der Unausgewogenheit der Verträge möchte die Regierung heute wenigstens schon einen Erfolg vorweisen, der greifbar ist. Ich untersuche nicht, ob es zutrifft, daß es eine Berlin-Vereinbarung ohne die Verträge mit Moskau und Warschau nicht gegeben hätte. Dazu gibt es unter den Alliierten durchaus auch andere Auffassungen.

Aber wenn schon die Regierung sich auf diesen Erfolg selbst beruft, wenn sie das Verdienst dafür in Anspruch nimmt, die Berlin-Vereinbarung erreicht zu haben, dann stellt sich allerdings auch die Frage, ob das Entgegenkommen, die Konzessionen und die Anerkennungen in den Verträgen umgekehrt ein entsprechendes ausreichendes Entgegenkommen auch für die Berlin-Vereinbarung ausgelöst haben, ein Entgegenkommen, das uns wirklich guten Gewissens sagen ließe: diese Berlin-Regelung ist befriedigend. Wenn ich bisher überhaupt nicht nach Osten habe gehen dürfen und übermorgen vielleicht mit Genehmigung dann doch einmal einen Besuch machen darf, dann ist das unbezweifelbar eine Verbesserung, aber ich kann noch lange nicht behaupten, daß schon allein dadurch die Regelung befriedigend sei.

Gestern ist hier hervorgehoben worden, daß das Zustandekommen der Berlin-Vereinbarung in sich bereits ein großer Erfolg sei. Das läßt sich doch aber nur dann behaupten, wenn der Inhalt dessen, was zustande gekommen ist, auch wirklich befriedigend ist. Da muß ich sagen: wenn uns noch vor einem Jahr hier einer erklärt hätte: „In die Berlin-Vereinbarung wird hineingeschrieben, daß in West-Berlin ein Konsulat der Russen errichtet werden soll“, dann hätte mir Herr Mattick damals mit Sicherheit erklärt, das sei unannehmbar.

Die Auseinandersetzungen um Berlin dauern nun schon über ein Vierteljahrhundert. Sie sind so hartnäckig, weil der Kampf um den Besitz der Stadt ja über weit mehr entscheidet als nur über das Schicksal Berlins. Wer das weiß und in den 25 Jahren aus nächster Nähe die Geschehnisse miterlebt hat, der wird das Bemühen um eine befriedigende Berlin-Regelung nicht nur innerlich mit guten Wünschen begleiten, sondern auch größtes Verständnis für die ungeheuren Schwierigkeiten haben, die sich einer Regelung entgegenstellen, und er wird mit solchen Maßstäben dieser Erfahrungen auch an das Ergebnis herangehen, wenn er es prüft.

Aber am Wege einer langen Strecke von 1945 an liegen doch auch eine Fülle von bitteren Enttäuschungen, die uns lehren, daß gedruckte Buchstaben noch nicht für bare Münze zu nehmen und daß Hoffnungen und Aussichten noch lange keine Wirklichkeiten sind.

Es trifft doch nicht zu, daß diese Berlin-Vereinbarung die erste sei; nach dem Jessup-Malik-Abkommen hat es doch bereits eine Vierer-Vereinbarung, einen Beschluß der Vier Mächte nach nicht weniger als vierwöchiger Außenministerkonferenz gegeben, in dem doch die Verbesserung und die Normalisierung der Verkehrsverbindungen nach Berlin und zwischen den Zonen, die Vereinfachung, Verbesserung und Normalisierung der Telefon- und Post- und sonstigen Verbindungen vereinbart worden sind. Aber diese Vereinbarung ist nicht gehalten worden; erst danach wurden die Telefonverbindungen in Berlin durchgeschnitten.

Es hat doch auch jene große Enttäuschung vom Juli 1955 gegeben, als wir wirklich mit ganz großen Hoffnungen einer Viermächte-Vereinbarung entgegengekommen haben. Sie ist als eine Gipfelvereinbarung in Genf zwischen den Staatspräsidenten und den Premierministern der damaligen Zeit zustande gekommen. Nach einer Geheimsitzung der Regierungschefs Bulga-

rin, Eisenhower, Anthony Eden und Edgar Faure ist 1955 eine Direktive an die Außenminister gegeben worden, in der es heißt:

Die Regierungschefs sind übereingekommen, daß die deutsche Frage und die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und dem Interesse der europäischen Sicherheit durch freie Wahlen gelöst werden sollen.

Hat uns das damals nicht einen ungeheuren Auftrieb gegeben? Seinerzeit hat schon einmal jemand gesagt – so wie es gestern gesagt worden ist, Herr Wehner –: Das ist ein Wendepunkt. Ich möchte Ihnen heute nicht die vier Reden vorlesen, die damals zu dieser Vereinbarung von den vier Staatschefs gehalten worden sind.

Edgar Faure hat damals gesagt: „Über dieses Übereinkommen hinaus wird der Geist dieser Konferenz eine nachhaltige Auswirkung auf die internationalen Beziehungen und einen glücklichen Einfluß auf ihre Zukunft haben.“ Wir haben immer unsere Hoffnungen da hineingesetzt. Aber wir bleiben skeptisch, solange Buchstaben nicht Wirklichkeit geworden sind.

Und das ist nun einmal wahr: die Skepsis in Berlin gegenüber den neuen Vereinbarungen ist nicht nur etwa bei den Christlichen Demokraten vorhanden, sondern in der ganzen Bevölkerung – das beobachten Sie unverändert –, die nicht aufhört, auf Verbesserungen zu hoffen, aber, obwohl sie weiter ihren Mann stehen wird, doch erst daran glaubt, wenn das, was versprochen ist, in die Wirklichkeit umgesetzt wird.

Wie sieht es denn nun im Augenblick aus, Herr Kollege? Bis zur Stunde hat sich auf den Wegen nach Berlin überhaupt nichts geändert. Seit fast 2 1/2 Jahren haben wir Erklärungen abgegeben, die dem entgegenkommen sollten, was Pankow als eine Verbesserung des Klimas erwartet hat und was von uns als eine Voraussetzung für die Gesprächsmöglichkeiten angenommen wurde.

Bis zur Stunde hat sich überhaupt noch nichts geändert. Wir haben inzwischen die Erklärung über die beiden deutschen Staaten abgegeben, wir haben die Interzonenhandelskredite ungeheuer erweitert, und wir haben die Zusicherung gegeben, die Aufnahme in die UNO zu betreiben.

Gestern hat hier ein Redner erklärt, die Pauschalierung der Gebühren wäre, käme sie zustande, eine große Sache. Die Pauschalierung ist von uns vorgenommen worden. Wir haben die Jahreszahlung übernommen. Aber auf den Autobahnen hat sich daraus bis zur Stunde nicht die geringste Erleichterung hinsichtlich der Kontrollen oder eine schnellere Abfertigung nur als Geste des guten Willens ergeben. Daran muß man die Ergebnisse der Verhandlungen doch auch ein wenig messen.

Wenn nun jemand sagt, im Telefon- und Postverkehr habe sich aber etwas gebessert, dann muß ich natürlich daran erinnern, daß wir erstens auch finanziell eine ganze Menge dafür leisten und daß zweitens West-Berlin als Antwort darauf zum Ausland erklärt worden ist. Heute muß man auf einen Brief nach Berlin eine Auslandsmarke kleben. Außerdem ist die Gebühr für ein Telefongespräch von Ost-Berlin nach West-

Berlin für die Dauer von sechs Minuten nach den Vereinbarungen von 60 Pf auf 4,60 DM erhöht worden. Meine Damen und Herren, das ist doch im Moment die Wirklichkeit.

Nun ist gestern in Aussicht gestellt worden, daß es bereits zu Ostern und zu Pfingsten gewisse Erleichterungen auf den Autobahnen und für Besucher geben soll. Wir freuen uns für die Menschen, die davon nach Jahren endlich wieder Gebrauch machen können. Aber ich weigere mich, zuzugeben, daß es sich hierbei um ein Zeichen des behaupteten guten Willens oder um ein Zeichen der politischen Entspannung handelt. Was wir erleben, ist doch nichts anderes als ein willkürlicher, ja, ich sage, ein frivoler Umgang mit menschlichen Gefühlen zu politischen Zwecken. Es ist der Versuch einer penetranten Einflußnahme auf den Entscheidungswillen dieses Parlaments, und das, meine Damen und Herren, kann ich nicht als Entspannungswillen bezeichnen.

Was ist das für eine Entspannung, bei der uns für eine vorübergehende Zeit das Zuckerbrot der Erleichterung auf den Zufahrtswegen hingehalten wird, während man für die Zeit danach schon wieder mit der Peitsche des Rückfalls in die Unmenschlichkeit droht!

Was uns an Erleichterungen geboten werden soll, ist doch in Wahrheit nur die teilweise Milderung von Unrechtsmaßnahmen, die im Laufe der Jahre über West-Berlin verhängt worden sind. Ich behaupte nicht, daß es kein Fortschritt wäre, wenn es der Politik gelänge, auch das abzubauen. Aber ob daraus schon eine befriedigende Berlin-Regelung wird, ist wieder eine ganz andere Frage.

Meine Damen und Herren, lassen Sie es mich an einem drastischen Beispiel zeigen. In der alliierten Vereinbarung steht, daß die Abfertigung auf den Zufahrtswegen auf die „schnellste, einfachste und günstigste Weise“ vor sich gehen soll, die der internationale Verkehr kennt. Ich leugne nicht, daß ich darin eine wirklich vielversprechende und verheißungsvolle Hoffnung erblickt habe. Wenn ich mir nun aber die Ausfüllungsvereinbarungen ansehe, stelle ich fest, daß dort wieder das Visum verankert worden ist, daß es wieder das Fahndungsbuch und auch wieder die Schreibearbeiten gibt. Das hat doch mit der „schnellsten, einfachsten und günstigsten“ Abfertigung überhaupt nichts zu tun.

Dann weiß ich schon heute, daß das alles andere sind als Privilegien, von denen der Herr Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen in diesem Zusammenhang gesprochen hat.

Meine Damen und Herren, wenn die Verträge überhaupt einen Sinn haben sollen und wenn ihnen die Anerkennung der Realitäten zugrunde gelegt wird und wenn sie Entspannung bringen sollen, dann müßte doch endlich in der Phase der Verhandlungen und schon ganz und gar in der Zeit der parlamentarischen Behandlung dieser Verträge die Rolle Berlins als Druckmittel ein Ende gefunden haben.

Ich habe nicht gezögert, unter mehreren positiven Punkten, die in den Texten zu finden sind, u. a. hervorzuheben, es sei wirklich sehr beachtlich, daß die Sowjetunion sich am 3. September vergangenen Jahres bereit erklärt hat, die Berlin-Regelung zu unterschrei-

ben, wenn die innerdeutschen Vereinbarungen zustande gekommen sind, und mit der Unterschrift die Berlin-Regelung in Kraft zu setzen, ehe die Bundesregierung überhaupt die Ratifizierung in diesem Hause einleitet. Hierzu hat sich die Sowjetunion per Unterschrift verpflichtet. Sie begeht schon die erste Vertragsverletzung, indem sie das nicht tut.

Ich frage mich weiter: wieviel darf ich denn von der künftigen Wirklichkeit einer gut geschriebenen Vereinbarung halten, wenn schon am Anfang die Vertragsverletzung steht?

Das Zweite: Unsere Bundesregierung hat sich am 25. August in voller Kenntnis dieser Vereinbarungen vor dem deutschen Volk im Fernsehen und durch Abdruck im Bulletin dazu verpflichtet, die Ratifizierung erst einzuleiten, wenn die Schlußakte unterschrieben ist. Die Schlußakte ist nicht unterschrieben. Aber die Ratifizierung ist dennoch schon eingeleitet. Der Bundeskanzler hat das gestern mit den Worten erklärt: Es ergibt sich aus der politischen Lage, daß die Ratifizierung eingeleitet wird, bevor die Berlin-Vereinbarung in Kraft tritt. Aber wo kann da unser Vertrauen noch bleiben, wenn so gravierende Festlegungen schlicht übergangen werden und heute nicht mehr gilt, was gestern gelten sollte?

Meine Damen und Herren, mit dem, was hier geschieht, wird ein ganz unmittelbarer Druck auf die Entscheidung dieses Parlaments ausgeübt, die Verträge anzunehmen, bevor die Vergünstigungen der Berlin-Vereinbarung in Kraft treten, und das entgegen verpfändeten Worten. Müßte nicht eigentlich das ganze Parlament sich dagegen wenden? Müßten wir nicht alle Einspruch erheben gegen dieses Verfahren? Aber wir erleben, daß statt dessen auch von amtlicher Seite dieser Druck der Sowjets auf uns fortgesetzt wird, mitgemacht wird.

Meine Damen und Herren, die Regelung sollte befriedigend sein. Wir haben es wahrhaftig niemals als die beste Regelung angesehen, daß Berlin entgegen dem, was es durch seine Vertreter im Parlamentarischen Rat wollte, nicht Bundesland im Vollsinn hat werden können. Wir haben immer nur die Motive unserer alliierten Freunde wegen der guten Gesinnung respektieren können, aus der sie ihre Vorbehalte erhoben haben.

Gestern hat hier Herr Borm erklärt, durch die neue Vereinbarung habe sich daran auch gar nichts geändert. Das ist eben nicht richtig. Von nun an hängt infolge des Berlin-Abkommens die Frage, ob Berlin volles Bundesland werden kann, nicht mehr allein von der Entscheidung der Westmächte und ihrer Freiheit ab, zu sagen: Wir entwickeln dieses Stück zum vollen Bundesland. Vielmehr haben wir diese Rechtslage an die Zustimmung der Sowjetunion gebunden. Da kann ich nicht behaupten, daß dies ein Weg hin zur Selbstbestimmung der Berliner sei — was Sie, Herr Mattick, in diesem Zusammenhang immer gefordert haben —, sondern diese Vereinbarung bringt uns ein Stück weiter weg von der Selbstbestimmung der Deutschen, aus Berlin ein Land der Bundesrepublik zu machen.

Ich könnte mich mit einer solchen Regelung versöhnen lassen, wenn gleiches auch für den Ostsektor bestimmt worden wäre. Aber hier ist doch eben die Ungleichheit.

Darum behaupte ich, daß sich auch im Status in diesem Umfang eine Veränderung ergeben hat, vor der wir nicht die Augen verschließen dürfen.

Ein Zweites: Das Generalkonsulat ist eine sowjetische Forderung gewesen, ohne die eine Berlin-Vereinbarung, wie der amerikanische Botschafter gesagt hat, nicht zustande gekommen wäre. Hier kommen wir doch nicht an dem Tatbestand vorbei, daß die Bundespräsenz, nachdem z. B. die SPD- und FDP-Fraktion seit zwei Jahren nicht mehr nach Berlin gekommen sind, nicht nur faktisch, sondern auch schriftlich abgebaut wird und statt dessen die sowjetische Präsenz in West-Berlin erhöht wird.

Ich weiß natürlich auch, daß in der Vereinbarung steht, das Generalkonsulat dürfe sich nicht politisch betätigen. Das tragen Sie einmal vor einer Berliner Versammlung von Menschen aller Schichten vor, und sagen Sie, die dürften sich da nicht politisch betätigen! — Und glauben Sie mir: Den Sowjets ist es völlig gleichgültig, auf welche Weise sie ihren Fuß in die Tür bekommen können.

Nun noch einige Worte zu dem, was die Bundesregierung in der Antwort an den Bundesrat erklärt hat.

In der Erklärung, die die Bundesregierung auf die Einwendungen des Bundesrates gegeben hat, heißt es, die Ausfüllung des Berlin-Abkommens gehe noch über den Rahmen dessen hinaus, was uns die Alliierten dort bereitet hätten. Nichts kann falscher sein als diese Behauptung. Ich bin bereit, Ihnen an Hand von 20 Punkten nachzuweisen, daß das nicht zutrifft.

Am allerwenigsten trifft das für das Visum zu. Hier hat die innerdeutsche Ausfüllung des Rahmenabkommens etwas eingeführt, was gegen den alliierten Vertragstext ist. Es war doch der Regierende Bürgermeister Schütz, der mit uns gefordert hat, es dürfe nur Identitätskontrollen geben. In der Rahmenvereinbarung steht ausdrücklich: In den Bussen darf nur die Identität geprüft werden. Trotzdem hat die innerdeutsche Seite zugestanden, daß in dem Bus mit 50 und mehr Passagieren wieder eine Sammeliste aufgestellt — „schnellste, günstigste und einfachste Abfertigung“ — und ein Sammelvisum erteilt werden muß.

Als Grundbedingung einer befriedigenden Berlin-Regelung ist aufgestellt worden, daß es keine Diskriminierungen mehr geben dürfe. Der Regierende Bürgermeister Schütz hat erklärt, es dürfe insbesondere keinen Unterschied mehr geben für den Besuch des Ostens zwischen den Westberlinern und den Westdeutschen. Wer heute von West-Berlin aus nach Osten gehen will, der bedarf außer bei Tagesbesuchen in Ost-Berlin ohne Übernachtung einer Genehmigung der Kommunalbehörde im Osten, um überhaupt einreisen zu dürfen. Selbst wenn er nach Ost-Berlin geht, braucht er im Gegensatz zum Westdeutschen einen Berechtigungsschein, ein Visum zur Ausreise und ein Visum zur Einreise. Das ist alles schlechter und überhaupt nicht mit dem vergleichbar, was der Westbürger in Anspruch nehmen kann. Das ist im Ergebnis auch nicht befriedigend.

Wir waren einschließlich des Senats gar nicht damit einverstanden, daß es eine Kontingentierung für die Besuche von Westberlinern gibt. Aus dem Grunde

hatte der Regierende Bürgermeister die Vereinbarung nicht annehmen wollen; aber es ist bei dieser Diskriminierung und Kontingentierung geblieben.

Kann man das dann „befriedigend“ nennen? Ganz zu schweigen jetzt von den vielen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Mißbrauchsklausel, die in den deutschen Regelungen gegenüber der Schwammigkeit der alliierten Vereinbarung noch zugunsten der Ostbehörden verschärft worden ist!

Jeder weiß, daß es am einzelnen Beamten hängen wird, ob bei einem Durchreisenden die hohe Wahrscheinlichkeit einer Absicht des Mißbrauchs der Autobahn unterstellt wird. Das hängt nach wie vor von der Beurteilung des einzelnen auf der Autobahn ab.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine Schlußbemerkung machen. Es wird natürlich immer wieder die Frage gestellt: Wenn Sie die Verträge schon ablehnen wollen, können Sie es dann auch auf sich nehmen, die Berlin-Vereinbarung nicht in Kraft treten zu lassen? Nun wäre es eine formale Antwort, zu sagen: die Vierer-Vereinbarung der großen Mächte, die an Berlin beteiligt sind, kann doch nicht davon abhängig gemacht werden, ob eine bilaterale Vereinbarung in Deutschland zustande kommt.

Aber lassen Sie es mich auch von der Sache her beurteilen. Um mit einem abgewandelten Kennedy-Wort zu sprechen: Ich kann mich doch nicht mit dem Apfel begnügen, wenn ich einen Obstgarten hingeben soll!

Das heißt doch: auch West-Berlin kann nicht mit einem Vertrag gedient sein, der in der Welt draußen zumeist als ein Teilungsvertrag verstanden wird. Ein Schritt der deutschen Politik im ganzen in die falsche Richtung kann auch für Berlin nicht richtig sein.

Ein Vertrag, mit dem die Deutschen genötigt werden, ihr Recht auf Selbstbestimmung im Text zu verschweigen — und wem dies auch nicht durch Interpretation anders dargestellt werden kann —, kann allein mit einer Berlin-Regelung nicht gerechtfertigt werden. Ein Vertrag, den wir für Deutschland nicht verantworten können, können wir auch nicht für Berlin verantworten. Auch die Berliner und alle Abgeordneten hier sind doch verpflichtet, das Gesamtinteresse ganz Deutschlands nach bester Überzeugung und nach innerstem Gewissen wahrzunehmen, notfalls auch um den Preis, daß die Berlin-Vereinbarung vorerst nicht in Kraft treten sollte.

Dr. Ernst Achenbach (FDP):

Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der bisherige Verlauf der Diskussion hat mich an ein französisches Sprichwort erinnert, welches da lautet: Qui trop embrasse mal étreint, frei übersetzt: Wer sich mit zehn Sachen gleichzeitig beschäftigt, macht keine ordentlich.

Ich ziehe daraus für mich die Schlußfolgerung, daß ich nur zum Inhalt des Moskauer Vertrages und zu dem sprechen werde, was der verehrte Kollege Schröder dazu gesagt hat. Ich würde sagen, das ist schon

ein abendfüllendes Stück, oder, wie es ein Amerikaner sagen würde: That's a mouthful, wieder frei übersetzt: Da hat man schon genug zwischen den Zähnen!

Herr Kollege Schröder, ich möchte mich gern mit Ihnen über das unterhalten, was sie gestern vorgetragen haben. Zunächst möchte ich mich damit einverstanden erklären, daß Sie eingangs in Ihrer Rede betonten, diese Diskussion hier müsse sachlich geführt werden, jeder müsse der anderen Seite den guten Willen zubilligen; wir sollten unter der Voraussetzung sprechen, daß auf beiden Seiten Patrioten stünden, die unter den gegebenen Umständen das Beste für unser Land und Volk wollten. Niemand sollte in dieser Diskussion veräußelt werden. Diese Kontroverse dürfe nicht zu einem Glaubenskrieg werden oder ausarten. — Damit bin ich voll einverstanden.

Ich hatte bei meiner letzten Intervention hier bereits betont, daß wir gut beraten wären, wenn wir das Begriffspaar „kalter Krieger“ und „Verzichtspolitiker“ gemeinsam beerdigen würden. Sie haben diesen Vorschlag angenommen, das finde ich gut so. Wir können gemeinsam der Welt mitteilen, daß es hier in Bonn weder kalte Krieger noch Verzichtspolitiker, sondern vaterlandsliebende Abgeordnete gibt, die für ihr Land und für die Welt den Frieden wollen. Das wollen wir doch einmal gemeinsam feststellen!

Nun haben Sie auch sonst noch etwas Vernünftiges gesagt. Sie haben festgestellt, daß es nach wie vor gemeinsame Ziele gibt: Festhalten am Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen, friedliche Beziehungen und Verständigung, Zusammenarbeit auch mit den Staaten Osteuropas einschließlich der Sowjetunion und Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt! Voll einverstanden! Ich nehme an, Sie sind auch noch einverstanden, wenn wir noch zwei Punkte hinzufügen. Wir sind doch alle hier bereit, für unseren Staat, für diesen freiheitlichen Rechtsstaat einzutreten und ihn zu verteidigen. Darüber hinaus wollen wir uns alle auch um Berlin kümmern. Also haben wir da ja dann schon einen ganz schönen Katalog von Gemeinsamkeiten.

Nun komme ich noch zu einem Schlußsatz, und da fängt allerdings langsam die Kritik an, Herr Kollege Schröder. Sie haben auf der Seite 30 Ihrer Rede gesagt:

Ich vertrete absolut den Standpunkt, daß wir Deutschen keine Auslegung der Verträge zu unseren Ungunsten vornehmen sollten, also uns nicht einer Argumentationslinie der Gegenseite bedienen dürfen.

Sehr richtig, Herr Kollege Schröder. Nun hätte ich ganz gern gesehen, daß man auch einmal von Ihrer Seite vorträgt, was in diesem Moskauer Vertrag denn eigentlich drinsteht. Da dies nicht geschehen ist, möchte ich mich jetzt damit ein bißchen beschäftigen. Der Vertrag ist ja gar nicht so lang, so daß die Rede gar nicht so lang wird. Es ist vielleicht auch ganz gut, daß die vielen Leute, die uns zuhören und die Texte nicht vorliegen haben, verstehen müssen, worüber wir uns eigentlich streiten.

Wollen wir doch einmal sehen, was in dem Moskauer Vertrag steht, um uns anschließend ein Urteil darüber

bilden zu können, ob Ihre Befürchtungen, Herr Schröder, oder die Hoffnungen anderer berechtigt oder nicht berechtigt sind.

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Unterstellen Sie, daß Herr Schröder den Vertrag nicht gelesen hat?)

Nein, ich finde nur: wenn er sagt, man sollte keine Interpretation vornehmen, die uns schädigt, dann war es ein Versäumnis, daß er den Vertrag anschließend nicht interpretiert hat. Das ist doch der ganze Witz. Diese Interpretation will ich jetzt einmal vornehmen und dann feststellen, ob Herr Schröder mit meiner Interpretation übereinstimmt. Das ist normal.

Dieser Vertrag hat erst einmal eine Präambel. In einer Präambel lautet der erste Satz:

IN DEM BESTREBEN, zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der Welt beizutragen,

Das wollen wir doch wohl alle? Mit diesem Satz sind Sie also einverstanden.

Der zweite Satz lautet:

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf der Grundlage der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen den sehnlichen Wünschen der Völker und den allgemeinen Interessen des internationalen Friedens entspricht,

Ich jedenfalls teile diese Überzeugung, und ich nehme an, Sie teilen Sie auch, Herr Schröder. Dagegen ist also auch nichts einzuwenden.

Dann kommt der dritte Absatz. Dort steht:

IN WÜRDIGUNG der Tatsache, daß die früher von Ihnen verwirklichten vereinbarten Maßnahmen, insbesondere der Abschluß des Abkommens vom 13. September 1955

— das war ja der Bundeskanzler Adenauer —

über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, günstige Bedingungen für neue wichtige Schritte zur Weiterentwicklung und Festigung ihrer gegenseitigen Beziehungen geschaffen haben,

Sie müssen doch zugeben: daß die jetzige Regierung die damalige Regierung würdigt, ist doch nett von ihr. Außerdem stimmt das auch.

Dann kommt der vierte Punkt:

IN DEM WUNSCH, in vertraglicher Form ihrer Entschlossenheit zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen ihnen Ausdruck zu verleihen, einschließlich der wirtschaftlichen Beziehungen sowie der wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Verbindungen, im Interesse beider Staaten,

Ja, dagegen ist doch offenbar keiner, denn das steht sogar in dem Plan der CSU. Da sind wir uns also auch schon wieder einig. Folglich werde ich doch wohl sagen können: Gegen die Präambel kann dieser Bundestag überhaupt nichts vorbringen.

Nun kommen wir auf den Art. 1. Dessen Abs. 1 lautet:

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten es als wichtiges Ziel ihrer Politik, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen.

Das wollen wir doch auch. Da gibt es also doch wohl auch keine Meinungsverschiedenheit.

Nun kommt der Abs. 2. Ich kann Ihnen sagen, daß Herr Außenminister Scheel da ganz verdienstvoll verhandelt hat. Sie, Herr Schröder, haben zwar gemeint, man hätte Sie nur als Statist eingeladen. Wenn damit unerschwerlich von Ihnen gemeint sein sollte, ich sei da nur als Statist gewesen und mein Freund Karl Wienand ebenfalls, so muß ich Ihnen ehrlich sagen: Bei dem Selbstbewußtsein der Siegerländer gelingt es Ihnen nicht, mich mit Komplexen zu versehen. Ich bin ein freier Abgeordneter, war in Moskau frei und habe dort meine Meinung gesagt. Hier und da hat man sogar meinen Rat angenommen, habe ich das Gefühl.

Dieser zweite Absatz lautet so:

Sie bekunden ihr Bestreben, die Normalisierung der Lage in Europa und die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten zu fördern, und gehen dabei von der in diesem Raum bestehenden wirklichen Lage aus.

Nun sind Sie, Herr Kollege Schröder — wir sind ja alte Juristen —, mit den Gesetzen der Logik wohlvertraut und werden mir sicher zustimmen, wenn ich Ihnen sage: Wenn man die Normalisierung der Lage in Europa fördern will und dabei von der bestehenden Lage ausgeht, dann folgt daraus, daß die Vertragspartner der Auffassung sind, daß die bestehende Lage in der Tat nicht sehr normal ist, und das ist sie auch nicht. Sie ist schizophren, sie ist unfriedlich, und sie muß normalisiert und verbessert werden, und dafür sind beide Vertragsparteien.

Damit hätte ich also, wie ich meine, den ersten Artikel über die Bühne gerollt.

Nun kommt also der zweite Artikel. Der Art. 2 sagt also — ich will es jetzt sogar ein bißchen verkürzen —, daß sich die beiden Staaten unter keinen Umständen mit Gewalt bedrohen wollen und auch nicht Gewalt anwenden wollen. Das ist von einer absoluten Klarheit. Als Jurist — schließlich habe ich neulich mein 25jähriges Jubiläum als Anwalt gefeiert, Herr Stücklen — verstehe ich ein bißchen was davon. Außerdem gibt es noch eine Erklärung von Herrn Gromyko. In Zukunft ist also hier der Gewaltverzicht, und zwar in vollem Umfang, ausgesprochen. Davon beißt keine Maus einen Faden ab.

Das, Herr Stücklen, wollen Sie ja auch. Das wollte auch die Regierung Kiesinger. Das ist also nun erreicht. Wissen Sie, als die Regierung Kiesinger/Brandt das damals den Russen vorschlug, da waren diese nicht ohne weiteres bereit, dies in dieser Form zuzugestehen, sondern da haben sie Noten geschickt, auf die ich jetzt im Interesse der guten Beziehungen nicht

mehr eingehen will. Nun aber steht das klar im Vertrag drin: ausschließlich friedliche Mittel. Der Gewaltverzicht ist klar und total.

Nun kommt der Art. 3. Da war ich bei den Verhandlungen ein bißchen dabei. Ich nehme nicht an, daß ich da Geheimnisse verrate. Der Art. 3 enthält einen ersten Satz, um den sogar ein bißchen gekämpft worden ist.

Aber er steht ja nun da. Da heißt es: „In Übereinstimmung mit den vorstehenden Zielen und Prinzipien“, nämlich mit dem vorstehenden Prinzip, daß man keine Gewalt anwenden will und sich auch nicht mit Gewalt bedrohen will. Dieses Prinzip soll auch in bezug auf die Grenzen gelten. Ja, das leuchtet mir nun wieder ein.

Denn wenn ich bei Grenzen Gewalt anwende, dann ist das doch wesentlich gefährlicher, als wenn ich sonstwo Gewalt anwende. Also, in Anwendung dieses Gewaltverzichts erklären nun die beiden Mächte, daß die Grenzen nicht angetastet werden sollen — mit Gewalt. Das ist die logisch zwingende Folge aus diesem Eingangssatz, den wir da nach langen Verhandlungen hineingenommen haben. Das ist dadurch gewährleistet.

Nun, sehen Sie, Verhandlungen unter Fachleuten und Diplomaten führen manchmal zu nicht ganz einfachen Ergebnissen, sondern sind manchmal ein bißchen kompliziert.

Und nun mache ich Sie darauf aufmerksam, daß unter diesem ersten Obersatz drei Gedankenstriche stehen. Das, was auf diese Gedankenstriche folgt, ist in Übereinkunft von den Verhandlern dazu ausersehen worden, Unterfälle dieses vorderen Satzes zu beschreiben. Art. 3 ist also ein Anwendungsfall des Art. 2, mithin ein Anwendungsfall des Satzes, daß man auf Gewalt verzichtet. Und dann wird in Art. 3 als Anwendungsfall eben besonders herausgestellt, daß die Grenzen nicht mit Gewalt angetastet werden.

Man soll sich nicht selbst zitieren — ich zitiere überhaupt nicht gerne —, aber diesmal will ich es doch tun. Ich habe im Jahre 1959 gerade dazu etwas gesagt, und ich meine, es paßt sehr gut auf die heutige Zeit. Es handelte sich damals um eine Große Anfrage der Freien Demokraten an die Regierung. Da waren Sie noch nicht Außenminister, Herr Schröder; das war noch der Herr von Brentano. Ich habe damals gesagt: für Sie, die Christlichen Demokraten, wie für uns, die Freien Demokraten,

ist das Bündnis mit den angelsächsischen Staaten ebenso wie das mit Frankreich der Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik.

Das trifft heute noch zu. Das wird auch, wie ich annehme, nach wie vor vom ganzen Hause unterstrichen. Wir wollen dieses Bündnis fortsetzen. Im übrigen können wir das auch, denn ich entsinne mich, mit eigenen Ohren gehört zu haben, daß Herr Gromyko vernünftiger- und klugerweise sagte, als es um eine Wende in den Beziehungen ging: Aber selbstverständlich wollen wir Sie nicht Ihren Freunden abspenstig machen; und

wir hoffen, daß Sie uns unsere Freunde auch nicht abspenstig machen. Und ich habe damals weiter gesagt:

Das bedeutet, daß wir verpflichtet sind, für außenpolitische Initiativen, die wir im Interesse unseres Landes für richtig halten, unter Einsatz all unserer Überzeugungskraft das Verständnis und die Zustimmung unserer großen Verbündeten zu erlangen; und daß wir in der Tat, Herr Bundesaußenminister,

— das war Herr von Brentano —

bei allem, was wir tun, auch die berechtigten Interessen unserer Verbündeten berücksichtigen müssen.

Ich habe dann noch hinzugefügt:

Was wir hier klar und unmißverständlich für uns aussprechen, gilt umgekehrt aber ebenso für die Politik unserer Verbündeten im Verhältnis zu uns. In dem großen westlichen Verteidigungsbündnis freier und gleicher Staaten müssen auch unsere Verbündeten bei der Ausarbeitung der gemeinsamen Außenpolitik der Allianz die Lebensinteressen des deutschen Volkes berücksichtigen, und so wie wir für ihre, müssen sie für unsere Belange eintreten. Das erfordert die Achtung vor dem gegebenen Wort, die Ehre und das wohlverstandene nationale Interesse jedes Bündnispartners.

Wenn Herr von Weizsäcker eben plötzlich gemeint hat, Herr Pompidou würde nicht mehr dafür eintreten, muß ich den eigentlich in Schutz nehmen. Ich habe keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß die Franzosen zu diesem Vertrag stehen und daß sie im Rahmen des Bündnisses auch zu ihrem Wort stehen, für unsere Belange einzutreten.

Dann habe ich, an den Bundeskanzler gewandt, etwas gesagt, das im Grunde der Kern ist, Herr Schröder:

Nun, Herr Bundeskanzler, bei Fortdauer des kalten Krieges, in dem die Sowjets in den Amerikanern ausschließlich angriffslüsterne Monopolcapitalisten, die Amerikaner die Sowjets ausschließlich als angriffslüsterne Weltrevolutionäre sahen, konnte das Lebensinteresse des deutschen Volkes, die Überwindung seiner Spaltung, von unseren westlichen Bündnispartnern begreiflicherweise nicht genügend wahrgenommen werden, weil der kalte Krieg par excellence der Zustand ist, der den Status quo wiederum begreiflicherweise immer fester zementiert, weil das alles überschattende Mißtrauen jede Seite veranlaßt, fest auf den innegehabten Positionen zu verharren und keine Veränderungen zuzulassen, aus Furcht, sie könnten die Positionen der einen Seite auf Kosten der anderen verbessern.

Das ist doch selbstverständlich so. Wenn man aber aus diesem Circulus vitiosus herauskommen will, muß man schon ein bißchen Mumm haben und wenigstens miteinander sprechen wollen. Herr Schröder, etwas hat mich betroffen gemacht. Sie haben in der „Zeit“ einen großen Artikel geschrieben, im Ton sehr nett und klug, wie Sie ja sind. Dem, was Sie dort unter Ziffer IX sagen, kann ich aber gar nicht folgen. Es heißt dort im letzten Absatz:

So ist das Nein zu den Verträgen nicht nur eine außenpolitische Aussage, sondern es unterstreicht auch eine notwendige innenpolitische Haltung.

Ich weiß, daß dieser letztgenannte Gesichtspunkt in der bisherigen Debatte zu kurz gekommen ist. Es wäre aber schädlich, die Zusammenhänge nicht deutlich und plastisch zu sehen.

Herr Schröder, wir haben uns gemeinsam gegen diese etwas miesen Versuche — ich sage es so, denn ich bin ja ein freier Abgeordneter — des Herrn Honecker gewandt, sich abzukapseln. Aber besteht nicht der Verdacht, daß Sie dazu neigen, daß wir uns abkapseln? Das sollten wir nicht tun. Darum ging es ja immer in der Diskussion zwischen uns in den ganzen Jahren. Ich bestreite nicht die Legitimität der Überlegung, ob der Zeitpunkt richtig oder falsch ist. Ich stelle nur fest, daß Sie in all den langen Jahren immer der Meinung waren, der Zeitpunkt sei noch nicht gekommen oder er sei falsch.

Darüber können wir ja sehr freundschaftlich verschiedener Meinung sein. Wir sind eben der Meinung, daß der richtige Zeitpunkt gekommen ist, wenn eine Weltmacht auf uns zukommt und sagt: Wir möchten ganz gern eine Wende in den Beziehungen, und wenn sie gewillt ist, einen Vertrag zu unterschreiben, in dem wir sage und schreibe überhaupt nichts aufgeben. Und von dieser Interpretation her, von der berechtigten Aussage her, daß man den Vertrag nicht anders interpretieren soll, wenn man nicht den deutschen Interessen schaden will.

Daß meine Interpretation juristisch einwandfrei ist, wollen Sie doch hoffentlich nicht bestreiten.

Auf der Basis dieser Interpretation des Moskauer Vertrages und nach der Lektüre des Textes — die Leute draußen müssen ja auch wissen, worum es geht, und bisher wußten sie es gar nicht so genau; sie hatten zwar den Text früher einmal in der Zeitung gelesen, aber Zeitungen pflegt man ja nicht aufzuheben, und man hat sie auch nicht ständig vor sich liegen — frage ich mich nun, ob diese Kategorie der Befürchtungen, die Sie aussprechen, richtig ist. Was die Befürchtung angeht, daß unsere westlichen Verbündeten nicht mehr zum Vertrag stehen, so muß ich die westlichen Verbündeten in Schutz nehmen.

Wenn dem so wäre, taugte das ganze Bündnis nichts. Wir stehen treu zum Bündnis — das haben wir auch immer gesagt —, infolgedessen stehen die anderen auch treu dazu. Sonst hat die ganze Sache doch keinen Sinn.

Es geht doch in erster Linie um folgendes: In diesem Vertrag haben wir das Versprechen der Westmächte in bezug auf einen frei ausgehandelten Friedensvertrag. Vom Osten hatten wir das bisher noch nicht, vielleicht auch ein ganz kleines bißchen aus eigener Schuld, denn wir sind ja auf die Vorschläge, die von östlicher Seite gemacht wurden, nicht echt eingegangen, weil wir meinten, der richtige Moment wäre noch nicht gekommen. Jetzt haben wir nichts anderes als einen Modus vivendi.

Aber eines möchte ich ganz klar sagen — auch im Hinblick auf das, was Herr von Weizsäcker sagt —: ich bin der festen Überzeugung, daß diese Regierung, die ich unterstütze — für mich kann ich das ganz verbindlich sagen, aber für die anderen sicher auch; das wird mir Walter Scheel bestimmt bestätigen —, selbstverständlich für die staatliche Einheit Deutschlands ist. Ich habe

den Kollegen in Moskau unwidersprochen sagen können, daß, wenn wir schon von Realitäten sprächen, sie ja wohl zugeben müßten, daß die Deutschen ihr Land nicht selber gespalten hätten, sondern daß andere das für sie besorgt hätten; und nun seien wir zwar keine Weltmacht, auch nicht eine Großmacht, aber wir hätten doch ein bißchen Selbstachtung, und das gefalle uns nicht, deshalb wollten wir die deutsche Einheit wieder haben und mit ihnen darüber sprechen. Deshalb hat Walter Scheel auch diesen Brief geschrieben, und sie haben ihn akzeptiert.

Nun wären wir alle gut beraten — das sage ich Ihnen in der heutigen Zeit —, wenn wir diesen Modus vivendi nicht ansähen als etwas, was für zehn, zwanzig Jahre dauern soll, nein, das soll die Grundlage schaffen, um auf ihr von diesem Modus vivendi aus zu einem frei ausgehandelten Friedensvertrag zu kommen, der die Zukunft Europas auf Dauer sichert. Das ist das Ziel, das ich jedenfalls vertrete. Ich hoffe, daß da die meisten Leute derselben Meinung sind. Ich bin überzeugt, Walter Scheel vertritt dieses Ziel auch.

So, nun habe ich das Gefühl, ich rede schon ein bißchen arg lang. Der Kollege Strauß spricht doch fließend Latein, soweit ich weiß. Er wird sich erinnern — er hat es sicher einigen Kindern beigebracht; ich nehme es an, Herr Kollege Strauß —, da gibt es den berühmten Satz: „Dum spiro spero“ — „Solange ich atme, hoffe ich.“ Das schließt nicht aus, daß ich gleichzeitig sehr wachsam bin.

Nun gibt es zwei Haltungen. Der eine sagt: „Solange ich atme, hoffe ich, bin aber dabei wachsam, damit ich nicht betuppt werde“, und der andere sagt: „Solange ich atme, habe ich Befürchtungen“ — auch wenn es staatsmännische sind.

Da muß man nun die Wahl treffen. Ich sage Ihnen ehrlich: ich bin dafür, es bei dem alten lateinischen Satz zu belassen und, was die Befürchtungen angeht, sie natürlich sehr wachsam zu prüfen, aber erstens sie nicht zu beschreiben und zweitens genau aufzupassen.

Lassen Sie mich deshalb jetzt schließen, weil ich auch müde werde, ehrlich gesagt; denn ich gehöre ja, wie Sie wissen, mit Ihnen, Herr Schröder, zu der Minderheit in diesem Hause, die älter als 60 Jahre ist. Ein bedauernswerter Zustand! Deshalb hat es mich so gefreut, daß Sie gestern einen solchen Beifall bekamen; denn in unserem Alter freut man sich, wenn die Leute nett zu einem sind.

Zum Schluß möchte ich aber noch begründen, warum ich für diesen Satz bin, daß man hoffen soll und hoffen muß und beharrlich sein muß wie Wilhelm der Schweiger, der ja aus den Siegerländer Wäldern kommt. Ich habe einmal von diesem Platz aus — da haben Sie ein bißchen gelacht, das ist ja schon zehn Jahre her, ich hoffe, Sie lachen heute nicht — den schönen Vers zitiert, der lautet:

Drum mutig drein und nimmer bleich,
denn Gott ist allenthalben,
die Freiheit und das Himmelreich
gewinnen keine Halben.

So ist es.

Dr. Werner Marx (Kaiserslautern) (CDU/CSU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Außenminister, Sie haben eben Fraktionskollegen glückwünschend die Hand geschüttelt. Aber ich glaube, Herr Kollege Achenbach, ich muß sagen, daß ich bei den vielen hundert Diskussionen über dieses so ernste und uns alle so bedrückende Thema selten eine Rede gehört habe, die sich auszeichnete durch ein so hohes Maß an Leichtfertigkeit. Und, entschuldigen Sie bitte, was Herr Kollege Achenbach hier zu weiten Teilen — indem er den Text, wie er sagte, interpretierte — vorgetragen hat, läßt mich erst begreifen, warum der Text dieses Vertrages so ist, wie er ist, wenn er in Moskau beraten hat.

Herr Kollege Achenbach, man könnte hinzufügen: Vielleicht bekommen Sie dann auch noch einige Nachrichten dafür, daß die abendliche Lachstunde in der sowjetischen Botschaft um zweieinhalb Minuten verlängert wird.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU/CSU hat am 14. Oktober des vergangenen Jahres ihre Große Anfrage zur Deutschland- und Außenpolitik eingebracht. Sie sagte dort in der Begründung:

Die Außenpolitik der Bundesregierung, insbesondere die Verträge von Moskau und Warschau und die Krimreise des Bundeskanzlers haben erhebliche Unklarheiten hervorgerufen und Anlaß zu schwerwiegenden Bedenken gegeben.

Unsere Befürchtungen und Sorgen haben sich seither nicht verringert, im Gegenteil, sie sind — im Zusammenhang mit den vielen zusätzlich abgegebenen Erklärungen, Erläuterungen und Interpretationen — gewachsen; sie haben sich erhärtet. Wer einmal genau nachliest, was auch in dieser Debatte hier von seiten der Regierung gesagt worden ist, dem wird deutlich, wie sehr sich die Widersprüche potenzieren, und zwar einmal die Widersprüche von der Regierung selbst und zum anderen dort, wo sie die Texte erläutert und wo ihre kommunistischen Partner die gleichen Texte und die gleichen Begriffe ganz anders erläutern.

Unser erster Vorwurf an den Bundeskanzler — er ist nicht da, doch soll diese Rede eine Auseinandersetzung mit ihm und seiner Politik sein — ist, daß er die Kontinuität der deutschen Politik durchbrochen hat, daß seine Behauptung von den „beiden Staaten auf deutschem Boden“ die bisherige Deutschlandpolitik, die bisherige Ostpolitik aus den Angeln gehoben hat.

Damals ist mit der Regierungserklärung am 28. Oktober die Wende der deutschen Politik markiert worden. Seither läuft der Kurs unserer Politik in eine andere Richtung.

Der Bundeskanzler sagt, sie laufe auf den Frieden zu. Ich antworte: Der Kurs der deutschen Politik läuft seit Ende des Zweiten Weltkrieges auf Frieden und Freiheit zu.

Sie, Herr Bundeskanzler, sagen, es sei Ihr Wunsch, so wie es Adenauer im Westen gelungen ist, jetzt mit dem Osten Ausgleich zu finden. Da antworten wir: dies ist unser gemeinsamer Wille. Aber Ausgleich setzt voraus, daß beide Seiten ausgleichen wollen, daß beide Seiten aufeinander zugehen wollen. Seit 1969 hat aller-

dings diese Bundesregierung begonnen, jene sowjetischen Forderungen Stück um Stück zu akzeptieren, durch die die Sowjetunion ihre Art von Frieden ansteuert.

Ausgleich mit den Staaten des Ostens ist möglich — davon sind wir überzeugt —, wenn zwischen ihnen und uns auf der Basis der Menschenrechte — ich wiederhole: auf der Basis der Menschenrechte — Vereinbarungen getroffen werden, bei denen Dauerhaftigkeit und friedliches Zusammenwirken die notwendig zu leistenden Opfer bald vergessen machen.

Noch zur Zeit der Großen Koalition hat die Sowjetunion unsere auf Selbstbestimmung, Freiheit und Wiedervereinigung ausgerichtete friedliche Politik wider besseres Wissen als „aggressiv“ bezeichnet. Der Bundeskanzler rühmt sich heute, daß solche Diffamierungen seit seiner Moskauer Unterschrift weggefallen seien. Wir müssen ihn fragen, ob er bedacht hat: Warum wohl? Die kommunistischen Partner haben die Verträge als einen Sieg der konsequenten Politik des sozialistischen Lagers bezeichnet. Sie haben darüber gespottet, daß man, wie sie sagen, „an den Ufern des Rheins“ begonnen habe, „realistisch“ zu sein, daß man die „aggressive“ Forderung — die „aggressive“ Forderung! — nach Selbstbestimmung, Freiheit, Menschenrecht und Wiedervereinigung aufgegeben habe.

So versteht man in der Sowjetunion die Verträge, und ich bedaure, daß der Bundeskanzler gestern in seiner Erklärung einen Satz — neben anderen, aber diesen zitiere ich — vorgetragen hat, der diese Interpretation zu stützen scheint. Er sagte nämlich:

Unser friedliches Streben nach deutscher Einheit und europäischer Einigung wird durch diese Verträge dem Vorwurf der Friedensstörung entzogen.

Mit anderen Worten: man glaubt nicht, daß wir alle von einem Streben nach Frieden und Freiheit erfüllt sind, sondern man nimmt an, daß man Verträge dieser Art braucht, damit die andere Seite gnädig bereit ist, uns zu glauben.

Meine Damen und Herren, wir sagen Ihnen, was Zeitwahl, Ansatz und Durchführung dieser Art von Ostpolitik anlangt, daß sie auf einer verfehlten Einschätzung des Gegners beruht, daß sie leichtfertig, daß sie abenteuerlich ist und daher von uns als unverantwortlich angesehen wird.

Wir sagen, daß damit die Erfüllung der sowjetischen Wünsche, ihre Hegemonie über Europa zu stärken, erleichtert wird, und wir sehen auch die ersten Auswirkungen, nämlich Angst, Unsicherheit und enorm gesteigerte kommunistische Aktivität im eigenen Land.

Deshalb bekämpfen wir diese Politik. Ich füge hinzu: wir sind auch mißtrauisch, weil die Bundesregierung draußen und drinnen zu vielen Vorgängen, die diese Politik begleiten, nicht immer die Wahrheit gesagt hat.

Wir sind mißtrauisch, Herr Bundesaußenminister — ich spreche Sie jetzt einmal stellvertretend für die ganze Regierung an —, weil für Sie oft das heute Gesagte schon morgen nicht mehr gilt und weil Sie mit einem ärgerlichen Schulterzucken das abtun, was Sie gestern noch feierlich in Ihren eigenen Festreden verkündet haben.

Des Bundeskanzlers Emissär wurde nach Moskau geschickt, ohne daß er eingehende, klare Weisungen des verantwortlichen Kabinetts über den Inhalt seiner Gespräche und Verhandlungen erhalten hatte. Jedenfalls ist diesem Hause, seinen Ausschüssen und der Bevölkerung dieses Landes nichts davon gesagt worden.

Die Experten des Auswärtigen Amtes waren weder gefragt noch unterrichtet, ja sogar die Mitglieder Ihres Kabinetts, Herr Bundeskanzler, wußten oft nur schemenhaft, was in ihrem eigenen Namen in Moskau diskutiert wurde.

(Abg. Dr. Barzel:
Sie wissen es ja bis heute nicht!)

Es mag sein, Herr Barzel, daß es einige bis heute nicht wissen, und ich habe auch aus der Interpretationsrede des Kollegen Achenbach — wenn ich das mit einem etwas lustigen Unterton sagen darf — den Eindruck gewonnen, daß auch einer, der in Moskau dabei war, nicht genau weiß, was dort ausgehandelt worden ist.

Als dann jener Vertragsentwurf ans Tageslicht kam, den man Bahr-Papier zu nennen sich angewöhnt hat, war es für substantielle Änderungen zu spät. Die sowjetische Konzeption hatte sich durchgesetzt. Die Möglichkeiten für Sie, Herr Außenminister — geben Sie es doch zu —, waren gering. Ihr Spielraum war allzu eng. Aber das entsprach und entspricht auch heute noch den wahren Machtverhältnissen in dieser Regierung, wo der Staatssekretär des Kanzleramts, einzig gestützt auf das Vertrauen seines Bundeskanzlers, die Dinge fertig macht und der Außenminister nur noch zu einer gewissen kosmetischen Behandlung aufgerufen wird.

Es ist auch ein einmaliger Vorgang in der modernen Diplomatie, daß derjenige, der eine so weittragende und verschlungene Politik erfunden und erdacht hat, über diese Politik als Diplomat selbst verhandelt. Die notwendige Distanz zwischen der politischen Zentrale und dem Unterhändler gibt es nicht mehr. Egon Bahr war alles in einer Person. Er war bei seiner und bei dieser Regierung politischen Existenz dazu verdammt, das, was diese Regierung „Erfolg“ nennt, zu haben, ein Ergebnis auszuhandeln, und zwar rasch.

Ich merke, daß es einigen, die dazwischenrufen, nicht paßt, daß man einmal die Methode, die hier angewandt wurde, öffentlich und deutlich darlegt. Aber daran kann uns niemand hindern.

Meine Damen und Herren, hören Sie bitte genau zu! Ich sage: da Egon Bahr dieses undurchsichtige Spiel selbst konzipiert hat, konnte er, als es abgeschlossen war, seine Absichten dem schließlich erreichten Ergebnis anpassen. Er hüllte sich bei den Gesprächen in Moskau und auch hier in den Mantel des Geheimnisträgers, so, als ob es nicht um die wichtigsten, um die vitalsten Dinge unseres Volkes ginge. Ich füge hinzu, daß man in den Zentralkomitees kommunistischer Parteien, ja, sogar in der Deutschen Kommunistischen Partei, alsbald besser über Egon Bahrs Geheimgespräche Bescheid wußte als bei den demokratisch gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

Dies kann niemand bestreiten, meine Damen und Herren. Dies weiß auch die Regierung, und sie soll wissen,

daß wir dies mit ihr als eine unerhörte Zumutung und Peinlichkeit empfinden.

Die Vertreter der Regierung gaben einen ganzen Schwall von halbahren und unwahren Erläuterungen zu Inhalt und Bedeutung des Bahr-Papiers. Sie nannten es einmal Gedankenskizze, mal Gesprächsnotiz, mal Protokollnotiz, mal Ergebnisprotokoll, mal Leitsätze, und sie sagten der Öffentlichkeit und dem Deutschen Bundestag — ich zitiere Sie, Herr Bundesaußenminister —, daß es „auf gar keinen Fall Grundlage von vertraglichen Vereinbarungen“ sein könne. So Walter Scheel am 2. Juli 1970 im ZDF.

Und doch, meine Damen und Herren, das Bahr-Papier war nichts anderes, es ist nichts anderes als der Abklatsch jenes Gromyko-Papiers, das — Herr Bundesaußenminister, das werden Sie nicht bestreiten können; wenn Sie es wollen, sagen Sie es diesem Hause — im März 1970 durch Gromyko in die Verhandlungen eingeführt wurde, und zwar als deren Version der vorhergehenden Besprechung.

Zwischenfrage: Abg. Looft (CDU/CSU):

Herr Abgeordneter, ich erlaube mir eine Frage. Hat nicht der FDP-Bundesvorsitzende und jetzige Bundesaußenminister Scheel gestern erklärt, daß auf Grund der Verträge von der Bundesrepublik für die Dauer ihrer Existenz das Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie als polnisches Staatsgebiet anzusehen sei, und hat er nicht gleichzeitig erklärt, daß nur ein gesamtdeutscher Souverän frei sei, erneut über die Ostgrenzen zu sprechen und friedensvertragliche Regelungen darüber zu treffen? Werden nicht durch die Verträge und durch die angeführten Erklärungen des deutschen Außenministers die Sowjetunion und Polen geradezu veranlaßt, der Wiedervereinigung Deutschlands und der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes des gesamtdeutschen Souveräns entgegenzuwirken und beides auf alle Zeiten zu verhindern?

Herr Kollege Looft, ich glaube, daß das, was Sie in Ihrer Frage ausdrücken, mit Ja beantwortet werden kann. Das hat auch gestern schon hier in der Diskussion eine Rolle gespielt. Es ist auch ganz schlüssig. Wenn ich z. B. sage, daß diese Regierung und jede andere Bundesregierung hinsichtlich einer Feststellung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze gebunden seien und daß dies erst verändert wird, wenn wir einen gesamtdeutschen Souverän haben, dann möchte ich denjenigen Polen sehen, der daraus für sich noch das Politische vernünftig, gerecht ableitet, er solle dafür sorgen, daß es diesen gesamtdeutschen Souverän gibt.

Meine Damen und Herren, ich benutze die Gelegenheit gern, mich zu wiederholen, und ich hoffe sehr, daß das in Ihrem Gedächtnis bleibt. Ich sprach von dem Bahr-Papier und ich sage: aus dem Gromyko-Papier wurde das Bahr-Papier, aus dem Bahr-Papier wurde der deutsch-sowjetische Vertrag und die Absichtserklärungen. Dieser Vertrag trägt also die Handschrift der anderen Seite. Bis in den Wortlaut, bis in die einzelnen Halbsätze hinein finden wir — von Ihnen, Herr Bundeskanzler, und von Ihnen, Herr Außenminister, paraphiert — viele jener Forderungen, die seit den Gipfelkonferenzen der kommunistischen Parteichefs in Bukarest 1966, in Karlsbad April 1967 und dann — nach der heimtückischen Okkupation der CSSR — im Frühjahr 1969 in Budapest als Forderungen an die Bundesrepublik Deutschland formuliert worden sind. Die Bundesregierung, jedenfalls in ihr

diejenigen, die den Text kannten, hatten damals; als diese Erklärungen im Ostblock vorgetragen wurden, gesagt, dies sei alles nicht akzeptabel. Jetzt ist es akzeptiert, und die gleichen Leute nennen es einen Erfolg.

Ich muß auch sagen — ich wende mich wieder an den Bundeskanzler —, daß mit enormen Steuergeldern viele hundert Tonnen Papier bedruckt worden sind, um dem deutschen Volk die Erfolge von Moskau zu verkaufen. Aber die Schönschreiber der Bundesregierung haben an der harten Wahrheit vorbeigeschrieben. Ihr und Ihrer Abgesandten „großer Erfolg“ bestand nämlich darin, die geforderten politischen Gebühren der anderen Seite Stück um Stück zahlen zu müssen. Dafür trägt die Bundesregierung die alleinige Verantwortung.

Natürlich haben wir immer wieder gehört, daß die Regierung sagt, der Vertrag sei ausgewogen, beide Seiten hätten gegeben. Aber diese Regierung hat bei sehr vielem Wortgeklingel immer unpräzise auf die Frage geantwortet, was die Sowjets nun eigentlich an substantiellen Leistungen in dem deutsch-sowjetischen Vertrag erbracht hätten. Ich sage Ihnen: Ich stelle diese Frage hier erneut, und wir hoffen, daß die Regierung antwortet, aber nicht wie im Bundesrat, wo Sie, Herr Außenminister, die einzelnen, ganz hochgeschraubten, extremen sowjetischen Forderungen genannt haben. Es ist nicht Politik, damit zufrieden zu sein, daß ein anderer seine hochgeschraubten Forderungen ein wenig mäßigt, und sich dann vor den Bundestag zu stellen und zu sagen: Seht her, das ist unser Erfolg!

Es gibt trotz der hilflosen Gebärde — vielleicht kann ich Ihnen aufhelfen, Herr Außenminister — eine Fülle von Widersprüchen, die Sie produziert haben. So sagt z. B. der Bundeskanzler, er betreibe eine Politik der Kontinuität. Herr Schröder hat gestern aber im einzelnen gesagt, was dazu auszuführen notwendig war. Aber Sie selbst verwenden doch gern die Formel von der Sackgasse. Was denn nun? Einigen Sie sich doch in der Regierung! Kontinuität oder Sackgasse? Das müssen Sie sagen, wenn Sie über uns urteilen.

Einerseits haben Ihre Propagandisten die Formel erfunden — ich sage: die Primitivformel —: 20 Jahre nichts getan! Andererseits urteilen Sie damit eine Politik ab, von der Sie heute sagen, sie sei die Basis Ihrer eigenen Ostpolitik.

Einerseits verkünden Sie urbi et orbi, es gebe keinen Dissens, d. h. keinen Widerspruch, keine entgegengesetzte Auslegung in den wichtigsten Vertragsbestimmungen. Andererseits warnen Sie die Opposition, sie solle sich unter keinen Umständen die sowjetische oder polnische Interpretation zu eigen machen, weil das gegen die nationalen Belange verstoße. Also was denn? Gibt es den Dissens oder nicht?

Einerseits werden diejenigen als übelwollend verleumdet und diffamiert, die nach subtiler Lektüre der amtlichen sowjetischen Zeitungen fürchten, die Grenzfragen seien nicht mehr offen. Andererseits sagen Sie, Herr Außenminister — und zwar dann, Herr Kollege Scheel, wenn Sie so farbig die „großen Erfolge Ihrer Westpolitik“ schildern —, im Westen gehe es nur deshalb voran, weil man keine ungelösten Grenzprobleme

mehr habe. Ja, was denn nun? Gibt es jetzt noch offene Grenzen, oder sind das gelöste Grenzprobleme? Auch darauf erwarten wir eine Antwort.

Einerseits verwenden Sie das bezeichnende Argument, es sei vor allem der Viermächte-Vorbehalt, der es uns unmöglich mache, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen. Andererseits erklärt diese Regierung, sie erkenne trotz des Viermächte-Vorbehalts die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens an. Auch hier wieder die Frage: was gilt eigentlich, was sind eigentlich die Prinzipien, nach denen Sie diese Politik machen?

Man muß dem Bundeskanzler und denjenigen, die dafür Verantwortung tragen, sagen, daß sie die deutsche Politik auf die Schaukel gesetzt haben. Sie haben, Herr Bundeskanzler, nicht Adenauer, nicht Erhard, nicht Kiesinger, fortgesetzt oder weiterentwickelt, sondern der Herr Bundeskanzler ist eher bei frühen eigenen politischen Einsichten und Bekundungen, die hier vorliegen, geblieben. Ich sage: eine gewisse politische, nicht besonders durchformte Ideologie, die aus Willy Brandts Artikeln und Büchern der 30er, ja sogar noch der 40er Jahre, spricht, kehrt heute wieder in seine Gedanken ein. Wer sich mit den voluminösen Büchern und Sammlungen beschäftigt, die in den letzten Monaten mit enormen Einsätzen staatlicher Gelder erschienen sind — wir hören gerade, daß ein neuer großer Geldeinsatz von weit über 1 Million DM dafür geleistet werden soll —, findet dort Gedanken, Interviews und Reden des Bundeskanzlers zusammengestellt.

Lesen Sie das einmal nach, meine Damen und Herren! Es gibt da manch Erstaunliches, und Sie werden auch auf kaum Faßbares stoßen. Da gibt es z. B. Zitate, die gibt es gar nicht mehr. Dann gibt es andere, die lasen sich früher anders. Ich muß schon sagen, der spätere Historiker, nämlich diejenigen, die nach der Maxime des Leopold von Ranke, handeln, zu „erzählen, wie es gewesen ist“, werden mit dem, was der Bundeskanzler wirklich in verschiedenen Zeiten gesagt hat und was er wirklich gemeint hat, ihre liebe Not haben.

Sie müssen jedenfalls die strenge Methode klassischer Quellenkritik anwenden. Ich sage das als einen Beitrag aus der Geschichtswissenschaft, da der Bundeskanzler uns gestern einen unvergeßlichen Beitrag aus der Disziplin der Germanistik hier vorgetragen hat.

Meine Damen und Herren, vielleicht wird mancher sagen, daß Opportunismus den Politiker auszeichne oder Wetterwendigkeit oder ganz einfach Schlauheit. Ich meinerseits wehre mich dagegen. Für mich und für viele auf allen Seiten dieses Hauses ist Politik nicht fingerfertige Anpassung an die Macht, nicht taktische Routine und nicht behendes Managertum.

Den wirklichen Politiker und den Staatsmann zeichnet aus, Herr Eppler, die Fähigkeit, konsequent und in seinen Aussagen verlässlich zu sein.

Der Bundeskanzler hat einmal in einem Fernsehinterview erklärt — ich zitiere —: „Falls ich zum Bundeskanzler gewählt werden sollte, wird es auf dem Gebiete der Außenpolitik zu keinen grundsätzlichen Änderungen kommen.“ Zwei Jahre ist Willy Brandt Bun-

deskanzler, und wie sehr hat sich entgegen dieser Aussage die Szenerie der Außenpolitik gewandelt.

Meine Damen und Herren, ich erinnere aus der unerhörten Vielzahl von Zitaten, die es gibt, daran, daß der Bundeskanzler einmal in West-Berlin am 23. März auf die Frage einer Schülerin sagte: „Herr Gomulka hat im vergangenen Herbst der Errichtung der Mauer zugestimmt. Warum sollten wir ihm als Quittung dafür den Verzicht auf Ostdeutschland anbieten?“ Der Bundeskanzler und Sie alle haben sich doch viele Jahre hindurch mit guten Gründen geweigert, auf die politischen Vorstellungen der Sowjets einzugehen. Als es hier um die Grundfragen ging, waren wir doch alle einig. Heute aber kommen Sie und sagen: Dies alles war eine sterile Politik. Sie weisen mit den Fingern auf uns und möchten gerne, daß Ihre eigenen Darlegungen von damals unter den Tisch fallen, daß nicht darüber geredet wird.

Meine Damen und Herren, das ist genauso wie bei denjenigen, die nach der Bundestagswahl den Eindruck erwecken, sie hätten vor den Bundestagswahlen immer schon das gleiche gesagt, was sie jetzt sagen, und sie hätten damals der Bevölkerung angekündigt, was sie jetzt tun.

Die Sozialdemokraten und wir — es ist gestern schon einmal zitiert worden — haben am 26. September 1968 hier in diesem Saale in einer Erklärung formuliert:

Die Anerkennung des anderen Teils Deutschlands als . . . zweiter souveräner Staat deutscher Nation kommt nicht in Betracht.

Der Bundeskanzler selbst hat — vor welcher lange zurückliegende Zeit, könnte man jetzt sagen, nämlich Anfang der 60er Jahre — gesagt — wörtlich —:

Wir müssen uns davor hüten, in der Bundesrepublik in Gedanken die Zweistaaten-theorie zu vollziehen, die uns die Sowjets einreden wollen.

Nach der Wahl stellt der gleiche Bundeskanzler in seiner ersten Regierungserklärung — man muß auch hinzufügen: ohne Konsultierung der Verbündeten — fest, es gebe zwei Staaten auf deutschem Boden. Im Kasseler Gespräch mit Willi Stoph ist das, was man die Souveränität der DDR nennt, bestätigt worden. Ebenso hat Egon Bahr dies in den ominösen Absichtserklärungen getan, und jeder, der den Moskauer Vertrag liest und darüber spricht, sollte natürlich — das gilt auch für Herrn Achenbach — die Absichtserklärungen, die interessanterweise jetzt nicht mit vorgelegt worden sind, lesen.

Dasselbe geschah noch einmal auf der Krim, wo man durch die Art und Weise der Einladung und durch die Befolgung der Einladung, in der Ortswahl und im Communiqué mit Leonid Breschnew deutlich machte, wie sehr sich dieses Land bereits im Sog sowjetischer Politik befindet. Ich füge hinzu, daß sich da sehr deutlich dargestellt hat, Herr Apel, wie sehr diese Ostpolitik zu einem Instrument der sowjetischen Westpolitik geworden ist.

Herr Bundesaußenminister, vor der Bundestagswahl, exakt am 7. Februar 1969 — haben Sie in der Zeitschrift „Publik“ erklärt — ich zitiere —:

Wir haben mit Polen — das zeigt schon ein Blick auf die Landkarte — gar keine Grenze . . .

Wir können naturgemäß mit Polen nicht über eine Grenze reden, . . . —

Sie haben doch eben gesagt: So ist es! Warum sagen Sie jetzt nicht: So ist es!?

Ich zitiere weiter:

. . . die die DDR — und nicht die Bundesrepublik — mit Polen hat.

Sie fügten hinzu:

Über die Oder-Neiße-Linie kann nur dann geredet werden, wenn Friedensverhandlungen anstehen . . .

An einer späteren Stelle sagen Sie:

Es wäre höchst unlogisch, wenn jemand, der den Alleinvertretungsanspruch ablehnt, schon vorher über eine Grenze sprechen würde.

Nach der Wahl haben Sie — sowohl gestern im Bundestag als auch vor einigen Tagen im Bundesrat — erklärt — ich zitiere —:

Für die Vertragsparteien reichte jedoch die Übereinstimmung über die im Vertrag niedergelegte Feststellung, daß nämlich die Oder-Neiße-Linie die polnische Westgrenze bildet, aus.

Sie haben hinzugefügt, was ich vorhin schon einmal andeutete, daß dies jede künftige Bundesregierung bindet.

Der Herr Bundeskanzler hat vor der Bundestagswahl, und zwar in seinem Buch „Koexistenz — Zwang zum Wagnis“, gesagt — auch hier zitiere ich —:

Es ist unsinnig . . .

— sagt der Bundeskanzler —

ausgerechnet von der Bundesrepublik zu erwarten, daß sie die Oder-Neiße-Linie anerkennen soll . . .

Das würde doch bedeuten, daß sie die Grenze zwischen anderen Staaten anerkennen soll, also etwa wie die Grenze zwischen Österreich und Italien oder die zwischen Norwegen und Schweden . . .

Nach der Bundestagswahl hat der Bundeskanzler im deutsch-sowjetischen Vertrag — ich sage: als dem übergeordneten, dem bevorrechtigten, dem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag — die Feststellung getroffen, daß die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet. Er hat dann gesagt, daß alle Grenzen in Europa — hier hatte er sich gerade noch dagegen gewehrt, die Grenzen anderer Leute anzuerkennen — heute und künftig unverletzlich, unerschütterlich seien.

Diesen Vertrag legen Sie uns, meine Damen und Herren, heute vor. Sie verlangen von uns eine Zustimmung. Wir aber erinnern Sie an den Satz eines Mannes — ich spreche jetzt zu den Kollegen der SPD —, dessen Bild in Ihrem Fraktionszimmer hängt. Kurt

Schumacher hat am 9. Oktober 1951 in Hamburg erklärt — ich zitiere —:

Die Anerkennung

Es kann sein, daß das einigen nicht paßt; ich merke es, ich höre es; trotzdem zitiere ich ihn:

der Oder-Neiße-Linie wird nicht vorgenommen werden.

Und Kurt Schumacher fügte hinzu — und ich würde hoffen, daß es seinen Freunden in den Ohren klingt —:

Jedes demokratisch gewählte Parlament wird eine solche Zumutung mit erdrückender Mehrheit ablehnen.

Meine Kollegen von der SPD, Sie haben im Jahre 1968, sozusagen zum Auftakt des Wahlkampfes, Ihre „sozialdemokratischen Perspektiven“ formuliert. Dort sagten Sie:

Wir wissen uns verpflichtet, für die Selbstbestimmung der Deutschen in der DDR einzutreten.

Nach der Bundestagswahl wird in den von beiden Seiten paraphierten deutsch-sowjetischen Absichtserklärungen folgenswer festgestellt, daß die Beziehungen — ich zitiere —

zwischen beiden Staaten Deutschlands . . . auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung, der Achtung der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit zu gestalten

seien. Warum, so frage ich, hat der Bundeskanzler dieses Landes nach den Wahlen eine andere Politik betrieben, als er es vor den Wahlen mit seinen Freunden der Bevölkerung dieses Landes versprochen hat? Wer hat sich geändert? Was hat sich verändert? Die sowjetische Politik? Das Politbüro der SED? Oder hat sich der Bundeskanzler geändert?

Meine Damen und Herren, wie können Sie, so frage ich mich, für eine Politik, die gegen Ihre eigenen Erklärungen gemacht worden ist, die Sie gegen uns und ohne uns gemacht haben, von uns Zustimmung verlangen?

Und was, so fragen wir, ist eigentlich mit dem Gewaltverzicht mitten in Deutschland und in Berlin? Egon Bahr hat erklärt, daß in Moskau über Berlin nicht verhandelt werden konnte. Der Bundesaußenminister sagte auf Seite 10 der uns gestern zugeleiteten Rede:

Außerdem ist auch Berlin in den Gewaltverzicht durch die Verpflichtung beider Partner einbezogen, sich in Fragen, die die Sicherheit in Europa berühren, der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten.

Also, Egon Bahr hat gesagt: In Moskau konnte über Berlin nicht verhandelt werden; Gewaltverzicht für Berlin hätte daher in einem eigenen Vertrag zwischen den Vier Mächten ausgehandelt werden müssen. Und dies sei geschehen.

Nehmen wir aber einmal das Viermächte-Abkommen zur Hand und prüfen dort in Abschnitt 1 2 nach! Dort steht wörtlich — ich zitiere —:

Unter Berücksichtigung ihrer Verpflichtungen nach der Charta der Vereinten Nationen stimmen die vier

Regierungen darin überein, daß in diesem Gebiet keine Anwendung oder Androhung von Gewalt erfolgt oder daß Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln beizulegen sind.

Ich gebe zu, wir, die CDU/CSU, glaubten damals für einen Augenblick, es sei tatsächlich gelungen, Schießbefehl und Minenfelder in Berlin wegzuräumen. Aber wir wurden dann schmerzlich — Herr Gromyko sagt, es sei schmerzlich —, wir wurden schmerzlich eines Schlechtern belehrt, nämlich, daß dies nicht bedeutet Gewaltverzicht in Berlin, sondern daß dies bedeutet, die vier vertragschließenden Parteien hätten untereinander und für sich auf Gewaltanwendung in Berlin verzichtet. Und es heißt dort nicht: Berlin, es heißt: in dem betreffenden Gebiet.

Das alles, meine Damen und Herren, bedeutet, wenn man die Augen vor den wirklichen Proportionen all der vielen Vereinbarungen, Verträge, Abkommen, Abreden und Nebenabreden nicht verschließen will, daß ein tatsächlicher, für uns abstrakter Gewaltverzicht fixiert wird, in den die Erfüllung der sowjetischen Forderungen eingekleidet ist, daß aber der konkrete, uns, Herr Metzger, unmittelbar betreffende Gewaltverzicht, nämlich der hier mitten in Deutschland, nicht erreicht worden ist. Ich sage Ihnen: Gewaltverzicht trotz Gewaltanwendung in unserem eigenen Lande, das ist unerträglich.

Meine Damen und Herren, man kann sagen: wir haben Gewaltverzicht mit der Sowjetunion. Ich muß sagen, jeder weiß, daß, wenn an der Zonengrenze oder an der Sektorengrenze geschossen wird, dies nicht ohne Duldung und Billigung der Sowjetunion geschieht.

Ich wiederhole, was Herr Barzel gestern sagte: Wer sich dieses Vertragswerk ansieht, kommt zu dem Ergebnis: die sowjetischen Interessen sind geregelt, die deutschen sind im Nebel der Erwartungen und Hoffnungen untergetaucht, — die deutschen, Herr Kollege Franke, soweit man dieses Wort so noch anwenden kann.

In unserer Großen Anfrage, meine Damen und Herren, haben wir auf die sehr ernste Situation aufmerksam gemacht, die sich aus dem ganz unterschiedlichen Verständnis der Verträge in Moskau und in Bonn ergibt. Die Bundesregierung hat zunächst abgestritten, daß es einen Dissens, einen Widerspruch gebe. In der Antwort auf unsere Große Anfrage sagt sie — ich zitiere —:

Über die Auslegung der Verträge . . . besteht zwischen den Vertragspartnern kein Dissens, der die Bundesregierung veranlassen könnte, in erneute Verhandlungen . . . einzutreten.

Was soll dieser Satz? Entweder kein Dissens, dann ist das objektiv falsch; oder es ist — wenn ich nicht „Irreführung“ sagen will, so deshalb, weil sich die Antwort auf die Große Anfrage im Ton wohlthuend von früheren Antworten, die die Regierung gegeben hat, abhebt — eine Zweideutigkeit, Herr Bundesaußenminister. Sie sagen, wenn man den Satz genau liest: Es könnte sein, daß es einen Dissens gibt; aber der ist nicht so, daß wir noch einmal neu verhandeln.

Darum geht es eigentlich und ging es gestern in der Frage von Herrn Schröder, als er das Thema der Zeit-

wahl und der Verhandlungsmethode ansprach. Sie haben eine Methode gewählt, die der anderen Seite die Möglichkeit bietet, mit Händereiben zu sagen: Türen zu! Mit uns, mit dieser Regierung darüber jetzt nicht mehr. Das ist das eigentlich Schlimme, das ist das eigentlich schwerwiegende Versäumnis, das ist diese schlecht angelegte und durchgeführte Diplomatie.

Meine Damen und Herren, es wird an vielen Stellen gesagt: „kein Dissens“; an anderen wird gesagt, es sei doch „alles völlig klar“. Der Bundesaußenminister sagt im Bundesrat — und er tut es in der Form des Ausrufes —: Wo steht denn das? Insoweit erkenne ich durchaus die Verwandtschaft zwischen Herrn Außenminister Scheel und Herrn Achenbach. Er guckt nur auf einen sehr positivistisch und sehr oberflächlich verstandenen Text des Vertrages. Es wird aber dann an anderen Stellen auch eingeräumt, es könne ja auch Mehrdeutigkeit in entscheidenden Begriffen geben, und dann wird gesagt: Na gut, die Kommunisten haben es eben so an sich, daß sie bei vielen Dingen das Gegenteil verstehen. Entscheidend sei, daß die Anwendung der Begriffe auf der eigenen Seite „gut abgesichert“ sei.

Diese Beruhigung ist oberflächlich. Herr Bundesaußenminister, sie wird der Tatsache nicht gerecht, daß die sowjetische Seite über jenes Übermaß an Macht verfügt, das sie, wann immer sie will, wann immer sie es im Kalkül ihrer Politik haben will, ihrer Interpretation Nachdruck verschafft, das sie in die Lage versetzt, sie durchzusetzen.

Es ist für mich mehr als fraglich, ob unsere Bündnispartner ihre Verpflichtungen auch auf Verträge ausdehnen, die sie nicht unterzeichnet und deren gefährliche Mehrdeutigkeit sie nicht zu vertreten haben. — Das ist meine im Ton der Sorge und der Befürchtung vorgetragene Antwort, Herr Bundesaußenminister, auf Ihre Mitteilung, dies alles müsse nur eben „gut abgesichert“ sein.

Wir fragen danach, wie die Sowjetunion die Verträge versteht und wie die Sowjetunion sie auslegen will. Wir fragen nicht deshalb — auch dies ist eine Antwort, Herr Kollege Achenbach —, weil wir die Vorstellungen der Sowjetunion übernehmen möchten; dies ganz gewiß nicht. Aber die Fraktion der CDU/CSU empfindet es als ihre erstrangige Pflicht, als ihre politische Pflicht, sich darum zu kümmern, was der Verhandlungs- und Vertragspartner sagt, welches besondere Interesse eigentlich die große Sowjetmacht an diesem Vertrag hat und wie sie ihn in ihre ideologische und imperialistische Politik einordnet.

Mir scheint oft — und das ist an diesem Tage noch einmal deutlicher geworden —, daß wir in der CDU/CSU die Politik der Sowjetunion ernster nehmen als die Regierung. Wir hören nämlich genau zu, was die Verantwortlichen in Moskau sagen.

Sie haben vielleicht die Rede von Herrn Brosio vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gehört, in der er an ein Gespräch mit Herrn Togliatti erinnerte, bevor er Botschafter in Moskau wurde. Und er hat gesagt: Herr Togliatti hat mir damals erklärt: Hören Sie und lesen Sie immer genau, was die kommunisti-

schen Genossen in Moskau sagen, denn wir Kommunisten sagen offen und klar unsere Meinung. — Deshalb habe ich das hier eingeführt.

Meine Damen und Herren, wir sind nicht bereit, einen Vertrag zu unterschreiben und zugleich mit nervös suchenden Fingern danach zu suchen, wie man ihn umgehen könne. Dieser Vertrag ist wie jeder Vertrag für uns eine sehr ernste Sache. Deshalb möchten wir vorher wissen, was er enthält, möchten vorher die Verpflichtungen der Regierung kennen.

Wir legen großen Wert darauf, Verträge, ihren Inhalt, ihre Begleitumstände und ihre Konsequenzen genau zu verstehen, und deshalb — nicht weil wir, wie Sie, Herr Außenminister, im Bundesrat gesagt haben, monoman Fragen stellen wollten —, weil wir dies wissen wollen und weil Sie auf die meisten Fragen bisher keine wirkliche Antwort gegeben haben, sind wir so hartnäckig mit unseren Fragen.

Dabei ist es — und das ist vorhin auch angeklungen — eine der wichtigsten und vordringlichsten Fragen: Handelt es sich um einen Modus vivendi, also um eine Abmachung auf eine überschaubare Zeit, um eine vorläufige Regelung, oder handelt es sich um etwas Endgültiges? In zahllosen Erklärungen haben die amtlichen Organe der kommunistischen Parteien des Ostblocks festgestellt, jetzt sei der Schlußstrich gezogen, die Sache sei endgültig. Der Bundeskanzler selbst hat das Bild von dem Blatt gebraucht, das im Buch der Geschichte neu aufgeschlagen worden sei. Und doch haben er und sein Außenminister erklärt, alle wichtigen Fragen seien weiterhin offen, z. B. die Festlegung der Ostgrenze — denn dies sei ja nur eine Beschreibung — oder die Wiedervereinigung.

Der Bundeskanzler hat gesagt, er habe in Moskau das Selbstbestimmungsrecht gefordert und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR verweigert; Moskau wisse das alles und habe es akzeptiert. Aber dann frage ich: warum steht von all dem in diesen Verträgen kein einziges Wort?

Es wäre gut, meine Damen und Herren, wenn auf diese entscheidenden Fragen vor dem Deutschen Bundestag klar und nicht doppelbödig geantwortet würde. Es wäre gut, wenn der Herr Bundeskanzler bei dieser Debatte vor diesem Hause erklärte, daß durch diesen Vertrag die Demarkationslinie nicht als Grenze mitten durch Deutschland völkerrechtlich bindend akzeptiert worden ist, wenn er erklärte, daß er das Recht auf Selbstbestimmung auch für die 17 Millionen drüben zu fordern nicht aufhören wird, daß er nicht bereit ist, die Hand für die Aufnahme der totalitären DDR in die UN zu leihen, wenn in diesem Staate DDR nicht die Menschenrechte hergestellt werden.

Und es wäre gut, wenn der Bundeskanzler hier erklärte, daß die von den Sowjets so sehr geschätzten Rechtstitel für uns nicht ein juristischer Schnickschnack sind, wenn er endlich begreifen würde, daß Rechtstitel ein wichtiger Teil politischer und moralischer Macht sind.

Es wäre gut, wenn hier erklärt würde, daß das Grundgesetz uns alle verbindlich auffordert, stellvertretend für alle Deutschen zu handeln, daß dieses Grundgesetz uns verpflichtet, die Menschen drüben — ich bediene mich nicht meiner Vokabel, sondern der Worte derer,

die ich jetzt anspreche — nicht „abzuschreiben“, und daß sie nicht der sogenannten Souveränität jener Leute überantwortet werden, die der Bundeskanzler selbst vor nicht allzu langer Zeit — ich zitiere — „Kerkermeister unseres Volkes“ und „blutbesudelte Schergen“ genannt hat.

Wenn der Bundeskanzler dies alles sagt und wenn er es so meint und seine Politik darauf aufbaut, kann er mithelfen — es ist doch so —, die tiefe Kluft, die diese seine Politik in diesem Hause und draußen im Volke aufgerissen hat — Herr Wehner, ich bediene mich eines Wortes von Ihnen —, wieder zuzuschütten.

Herr Bundeskanzler und Herr Bundesaußenminister, Sie müssen hier und heute oder morgen nun aus den tausend gegensätzlichen Deutungen heraus die Problematik klären, sagen, was eigentlich mit dem „Brief zur deutschen Einheit“ ist. Dieser Brief, dem die Bundesregierung in ihrer Argumentation eine zentrale oder prinzipielle Bedeutung zumißt, wurde nach der Unterzeichnung in Moskau vom Außenminister an seinen sowjetischen Kollegen, Herrn Gromyko, gerichtet. Es ist ein einseitiger Brief. Die Sowjets weigerten sich, seinen im Vergleich zu dem, was man hier zitiert hat, nämlich den Adenauer-Brief, ohnehin dünnen Inhalt in den Vertrag aufzunehmen.

Ich darf mich noch einmal der Großen Anfrage zuwenden, Herr Bundesaußenminister. Da haben Sie auf unsere Frage 1 und 1a eine Antwort gegeben. Ich nehme an, es ist eine Summe von Druckfehlern. Ich kann nicht annehmen, daß Sie dies absichtlich so gemacht haben, denn Sie sagen in dieser Antwort:

Der sowjetischen Regierung ist die Auffassung der Bundesregierung bekannt, daß das deutsche Volk ein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung besitzt ...

Von diesem Recht steht im Briefe nichts. Da sagen Sie, daß dieser Vertrag nicht in Widerspruch zum politischen Ziel steht. Dies ist in der Tat ein gravierender Unterschied.

Im übrigen oder notabene, Herr Sieglerschmidt, an der Behandlung dieses Briefes durch die Sowjets kann man sehen, was eine konsequente sowjetische Politik ist, durch die Moskau seine eigenen Interessen schützt und die unseren, ich würde sagen, in etwas Unverbindliches verweist.

In den Zeitungen hat es gestern Mitteilungen gegeben, wozu ich gerne etwas wüßte: Ist es wahr, Herr Bundesaußenminister, daß der sowjetische Außenminister bei Ihren Gesprächen, als Sie auf das Thema der deutschen Selbstbestimmung zu sprechen kamen, gesagt hat, jetzt höre er mal weg?

Es könnte aber durch eine klare Erklärung des Bundesaußenministers deutlich gemacht werden, ob dies so war und, wenn es so war, wie er darauf geantwortet hat.

Meine Damen und Herren, was diesen Brief anlangt, so wünscht die Fraktion der CDU/CSU, Herr Bundes-

außenminister, daß Sie auf folgende Fragen klare Antworten geben, weil das für uns alles noch sehr unklar ist:

1. Hat die Sowjetunion in der Sache — ich sage: in der Sache, weil wir den Verbalismus, der hier getrieben wird, langsam satt haben — das Recht aller Deutschen auf Selbstbestimmung anerkannt? Wenn ja, wo und durch wen?
2. Wir möchten wissen, ob sie den Brief zur deutschen Einheit und Selbstbestimmung angenommen oder ob sie ihn nur empfangen hat.
3. Wir möchten wissen: Wer hat seinen Empfang bestätigt? Da gibt es verschiedene Versionen. War dies der Chef des Archivs im sowjetischen Auswärtigen Amt oder wer anders? Und warum eigentlich, Herr Bundesaußenminister — Sie haben diesen Brief, wie Sie gestern diesem Hause vorgelesen haben, an den Außenminister der UdSSR adressiert —, hat nicht der Adressat des Briefes den Brief beantwortet?

Der Inhalt dieses Briefes, Selbstbestimmung für alle Deutschen, ist uns wichtig genug, daß der sowjetische Außenminister zumindest bestätigt, er habe ihn zur Kenntnis genommen und ihm nicht widersprochen.

Wenn es so war, wie Sie gestern und in den Tagen vorher gesagt haben, warum war es so schwer, ihn in den Vertrag aufzunehmen, und wie lautete die Argumentation Ihres sowjetischen Partners, die die Aufnahme in den Vertrag verhinderte?

Wir möchten auch gern wissen: Ist dieser Brief — Sie legen ihn uns hier als Teil des Vertragswerkes vor — eigentlich in der Sowjetunion veröffentlicht worden? Herr Bundesaußenminister, war, als die sowjetische Regierung das Vertragswerk vor wenigen Tagen dem Präsidium des Obersten Sowjets zur Ratifikation zugeleitet hat, dieser Brief zur deutschen Einheit mit dabei? Bitte sagen Sie uns „ja“ oder „nein“.

Falls er — ich sage das vorbeugend — nicht dabeigewesen sein sollte, schiebe ich sofort die Frage nach: Warum haben Sie dann nicht dagegen protestiert?

Was in aller Welt will diese Bundesregierung mit einem Brief, den die eine Seite als Vertragswerk versteht, die andere nicht, von dem die Bundesregierung sagt, er sei sehr wichtig, von dem sowjetische Diplomaten einer Reihe von Kollegen in diesem Hause — auch mir — gesagt haben, sie kennten ihn gar nicht; im sowjetischen Außenamt gingen täglich Tausende von Briefen ein, man könne nicht jeden lesen.

Meine Damen und Herren, wie eigentlich will man — hier paßt das Wort — zu einer solchen Art von Manipulation schweigen? Die Bundesregierung sagt, es gebe keinen Dissens. Ich sage Ihnen: der entscheidende Dissens liegt offenbar schon in der Frage, was eigentlich zum Vertragswerk gehört, was in Moskau und was in Bonn zur Ratifikation vorgelegt werden soll. Sie werden doch zugeben — und ich bitte Sie zuzustimmen, Herr Außenminister —: Dies ist unerträglich für jeden gewählten Abgeordneten, der hier seine Pflicht zu erfüllen hat.

Meine Damen und Herren, ich wäre dankbar, wenn der Bundeskanzler bei Gelegenheit — wenn es geht, noch

In dieser Debatte — erklärte, was der folgende Satz auf Seite 2 seiner gestrigen Darlegungen bedeutet — ich zitiere —:

Das in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegte Recht auf Selbstbestimmung muß im geschichtlichen Prozeß auch den Deutschen zustehen.

Ich frage: Was glaubt eigentlich der Bundeskanzler dieses Landes diesem Bundestag und der Bevölkerung in einem solchen unerhörten Satz zumuten zu können?

Meine Freunde, das Selbstbestimmungsrecht steht uns nicht im Laufe eines geschichtlichen Prozesses zu, sondern es steht jedem von uns zu, auch denen, die jetzt drüben in der DDR zuhören.

Meine Damen und Herren, es gibt noch eine weitere Frage, die zu stellen mich niemand hindern kann: Was bedeuten eigentlich die Absichtserklärungen, d. h. die Punkte 5 bis 10 des Bahr-Papiers? Die Bundesregierung sagt, sie seien nicht Teil des Vertragswerkes. Ich habe hier die Broschüre des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Unter „I. Das Vertragswerk“ steht dort „Bahr-Papier“. Frage an die Regierung: Ist das Bahr-Papier nun ein Teil des Vertragswerkes, ja oder nein?

Herr Bundesaußenminister, ich möchte wissen, ob diese Absichtserklärungen für Sie die „vereinbarte Grundlage des künftigen politischen Handelns“ und ob sie auf Treu und Glauben zu betrachten sind und, wenn ja, was dies dann in Ihrer Darlegung bedeutet. Uns ist das alles nicht klar. Niemals ist klar gesagt worden, wie man diese Absichtserklärungen anwendet. Wir möchten daher die Bundesregierung bitten, uns — wenn es für sie klar ist — die zusätzliche Antwort zu geben, wie die Sowjetunion diese Absichtserklärungen, die ja beide Seiten gegenseitig ausgetauscht haben und in denen ja auch für das Schicksal unseres Landes entscheidende Festlegungen getroffen worden sind, eigentlich versteht. Also: Gibt es in dieser Frage, Herr Bundesaußenminister, auch einen Dissens oder gibt es Übereinstimmung? Wenn ja, wie sieht das aus?

Der Herr Bundeskanzler hat in früheren Jahren — es ist jetzt zehn Jahre her — in einem sehr beeindruckenden Aufsatz die Stoßrichtung der sowjetischen Politik gekennzeichnet. Er sagte, sie richte sich gegen Deutschland. Und der Bundeskanzler fügte dann hinzu — ich zitiere den jetzigen Bundeskanzler —:

... die Sowjetunion hat den groß angelegten Versuch begonnen, die Nachkriegsphase zu beenden, den heutigen Zustand völkerrechtlich zu zementieren und in aller Form ein neues Blatt der Geschichte aufzuschlagen, in dem zwei gewissermaßen souveräne Staaten auf deutschem Boden ihre anerkannte Existenz beginnen. ...

Der Bundeskanzler fährt fort:

Die Forderung nach Wiedervereinigung wird zum Revanchismus erklärt werden. Und wir werden, wenn wir unsere Landsleute nicht verraten wollen, jedenfalls Revisionisten sein müssen.

Der Bundeskanzler fährt fort:

Ich sage es in allem Ernst: das Schicksal der Demokratie in Deutschland hängt davon ab, daß die Demokraten in dieser Situation nicht versagen.

Nach diesen, wie ich glaube, sehr ernstesten Worten hat der Bundeskanzler hinzugefügt — —

(Zurufe des Abg. Mattick.)

Sie sollten nicht den Versuch machen, zu stören, wenn ich vorlesen will, was der Bundeskanzler, Ihr Parteivorsitzender, früher gesagt hat; es sei denn, es ist Ihnen peinlich.

Ich zitiere weiter. Er sagte:

Bei dem heutigen Vorstoß der Sowjetunion geht es ... darum, daß dem deutschen Volk und damit einem Verbündeten des Westens moralisch das Kreuz gebrochen werden soll. Ein derartiges Teilungsdiktat ist für Deutschland unannehmbar. Wir können und dürfen uns damit auch nicht abfinden.

Der Bundeskanzler schließt diesen Teil, den ich vorlese:

Man kann einem Volk, wie wir es in den letzten Jahren erlebt haben, eine Teilung auferlegen, man kann es aber nicht auch dazu bringen, sie zu akzeptieren ...

Der Satz geht noch weiter. Er heißt dann:

... sich mit ihr abzufinden und sie zu unterschreiben.

Und dann heißt es:

Das Ergebnis würde nicht dem Frieden dienen.

Soweit Willy Brandt.

Kaum jemand hat die heutige Politik, die uns als eine Friedenspolitik verkauft wird, klarer und eindeutiger als Hindernis für den Frieden bezeichnet und abgeurteilt als in den eben zitierten Sätzen der heutige Bundeskanzler selbst.

Niemand hat deutlicher und, ich sage auch, ergreifender und bewegender die politische und die moralische Szenerie beschrieben als einer der damals so beherzten, kühnen und tapferen Männer an der Spitze der Sozialdemokratischen Partei.

Auch dieses Zitat werde ich Ihnen nicht ersparen. Es lautet:

Immer gibt es die Menschen, die in einer kritischen Stunde anfangen davon zu reden, man müsse sich mit den Realitäten, mit den Tatsachen, mit den Dingen und mit den Verhältnissen abfinden.

Dieses Zitat geht weiter:

Auch dafür haben wir Deutsche bittere Erfahrungen genug gesammelt. Mit den realen Verhältnissen fanden sich alle diejenigen ab, die 1933 sich dazu entschlossen, ihren Frieden mit Hitler zu machen. Immer wollte man Schlimmeres verhüten. Am Ende lag Deutschland in Trümmern. ... Auch heute kann Deutschland nur leben, wenn es lernt, für seine Freiheit, für sein Recht und für seine Selbstbehauptung zu kämpfen.

Der dies sagte, war Ernst Reuter. Er war früher Kommunist, dann Sozialdemokrat, Regierender Bürgermeister von Berlin; er war ein Demokrat, für den Wahrheit, Frieden und Freiheit über alles gingen.

(Zurufe)

Herr Wehner, wir haben Ernst Reuter damals zugestimmt. Wir stimmen ihm heute zu.

Für die CDU/CSU haben sich die Kategorien des Rechts und der Freiheit, der Wahrheit und des Friedens nicht verändert.

Meine Damen und Herren, in allem Ernst: bei dieser Debatte, die wir hier führen, wo es um die entscheidendsten Fragen geht, sage ich noch einmal, daß sich die Kategorien des Rechts, der Freiheit, der Wahrheit und des Friedens für uns nicht verändert haben, daß wir an diesen Kategorien diese Verträge messen und daß sie vor diesen Kategorien und unserer politischen Verantwortung nicht bestehen können.

Rolf Heyen (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube nicht, daß wir auf diesen Marxismus Kaiserslauterner Prägung, der hier eben geboten wurde, eingehen sollten. Aber hier ist Ernst Reuter genannt worden, und da muß man sagen, daß Ernst Reuter zu seinen Lebzeiten bei Ihrer Regierung, der CDU/CSU, für Berlin betteln gehen mußte.

Aber sozialdemokratische Führer sind offenbar immer dann gut, wenn sie nicht mehr leben. Zu seinen Lebzeiten haben Sie Schumacher bekämpft, haben Sie seine Politik bekämpft, und zu Lebzeiten von Ernst Reuter haben Sie ihm und Berlin die größten Schwierigkeiten gemacht. Das müßten Sie, Herr Amrehn, am besten wissen, und auf Ihre Ausführungen will ich jetzt eingehen.

Schon 1963, als wir die erste Passierscheinregelung unterschrieben haben, haben Sie gesagt: Dies ist ein falscher Schritt in die falsche Richtung, und dies ist der Anfang vom Ende West-Berlins. Das haben Sie heute in bezug auf das Viermächte-Abkommen von Berlin wiederholt. 1969, um auf die Passierscheinregelung zurückzukommen, war Kiesinger bereit, für eine solche Regelung die Bundesversammlung nicht in Berlin stattfinden zu lassen.

Das sind die Preise und das sind die Zeitpunkte, Herr Schröder. Sie wären bereit gewesen, sich die Bundespräsenz ohne ein Abkommen Stückchen für Stückchen „herausbrechen“ zu lassen. Dies muß einmal ganz deutlich gesagt werden.

Herr Amrehn, bevor ich mich mit Ihren Thesen auseinandersetze, noch ein kurzes Wort zum Generalkonsulat. Während der Verhandlungen, während des schweren Ringens um Verbesserungen, die Sie heute wieder in Frage gestellt haben, hat Herr Lummer, Ihr jetziger Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus, Herrn Abrassimow einen Brief geschrieben, in dem er anbot, für die Schließung des Spandauer Gefängnisses — das war sein Preis — sowjetische Präsenz in West-Berlin zuzulassen.

Das ist das zweite Stück, das man — ohne Abkommen und ohne Sicherheit — für einen Gefangenen, für ein Gefängnis in Spandau preisgeben wollte. Dies zunächst einmal zum Generalkonsulat und zu den Passierscheinen.

Ich habe in der Debatte den Eindruck gewonnen — das gilt sowohl für den Beitrag von Herrn Barzel als

auch für die Beiträge von Herrn Schröder, Herrn Kiesinger und Herrn Amrehn —, daß die CDU die Stadt Berlin und ihr Schicksal immer nur so behandelt, wie es gerade in ihr parteipolitisches Konzept paßt.

Herr Barzel bestreitet den Zusammenhang zwischen dem Berlin-Abkommen und den Verträgen. Herr Schröder — dadurch kam erst eine gewisse Logik in seine Ausführungen — erwähnte Berlin überhaupt nicht. Ja, das kennen wir von Herrn Schröder — darauf komme ich noch zu sprechen — schon aus den 50er Jahren. Er war der dienstälteste Bundesminister. Wenn er nun befürchtet, daß Bundesschilder in Berlin abmontiert würden, sollten wir uns doch einmal daran erinnern, daß diese Bundesschilder der damaligen Regierung und ihrem Innenminister Stück für Stück abgerungen werden mußten. Das ist in den Akten nachzulesen.

Herr Kiesinger sagt: Dies ist eine erfreuliche Sache, das Viermächte-Abkommen ist gut, und wir wollen auch nicht daran herumäkeln. Herr Amrehn aber stellt — damit ist er ein guter Bekannter geblieben — das Ganze wieder voll in Frage. Das ist, glaube ich, eine unredliche Politik. Es stünde der CDU/CSU besser an, wenn sie hier klar sagte: Das Viermächte-Abkommen ist ein großer Schritt nach vorn für Berlin und die Berliner.

So war es ja auch schon einmal. Als es darum ging, für eine Passierscheinregelung die Bundesversammlung aufzugeben, sagte Herr Dr. Kiesinger als Bundeskanzler: Uns kommt es nicht darauf an, bloße Rechtstitel zu verteidigen, uns kommt es darauf an, etwas für die Menschen zu tun. Diese Politik haben wir konsequent fortgesetzt.

Herr Barzel, ich habe in der „Welt“ einen sehr guten Beitrag von Ihnen gelesen, wo Sie, aufbauend auf dem Viermächte-Abkommen, bereits Vorschläge über die Zukunft Berlins machen. Sie beziehen sich dabei auf die Anlage IVa) und stellen die Frage, warum internationale Institutionen und zentrale Stellen nicht auch in West-Berlin ihren Sitz haben sollten. Sie lehnen dieses Abkommen ab, bauen aber gleichzeitig ihre Zukunftsperspektiven auf. Dies ist unredlich.

Sie sagen weiter, daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik aufrechterhalten und weiterentwickelt werden können. Das ist richtig, das steht in dem Abkommen. Sie sagen ferner, dies sollten wir nutzen. Aber wenn wir dieses Abkommen weiterentwickeln wollen, müssen wir es zunächst einmal haben. Das ist das Wichtigste. Sie begehen praktisch politische Zechprellerei, wenn Sie einerseits von diesem Abkommen profitieren wollen und auf der anderen Seite nein dazu sagen. Wer zum Viermächte-Abkommen ja sagt, der muß auch zur Ostpolitik dieser Regierung ja sagen. Und wer ja sagt zur Sicherheit und Lebensfähigkeit Berlins, der muß auch zu den Verträgen ja sagen. Wer, verehrter Herr Barzel, sich Gedanken über die Zukunft der Stadt macht, der muß — das ist das Wichtigste — auch zu der Politik der Westmächte ja sagen, die West-Berlins Sicherheit garantieren und dieses Abkommen abgeschlossen haben. Dieses Ja wollen wir heute von Ihnen hören. Sonst ist alles als ein Nein zu Berlin zu werten.

Niemand wird bestreiten können, daß dieses Viermächte-Abkommen und die Verhandlungen über Berlin

erst durch diese Politik in Gang gekommen sind. Niemand wird bestreiten können, daß erst durch die Unterschrift in Moskau der Vertrag seinen Umfang und seine Prägung bekommen hat. Auch dies muß deutlich festgestellt werden.

Wer meint, dieses Viermächte-Abkommen ohne eine solche Unterschrift zu bekommen, der gibt sich Illusionen hin.

Wir haben immer den Zusammenhang zwischen dem Viermächte-Abkommen und den Verträgen deutlich gemacht.

Herr Strauß, Sie haben kürzlich beklagend gesagt: Es ist für mich unsagbar beschämend, daß der große Redner vom 13. August 1961 zehn Jahre später nicht mehr wahr haben will, was er gesagt hat. Mein Gott, dies war eine große Rede, und ich war damals stolz darauf, einen solchen Regierenden Bürgermeister zu haben. Dies war eine sehr große Rede in einer Zeit der Bedrängnis, als übrigens Ihr Bundeskanzler nicht anwesend war, nicht erschienen war.

In der Stunde der größten Not dieser Stadt machte Konrad Adenauer Wahlkampf. Das muß man doch ganz deutlich sagen. Das haben wir zum zehnten Jahrestag der Mauer wieder einmal deutlich gemacht. Das ist Ihnen peinlich. Das wollen Sie verdrängen. Aber ein Bundeskanzler gehört in der Zeit, wo die Stadt Berlin am meisten bedroht ist, in diese Stadt. Adenauer hat damals Wahlkampf gemacht gegen diesen Regierenden Bürgermeister, der diese große Rede, Herr Strauß, gehalten hat.

Die CDU und die SPD, oder umgekehrt, im Berliner Abgeordnetenhaus haben gemeinsam beschlossen, was sie unter einer befriedigenden Berlin-Regelung verstehen. Sie haben damals gesagt: erstens, daß die Westberliner in den Ostteil der Stadt gehen und daß sie ihre Verwandten und Freunde in der DDR besuchen können. Wir haben diese Kriterien einstimmig beschlossen. Herr Barzel, ich könnte auch Ihre acht Punkte hier aufzählen und Sie müßten sie alle abhaken, wenn Sie redlich sind und wenn Sie ehrlich vor sich selbst sind. Ich kann sie verlesen, ich habe sie bei mir. Aber ich möchte meine Zeit nicht überziehen. Diesen Punkt können wir jedenfalls abhaken.

Es sind noch mehr Kriterien hineingekommen — mein Kollege Wehner hat das erwähnt —: aus humanitären, aus familiären, aus religiösen, aus kulturellen, aus kommerziellen Gründen und als Touristen. Insofern könnten Sie, Herr Barzel, wenn Sie keine Verwandten drüben haben, auch als Tourist in die DDR gehen. Ich würde mich freuen, Sie unter den Linden begrüßen zu können.

Zweitens wurde gesagt, daß West-Berlins gewachsenen Bindungen zum Bund — das stimmt wörtlich mit dem überein, was auch Herr Barzel in seinen acht Punkten gesagt hat —, seine Zugehörigkeit vor allem zur Wirtschafts-, Finanz- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland sowie die Außenvertretung durch den Bund auch von der Sowjetunion und ihren Verbündeten anerkannt werden. Auch dieser Punkt kann abgehakt

werden. Wer mir — auch von Ihnen — vor zwei Jahren gesagt hätte, wir könnten z. B. die Außenvertretung durchsetzen, dem hätte ich gesagt: Du machst dir große Illusionen, dies ist nicht mehr zu erreichen. Das hätten uns unsere westlichen Freunde auch gesagt. Wir haben es erreicht. Wir haben ein Stück hinzugewonnen, was durch Nicht-Politik aufgegeben worden war.

Drittens haben wir einen Zugang zu Lande von und nach Berlin bekommen, auf dem sich jede Person unbehindert bewegen kann und jede Ware unbehindert befördert wird. Selbstverständlich müssen wir sehen, durch welches Territorium wir fahren. Wer in dieser Diskussion, Herr Amrehn, die DDR mit der Schweiz oder Holland vergleicht, macht sich einer Verniedlichung des Ostberliner Regimes schuldig. Denn dieses ist ein Verhandlungspartner, dem wir die Dinge abtrotzen mußten, und das ist uns gelungen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ich dachte, die Vier Mächte haben die Verhandlungen geführt!)

Gemeinsam mit uns!

(Zuruf von der SPD: In jeder Phase!)

Wir sind da in jeder Phase und in jeder Frage mit den Westmächten einig gewesen.

Aber ich möchte als Berliner und gerade weil ich das besonders deutlich sehe und es auch als einen ganz großen Schritt nach vorn ansehe, diese 30-Tage-Besuchszeit ganz klar als einen der größten Erfolge dieser Regelung neben den grundsätzlichen Regelungen hervorheben. 30 Tage Bresche in die Mauer schlagen ist mehr als 20 Jahre warten und auf Rechtstiteln beharren!

30 Tage Potsdam, Eberswalde, Nauen, Fürstenwalde — das liegt um Berlin herum; vielleicht haben es einige Kollegen vergessen —, Teltow, Klein-Machnow, Neuruppin und Werder, aber auch Erfurt, Magdeburg, Wittenberg, Dresden und Frankfurt an der Oder sind mehr und sind viel mehr als das ständige Reden von den Brüdern und Schwestern! Nur so können die Brüder und Schwestern wieder zueinander kommen. Was nützt es uns, von den Brüdern — manchmal scheinheilig — in der Zone oder in der sogenannten DDR, wie sie sagen, zu sprechen, wenn wir sie nicht besuchen können!

Ich verstehe, daß die Berliner Bevölkerung im Moment und solange dieses Abkommen noch nicht in Kraft ist, skeptisch ist. Wir müssen verstehen, weil wir in Berlin zuviel erlebt haben. Aber wenn dieses Abkommen in Kraft ist, dann haben wir für diese Menschen mehr getan als Sie mit Ihrer Politik der Proklamationen.

Deshalb möchte ich, Herr Marx, eben nicht mit Zitaten von Konrad Adenauer oder anderen enden, sondern sagen: Wir haben ein Stück mehr Einheit erreicht, und dies ist — das haben Sie vergessen, Herr Schröder — mehr als Rechtstitel und Ansprüche.

Prof. Dr. Horst Ehmke,
Bundesminister für besondere Aufgaben:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In diesem Hause bestand und besteht Einigkeit darüber, daß das Haus vor einer der wichtigsten Entscheidungen steht, die es in seiner Geschichte zu treffen hat. Gemessen an dieser Bedeutung ist mir aufgefallen, daß in den Beiträgen der Opposition eigentlich wenig von dem geschichtlichen Atem zu spüren ist, der diese Frage begleitet.

Das gilt auch für die Rede von Herrn Kollegen Schröder, so sehr ich deren meisterhafte Form bewundert habe; denn diese Rede hat sich ja zur Substanz, nicht nur zu Berlin, sondern zur Substanz der Verträge überhaupt nicht geäußert, sondern sich auf verfahrensmäßige und methodologische Bemerkungen beschränkt. Sie war darin allerdings weit qualifizierter als die ausgewählten Erzählungen von Herrn Kollegen Marx.

Herr Kollege Marx, die Rede, die Sie hier gehalten haben, war eine Rede, die in Weimar manche Deutschnationale gehalten haben. Ich sage manche Deutschnationale, weil zu sagen alle Deutschnationalen den Deutschnationalen der Weimarer Republik Unrecht tun würde.

Auf die Rolle der Deutschnationalen in Weimar komme ich noch zurück.

Ich war eigentlich der Meinung, Herr Kollege Barzel, wir könnten uns und diese Debatte selbst insofern nicht geschichtslos betrachten, als wir darin übereinstimmen könnten, daß heute hier in diesem Hause nicht mehr das gesagt werden kann, was Herr Kollege von Merkatz am 19. März 1953 hier gesagt hat: bei der Frage der Wiedervereinigung gehe es

— Zitat —

nicht um einen im Wege des Verhandeln und des Brückenbaus zu schaffenden Ausgleich, sondern um die Befreiung der besetzten deutschen Gebiete.

Ich glaube, davon, daß diese Töne vorbei sind, können wir und sollten wir gemeinsam ausgehen, und nicht von den Tönen, die wir damals gehört haben und die wir zum Teil heute wieder hören.

Ich möchte vielmehr bei aller notwendigen Auseinandersetzung festhalten, Herr Kollege Barzel, daß Sie — und das war in dieser Form neu — gestern mit der Bundesregierung darin übereingestimmt haben, daß die Lösung der deutschen Frage ein geschichtlicher Prozeß sei, dessen einzelne Stationen man heute noch nicht absehen könne.

(Abg. Dr. Barzel: Der Satz geht weiter, Herr Kollege Ehmke!)

— Vielleicht können Sie es ergänzen; ich habe es nicht hier.

(Abg. Dr. Barzel: Für den man aber heute nicht den Weg verbauen dürfte durch Zementieren, was die Bundesregierung mit Ihrer Politik tut!)

In dieser Zielsetzung sind wir einig; in Ihrer Behauptung sind wir nicht einig. Darauf gehe ich noch ein.

Aber, Herr Kollege Barzel, ich wollte hier noch einmal mehr Gemeinsamkeiten festhalten. Ich darf davon ausgehen, daß wir uns auch darin einig sind, daß es heute nicht darum geht, die deutsche Einheit zu erreichen oder aufzugeben. Um diesen Prozeß in die Zukunft hinein im Sinne unserer Interessen zu gestalten, Herr Kollege Barzel — auch darin werden wir uns einig sein —, muß man doch den unheilvollen geschichtlichen Prozeß mit im Auge behalten, der zur Teilung unseres Vaterlandes geführt hat. Dieser Prozeß, meine Damen und Herren, hatte mit dem Linksradikalismus, der in dieser Debatte so oft erwähnt worden ist, nichts zu tun, er war das Werk des Rechtsradikalismus in Deutschland und seiner deutschen nationalen Mitläufer.

Aber gerade weil wir trotz der uns aufgezwungenen staatlichen Teilung an der durch die Jahrhunderte gewachsenen nationalen Einheit festhalten wollen, sind wir uns doch auch, Herr Kollege von Weizsäcker, sicher darin einig, daß man aus der Geschichte dieser Nation nicht beliebig aussteigen kann. Ich muß sagen, ich habe mit Erstaunen gehört, daß Sie die Geschichte und die Bedeutung der deutschen Nation im wesentlichen auf das Jahr 1871 reduzieren wollen, und das in einer Zeit der abnehmenden Bedeutung des Nationalstaates und seiner Souveränität.

Ich habe auch mit Interesse vernommen, daß die Bemerkungen des Bundeskanzlers über die Bemühungen in beiden Teilen Deutschlands um das Erbe der klassischen deutschen Literatur bei Herrn Marx offenbar nur Unverständnis hervorrufen können; ich muß allerdings hinzufügen: ich hatte es nicht anders erwartet.

Meine Damen und Herren von der Opposition, bei der Politik, die diesen Ostverträgen zugrunde liegt, bei der Friedenspolitik, bei der Entspannung auch gegenüber unseren osteuropäischen Nachbarn und bei dem Ausgehen vom territorialen Status quo, auch bei der Erstreckung des Gewaltverzichts auf diese Frage muß man doch diese historische Dimension sehen. Ich habe, offen gestanden, Herrn Kollegen Schröder gestern nicht verstanden, als er von den sogenannten Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges sprach, denn diese Ergebnisse sind doch wohl real genug.

Herr Kollege Barzel, wenn Sie gestern die berechnete Frage aufgeworfen haben, wer denn heute den Frieden in Europa störe, so fürchte ich, daß, so berechnete die Frage ist, diese geschichtliche Dimension in ihr fehlt. Denn sehen Sie: die Frage von Krieg und Frieden in Europa, insbesondere zwischen unserem Volk und den osteuropäischen Völkern, ist eine Frage, die viel älter und sehr viel geschichtsträchtiger ist als die Frage, mit der wir es heute zu tun haben, nämlich die sie überdeckende Frage der Auseinandersetzung zwischen parlamentarischer Demokratie und Kommunismus. Da hat es noch ganz andere Faktoren gegeben. In meiner Heimat z. B. war es einer der wesentlichen Gründe für die Härte der Grenze, daß sich die nationale Grenze fast völlig deckte mit der konfessionellen Grenze. Das sollte gerade Ihnen doch zu denken geben.

Ich habe für mich als Danziger aus der wechselvollen Geschichte des Miteinanders und gegeneinanders und schließlich des blanken Hasses, der Ver-